Mittwoch, 11. April 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 87 - 15.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 29,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

POLITIK

Wiederwahl sicher? Trotz harter Kritik an seinen Führungsqualitäten kann FDP-Chef Genscher damit rechnen, auf dem Bundesparteitag der Liberalen im Juni mit großer Mehrheit wiedergewählt zu werden, erklärte der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Mischnick. (S. 10)

Libanon: Der von den Bürgerkriegsparteien gebildete Sicherheitsausschuß hat einen Entflechtungsplan für die verfeindeten christlichen und moslemischen Milizen unterzeichnet. Er soll allerdings erst nach dem Besuch von Präsident Gemayel in Damaskus in Kraft treten. (S. 7)

Steuern: Nordrhein-Westfalen könnte die auf das Land entfallenen Mindereinnahmen von drei Milliarden Mark nicht verkraften, wenn die Steuerreform schon 1986 wirksam würde, warnt Finanzminister Posser.

Attentat: Durch gezielte Schüsse hat die Polizei den Bruder eines in Tschad gefallenen französischen Soldaten gestoppt, der Verteidigungsminister Hernu bei einer Trauerfeier in Toulouse mit dem Auto überfahren wollte. Der Attentäter wurde schwer verletzt.

EG-Haushalt: Die Gemeinschaft muß sich in diesem Jahr auf ungedeckte Ausgabenverpflichtungen von 5,6 bis sechs Milliarden Mark einstellen. (S. 11)

Dialog mit der SED: Nach einem Treffen maßgeblicher Vertreter der mitteldeutschen Kirchen mit führenden SED-Politikern wächst in der Kirche die Zuversicht, daß bald eine „gerechte und verläßliche Regelung" des innerdeutschen Reiseverkehrs in Kraft treten könnte. (S. 10)

Zustrom ungebrochen: Noch immer werden täglich rund 300 „DDR"-Aussiedler im Notaufnahmelager Gießen registriert. Insgesamt kamen seit dem 1. Januar rund 15 400 Menschen aus der „DDR" in die Bundesrepublik.

Diepgen: Die USA nehmen sowjetische Störmanöver in den Berliner Luftkorridoren „sehr ernst" und werden einseitige Veränderugen nicht dulden, sagte Berlins Regierender Bürgermeister nach Gesprächen in Washington.

Hilfe der Sowjets? Offenbar als Reaktion auf die zögernde Haltung westlicher Staaten hat Pakistan Moskau um Unterstützung beim Bau eines Atomkraftwerks bei Chaschma ersucht.

Heute: Voraussichtlich Wahl des sowjetischen Parteichefs Tschernenko zum Staatsoberhaupt. – Wirtschaftsminister Lambsdorff nach Korea. – Zwölfte Runde der Verhandlungen über Hongkong. – Flick-Ausschuß hört Helmut Schmidt.

ZITAT DES TAGES

»Solange der Schießbefehl immer wieder angewandt wird, sind alle Bemühungen Honeckers, seinen Staat in einem besseren Licht erscheinen zu lassen, zum Scheitern verurteilt«

CSU-Chef Franz Josef Strauß zum jüngsten Vorfall an der Berliner Mauer
FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Steuertarife: Der BDI bezweifelt, daß die ins Auge gefaßte Reform zu einer Stärkung der Angebotsseite führen wird. Da vor allem die unteren und mittleren Einkommen entlastet werden sollen, sei keine durchgreifende Verbesserung der Ertrags- und Eigenkapitalsituation der Industrie zu erwarten. (S. 11)

Osthandel: Die Sowjetunion und Firmen der Bundesrepublik haben auf der Hannover-Messe Ex- und Importabkommen im Wert von rund 130 Millionen DM abgeschlossen.

Wettbewerb: Die EG-Außenminister haben sich auf ein Instrumentarium geeinigt, das es der Gemeinschaft erlaubt, bei Krisen, Schädigungen oder auf Antrag eines Mitgliedlandes Maßnahmen zum Schutz der heimischen Industrie gegen Produkte aus anderen Ländern zu ergreifen. (S. 11)

Börse: Aktien notierten gestern teilweise freundlich. WELT-Aktienindex 148,1 (148,0). Am Rentenmarkt lagen die Kurse stabil. Dollar-Mittelkurs 2,6313 (2,6159) Mark. Goldpreis je Feinunze 381,35 (382,40) Dollar.

Berichte über die Hannover-Messe: Seiten 11 und 14

KULTUR

Oscars: Mit fünf Auszeichnungen war „Terms of Endearment" (Zeit der Zärtlichkeit) der erfolgreichste Film bei der 56. Vergabe der „Oscar"-Auszeichnungen der amerikanischen Filmkunst-Akademie. Je vier „Oscars" erhielten der schwedische Film „Fanny und Alexander" und die US-Produktion „The Right Stuff" (Die Helden der Nation). (S. 19)

Wechsel perfekt: Der Direktor des Bochumer Schauspielhauses, Claus Peymann, hat sich endgültig bereit erklärt, zum 1. September 1986 die Leitung des Wiener Burgtheaters zu übernehmen.

SPORT

Motorsport: Der österreichische Formel-1-Rennfahrer Niki Lauda hat angekündigt, daß er das McLaren-Porsche-Team verlassen werde. Lauda hatte am Sonntag den Grand Prix von Südafrika gewonnen.

Olympia: An den Olympischen Spielen in Los Angeles sollen 315 deutsche Athletinnen und Athleten teilnehmen. Das vereinbarten der Bundesausschuß für Leistungssport und das NOK für Deutschland.

AUS ALLER WELT

Mafia: Bei ihrem bislang erfolgreichsten Schlag gegen das organisierte Verbrechen in den USA hat die Polizei einen Schmuggel-Ring zerschlagen, der in fünf Jahren Heroin im Werte von 4,3 Milliarden Mark eingeschleust haben soll. (S. 20)

Challenger: Im zweiten Anlauf gelang es den Astronauten an Bord des US-Raumschiffes, den defekten Sonnensatelliten „Solar Max" einzufangen. (S. 20)

Wetter: Bewölkt, weiterhin regnerisch. Um 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

IG Metall entscheidet sich für zweites Spitzengespräch

Treffen am Dienstag / Vorwürfe gegen die Gewerkschaftsführung

DW. Bonn

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall geht mit einem gewissen Optimismus in das nächste Spitzengespräch der Metalltarifpartner am kommenden Dienstag in Düsseldorf. Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Dieter Kirchner sieht Möglichkeiten einer Annäherung der Standpunkte vor allem in der von den Arbeitgebern angebotenen flexiblen Arbeitszeit. Diese Möglichkeiten, so sagte Kirchner gestern in einem Interview der „Bild"-Zeitung, seien von der Gewerkschaftsspitze bei dem ergebnislos abgebrochenen Spitzengespräch am vergangenen Freitag in Frankfurt „offenbar gar nicht begriffen" worden.

Kirchner präzisierte die Vorstellungen von Gesamtmetall: „Sie können einen Freizeitausgleich für besonders belastete Arbeitnehmer enthalten. Das ist für die Arbeitnehmer durchaus interessant". Und auf die Frage: „Heißt das weniger als 40 Stunden Arbeitszeit pro Woche für Schichtarbeiter, ältere Arbeitnehmer oder Beschäftigte, die am Wochenende arbeiten müssen?" antwortete der Hauptgeschäftsführer: „Das hängt von der Regelung in jedem einzelnen Betrieb ab. Es ist durchaus denkbar, daß manche Arbeitnehmer jede Woche weniger als 40 Stunden arbeiten. Möglich ist aber auch, daß sie zum Beispiel eine Woche 40 Stunden, die folgende Woche aber kürzer arbeiten. Für alle anderen Arbeitnehmer aber bleibt die 40-Stunden-Woche".

Der Vorstand der IG Metall entschied sich gestern einstimmig für das Spitzengespräch mit der Arbeitgeberseite. Er folgte damit dem beharrlichen Drängen von Gesamtmetall. Anders als bei dem ersten Spitzengespräch soll nach den Worten des IG Metall-Vorsitzenden Hans Mayr allerdings der Vorstand „im Hintergrund sein" und ständig über den Verlauf der Beratungen informiert werden. Auch die kompletten Führungsgremien von Gesamtmetall werden voraussichtlich während des Gesprächs präsent sein.

In dem Fernschreiben des IG Metall-Vorstandes an die Arbeitgeber hieß es: „Auch wenn dieses Mal wiederum ohne wechselseitigen Vorbedingugnen gesprochen werden soll, fügen wir hinzu: diese Lösung wird nur möglich sein, wenn die Bereitschaft besteht, ohne Fixierung auf Tabus miteinander zu reden".

In der IG Metall ist die Kritik am Vorstand lauter geworden. Ihm wurde verschiedentlich „mangelnde Entschlußkraft" vorgeworfen. In diesem Zusammenhang wurde auch auf eine Veränderung der Stimmung in den Betrieben hingewiesen, die Streikbereitschaft sei gesunken. Nach einer Sitzung der großen Tarifkomission der badenwürttembergischen IG Metall sagte der Stuttgarter Bezirksleiter Ernst Eisenmann, das zweite Spitzentreffen sei sicherlich nicht „die Wunschvorstellung" vieler Gewerkschaftsmitglieder. Der Vorstand der IG Metall habe sich aber einem weiteren Gespräch nicht entziehen können. Bei der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder der Tarifkomission herrschte die Einschätzung, daß dieses Gespräch „als wirklich letzte Chance genutzt werden soll".

Der Hauptvorstand des Bundesverbandes Druck rief gestern die Unternehmen in seinem Bereich zu einem Höchstmaß an Solidarität auf. Es gelte, systemverändernde Forderungen der IG Druck und Papier abzuwehren. Verhandlungsführer Manfred Beltz Rübelmann zählte dazu vor allem die „weit über das Betriebsverfassungsgesetz hinausgehenden Mitbestimmungsforderungen".

Moskau verbessert Rüstungsqualität

Pentagon legt Studie vor / Verstärkter Ausbau von Raketen, Lasertechnik und Marine

DW. Washington

Der qualitative Vorsprung, mit dem der Westen bisher eine zahlenmäßige Überlegenheit der sowjetischen Rüstung wettgemacht hat, bröckelt nach Erkenntnissen des amerikanischen Verteidigungsministeriums jetzt ab. Das Ministerium begründete dies damit, daß Moskau „der Nutzung von Wissenschaft und Technologie zu militärischen Zwekken größte Priorität" einräume und gezielt „westliche Technologie ausbeutet".

TH. KIELINGER, Washington

Zum drittenmal hat das amerikanische Verteidigungsministerium jetzt eine Studie über die sowjetische Rüstung („Soviet Military Power") vorgelegt. Pentagon-Chef Weinberger stellte die überarbeitete Auflage 1984 gestern in Washington auf zwei Pressekonferenzen vor, wobei er während der zweiten Vorstellung über direkte Satellitenleitung mit Journalisten in Brüssel verbunden war, die ihn vom NATO-Hauptquartier aus befragen konnten.

Die neue Ausgabe ist stärker als früher auf die Interpretation solcher Bereiche wie „Sowjetische Rüstungsindustrie", „Forschung und Entwicklung", „Weltraumtechnologie" und „Illegaler Erwerb von Technologien" eingegangen. Nicht mehr führt sie nur genau Statistik über die sowjetischen Waffensysteme, sondern analysiert auch die politischen Folgen der immer mehr ins Globale reichenden sowjetisch-militärischen Projektion. Wie im vergangenen Jahr enthält auch die neue Ausgabe genaue Zahlen- und Datenvergleiche zwischen dem östlichen und dem westlichen Rüstungsstand.

Obwohl sich nach Nettoausgaben das Tempo der sowjetischen Rüstung verlangsamt hat, bleibt als stärkster Eindruck die stetige Zunahme des waffentechnischen Potentials Moskaus auf der ganzen Breite des Arsenals. Da die Reagan-Administration erhöhte Aufmerksamkeit ihrer eigenen Weltraumforschung und defensiven Techniken zuwendet, blickt sie auf diesen Aspekt der sowjetischen Rüstung diesmal mit besonderer Aufmerksamkeit. In der Studie heißt es, Moskau erweitert systematisch seine antiballistische Kapazität und geht im aktiven wie passiven Bereich – von Radarstationen, die für ABM-Zwecke eingesetzt werden können, bis zur Zivilverteidigung – nach einer defensiven Doktrin vor, die sich der Befähigung zum Offensivschlag gleichberechtigt an die Seite stellt.

Abermals wird der Vorwurf erhoben, daß die Sowjets mit ihrer Rüstung im defensiven Bereich möglicherweise den ABM-Vertrag von 1972 bereits verletzt haben. Jedenfalls gehört dieser Rückschluß mit zu den Gründen, die die USA dazu bewogen haben, verstärkt in die Erforschung strategischer Defensivtechnologien – raumgestützte Maßnahmen zum Abfangen feindlicher Raketen – einzusteigen.

Der gleiche Antrieb beherrscht auch die amerikanische Anti-Satelliten-Forschung. Moskau hat zwar bisher nur ein krudes System zum Vernichten feindlicher Satelliten in niedriger Erdumlaufbahn in Benutzung, das den amerikanischen technologischen Möglichkeiten nicht standhält. Aber die Sowjets arbeiten

● Fortsetzung Seite 10

Vor Europawahl keine Beitragslösung

Nach Bonn zeigt nun auch Paris Interesse an Gewaltverzichtsabkommen mit Moskau

ULRICH LÜKE, Luxemburg

Eine Einigung über den britischen Finanzbeitrag zur Europäischen Gemeinschaft wird es vor der zweiten europäischen Direktwahl am 17. Juni wohl kaum geben. Auch die jüngsten Beratungen der EG-Außenminister in Luxemburg blieben hierzu ohne Ergebnis.

Teilnehmer berichteten, im Grunde genommen habe es überhaupt keine Verhandlungen gegeben. Großbritanniens neun EG-Partner wollen das „britische Problem" jetzt offenbar so lange in der Schwebe halten, bis Londons Regierungschefin Margaret Thatcher Kompromißbereitschaft zeigt. Sie fordert jedoch unverändert einen jährlichen Rabatt von 3,4 Mrd. Mark. Ihre Partner sind nur bereit, 2,25 Mrd. Mark zuzugestehen.

In diplomatischen Kreisen in Luxemburg hieß es gestern, für die Gemeinschaft sei der Entscheidungsdruck jetzt schon allein deshalb nicht mehr so groß, weil das wichtige Agrarpaket (mit Spar- und Preisbeschlüssen) „unter Dach und Fach" sei. Irlands Vertreter verzichtete in Luxemburg auch darauf, von der Gemeinschaft die Freigabe des Rabatts für 1983 in Höhe von fast 2 Mrd. Mark zu fordern.

In die Verhandlungsposition der EG auf der Stockholmer Konferenz über Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) ist dagegen offenbar Bewegung gekommen. Auch die Franzosen zeigen jetzt nach Angaben aus Teilnehmerkreisen vorsichtiges Interesse am Abschluß eines neuen Gewaltverzichtsabkommens mit Moskau. Die Sowjetunion hatte ein derartiges Abkommen zu einer zentralen Forderung in der Eröffnungsphase der Stockholmer Konferenz gemacht, war aber sowohl bei den USA als auch bei Frankreich damit auf schroffe Ablehnung gestoßen.

Demgegenüber hat Bundesaußenminister Genscher den Vorschlag begrüßt und für seine Behandlung auch in Luxemburg offenbar größere Bereitschaft gefunden. Genscher argumentiert, im Gegenzug zu einem Gewaltverzichtsabkommen ließe sich Moskau möglicherweise zu wirklichen vertrauensbildenden Maßnahmen in Europa bewegen. Deshalb müsse man auf den Vorstoß der Sowjetunion offensiv reagieren.

In einer Erklärung zur Lage in Chile verurteilten die Außenminister die Gewaltanwendungen am 8. nationalen Protesttag, bei denen mindestens fünf Menschen ums Leben kamen. Sie drückten der demokratischen Opposition des Landes ihre Solidarität aus.

Schließlich beschlossen die Außenminister, eine Expertengruppe einzusetzen, die sich mit dem Export chemischer Stoffe aus Westeuropa befassen soll. Anlaß für diesen Schritt sind Vorwürfe, auf der Basis dieser Stoffe stelle der Irak Giftgas her, das im Krieg gegen den Iran eingesetzt werde.

Verwirrung im Olympia-Krieg

DW. Moskau/Lausanne

Trotz der heftigen Kampagne der sowjetischen Medien gegen die Vorbereitung der Olympischen Spiele in Los Angeles rechnen westliche Diplomaten nicht mit einem sowjetischen Boykott. Die sowjetische Presse hatte gestern den USA antisowjetische Provokationen vorgeworfen und von Verletzungen der Olympischen Charta gesprochen (WELT v. 10. April).

Diese Vorwürfe haben beim Organisationskomitee von Los Angeles (LAOOC) Verwirrung hervorgerufen. Offiziell verweigerten LAOOC-Sprecher jeglichen Kommentar zu den von der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass verbreiteten Anschuldigungen. Das Internationale Olympische Komitee (IOK) hat bisher keinen Antrag seitens des sowjetischen Olympischen Komitees erhalten, in dem eine außerordentliche Sitzung des Exekutivkomitees gefordert wird. Das sowjetische NOK hatte gestern die Einbringung eines solchen Antrages angekündigt.

Auch die USA zeigten sich über die Vorwürfe aus Moskau „ziemlich überrascht". Der Sprecher des US-Außenministeriums, John Hughes, erklärte, tatsächlich sei die US-Regierung gegenüber der Sowjetunion „sehr entgegenkommend" in olympischen Angelegenheiten. Der von Moskau benannte Olympia-Attaché sei von den USA aus formalen Gründen zurückgewiesen worden, weil er nicht der „besonderen Beschreibung" eines Olympia-Attachés entsprochen habe. Als „lächerlich" bezeichnete Hughes Verdächtigungen, die USA schmiedeten ein Komplott, um sowjetische Sportler zum Überlaufen zu ermutigen.

Nach Ansicht westlicher Beobachter will die Regierung in Moskau mit ihren Angriffen nicht ihren Boykott der Spiele ankündigen, sondern die USA zu Konzessionen bewegen. Diplomaten in Moskau vertreten die Auffassung, daß die sowjetische Regierung sich durch ihr Zögern für den amerikanischen Boykott der Moskauer Spiele im Jahre 1980 rächen will.

Moskau hat bisher nicht mitgeteilt, ob sowjetische Spieler an den Olympischen Spielen in Los Angeles teilnehmen werden. Die Vorwürfe im Olympia-Krieg gegen die USA reichen von Anstiftung zur Flucht, Bespitzelung der Sportler bis hin zu den „antiolympischen Bedingungen" der Stadt Los Angeles mit ihrer „schlechten Luft" und „hohen Kriminalität".

DER KOMMENTAR

Einlenken?

HEINZ HECK

Noch läßt sich nicht sagen, welche Vorstellungen die Spitze der IG Metall mit ihrem einstimmigen Beschluß verbindet, auf das Angebot der Arbeitgeber zu einem zweiten Spitzengespräch einzugehen. Doch signalisiert die Gewerkschafts-Entscheidung wohl eher Verhandlungsbereitschaft und Einlenken denn Zuspitzung. IGM-Chef Mayr riskiert mit diesem Angebot sogar, daß die Kritik der Scharfmacher in den eigenen Reihen am Verhandlungsstil der Gewerkschaft noch zunimmt.

Aber er weiß auch aus Umfragen, daß die 35-Stunden-Woche nicht gerade das Lieblingsziel einer Mehrheit in der eigenen Anhängerschaft ist. Die frühe Festlegung der Gewerkschaftsspitze auf diese Forderung hat bei fehlender Flexibilität zu der seit Monaten zu beobachtenden Verhärtung geführt. Umso bemerkenswerter ist es, daß die Gewerkschaftsspitze sich jetzt nicht vor Ausschöpfung aller Möglichkeiten am Verhandlungstisch ins Obligo der eigenen Ankündigungen und Forderungen begibt.

Gesamtwirtschaftlich steht auch viel zu viel auf dem Spiel. Nach der längsten Rezession der Nachkriegszeit kommt die Konjunktur stolpernd in Gang. Gerade daher ist es in diesem Jahr so wichtig, Stolpersteine wie Arbeitskämpfe größeren Stils aus dem Weg zu räumen. Ginge alles so glatt wie in der vergangenen Woche in der Bauwirtschaft, wo es zum ersten Abschluß dieser Tarifrunde kam, dann könnte man für die Konjunkturentwicklung hoffen. Schon ist die zuversichtliche Prognose zu hören, daß für 1984 mehr als 2,5 Prozent reales Wirtschaftswachstum „drin" sind – wenn nicht Gegenkräfte wirksam werden. Von einem verstärkten Wirtschaftsaufschwung aber würden alle profitieren, nicht zuletzt die Arbeitslosen.

Bei der IG Metall weiß man im übrigen, daß angesichts der begrenzten Begeisterung für die 35-Stunden-Woche in der Mitgliederschaft die erforderliche Mehrheit von 75 Prozent bei einer Urabstimmung unsicher ist. Vermutlich auch deshalb hat sich die IGM-Spitze entschlossen, erst noch einmal die Bereitschaft von Gesamtmetall zur flexibleren Gestaltung der Arbeitszeit auszuloten.

Die IG Druck hingegen plagt sich offenbar mit abwägenden Überlegungen weniger. Ihre Satzungsänderung vom Oktober 1983 gibt der Gewerkschaftsspitze die Möglichkeit, den Arbeitskampf flexibler, aber mit mehr Härte zu proben. Allerdings: Wenn die IG Metall schließlich zum Einlenken bereit sein sollte, wird dies auch Rückwirkungen auf die Position der Druckergewerkschaft haben. Denn die IG Druck kann die Solidarität der anderen Gewerkschaften nicht überstrapazieren.

Streit der Gewerkschaften im Bankgewerbe

DW. Düsseldorf

Über den im Bankgewerbe abgeschlossenen Tarifvertrag, der den rund 350 000 Mitarbeitern eine 3,4-prozentige Gehaltserhöhung zusichert und eine nach Betriebszugehörigkeit gestaffelte Vorruhestandsregelung anbietet, ist es zwischen der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) und der DGB-Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) zu einem Zerwürfnis gekommen. HBV-Verhandlungsführer Lorenz Schwegler kündigte an, seine Gewerkschaft werde den Tarifvertrag nicht kampflos hinnehmen. Begründung: Es sei kein Einstieg in die 35-Stunden-Woche erreicht worden. Die DAG sei „als Tarifnotar der Arbeitgeber tätig geworden".

Die DAG sprach von einem Erfolg realistischer Tarifpolitik. Der Abschluß entspreche einem Gesamtvolumen von mehr als 4,4 Prozent. Arbeitgeber und die DAG hatten vereinbart, die Gehälter rückwirkend vom 1. März an um 3,4 Prozent zu erhöhen. Außerdem soll der Urlaub für die Arbeitnehmer, die jünger sind als 32 Jahre, um einen Tag verlängert werden, so daß jetzt 6 Wochen Urlaub für alle erreicht sind.

Die Vereinbarung über den Vorruhestand sieht vor, daß die Arbeitnehmer des Bankgewerbes nach zehnjähriger Betriebszugehörigkeit ein Jahr und nach zwanzig Jahren zwei Jahre vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheiden können. Sie erhalten dann während der ersten drei Monte 80 Prozent, anschließend 75 Prozent ihres letzten Brutto-Monatsgehaltes.

Tschernenko will Reform der Wirtschaft

DW. Moskau

Der sowjetische Parteichef Konstantin Tschernenko will die von seinem Vorgänger eingeleitete Politik der Wirtschafts- und Verwaltungsreform fortsetzen. Vor dem Zentralkomitee der KPdSU versicherte er gestern, die Führung suche weiter nach „neuen Formen und Strukturen" im Wirtschaftsmanagement und plane den Abbau der Staatsbürokratie. Die Forderungen nach Neuem dürften allerdings nicht dazu führen, „daß wir von einem effektiveren Gebrauch der existierenden Formen des Managements abgelenkt werden", sagte Tschernenko. Es sei notwendig, „die Ursachen zu beseitigen, die für das Anschwellen des Verwaltungsapparates verantwortlich sind". Diese Aussagen deuten nach Ansicht westlicher Diplomaten darauf hin, daß er sich weiter dem Druck jüngerer Mitglieder des Politbüros ausgesetzt sieht, die sich der Linie Andropows verpflichtet sehen. Anlaß für die erste reguläre ZK-Sitzung seit Tschernenkos Amtsantritt im Februar war die Vorbereitung der heute beginnenden Sitzung des Obersten Sowjet. Beobachter gehen davon aus, daß Tschernenko in dieser Sitzung auch zum Staatsoberhaupt der UdSSR gewählt wird.

Tschernenko kündigte auch höhere Verteidigungsanstrengungen der UdSSR an: „Die gegenwärtige Lage verlangt von uns beständige und umfassende Anstrengungen, um die Sicherheit des Landes zu gewährleisten und die friedliche Arbeit der sowjetischen Menschen zu schützen."

Seite 2: Versteinerter Staat

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Bonn und der Weltraum

Von Rüdiger Moniac

Die Bonner Warnung an die amerikanische Adresse, man möge, anstatt einen neuen Rüstungswettlauf im Weltraum zu forcieren, lieber Kontrollverträge mit der Sowjetunion anstreben, bringt einen neuen kritischen Ton in das ohnehin nicht stets von Belastungen freie Verhältnis der Europäer zu den USA. Dies um so mehr, als eben nicht nur der deutsche Verteidigungsminister die amerikanischen Vorhaben zum Bau von strategischen Verteidigungswaffen außerhalb der Erdatmosphäre mit skeptischer Distanz betrachtet; ihm haben sich auch der Kanzler und der Außenminister angeschlossen.

Diese Bonner Reaktion lädt zu Mißverständnissen geradezu ein. Die Sowjetunion könnte glauben, hier entwickle sich ein Störpotential für die atlantischen Beziehungen innerhalb der NATO, das es zu schüren gelte.

Es gilt, im Blick zu behalten, daß es von Anfang an die Sowjetunion war, die, wie Weinberger zu Recht feststellte, seit 1967 mit großer Energie die Technik der Killer-Satelliten entwickelte und weiterhin zu beherrschen trachtet. Wer darüber verfügt, könnte die strategische Balance aus den Angeln heben, indem er die Aufklärungssensoren des Gegners im Weltraum zerstört. Ähnliches gilt für die Entwicklung von Strahlenwaffen. Die Anzeichen, daß auch daran die Sowjetunion mit Hochdruck arbeitet, sind nicht zu übersehen. Daher ist es einfach unangebracht, nun die USA dafür zu schelten, daß sie auch nach der Beherrschung der militärischen Möglichkeiten im Weltraum streben, um sich rüstungstechnisch nicht an die Wand drücken zu lassen.

Das müssen die Bonner Stellen wissen, ehe sie Warnungen an die amerikanische Adresse schicken. Europa hat zu akzeptieren, daß sich die USA für einen wirklich ernsthaften Beginn von Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion über den Weltraum mit den gleichen Möglichkeiten versieht. Erst dann allenfalls, das haben die Jahre vergeblicher Abrüstungsbemühungen gezeigt, wird sich Moskau zu völkerrechtlich wirksamen Vereinbarungen bereitfinden.

Neues vom Datenschutz

Von Enno v. Loewenstern

Die vereinigten Datenschützer der Republik sind zusammengetreten und haben gewarnt, wie man es von Datenschützern gewohnt ist. Es ist wohl nicht ihres Amtes oder Amtsverständnisses, zu sagen, daß irgendetwas in Ordnung sei. Doch hätte man gern einige amtsverständliche Erklärungen für ihre Sorgen.

Sie wollen, daß „auf keinen Fall" die Amtshilfe (Weitergabe von Informationen über verdächtige Personen) vom Bundesgrenzschutz an BND und Verfassungsschutz durch Erlaß des Bundesinnenministers geregelt wird. Ein Gesetz muß her. Das mag hingehen, falls es bald ein brauchbares Gesetz gibt.

Aber an sich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß die Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten. In einer deutschen Sozialbehörde hat man schon einen gesuchten Kriminellen laufen lassen, anstatt die Polizei zu rufen. In deutschen Strafanstalten kommt es vor, daß man den Betrogenen nicht mitteilt, ob hier die Betrüger einsitzen, an die sie sich wegen Schadensersatzes wenden müssen. Die Hysterie um die vom Bundesverfassungsgericht so genannte „informationelle Selbstbestimmung" erreicht Hitzegrade, die jeden Satiriker verzagen lassen.

Das gilt auch für zwei neue Einfälle der Datenschützer. Sie warnen vor dem maschinell lesbaren fälschungssicheren Ausweis. Nun hat die Frage, ob ein Ausweis mit Computertechnik, mit der Schreibmaschine, mit dem Gänsekiel oder in der Technik unserer Altvorderen vom Cro-Magnon-Gebiet mit dem Faustkeil hergestellt wird, nicht das geringste mit dem Datenschutz zu tun. Der hat sich nur um die Speicherung von Daten zu kümmern. Ferner verblüfft der Wunsch, dem Bürger ein Auskunftsrecht über die gespeicherten Daten auch bei den Sicherheitsbehörden zu gewähren. Soll das heißen, daß jeder Kriminelle jederzeit anfragen darf, was über ihn vorliegt? Wenn nein, wo soll die Grenze liegen? Die nichtkriminellen Bürger dieses Landes müssen sich allmählich fragen, ob irgendwas am Datenschutz auch für sie da ist.

Olympische Schwankungen

Von Klaus Blume

Kommen die Sowjets nun nach Los Angeles? Wäre heute die Eröffnung, dann müßte die sowjetische Mannschaft zu Hause bleiben. Denn nach Moskauer Sprachregelung hat Präsident Ronald Reagan gegen die Olympische Charta verstoßen.

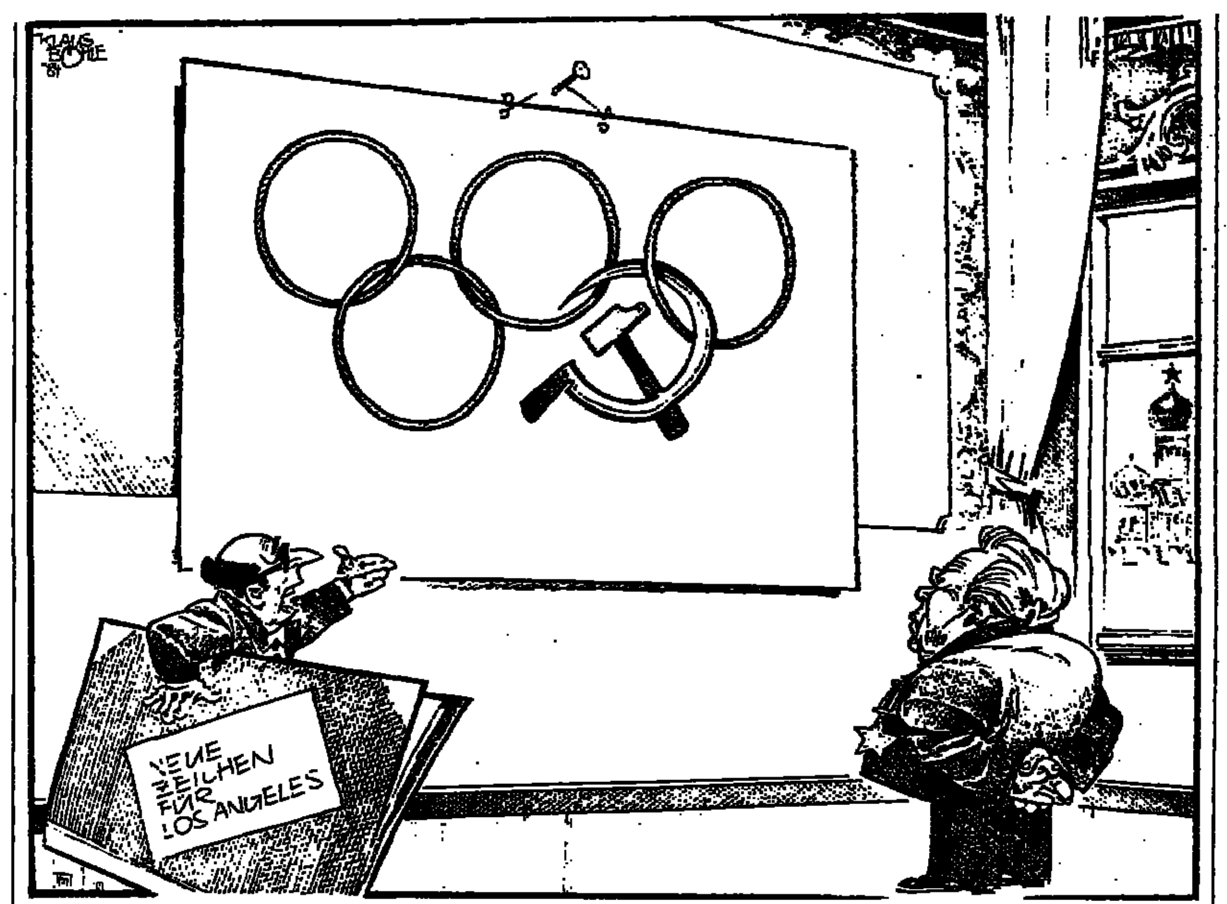
Reagan hat vor Monaten auf Wunsch von Moskau Garantien zur Einhaltung der Charta gegeben. Seine angebliche Untat besteht darin, daß er diese Garantien nicht nur dem IOC vorlegte, sondern sie auch öffentlich verkündete. Damit habe sich der Präsident in die olympischen Belange eingemischt, sagt Tass; überdies würden olympische Themen für „eigennützige, politische Ziele" im amerikanischen Wahlkampf ausgenutzt. Auch das verstoße gegen die Charta.

Man ist also auf der Formal-Schiene. Was will man materiell? In der vergangenen Woche sprachen in Moskau ZK-Funktionäre der kommunistischen Parteien des Warschauer Paktes sowie aus der Mongolei, Vietnam, Laos, Kuba und Nordkorea über „Fragen der olympischen Bewegung". Hand in Hand damit gab es täglich in „Sowjetskij Sport" lange Berichte über angeblich schlimme Zustände in Los Angeles. Und der Boykott-Aufruf Irans war dem Blatt gar einen Aufmacher wert.

Wenn Moskau jetzt eine Sondersitzung des IOC verlangt, so offenbar deshalb, um mit sich selber ins Reine zu kommen. Bis zum 29. Mai müssen die Sowjets ihre Olympiamannschaft benennen, die Zeit drängt also. Sportchef Gramow äußerte gegenüber Willi Daume, man wolle nicht boykottieren, doch man könne andererseits auch noch keine Start-Zusage erteilen.

Was wollen die Sowjets also? Revanche für den Boykott 1980 in Moskau oder Olympia-Medaillen für ihre Propaganda-Maschinerie? IOC-Präsident Samaranch meint, alles hänge von der ständigen Veränderung der politischen Großwetterlage ab. Die aber ist gerade in Moskau alles andere als stabil. Man denkt wohl noch darüber nach, ob ein Einmarsch in Los Angeles den Ausmarsch aus Genf ins Absurde zieht.

Offenbar ist folgende Taktik gemeint: Wenn das IOC keine Sondersitzung einberuft, kann man erklären, daß die olympische Bewegung im amerikanischen Kielwasser laufe und Moskau sich daher zurückziehe. Man muß aber nicht. Werden die Amerikaner gemaßregelt, kann man zufrieden nach Los Angeles reisen. Man muß aber nicht. Wie gesagt, man kann sich an der Großwetterlage orientieren.



„So hätten wir's gern!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der versteinerte Staat

Von Carl Gustaf Ströhm

Die alte Frage nach der „Reformierbarkeit" beschäftigt in letzter Zeit westliche wie östliche Gemüter wieder besonders heftig. Gerade der Westen muß sich fragen, mit welchen Partnern oder Gegnern man für die nächsten Jahre zu rechnen hat. Man sucht nach einer zuverlässigen Größe im sowjetischen System. Mit wem kann man dort über die Zukunftsfragen sprechen, wer ist dort kompetent, wer vor allem besitzt Autorität?

Heute wird das östliche Imperium voraussichtlich sein neues formelles Staatsoberhaupt bestimmen: den Vorsitz des Präsidiums des Obersten Sowjets. Geht alles nach Plan, dürfte Parteichef Konstantin Tschernenko diesen Posten zugesprochen erhalten. Er versetzt ihn in die Lage, bei künftigen Gipfelkonferenzen protokollarisch gleichberechtigt neben dem amerikanischen Präsidenten aufzutreten. Doch gleichviel, wie die heutige Moskauer „Wahl" ausgeht – eine Tschernenko-Linie ist in der sowjetischen Politik, besonders in den Beziehungen zum Westen und zu den USA, nicht erkennbar. Und eine Reformtendenz sowieso nicht. Der Kreml befindet sich in einem Zustand des Immobilismus.

Manches deutet darauf hin, daß sich verschiedene Führungsgruppen innerhalb der sowjetischen Hierarchie gewissermaßen gegenseitig im Wege stehen und blockieren. So ist es erstaunlich, daß die Sowjets nach dem Scheitern ihres Versuchs, mit Hilfe westlicher Straßenumzüge und massiven Drucks die NATO-Nachrüstung zu verhindern, offenbar keinen neuen archimedischen Punkt in ihren Beziehungen zum Westen und zu Westeuropa gefunden haben. Die Moskauer Erklärung, man werde mit den Amerikanern nicht weiterverhandeln, bevor die US-Mittelstreckenraketen nicht wieder abgebaut seien, ist einfach unpolitisch. Sie spiegelt wohl nicht nur die starren Denkschemata der alten Herren von Marschall Ustinow bis zu Andrej Gromyko wider, sondern zeigt, daß man dort, falls man die Veränderungen in der Welt und im eigenen Imperium überhaupt begreift, vor lauter Machtgruppengerangel nicht imstande ist, daraus eine Politik zu entwickeln.

Und was die sowjetische Rüstungspolitik betrifft: Die SS-20-Raketen, mit denen Moskau Europa politisch aufweichen wollte, erweisen sich als Fehlinvestition – ja, als Auslöser einer für Moskau höchst peinlichen Entwicklung. Die Amerikaner beginnen angesichts der fortlaufenden Moskauer Versuche, Rüstungsabkommen zu unterlaufen und Kontrollen zu verhindern, jetzt ernsthaft mit einer Weltraumrüstung auf lange Sicht, mit der Moskau wohl nicht mithalten kann. Umso hilfloser wirkt die sowjetische Taktik, statt nun eine umfassende Rüstungseinigung anzustreben, den Westen mit den überholten Drohungen und der sinnlosen Politik des leeren Stuhls zu langweilen.

Ebenso kläglich sieht es im eigenen Machtbereich aus. Dort kann die Sowjetunion zwar immer noch militärisch „Ordnung" halten und einen gewissen Gehorsam erzielen. Aber ideologisch wie ökonomisch muß der Kreml seine Verbündeten und Vasallen eigentlich sich selber überlassen. Es genügt nicht für eine kommunistische Diktatur, eine militärische Hegemonialmacht zu sein; sie muß ihren Klienten eine ökonomische und soziale Perspektive auf lange Sicht bieten. Eine paradoxe Situation ist entstanden, in der kommunistische Regierungen, sogar das Honecker-Regime, ihre wirtschaftliche Stabilisierung nicht von der kommunistischen Hauptmacht, sondern von den Kapitalisten im Westen erwarten.


Wird er heute Staatsoberhaupt? Tschernenko FOTO: AP

Es ist nicht verwunderlich, wenn dieser Widerspruch innerhalb der sowjetischen Führung zu heftigen Kontroversen führt. Vor allem die Militärs, die gewohnt sind, mit leichter Hand alle gewünschten Raketen auf Kosten des zivilen Lebensstandards zu erhalten, sehen voller Zorn, wie die Politik und die wirtschaftlichen Umstände so vieles in Frage gestellt oder der Erosion preisgegeben wird, was militärisch festgefügt schien. Die alte Regel, wonach Militärs in einem kommunistischen Staat niemals eine eigenständige Rolle als Machtfaktor spielen können – gilt sie noch seit dem Abschuß des koreanischen Jumbos und der seltsamen Erklärungen hoher sowjetischer Offiziere zu diesem Thema?

Die Krise des sowjetischen Systems ist offenkundig; nur darf der Westen nicht den Irrtum zweier extremer Fehlkalkulationen begehen. Erstens bedeutet die Tatsache, daß die sowjetische Führung nach außen geschlossen auftritt, keineswegs, daß sie im Innern geschlossen ist. Im Gegenteil: Dort finden erbitterte Kämpfe statt, die nur für den ganz in der Publizität und in der Medienwelt lebenden Westen oftmals nicht „faßbar" ist. Zweitens bedeutet die Krise des Sowjetsystems und des Imperiums nicht den kurz bevorstehenden Untergang des ganzen Systems. Weltreiche gehen zwar unter, dafür gibt es viele geschichtliche Beispiele. Aber der Prozeß dauert oft Generationen. Man muß also im Umgang mit der Sowjetmacht vor allem Geduld, Festigkeit und einen langen Atem haben – und sich vor allzu einfachen Prophezeiungen hüten. Der Kulturphilosoph Oswald Spengler, der einmal befragt wurde, warum das Abendland immer noch nicht untergegangen sei, obwohl er doch ein großes Werk unter dem Titel „Der Untergang des Abendlandes" geschrieben habe, antwortete lapidar: „Sie dürfen nicht den Untergang des Abendlandes mit dem Untergang eines Ozeandampfers verwechseln."

IM GESPRÄCH Ahmadou Ahidjo

Kameruns Verjagter

Von Volker S. Stahr

Kurz vor dem Putschversuch in Kamerun wurde ein in Paris lebender „Staatsfeind" in Abwesenheit zum Tode verurteilt, wegen Subversion und versuchten Staatsstreichs. Man hätte den Spruch des Militärgerichts in Yaoundé ad acta gelegt, handelte es sich nicht um Ex-Präsident Ahmadou Ahidjo.

Mehr als zwei Jahrzehnte hatte dieser Mann Kamerun regiert – und erreicht, was nur wenige afrikanische Staatschefs von sich behaupten können: Er konnte das Land aus den Schlagzeilen Afrikas heraushalten und obendrein seinem Nachfolger 1982 vergleichsweise geordnete Finanzen und eine wohlhabende Bevölkerung hinterlassen.

Dabei waren die Voraussetzungen alles andere denn optimal, als der Führer der „Union Camerounaise" im Mai 1960 zum ersten Präsidenten des unabhängigen Kamerun gewählt wurde. Nicht nur waren auch hier willkürliche Kolonialzeitgrenzen geblieben, Kamerun war zudem ein Spielball der Kolonialmächte gewesen. Der einst deutsche Besitz wurde nach dem Ersten Weltkrieg zwischen Franzosen und Briten aufgeteilt. 1960 wurde der französische Osten unabhängig. Zur Wiedervereinigung kam es aber erst ein Jahr später, nachdem die Hälfte des kleineren britischen Westteils dem Nachbarn Nigeria zugeschlagen wurde.

So entstand ein künstliches Gebilde mit einer sprachlichen Ost-West-Grenze, einer religiösen Nord-Süd-Teilung zwischen Muslimen und Christen sowie etwa zweihundert Volksgruppen. Daraus erblühten zur Zeit der Unabhängigkeit rund hundert Parteien. Vor diesem ethnischen Sprengstoff stand Ahmadou Ahidjo, selber nicht gerade eine Integrationsfigur, sondern als Kollaborateur der Franzosen abgestempelt: 1924 als Muslim im Norden des Landes geboren, durchlief er alle Stationen, die einem Afrikaner im hochentwickelten französischen Kolonialsystem offenstanden: Beamter, Abgeordneter und Präsident der Territorialversammlung, Innenminister, Stellvertretender Premier und Regierungschef des abhängigen Kamerun.

Nachdem er sich 1961 an die Spitze des wiedervereinten Kamerun gesetzt hatte, betrieb er die Verschmelzung


Den falschen Nachfolger ausgesucht: Ahidjo FOTO: CAMERAPIX

des bundesstaatlich organisierten Landes mit Umsicht, aber auch Härte. Die Gründung einer Einheitspartei 1966, die Ersetzung des „britischen" Vizepräsidenten durch den ihm ergebenen Solomon Muna 1968 und die Proklamation der strikt zentralistischen „Vereinigten Republik Kamerun" 1971 waren die Meilensteine zum Einheitsstaat.

Dabei war Ahidjo mehr gefürchtet als geliebt. Das aus französischer Zeit übernommene Spitzel- und Polizeisystem wurde fortentwickelt, persönliche Freiheit eingeschränkt. Doch galt Ahidjo als „aufgeklärter Autokrat". Obwohl die zahlenmäßig stärksten muslimischen „Nordistes" eine Sonderstellung einnehmen, mußte sich keine Volksgruppe unterdrückt fühlen. Es war wohl das „französische Korsett" für die Zentrifugalkräfte des Landes, das es vor Exzessen wie im benachbarten Biafra bewahrte.

Als Ahidjo schließlich eine vorsichtige Liberalisierung einleitete und 1982 gar freiwillig zurücktrat, um einen Mann aus dem christlichen Süden zum Nachfolger zu ernennen, hielten viele jenen Paul Biya für eine Marionette Ahidjos, der die Zügel als Parteichef in der Hand behielt. Vielleicht glaubte dies auch Ahidjo – bis ihn sein Nachfolger 1983 als Parteichef stürzte. Der Putschversuch gegen Biya nach dem Urteil zeigt, was dieser sich durch seinen Ehrgeiz aufgeladen hat. Übrigens wurde das Todesurteil gegen Ahidjo mittlerweile in lebenslänglich umgewandelt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Das Blatt sieht in den Personal-Entscheidungen des Papstes einen deutlichen Schlag gegen Kardinal Casaroli.

Das zielt besonders auf die Position des Staatssekretärs Kardinal Agostino Casaroli, der trotz seiner Bestätigung als Statthalter der Regierung im Vatikan die Beherrschung des Innenministeriums an den allmächtigen Kardinal Sebastiano Baggio abgeben mußte, der über zehn Jahre lang an der Spitze der Bischofskongregation Regen und gutes Wetter gemacht hat. ... Ein weiterer Schlag gegen die Macht Casarolis ist der Übergang der Kontrolle über die Vermögensverwaltung des Heiligen Stuhls an Kardinal Angelo Rossi. ... In all dem ist der Beweis dafür zu erkennen, daß die Beziehungen zwischen dem polnischen Papst und seinem Staatssekretär weit davon entfernt sind, in einem optimistischen Licht zu erscheinen.

BERLINER MORGENPOST

Zum „DDR"-Grenzvorschlag heißt es hier:

Fische gegen Territorien? Das ist beileibe kein Witz aus dem innerdeutschen Absurdistan. SED-Chef Honecker soll unlängst den SPD-Politikern Hans-Jochen Vogel und Egon Bahr gegenüber geäußert haben, die „DDR" sei bereit, den westdeutschen Ostseefischern Fangrechte vor der Mecklenburgischen Küste zu gewähren, wenn die Bundesregierung einer Elbgrenze in der Strommitte zustimme. Offensichtlich geht es der „DDR"-Führung also bei der Elbgrenze nicht um propagandistische Lappalien, sondern um handfeste Interessen. Zum Glück hat Bonn das gemerkt. Die Bundesregierung ließ gestern wissen, sie halte nichts von einer Verquickung von Fangrechten und Elbgrenze. Bundeskanzler Kohl hatte vor wenigen Tagen unterstrichen, daß über die Elbgrenze nicht verhandelt werden könne. Damit wurde die saloppe Anmerkung von Staatsminister Jenniger korrigiert, der Grenzverlauf in der Elbe sei noch nicht hinreichend geklärt.

THE TIMES

Die britische Tageszeitung kritisiert den in Europa wachsenden Anti-Amerikanismus am Beispiel des britischen Oppositionsführers Neil Kinnock, der von einem „Gleichgewicht des Bösen" zwischen den Supermächten sprach:

Obwohl die Tatsachen nicht mit den Argumenten übereinstimmen, die ein „Gleichgewicht des Bösen" nahelegen, ist es nach wie vor beliebt bei den sogenannten aufgeklärten Klassen in Europa. Es ist ein schwer zerstörbarer Mythos, der der die Gemüter der gebildeten Schichten beschäftigt; dennoch muß mit ihm Schluß gemacht werden, wenn die Allianz überleben und gedeihen soll.

Niemand, der foltert, soll unbestraft bleiben

In der Türkei werden die Mißhandlungsvorwürfe untersucht / Von Evangelos Antonaros

Ministerpräsident Turgut Özal gelobte jüngst vor der Presse in Ankara: „Alle Fälle, die uns gemeldet werden, werden sorgfältig untersucht. Niemand wird unbestraft bleiben, wenn er Unrecht getan hat."

Özals Versprechen galt einem Vorwurf, der selbst in der Türkei mittlerweile Schlagzeilen macht und in Westeuropa Kritik immer lauter werden läßt: daß in den türkischen Gefängnissen gefoltert werde. Die Haftbedingungen seien unmenschlich. Hunderte von Polithäftlingen seien dem Tode nahe, weil sie seit einigen Wochen einen Hungerstreik, ein sogenanntes Todesfasten, begonnen haben.

Nur 72 Stunden nach Özals Gelöbnis legte der türkische Generalstab die ersten Ergebnisse einer von der zivilen Regierung angeordneten Untersuchung auf den Tisch. Seit der Verhängung des Kriegsrechts, die übrigens von der sozialdemokratischen Regierung Ecevit zwanzig Monate vor der Machtergreifung durch das Militär beschlossen wurde, sind 63 092 Häftlinge festgenommen worden. Von ihnen sind 53 während der Haft ums Leben gekommen. Vierzehn haben angeblich den Freitod gewählt, 23 erlagen verschiedenen Erkrankungen, sieben starben an den Folgen eines Hungerstreiks, zwei wurden zu Tode gefoltert, sieben Fälle werden noch untersucht. Von den mehreren hundert „Todesfastenden" seien zwei Häftlinge in der Haftanstalt Diyarbakir (Südtürkei) gestorben.

Zweifel sind gewiß angebracht, ob alle diese Angaben die Wahrheit wiedergeben. So sprach beispielsweise Özal von 381 Personen, die unter dem Vorwurf der Folter stünden. In der Erklärung des Generalstabs ist lediglich von 80 Personen die Rede, die wegen Folterungen und Mißhandlungen zu verschiedenen Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Doch wichtiger als die Zahlen ist, ob und inwieweit in der Türkei gefoltert wird.

Unbestritten bleibt, daß in den türkischen Gefängnissen Mißhandlungen und Übergriffe vorkommen. Allerdings sind die Haftbedingungen in der Türkei mit den Haftbedingungen in Westeuropa nur schwer vergleichbar. Dazu gibt es einen zu unterschiedlichen geschichtlichen Hintergrund und zu große Mentalitätsunterschiede. Kein kleiner Dieb, der von der türkischen Polizei erwischt wird und auf der Polizeiwache ein paar Ohrfeigen bekommt, um ein Geständnis zu befördern, würde jemals auf die Idee kommen, von einer Folter zu sprechen. Was in Deutschland eine grobe Verletzung der Persönlichkeitsrechte wäre, gilt in der Türkei – und keineswegs etwa nur dort, sondern auch in den meisten anderen Ländern Südeuropas und vor allem des Orients – als Polizei-Alltag.

Die Situation in den türkischen Gefängnissen war schon vor dem Coup der Generäle desolat. Zur Regierungszeit des Sozialdemokraten Ecevit hatte Amnesty International über Mißhandlungen in den türkischen Haftanstalten berichtet. Wer den Film „Midnight Express" gesehen hat, weiß, wie türkische Haftanstalten von innen aussehen. „Mittelalterlich", wie ein Unionsabgeordneter neulich sagte.

Seit dem Militärputsch sind die Zustände zweifellos schlimmer geworden. Knapp 25 000 Häftlinge sind auf Dauerbasis dazugekommen. Der Platz reicht nicht für alle aus, die Nahrung ist nicht gerade kalorienreich, die Gefängniswärter sind übermüdet und überreizt, die Fälle von Mißhandlungen sind häufiger geworden. Daß viele Häftlinge unter Terrorismusverdacht stehen und daß es bis vor einigen Monaten keine Verfassung gegeben hat, trug vielleicht dazu bei, daß nicht nur Ohrfeigen verabreicht wurden.

Nun können auch Ohrfeigen nicht gebilligt oder auch nur schweigend hingenommen werden, Mentalität hin oder her. Aber von einer systematischen Massenfolterorgie nach sowjetischem Muster – wo es übrigens keine Untergrund-Terroristen gibt – kann nicht die Rede sein. Gehirnwäsche oder auch spurloses Verschwinden, wie das in Osteuropa gang und gäbe ist, kommt ebenfalls praktisch nicht vor. Zu Schwerarbeit nach dem Muster der sowjetischen GULag-Lager wird niemand gezwungen. In Einzelhaft befinden sich kaum Häftlinge.

Es wird in der Türkei mit Befremden vermerkt, daß gerade jetzt, wenige Monate nach Beginn einer schrittweisen Demokratisierung und dem doppelten Wahlsieg einer konservativen Partei, die Kritik besonders laut geworden ist. Und zwar gerade bei Beobachtern, die noch nie gefordert haben, Wirtschaftshilfe an den Osten von der Abschaffung der dortigen Folter abhängig zu machen. Soll die Politik der kleinen Schritte, die von Özal eingeleitet wurde, in den Ansätzen diskreditiert werden? Özal hat eine umfangreiche Untersuchung in Aussicht gestellt und eine Verbesserung der Haftbedingungen versprochen. Diese Chance muß man ihm geben.

Ernüchtert prüft London die Rechnung für Falkland

Die Falkland-Euphorie ist einer Katerstimmung gewichen. Die Inseln im Südatlantik, wo 4000 britische Soldaten 1800 Einwohner schützen, werden mit hohem Kostenaufwand militärisch befestigt. Ein umstrittenes Projekt, für das vor allem Frau Thatcher steht.

Von FRITZ WIRTH

Wenn es sein muß", so vernahm kürzlich die „Sunday Times" auf einer Cocktail Party in Downing Street aus dem Munde Margaret Thatchers, „werden wir noch für tausend Jahre eine Garnison auf den Falklands unterhalten." Vergessen wir einmal den etwas unglücklichen Zeitbezug von tausend Jahren. Die auch sonst spürbare unerschütterliche Hartnäckigkeit, mit der die britische Premierministerin das Konzept der „Festung Falkland" verteidigt, weckt selbst in ihrer engeren politischen Umgebung wachsendes Unbehagen. Beispielsweise bei den Finanzherren in ihrer Treasury.

Denn die Falkland-Euphorie, die vor genau zwei Jahren wie ein Zündfunke das Land ergriff, als der Flugzeugträger „Invincible" den Hafen von Portsmouth verließ, ist endgültig verglüht. Der sogenannte „Falkland-Faktor" hat seit der letzten Unterhauswahl seinen politischen Handelswert verloren. Es herrscht deutliche Falkland-Ernüchterung. Man beginnt, die Rechnung dieses Unternehmens zu prüfen. Es ist die Stunde der Falkland-Buchhalter.

So groß die Ungewißheit über die Zukunft dieser Inseln tief im Südatlantik und so intensiv das Rätselraten sein mag über den Inhalt der unständlichen und immer noch zögernden diplomatischen Kontakte zwischen London und Buenos Aires – in einem Punkte herrscht bei Politikern aller Parteien in Westminster Klarheit: das gegenwärtige militärische Engagement der Briten auf dieser Insel, martialisch mit dem Stichwort *„Festung Falkland" umschrieben*, hat keine Zukunft. Die kostspielige Absurdität dieses Konzepts wird von Tag zu Tag deutlicher offenbar.

Denn „Festung Falkland" bedeutet, daß seit zwei Jahren auf dem längsten Nachschubweg der Kriegsgeschichte Kriegsmaterial auf diese Insel entsandt wird, um ein Stück Land zu verteidigen, über dessen Vermietung („Leaseback") beispielsweise die Briten vor dem Krieg bereits sehr eingehend mit den Argentiniern gesprochen hatten.

Noch absurder: auf Falkland lagern seit knapp zwei Jahren die modernsten militärischen Abwehrsysteme der Welt, Radarstationen, eine Staffel Phantom-Flugzeuge, Rapier-Systeme. Doch die Bürger von Port Stanley warten bis heute vergeblich darauf, daß ihnen eine eigene Bäckerei, eine Wäscherei oder Schusterei eingerichtet werden. Die Kluft zwischen militärischer und ziviler Aufrüstung hat beklagenswerte Dimensionen.

Das britische Verteidigungsministerium ist überaus zurückhaltend, die genauen Dimensionen der „Festung Falkland" zu beschreiben. Man verschanzt sich hinter dem Argument, daß von argentinischer Seite offiziell noch nicht das Ende der Kampfhandlungen verkündet worden ist und alle militärischen Daten deshalb geheim bleiben müßten.

Nach verläßlichen Informationen liegt die britische Truppenstärke auf den Falklands heute zwischen 3500 und 4000 Mann. Das größte Kontingent stellen die „Royal Engineers", Pioniereinheiten mit etwa tausend Mann, die in erster Linie für den Straßenbau und die Errichtung von winterfesten Unterkünften eingesetzt werden. Sie werden ergänzt durch ein *Infanterie-Bataillon. Die meisten* dieser Soldaten sind außerhalb von Port Stanley stationiert.

Die „Royal Air Force" hat eine Staffel von 15 Phantom-Kampfflugzeugen in Port Stanley, dazu 12 Harrier-Senkrechtstarter und eine erhebliche Anzahl von Hubschraubern, dem wichtigsten „Nahverkehrs-Vehikel" auf den Falklands. Die „Royal Navy" hat in den Gewässern um die Falklands vier Fregatten und Zerstörer und ein atomgetriebenes Unterseeboot im Einsatz, die ein Gebiet von 65 000 Quadratmeilen abdecken. Dazu eine Flotte von Versorgungsschiffen, die ständig zwischen Portsmouth und Stanley unterwegs ist.

Zu den 3500 bis 4000 Soldaten kommen 700 Zivilisten, die im Augenblick mit dem Bau des neuen Flughafens am „Mount Pleasant" beschäftigt sind. Ihre Zahl wird im Laufe dieses Sommers verdoppelt werden. Die Zahl der auf der Insel stationierten Soldaten und Arbeiter wird dann dreimal so hoch sein wie die Zahl der zu schützenden 1800 Bewohner dieser Inseln.

Dieses ungleiche Verhältnis wird noch schmerzhafter, wenn man die Rechnung für diesen Aufwand aufmacht. Die offiziellen Angaben der Regierung für den Preis der „Festung Falkland" sind begreiflicherweise sehr vorsichtig. Danach belastet er den britischen Steuerzahler bis zum Jahre 1986 um zusätzlich eine Milliarde Pfund, also knapp vier Milliarden Mark.



Den „Union Jack" über Falkland läßt sich die britische Regierung Milliarden kosten FOTO: DPA

Wesentlich realistischer ist die Zahl von rund drei Milliarden Pfund (11,8 Milliarden Mark). Diese Summe schließt 800 Millionen Pfund für die Wiedereroberung der Falklands, also die direkten Kriegskosten, ein, 215 Millionen Pfund für den neuen Flughafen, eine Milliarde Pfund für Garnisonskosten bis zum Jahre 1986 und eine Milliarde Pfund für den Ersatz der Kriegsschiffe, Flugzeuge und anderer militärischer Ausrüstung, die im Falkland-Krieg verloren wurde. Das bedeutet, daß der britische Steuerzahler bis zum Jahre 1986 für jeden Bürger der Falklands 1,5 Millionen Pfund, also knapp 6 Millionen Mark, aufbringen muß.

Allein diese Zahlen machen deutlich, daß das Konzept der „Festung Falkland" nur von begrenzter Dauer sein kann. Dafür wird allein schon der Druck aus dem britischen Finanzministerium sorgen, das sich in der ersten Falkland-Euphorie bereits er*klärt hatte, die unmittelbaren Falk*land-Kosten aus einem Sonderetat zu begleichen, seit einiger Zeit jedoch versucht, die „Festung Falkland" finanziell voll dem Verteidigungsmini*sterium anzulasten.*

Die Forderung der neuen argentinischen Regierung, daß die Briten die „Festung Falkland" schleifen sollen, hat deshalb in London kaum noch Schockwirkung. Natürlich kann von einer völligen Aufgabe dieses Konzepts keine Rede sein, sicher jedoch ist, daß vom Sommer nächsten Jahres an, wenn der neue Flughafen fertiggestellt ist und damit der Nachschub beschleunigt und verbilligt wird, das britische militärische Engagement auf den Falklands erheblich reduziert werden wird. Man spricht in London von diesem Zeitpunkt an von einer britischen Truppenstärke von rund 1000 Mann.

Diese Schrumpfbesatzung der Falklands würde kaum noch die *NATO-Verpflichtungen der Briten* beeinträchtigen. Im Gegenteil: viele britische Offiziere sind der Meinung, daß die Falklands das beste Übungsgelände sind, das sie jemals hatten.

Es ist bemerkenswert, daß keiner jener Männer, die vor zwei Jahren dem Kriegskabinett angehörten und den Falkland-Krieg führten, heute noch eine politische Rolle spielt. Sämtliche Männer dieses Kriegskabinetts – Verteidigungsminister John Nott, Außenminister Francis Pym, Innenminister William Whitelaw und Partei-Geschäftsführer Cecil Parkinson – haben in den letzten Monaten eigenartige Karriere-Knicks hinnehmen müssen, die sie aus der politischen Frontlinie entfernt haben. Geblieben ist allein eine streitbare Frau namens Margaret Thatcher, das letzte große politische Bollwerk der „Festung Falkland".

WIE WAR DAS?

Als die Nationen Greenwich entdeckten

Von EBERHARD NITSCHKE

Wie man sich eigentlich vorher auf der Erde zurechtfand, will dem Laien schwer einleuchten – aber erst seit hundert Jahren gibt es für alle Nationen den Null-Meridian von Greenwich.

Nach vorbereitenden Beschlüssen in Rom 1883 einigten sich die Mächte der Erde 1884 in Washington auf das Städtchen nahe London, heute längst ein Teil der Stadt. Wenn es nach dem Willen der Deutschen gegangen wäre, hätte man es bei Ferro belassen, der westlichsten der Kanarischen Inseln, wo schon in der Antike Ptolemäus den Anfangsmeridian festgelegt hatte. 1634 hatte Ludwig XIII. anläßlich eines Kongresses von Mathematikern und Geographen in Paris ausdrücklich Ferro für den Null-Längengrad bestätigt.

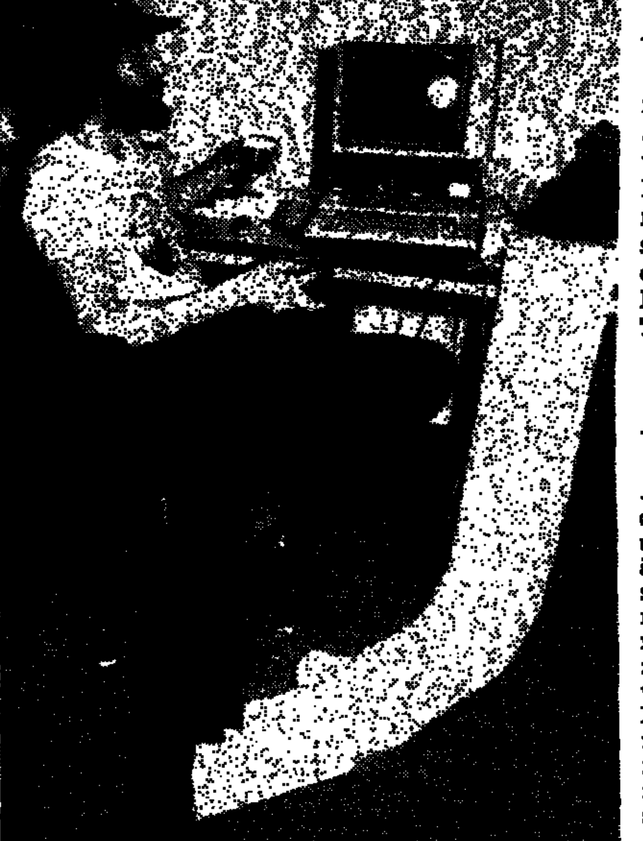
Die Sache hatte eine Schwierigkeit: Infolge des Fehlens einer Sternwarte am Ort konnte man die Lage von Ferro nicht eindeutig bestimmen. Darum wurde 1720 dieser Meridian auf 20 Grad westlich von Paris verschoben - und damit hatte man nun dank des politischen Gewichts von Frankreich für einige hundert Jahre einen zweiten Null-Meridian.

Außerdem aber, und deswegen spielte diese Doublette schon gar keine Rolle mehr, gab es bis 1850 einen Null-Längengrad durch Berlin, durch Kopenhagen, Lissabon, für die Norweger durch das damals noch Kristi*ania heißende Oslo, für die Griechen* durch Athen, die Finnen durch Helsingfors, für USA durch Washington, für Brasilien durch Rio de Janeiro, für Chile durch Santiago, für die Me*xikaner durch Mexico-City.* Hauptsache war bei diesem Durcheinander, daß dem Nationalismus Genüge getan war, indem der Meridian mitten durch die Sternwarte der jeweiligen Hauptstadt ging.

Warum nun gerade Greenwich? Der Historiker Arno Peters, der mit dem europazentrischen Weltbild auch gleich die Festlegung auf diesen Ort abschaffen möchte und sich für eine neue Null-Linie mitten durch die Behringstraße ausspricht, meint: „Die Engländer hatten mit ihrem 1767 erschienenen Nautical Almanach die Vereinheitlichung der Seekarten eingeleitet. Dazu gehörte auch, daß sie allen darin enthaltenen Karten den Null-Meridian von Greenwich zugrunde legten."

Wie schwankend die Beschlüsse waren, zeigte sich unter anderem darin, daß Rußland/UdSSR seinen/ihren nationalen Null-Meridian Pulkowa offiziell bis 1920 beibehielt, *und daß* die Null-Linien der Skandinavier noch nach dem Zweiten Weltkrieg gelegentlich verwendet wurden.

Schließlich: Seit dem Jahre 1953 ist *die berühmte, 1675 gegründete* Sternwarte von Greenwich, die überhaupt Anlaß für den ganzen Streit war, nach Herstmonceux bei Hailsham verlegt worden - 20 Minuten und 25 Sekun*den in östlicher Richtung.*



Karriere als „Hacker": Richard Cheshire FOTO: PETRA SCHAFFER

Ein „Hacker" hilft im Kampf gegen die „Cracker"

Mit dem Computer ist eine neue Art von Kriminalität aufgetaucht, der Diebstahl und die Manipulation von Daten per Knopfdruck. Wie man sich davor schützen sollte, berichtete Amerikas erfolgreichster „Hacker", Richard Cheshire, auf einer *Tagung in München.*

Von G. F. SCHMEIDEL-ROELMAN

Die Entwicklung neuer und immer komplizierterer Technologien hat in den vergangenen Jahrzehnten unser Lebens entscheidend ver*ändert. Eine Schlüsselrolle* spielte dabei der Computer, der mit der Möglichkeit der elektronischen Datenverarbeitung ganze Bereiche des Arbeitslebens völlig umstrukturiert hat. Doch längst ist der Computer nicht mehr nur Arbeitsgerät, sondern für viele Jugendliche wurde er zum liebsten Spielzeug und für sachkundige Täter zum Komplizen und Hilfsmittel bei neuartigen Straftaten.

Das Schlagwort heißt „Computer-Kriminalität", und die Hilflosigkeit vieler Unternehmen, verknüpft mit der Angst vor Skandalen und der noch mangelhaften Schulung und Ausrüstung von Polizei und Justiz, läßt die Dunkelziffer auf diesem Sektor in die Höbe schnellen.

In München lud jetzt das Leuro-Seminar, Institut für Neue Kommunikationstechnologien, Experten zu einer internationalen Fachtagung ein, um die Probleme des Computer-Mißbrauchs und der Computer-Kriminalität zu erörtern und Erfahrungen auszutauschen.

Einer der Referenten erregte besonderes Aufsehen und Interesse, war er doch der einzige Teilnehmer, der sozusagen als „Praktiker" sprechen konnte: Richard Cheshire, Amerikas erfolgreichster „Hacker". Obwohl es *inzwischen* viele Tausend „Hacker" (sprich: Häcker) gibt, die solange auf ihrer Computer-Tastatur herumhacken, bis sie einen Kontakt herstellen, gibt es nur wenige, die sich mit Cheshire messen können. Der „Hacker-König", der heute als hochbezahlter Experte zahlreiche Unternehmen in Fragen der Computer-Sicherheit berät, zeigte sich in München als Virtuose seines Instruments.

Nach einem theoretischen Teil, in dem er seine Überlegungen zur „Hackerei" darlegte, demonstrierte er, wie leicht es einem geübten und in der Technik versierten Menschen fällt, einen fremden Computer „anzuzapfen". Einige wenige Tasten sind zu drücken – es dauert eine Weile – ein Wort erscheint auf dem Bildschirm und ein Zug des Erkennens huscht über Cheshire's Gesicht. „Es ist ein VAX", sagt er, als spreche er über einen alten Bekannten. Schnell gibt er ein weiteres Wort ein, es piepst einige Male und – wir stehen in Verbindung mit einem Großrechner in Chicago.

„Das war ein einfacher Fall", erklärt er lächelnd. „Viele Benutzer von Computern – so auch dieser – verändern nach Inbetriebnahme nicht das Eingangswort, das der Hersteller serienmäßig programmiert. Dieses Wort kann jeder in dem entsprechenden Benutzerhandwort nachlesen. Ist das kriminell?" Cheshire legt großen Wert auf die Unterscheidung zwischen „Hacker" und den sogenannten „Crackern", deren Eindringen in Computer persönlichen Vorteilen dient.

Einen absoluten Schutz gegen Fremdnutzung gibt es Cheshire's Meinung nach nicht, wenn der Computer ständig benutzt und an öffentliche oder halb-öffentliche Telefonleitungen angeschlossen ist. Die Großcomputer der Armee, deren Codes *in dem Kinofilm* „War Games" von einem Schüler überwunden werden, sind für „Hakker" nicht erreichbar, da sie nicht an öffentliche Telefonleitungen angeschlossen sind.

„Hingegen ist es in den USA schon häufiger vorgekommen, daß Schüler den Schul-Computer umprogrammiert, ihre gespeicherten Noten verändert oder das System zum Schrecken ihrer Lehrer zum Zusammenbruch gebracht haben. Das gibt es allerdings erst einige Jahre; in meiner Schulzeit war es noch nicht möglich."

Auf die Frage, wie er die Situation in Deutschland beurteile, sagt Richard Cheshire: „Ich glaube nicht, daß die Bundespost bei aller Restriktion verhindern kann, daß junge Leute sich aus dem Ausland Zusatzeinrichtungen beschaffen und genauso hacken, wie wir in den Staaten. Wenn die örtlichen Computer-Clubs bei der Errichtung eines lokalen 'Schwarzen Brettes' von der Post unterstützt würden und diese Informationsdienste mit Hilfe besonderer Leitungen untereinander verbunden würden, dann könnte die kreative Neugier der Hacker dazu genutzt werden, die Bundespost bei der Errichtung besserer und wachsender Netze zu unterstützen."

Falls dies nicht geschieht, befürchtet Cheshire, „daß die Jugend sich dem Hacken von Fernsprechnetzen zuwenden wird. Wenn die Computer-Clubs beim landesweiten Austausch von Nachrichten unterstützt werden, wird es keine Gründe mehr geben, die öffentlichen Fernsprechwahlnetze und Com*puter-Verbindungen zu hacken.* Junge Leute werden mit Sicherheit hacken wollen. Sie werden alles über Computer-Netze und größere Computer lernen wollen. Sie können mit ihnen arbeiten und sie in die richtige Bahn lenken, aber wenn man ihnen das Arbeiten mit Computern verbietet, werden sie es illegal tun."

CSU will Querelen mit Entschlossenheit lösen

Erstes Ziel ist die Aufhebung der „Augsburger Spaltung"

PETER SCHMALZ, München

Der für die CSU wenig erfreuliche Ausgang der bayerischen Kommunalwahl wird von der Führung der Regierung als Warnung der Wähler verstanden, die innerparteilichen Querelen entschlossener und erfolgreicher als bisher zu lösen. Im Parteipräsidium, das am Montag nach dem Jour fixe der CSU-Bundesminister bei Parteichef Strauß in der Münchner Staatskanzlei tagte, wurde als erstes Ziel genannt, die Spaltung der Augsburger CSU zu beheben und mit der „Christlich Sozialen Mitte" wieder in einen Kontakt zu kommen, der langfristig eine Vereinigung der beiden konservativen Lager ermöglicht.

Die CSU-Spitze geht davon aus, daß dieser Weg nur durch ein personelles Opfer der CSU geöffnet wird: Nur wenn Hermann Knipfer, 49jähriger Landtagsabgeordneter, Augsburger Bezirksvorsitzender und Stadtrat, den Bezirksvorsitz räumt, ist nach Ansicht führender CSU-Politiker eine Einigung mit den Abtrünnigen der CSM möglich.

Einen noblen Abgang könnte sich Knipfer selbst verschaffen auf dem Sonderparteitag der Augsburger CSU, der in den nächsten Wochen auf Antrag mehrerer Dutzend Augsburger CSU-Mitglieder einberufen werden muß. Sollte Knipfer dabei seinen Rücktritt vom Amt des Augsburger Parteichefs erklären, könnte er nicht nur mit dem Wohlwollen der Parteiführung rechnen, sondern auch sein Landtagsmandat und damit seine politische Existenz langfristig sichern. Findet er allerdings nicht den Mut zum Verzicht, muß er mit schwerwiegenden Konsequenzen rechnen. Denkbar ist ein Mißtrauensantrag gegen ihn auf dem Sonderparteitag.

Für den Fall aber, daß Knipfers Konfrontationskurs trotz des Wahldebakels vom 18. März bei den Delegierten eine Mehrheit findet, erwägt die CSU-Führung einen radikalen Schritt: Der mit 2500 Mitgliedern ohnehin kleinste CSU-Bezirksverband würde dann in einen Kreisverband zurückgestuft und dem Bezirksverband Schwaben einverleibt. In diesem Fall könnte Knipfer kaum damit rechnen, 1986 nochmals als Landtagskandidat nominiert zu werden. In ersten Gesprächen mit der CSU-Spitze zeigte sich der Augsburger Bezirksvorsitzende bisher jedoch noch zu keinen Kompromissen bereit.

Die verfahrene Situation der CSU in der Fuggerstadt ist eng mit dem Namen Knipfer verbunden. Nach einer Affäre um den damaligen dritten SPD-Bürgermeister Willi Egger wegen Untreue im Amt wollte Knipfer die CSU, die mit 29 Sitzen stärkste Fraktion im Stadtrat war und die mit der SPD einen Bündnisvertrag abgeschlossen hatte, auf einen schärferen Kurs gegen die Sozialdemokraten und deren Oberbürgermeister Hans Breuer zwingen.

Bei der Basis fand er dafür eine überwältigende Mehrheit, in der eigenen Fraktion aber zum Teil entschiedenen Widerspruch. Fraktionschef Berlin, CSU-Bürgermeister Kotter, einige berufsmäßige und etliche ehrenamtliche Stadträte verließen 1981 die Fraktion und gründeten die „Christlich Soziale Mitte". Alle Schlichtungsversuche blieben erfolglos. Als die CSM eine eigene Liste zur Kommunalwahl aufstellte, schloß die CSU 14 CSM-Mitglieder aus.

Die Kommunalwahl war für die CSU ein Schock: Die CSU verlor neun Sitze und rutschte von 46,7 auf 32,9 Prozent herab, die CSM errang auf Anhieb 15 Prozent und zehn Sitze.

Bonn: Grüne für Gespräche mit der SPD

rtr, Bonn

Die Bundestagsfraktion der Grünen hat ihre grundsätzliche Bereitschaft zu Gesprächen mit der SPD bekundet. Vor der Presse sagte ihre neue Fraktionssprecherin Antje Vollmer, auf der jüngsten Fraktionsklausurtagung habe weitgehende Einigkeit darüber geherrscht, daß Gespräche mit anderen Parteien – insbesondere der SPD – den Grünen zumindest einen „kleinen" Einfluß auf die Politik in der Bundesrepublik Deutschland geben könnten. Man denke allerdings an Tolerierungs- und nicht an Koalitionsgespräche. Besonders die Umweltverschmutzung sei inzwischen so ernst, daß die Grünen zu Zugeständnissen bereit seien, um Abhilfe zu schaffen.

Nach Angaben von Frau Vollmer wurde auf der Tagung lange und ausführlich über das Verhältnis und die parlamentarischen Erfahrungen der Grünen mit der SPD diskutiert. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, daß dies zwar auf menschlicher Basis recht gut sei, es bei der parlamentarischen Arbeit aber wenig Gemeinsamkeit gegeben habe. Bei Umweltfragen hätten die Grünen der CDU/CSU manchmal näher gestanden als der SPD.

Frau Vollmer: Die meisten Mitglieder der Fraktion hätten das Verhalten ihrer hessischen Parteifreunde kritisch bewertet.

Boeing-Abschuß: Moskau weist Vorwürfe zurück

AFP, Moskau

Die Sowjetunion hat gestern offiziell den von der Internationalen Organisation für Zivilluftfahrt (ICAO) vorgelegten Bericht über den Abschuß einer südkoreanischen Verkehrsmaschine durch sowjetische Abfangjäger zurückgewiesen. Die ICAO hatte nach Vorlage des Rapports am 6. März in Montreal eine Resolution angenommen, in der der Abschuß der KAL-Boeing verurteilt wurde. Bei dem Vorfall waren am 1. September 1983 alle 269 Insassen des Zivilflugzeugs ums Leben gekommen.

In der Erklärung des zuständigen sowjetischen Ausschusses heißt es, der Bericht enthalte keinerlei Beweise und entbehre jeder Grundlage. Er könne „nicht als legal angesehen" werden. Die „angebliche Untersuchung" sei der ICAO „von den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Ländern" mit dem Ziel aufgezwungen worden, die in der Sowjetunion selbst angestellten Überprüfungen des Falls zu hemmen.

Außerdem habe die Organisation das Ziel verfolgt, die öffentliche Aufmerksamkeit von der „unumstößlichen Tatsache" abzulenken, daß die südkoreanische Maschine nach Anweisung des amerikanischen Geheimdienstes eine Spionagemission im sowjetischen Gebiet unternommen habe.

Entsalzung der Werra: Hessen hält sich zurück

Streit unter den Ländern um Finanzierung geht weiter

WERNER KAHL, Bonn

Die Entsalzung der Werra – zwischen Bonn und Ost-Berlin fest vereinbart – ist anscheinend weiter in die Ferne gerückt. Ein für den Wochenanfang geplantes Gespräch über den finanziellen Beitrag der Bundesländer ist von Hessen, wie gestern in Bonn bekannt wurde, abgesagt worden. Der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU im Bundestag, Eduard Lintner, betonte, daß es nicht an den Ostberliner Behörden liege, wenn sich jetzt die längst fällige Lösung weiter verzögere.

Die Bundesregierung war Ende vergangenen Jahres zuversichtlich, daß nach einem Gespräch von Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem hessischen Minsterpräsidenten Holger Börner (SPD) wegen der Beteiligung der betroffenen Bundesländer an der Finanzierung die letzte Hürde aus dem Weg geräumt worden war. Niedersachsen, Bremen und Nordrhein-Westfalen hatten bereits eine Beteiligung an der Entsalzung der Werra, die seit Jahren durch die Einleitung von Salzen aus den Thüringer Kaliwerken belastet ist, signalisiert. Dagegen hat Hessen den vollen eigenen Beitrag unter Hinweis auf das Verursacherprinzip abgelehnt. In dem Gespräch beim Bundeskanzler waren sich die Ländervertreter mit der Bundesregierung darüber einig geworden, daß die Werra-Entsalzung ein „einmaliger Vorgang" sei, der kein Präjudiz für etwaige andere Umweltdelikte darstelle, die die „DDR" betreffen.

Die seitdem in weiteren Gesprächen ausgearbeitete finanzielle Beitragsregelung für das 200-Millionen-Vorhaben sah einen hessischen Werra-Anteil von 25 Millionen D-Mark, verteilt auf fünf Jahre, vor. Die Bundesregierung will einhundert Millionen D-Mark beisteuern. Ein Sprecher des hessischen Umweltministeriums erklärte, das Land Hessen habe das Gespräch zwar abgesagt, sich aber längst zur Übernahme eines Kostenanteils bereit erklärt. Dieser Anteil liege allerdings zwischen 10,8 und 13 Millionen Mark. Dies wäre nur die Hälfte der für die einzelnen Länder vorgesehenen Anteile.

Kenner der Verhandlungen zwischen dem Bund und der hessischen Landesregierung hat die Zurückhaltung Hessens in der Frage der Werra-Entsalzung nicht überrascht, auch wenn die Wiesbadener Staatskanzlei ihre Bereitschaft, an dem Projekt mitzuarbeiten, erklärte. Ein Grund für die Zurückhaltung der Landesregierung könnte darin liegen, daß das Land hochverschuldet ist.

Elbgrenze: Keine Einwände der Alliierten?

p.p. Bonn

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel geht davon aus, daß sich die Bundesregierung in den Fragen Elbegrenze und Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter „auf mittlere Frist bewegen" wird. Dabei gehe es nicht darum „daß man einseitig etwas hergibt, wegschenkt", sondern darum, daß man etwas „als Mittel einsetzt, um eigene Ziele zu erreichen". So gebe es durchaus auch einen sachlichen Zusammenhang zwischen Reiseerleichterungen von Ost nach West und der Elbegrenze sowie zwischen der Erfassungsstelle in Salzgitter und Änderungen „beim sogenannten Grenzregime". Im übrigen, so Vogel, deuteten die Äußerungen der FDP-Politiker Mischnick und Ronneburger zu diesen Themen daraufhin, daß es „da noch Reste der alten Koalition gibt".

In der Diskussion um den Verlauf der Grenze hat der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel davor gewarnt, der Forderung Ost-Berlins nachzugeben, die Grenze auf der Elbe vom Nordostufer auf die Flußmitte zu verlegen. Ein innerdeutscher Vertrag über die Verlegung der Grenze käme der Anerkennung der östlichen Auffassung gleich, daß es eines Friedensvertrages nicht mehr bedürfe. Der Grenzverlauf sei 1945 von den Alliierten auf dem Nordostufer festgelegt worden.

General Klein – ein Freund Deutschlands

Von ERNST CRAMER

In den ersten Nachkriegsjahren hatte Deutschland wenige Freunde. An der Spitze derer, die wußten, daß es ein anderes Deutschland gab, als das der Konzentrationslager und der unbarmherzigen Kriegs- und Eroberungsmaschine, standen, für viele erstaunlich, zwei Juden.

Der eine war der Londoner Verleger Victor Gollancz, der mithalf, dem geistigen Leben zunächst in den westlichen Besatzungszonen und später in der Bundesrepublik die Tore zur Welt zu öffnen. Der andere war General Julius Klein, der jetzt, total erblindet, nach längerer Krankheit in seiner Heimatstadt Chicago im Alter von 83 Jahren gestorben ist.

Kleins Großvater war im Revolutionsjahr 1848 von Deutschland ausgewandert. Sein Vater lebte einige Jahre in Berlin, wo auch Klein selbst aufs Gymnasium ging. Seine Eltern liegen auf dem jüdischen Friedhof Berlin-Weissensee.

General Julius Klein wurde 83 Jahre alt

Während des Ersten Weltkriegs war er Soldat. Anschließend wurde er Mitglied einer Abrüstungs-Kontroll-Kommission in Deutschland. Später war er Redakteur an Zeitungen der amerikanischen Hearst-Gruppe und Filmproduzent in Hollywood.

Im Jahre 1941 ließ er sich reaktivieren und führte im Kriegsministerium in Washington den Begriff „Public-Relations" ein. An der Schlacht um die Philippinen nahm er als Divisionskommandeur teil, avancierte schließlich zum General-Major und war später jahrelang Vorsitzender des jüdischen Veteranenverbandes in den USA.

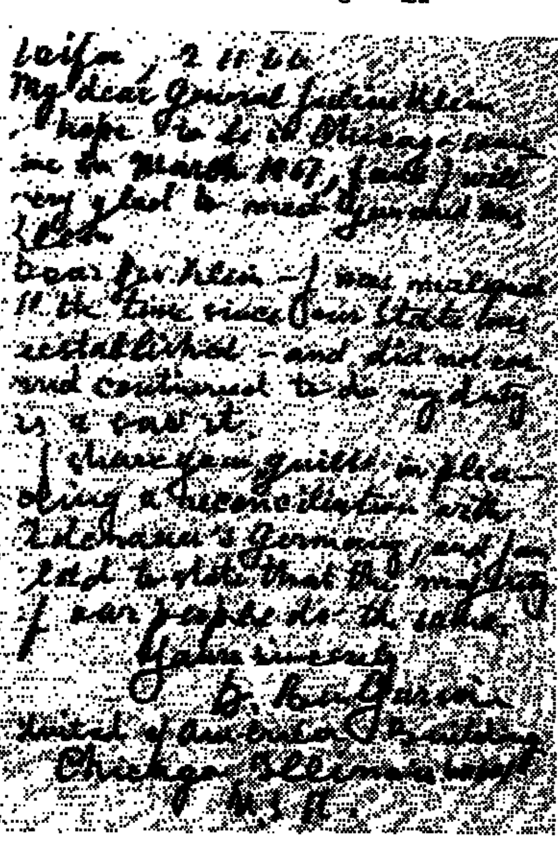
Klein hatte sich in den dreißiger Jahren in Chicago mit dem nationalsozialistischen „Bund" herumgeschlagen und war ein unerbittlicher Gegner der Hitler'schen Ideologie geworden. Ebenso eindeutig stand er zeit seines Lebens gegen den Kommunismus und wurde nach dem Krieg ein Parteigänger der Eindämmerungspolitik des amerikanischen Außenministers Johne Foster Dulles. Das brachte ihn bald mit Konrad Adenauer und Heinrich von Brentano in Verbindung.

Unzählige Male hatte Klein damals in Amerika um Sympathien für die neue deutsche Demokratie geworben. Dafür stellte er seine Public-Relations-Firma zur Verfügung, deren Dienste in diesen Tagen hauptsächlich von einem aus der deutschen Industrie gespeisten Förderkreis honoriert wurden.

Der General war auch einer der Organisatoren des historischen Treffens zwischen Adenauer und dem israelischen Premierminister David Ben Gurion im New Yorker Waldorf-Astoria-Hotel, das als Beginn der diplomatischen Kontakte zwischen Bonn und Jerusalem betrachtet werden kann.

Mit derselben Verve und der gleichen Leidenschaft, wie für die amerikanisch-deutschen Beziehungen, setzte sich Klein auch für die Lebensrechte des jungen jüdischen Staates ein.

Er erhielt neben seinen vielen Kriegsauszeichnungen zahlreiche Ehrungen. Am stolzesten aber war er auf einen Brief Ben Gurions vom November 1966, in dem es heißt: „Zusammen mit Ihnen trage ich die 'Schuld', mit Adenauer eine Aussöhnung angestrebt zu haben; glücklich bin ich darüber, daß die Majorität meines Volkes mit mir darüber einer Meinung ist."



Nicht nur dieser Brief unterstreicht die Freundschaft von Ben Gurion und General Klein. Bereits 1960 schickte Ben Gurion Klein eine Kopie eines Photos, das ihn und Adenauer bei einer herzlichen Begrüßung zeigte. Die Kopie war von beiden Staatsmännern mit „in Freundschaft" signiert.

„DDR“: Mittag für attraktivere Konsumgüter

AFP, Berlin

Das für Wirtschaftsfragen zuständige SED-Politbüromitglied Günter Mittag hat die „DDR“-Betriebe nachdrücklich ermahnt, mehr und attraktivere Konsumgüter „sowohl für die bessere Versorgung der Bevölkerung als auch für einen devisenrentablen Export“ herzustellen. Es gehe nicht „nur um herkömmliche Konsumgüter in größeren Mengen zu produzieren und von Jahr zu Jahr höhere Stückzahlen zu erreichen“.

Immer stärkeres Gewicht erhielten heute „weiter entwickelte, formschöne und attraktive Erzeugnisse, Erzeugnisse mit dem letzten Pfiff, die auch ein Extra bieten“, schrieb Mittag in der Partei-Zeitschrift „Einheit“. Das Konsumgütersortiment müsse in schnellerem Tempo als bisher erneuert, und für alle neuen Erzeugnisse müsse Spitzenqualität gesichert werden. „Niemandem kann es erlaubt werden, dies als eine Aufgabe unter vielen zu behandeln.“ Hier gehe es um Grundfragen der „DDR“-Wirtschaftspolitik. Produktion und Niveau von Konsumgütern berührten „ganz unmittelbar die Wirkung des Leistungsprinzips und damit die Leistungsbereitschaft der Werktätigen“. Mittag hob zugleich hervor, daß sich Konsumgüter „weltweit zu einem Eckpfeiler stabiler Positionen auf den Außenmärkten“ entwickelten.

Das Saarland will seinen Sender schützen

Referentenentwurf für neues Rundfunkgesetz vorgelegt

Nea. Saarbrücken

Startmöglichkeiten für private Rundfunk- und Fernsehveranstalter, zugleich aber auch eine Art Bestandsgarantie für den tief in den roten Zahlen steckenden Saarländischen Rundfunk soll ein neues saarländisches Rundfunkgesetz sichern, dessen Referentenentwurf jetzt von Ministerpräsident Werner Zeyer (CDU) der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Das Gesetz sieht für alle privaten Aktivitäten sowie für die Einspeisung von Sendungen in Kabelanlagen in Errichtung einer „Landesanstalt für das Rundfunkwesen“ vor, die die Konzessionen vergeben und darauf achten soll, daß „in den Programmen in ihrer Gesamtheit die Vielfalt der Meinungen der Bürger berücksichtigt wird“. Die Forderungen nach Meinungspluralität erstreckt sich allerdings nur auf Vollprogramme (mindestens sechs Stunden täglich). Sind im Lande außer den bereits bestehenden öffentlich-rechtlichen Programmen weitere drei oder mehr Vollprogramme (Hörfunk oder Fernsehen) zu empfangen, so kann nach dem neuen Gesetz die Forderung nach Meinungspluralität innerhalb der einzelnen Programme entfallen, da dann die sogenannte Außenpluralität angenommen werden kann.

Die Entscheidung darüber fällt die sogenannte Versammlung der Landesanstalt, die ähnlich aus Vertretern der gesellschaftlichen Gruppen (nicht aber Regierung und Landtag) zusammengesetzt sein soll wie der Rundfunkrat des Saarländischen Rundfunks.

Die Bestands- und Entwicklungsgarantie für den Saarländischen Rundfunk, der zur Zeit seinen Etat nur durch den noch bis 1986 geltenden Finanzausgleich innerhalb der ARD ausgleichen kann, soll in Paragraph 64 des neuen Gesetzes durch drei Bestimmungen gesichert werden: Der SR kann sich allein oder in Kooperation mit Privaten an der Nutzung aller technischen Neuentwicklungen beteiligen. Ihm stehen auch in Zukunft alle bisherigen Senderechte zu. Und er darf Werbesendungen weiterhin in der bisherigen Dauer und zu den bisher zulässigen Zeiten ausstrahlen.

Sollte die finanzielle Situation des SR, etwa durch eine Nichtverlängerung des Finanzausgleichs in der jetzigen Höhe, nach 1986 kritisch werden, so hält Ministerpräsident Zeyer weitere Sparmaßnahmen des Senders für möglich. Als allerletzte Hilfsmaßnahme des Staates käme theoretisch auch eine im Saarland erhöhte Rundfunkgebühr in Frage.

Nachzählung in München abgeschlossen

dpa, München

Die Nachzählung des Ergebnisses der Stadtratswahlen in München ist gestern abgeschlossen worden. Wann allerdings das überprüfte Stimmergebnis und die endgültige Sitzverteilung im Rathaus vorliegen werden, ließ ein Sprecher der mit der Nachzählung beauftragten Aufsichtsbehörde, der Regierung von Oberbayern, noch offen. Das bayerische Kabinett hatte die Prüfung aller 967 Wahlurnen wegen „Unregelmäßigkeiten in nicht näher feststellbarem Umfang“ verlangt. Der Münchner Wahlleiter Peter Gauweiler sprach von „haarsträubenden“ Zählfehlern. „Wir wollen ein hieb- und stichfestes Ergebnis“, begründete der Sprecher das offene Ende der Auswertung, die jetzt über automatische Datenverarbeitung erfolge. Man versuche, das Ergebnis so rasch wie möglich festzustellen, „doch am Mittwoch kommt es sicher nicht“, war die einzige Festlegung. Sieben Tage lang hatten knapp tausend Bedienstete des Freistaats und der Stadt München in 155 Gruppen in einer Halle des Münchner Messegeländes die rund 530 000 Stimmzettel erneut ausgezählt. Nach altem Stand – vor der Prüfung – entfielen je 35 Stadtratssitze auf CSU und SPD, vier auf die FDP und sechs auf die Grünen.

Johannes Paul II. verschafft sich mehr Freiraum für die Seelsorge

Die Internationalisierung der Kurie und der Aufstieg des schwarzen Kardinals Gantin

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Als weiteren bedeutsamen Schritt zur Internationalisierung der Kurie und als Ausdruck der päpstlichen Entschlossenheit, sich noch größeren Freiraum für die Seelsorge zu schaffen, sieht man in Rom die von Johannes Paul II. vorgenommenen Umbesetzungen in den Kongregationen der zentralen Kirchenregierung sowie die Delegierung der Machtbefugnisse und der Verantwortung eines (weltlichen) Souveräns des Vatikanstaates an Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli. Casaroli wird damit unter Beibehaltung seiner bisherigen Ämter an der Spitze des Staatssekretariats und des Rates für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche zum Defacto-Gouverneur – oder „Vizekönig“ – des durch die Lateranverträge von 1929 geschaffenen kleinen Staatsgebildes. Casaroli regiert dort mit Hilfe einer schon nach dem Konzil gebildeten Kardinalskommission, deren Leitung dem bisherigen Präfekten der Bischofskongregation, Kardinal Sebastiano Baggio, übertragen wurde. An die Spitze der wichtigen Bischofskongregation rückt zum erstenmal ein Nicht-Italiener: der schwarze Kardinal Bernardin Gantin.

Die Ernennung Gantins hat in Rom beträchtliches Aufsehen erregt. Der knapp 62jährige Sohn eines Eisenbahnarbeiters aus der ehemaligen französischen Kolonie Dahomey, der jetzigen Volksrepublik Benin, war bisher Präsident der päpstlichen Kommission „Iustitia et Pax“ und des päpstlichen Rates „Cor Unum“. Er gilt seit längerem als die herausragende Figur des afrikanischen Episkopats, und sein Name tauchte vor dem letzten Konklave sogar in der spekulativen Liste der „Papabili“, der möglichen Anwärter auf das Papstamt, auf. Man sagt ihm ungewöhnliche Intelligenz, sozialen Sinn und ein starkes Engagement für die „Inkulturation“ des Christentums in der Dritten Welt nach. Er wird künftig für die Bischofsernennungen in der ganzen Welt die Verantwortung tragen.

Außer Gantin wurde ein weiterer Schwarzer in ein wichtiges Kurienamt berufen. Erzbischof Francis Arince von Onitsha (Nigeria) wird Propräsident des Sekretariats für die Nichtchristen. Die Tendenz zur Internationalisierung der Kurie durch Heranziehung prominenter Diözesanbischöfe aus aller Welt findet außerdem ihren Ausdruck in der Ernennung des französischen Kardinals und Erzbischofs von Marseille, Roger Etchegaray, zum Nachfolger Gantins als Präsident von „Iustitia et Pax“ und von „Cor Unum“ sowie die Bestellung des Dubliner Erzbischofs Dermont Ryan zum Propräfekten der Kongregation für die Evangelisierung der Völker. Der deutsche Benediktiner Augustin Mayer, bisher Sekretär der Ordenskongregation, übernimmt als Propräfekt die unter Paul VI. zu einer einzigen Kongregation zusammengefaßten, jetzt wieder getrennten Kongregationen für die Sakramente und für den Gottesdienst.



„Vizekönig“ Casaroli
FOTO: ZOLTAN NAGY

Von der Ernennung des amerikanischen Priesterjournalisten John Forley zum Präsidenten der Kommission für die Massenkommunikationsmittel – an Stelle des erkrankten polnischen Titularerzbischofs Deskur – versprechen sich vor allem die beim Vatikan akkreditierten Journalisten eine stärkere Anpassung der vatikanischen Informationspolitik an die Erfordernisse der modernen Medien.

Mit der Elegierung seiner weltlichen Befugnisse als Souverän des Staates der Vatikanstadt an Kardinalstaatssekretär Casaroli will sich Johannes Paul II. nach allgemeiner Auffassung nicht nur von der Bürde der Verwaltungsroutine befreien, sondern auch die Trennung deutlich machen, die zwischen der geistlichen Regierung der Weltkirche und der weltlichen Regierung des Vatikans besteht. Im Rahmen dieser Neuordnung wurde die Stellung des umstrittenen amerikanischen Erzbischofs und Präsidenten der Vatikanbank IOR, Paul Marzinkus, zweifellos geschwächt. Marzinkus war bisher als Propräsident der Kardinalskommission für den Staat der Vatikanstadt praktisch der „weltliche Herrscher“ im Vatikan, da sich Casaroli als Kommissionspräsident kaum in die Tagesarbeit einschaltete. Jetzt erhält der Amerikaner, der als IOR-Präsident in den Skandal um die Mailänder Ambrosiano-Bank verwickelt worden ist, in Kardinal Baggio einen aktiven direkten Vorgesetzten. In Rom fiel auf, daß Johannes Paul II. in den beiden Handschreiben, mit denen er die Umbesetzungen verfügte, den Majestätsplural gebrauchte.

Frau Thatcher duldet keine Abstriche bei britischen Nuklear-Streitkräften

Interview mit der BBC / Kühnes Selbstlob über Londons Europa-Leistungen

FRITZ WIRTH, London

Nach einer Serie innen- und außenpolitischer Ausrutscher, die den Verdacht nährten, daß Margaret Thatcher nach fünfjähriger Amtszeit Orientierung und Glück zu verlieren scheint, stellte sich die britische Regierungschefin gestern der BBC zum ersten großen Fernseh-Interview seit langer Zeit.

Sie gab eine kompetente und überzeugende Vorstellung und zerstreute alle Spekulationen, daß sich nach ihrer Augenoperation des letzten Jahres Ermüdungserscheinungen eingestellt hätten. Sie versicherte, daß sie auch nach der nächsten Unterhauswahl in vier Jahren weiterhin Premierministerin bleiben wolle und entgegnete auf den Einwand, daß sie dann 62 Jahre alt sein werde: „Das stimmt, aber ich werde eine sehr fitte 62jährige sein.“

Der Bergarbeiterstreik, die wachsende Arbeitslosigkeit, die EG-Krise, die britische Nuklearaufrüstung und der von ihr begonnene neue Dialog mit dem Ostblock waren die relevanten Themen des Interviews. Über die Chancen für eine baldige Lösung der EG-Budgetfrage befragt, zeigte sie leichten Optimismus. Sie sei zuversichtlich, daß das Problem in absehbarer Zukunft gelöst werden könne, doch sie ließ zu keiner Minute erkennen, daß sie in ihrer Grundhaltung und in ihrem Stil im Umgang mit den EG-Problemen nachgiebiger werden könne.

Entschieden wies Frau Thatcher den Vorwurf zurück, daß sie mit ihrem Verhandlungsstil lästig werde. „Es gibt da noch neun andere, die lästig sind. Ich kann mit den Neun fertig werden und ebenso sollten die Neun in der Lage sein, mit mir fertig zu werden. Es liegt im übrigen bei ihnen, diese Lästigkeit und Hartnäkkigkeit aus der Welt zu schaffen, indem sie mir zugestehen, was ich haben möchte.“ Sie beendete das Thema mit der kühnen Behauptung: „Niemand hat in den letzten Jahren mehr für Europa getan als Großbritannien.“

Mit gleicher Resolutheit begegnete sie allen seit Monaten auftauchenden Spekulationen, daß die Regierung aus Kostengründen eine Rückzieher bei der Umrüstung ihrer Nuklearstreitkräfte auf das Trident-System erwäge, dessen Kosten auf mittlerweile neun Milliarden Pfund (rund 35 Milliarden Mark) geschätzt werden. „Wir brauchen eine unabhängige nukleare Abschreckung“, erklärte sie, „und ich akzeptiere nicht die moralischen Argumente gegen diese Waffen. Ein einseitiger Verzicht würde bedeuten, daß wir die wirkungsvollste Waffe dieser Welt völlig und ausschließlich den Händen eines potentiellen Angreifers überlassen. Die nukleare Abschreckung ist da, um alle Kriege zu verhindern und sie hat es bis heute getan.“

Zugleich kündigte sie an, daß Großbritannien den neubegonnenen Dialog mit dem Ostblock fortsetzen werde, sie warnte jedoch vor zu hohen und voreiligen Erwartungen. Sinn dieses Dialogs sei es, eine neue Atmosphäre des Vertrauens in wichtigen Fragen wie der gemeinsamen Abrüstung und Entspannung zu schaffen.

Am Vorabend der Unterhausdebatte über den Bergarbeiterstreik, die von der Labour Party erzwungen wurde und sich ausschließlich auf den Einsatz der Polizei im Umgang mit den „fliegenden Streikposten“ konzentriert, verteidigte sie energisch die Rolle der eingesetzten 4500 Polizisten in den nordenglischen und schottischen Kohlefeldern. „Sie leisten exzellente Arbeit und sind da, das Grundrecht des Bürgers auf Arbeit zu verteidigen.“ Dies sei im übrigen nicht ein Disput zwischen Regierung und Bergarbeitern, sondern der Bergarbeiter untereinander. Es läge deshalb bei ihnen, diesen Konflikt zu beenden.

Zur gleichen Stunde, da sie das Interview gab, kam es in Nottinghamshire und Derbyshire zu den bisher schwersten Zusammenstößen zwischen Poizei und militanten streikwilligen Bergarbeitern. Dabei wurden ein Bergarbeiter und sechs Polizisten verletzt. Einhundert der insgesamt tausend demonstrierenden Streikposten, die ihre eigenen Kollegen von der Arbeit fernhalten wollten, wurden verhaftet.

Statt über Sport zu reden, zerstritten sich die beiden Koreas über Politik

Erstes Treffen seit vier Jahren / Gemeinsame Olympia-Mannschaft in Frage gestellt

FRED de LA TROBE, Tokio

Mit welch schroffen Mißtrauen sich die beiden koreanischen Teilstaaten gegenüberstehen, zeigte das rasche Scheitern ihrer ersten Konferenz seit vier Jahren. Je vier Vertreter beider Länder waren im Waffenstillstandsort Panmunjon zu Gesprächen über die Bildung einer gemeinsamen Mannschaft für die olympischen Sommerspiele in Los Angeles im Juli dieses Jahres und in Seoul 1988 zusammengetroffen.

Die Zusammenkunft artete schon bald nach Beginn in harte politische Anklagen aus. Beide Seiten warfen sich innenpolitische Unterdrückung und undemokratische Praktiken vor. Die Abgeordneten aus dem Süden forderten eine Entschuldigung der Nordkoreaner für den Bombenanschlag von Rangun im vergangenen Herbst, bei dem 17 Südkoreaner – unter ihnen vier Minister – ums Leben gekommen waren, und dem Staatspräsident Chun nur durch eine glückliche Fügung entging.

Die Nordkoreaner stürmten aus dem Verhandlungsraum. Sie sagten, die Vertreter des Südens hätten das auf das Sportthema ausgerichtete Treffen für politische Propaganda mißbraucht. Der Dialog könne erst nach einer südkoreanischen Entschuldigung wieder aufgenommen werden.

Ob es zu weiteren Gesprächen über eine gemeinsame Olympiamannschaft kommen wird, ist noch unklar. Die Vertreter des Südens schlugen jetzt eine weitere Verhandlungsrunde in Panmunjon für nächste Woche vor.

Trotz des Scheiterns der ersten Dialogrunde buchen es die meisten Kommentatoren in den ostasiatischen Hauptstädten als einen Fortschritt, daß der direkte Kontakt zwischen Nord- und Südkorea wiederaufgenommen wurde. Dies Ergebnis wird vor allem auf die Einflußnahme Chinas und Japans auf ihre jeweils nahestehenden koreanischen Anrainer zurückgeführt.

Peking ist an einem Abbau der Spannungen auf der koreanischen Halbinsel interessiert. Ein militärischer Konflikt zwischen den beiden Teilstaaten würde die in jahrelangen Mühen entwickelte Freundschaft Chinas zu Japan und den Vereinigten Staaten zerstören. Andererseits wollen die Chinesen ihren Einfluß auf die Regierung in Pjöngjang stärker als den der Sowjetunion erhalten. Nordkorea folgte bisher einem geschickten Schaukelkurs zwischen Peking und Moskau. Es kann aber nicht so entschieden in eins der beiden Lager abwandern, daß es die Unterstützung des anderen verliert.

Jahrelang geduldige Einflußnahme Japans – zuletzt wieder anläßlich des Peking-Besuchs von Ministerpräsident Nakasone im März – hat die Chinesen davon überzeugt, daß für sie Kontakte zu Südkorea vorteilig sein können. China erklärte daher vor einigen Tagen, daß es an den olympischen Sommerspielen in Seoul 1988 teilnehmen werde.

Da China Nordkoreas enger Verbündeter ist und die Beteiligung auch anderer kommunistischer Staaten an den Spielen in Seoul als wahrscheinlich gilt, droht Pjöngjang in die Isolierung zu geraten, wenn es 1988 keine Athleten nach Süd-Korea entsendet.

Zu den gegenwärtig in Seoul stattfindenden asiatischen Basketball-Wettspielen entsandte China jetzt eine eigene Mannschaft. Das Team aus Taiwan reiste unter Protest ab, da die Südkoreaner das Hissen der chinesischen Fahne erlaubt hatten. Aussichten auf Gespräche über eine gemeinsame olympische Mannschaft der Volksrepublik China und Taiwans zeichnen sich noch nirgends ab.

(SAD)

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

WIR SUCHEN in Krankenhäusern gut eingeführten und fachkundigen **VERTRETER** mit speziellem Interesse für medizinisch-technische Instrumente für Nordrhein-Westfalen und einige weitere Bundesländer.
WIR SIND ein Unternehmen, das medizinisch-technische Instrumente für den Einmalgebrauch im Bereich der Intensivmedizin, Chirurgie und innere Medizin herstellt und vertreibt zum Verbraucher. Die Produkte werden durch viele Referenzen herausgehoben.
WIR BIETEN DAFÜR beste Konditionen mit höchsten Provisionsanteilen und Unterstützung bei der Einführungsarbeit.
Das bestehende Vertretungsgebiet ist bearbeitet und kann bei intensiver Tätigkeit eine sehr schnelle Erweiterung und höchste Verdienstanteile erzielen.
Zuschriften mit bisherigem Tätigkeitsbericht und Bild unter B 5656 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

City Büros Hamburg
Repräsentanzen mit Telefon- u. Postservice, Telex, Telefax, Schreibbüro
Kompl. möblierte Büros mit Empfang / Sekretariat für Kurz- und Langzeit-Mieter
Schulungs- und Konferenzräume
City Büros Hamburg GmbH, Spaldingstr. 1, 2000 Hamburg 1, Tel. 0 40-23 11 75, Tlx. 2 174 311 Koop

Suchen Sie Absatzmöglichkeiten in dem Markt Saudi-Arabiens oder anderer Golfstaaten?

Verkaufsstarker Partner

(s. unten als Generalagentur!)

Stock Commodities! Ost-Kontakte vorhanden?

Barter-Geschäfte im Dreiecksverhältnis erwünscht!

Unsere Firma hat seit dem 1. 1. 84 eine saudische Mehrheitsbeteiligung. Die Träger verfügen über ausgezeichnete Beziehungen zum Königshaus sowie zu vielen Bereichen der privaten Wirtschaft.

Ihr Partner: **IDEA-IMPORT/EXPORT**
Postfach 11 05, 4600 Dortmund 1
Tel. 02 31 / 82 73 88, Telex 8 22 225, idea d

In der reichsten Industrie der Welt verwirklichen wir eine faszinierende Produkt- u. Vertriebskonzeption. Vertriebsorganisationen,
Top-Verkäufern + Top-Managern
bietet sich die wohl lukrativste Geschäftschance der 80'er Jahre.
Die Partner der ersten Stunde
erhalten eine langfristige, erfolgsorientierte Gewinnbeteiligung.
A.M.T. GmbH, Kirchstr. 5, 7101 Untergruppenbach, Tel. 0 71 31 /70 10 42

SPANIEN – bald EG-Mitglied
DIPL-INGENIEUR
selbständige Existenz zwischen Valencia u. Alicante, engl./span. Sprache, mit Büro u. Haus, sucht Repräsentation nur gut renom. Firmen. Allg. Maschinenbau, Energietechnik (Solar), Heizung-Klima.
Zuschriften erbeten unter C 5657 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Suche dauerhafte Existenz
in Spanien als Angestellter oder Selbständiger. Startkapital vorhanden. Deutscher, 43 Jahre, verheiratet mit einer Krankenschwester, 2 schulpflichtige Kinder. Abgeschlossene Berufsausbildung als Starkstromelektriker, Elektro-Ing. (grad.) – Energietechnik, Berufsschullehrer, Tennisspieler mit Trainerlizenz. Grundkenntnisse der spanischen Sprache vorh.
Ang. erb. unter Y 5772 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind ein **Schweizer Dienstleistungsunternehmen** und suchen für verschiedene **Versandhäuser** in der BRD zuverlässige Verpackungs- und Versandgesellschaften, die eventuell auch **Fullfillmentarbeiten** übernehmen können.
Zuschriften an Chiffre 44-62368, Publicitas, Postf., CH-8021 Zürich.

Konkurs unabwendbar?
Nehmen Sie Kontakt mit Ihrem neuen Geschäftsführer auf.
Zuschr. u. T 5921 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Fahrzeugwerk-Inhaber

sucht aus Altersgründen Käufer oder Teilhaber

Es handelt sich um ein gesundes, schuldenfreies Unternehmen mit gutem Kunden- und Auftragsbestand.

Kontaktaufnahme erbeten unter Z 5773 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 84, 4300 Essen.

Für neues attraktives Einbauleuchtenprogramm, italienisches Design, suchen wir gut eingeführte
Handelsvertreter
im Bereich Lichttechnik.
Bewerbungen unter E 5637 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Freier Handelsvertreter
Großhandelskfm., 35 J., seit 2 J. selbst., sucht solide H.-Vertr., auch mit Auslieferungslager, PLZ-Ber. 4, aus der sich eine langfr. Geschäftsverbindung entwickeln soll.
Ang. u. B 5775 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Beteiligung an: Obst-und-Gemüse-Vertriebs-GmbH
Wir sind ein kleiner bis mittlerer Handelsbetrieb der Obst- und Früchtebranche im Raum Schweizer Grenze (südl. Schwarzwald). Durch starke Expansionsinteressen sind wir gezwungen, einem dynamisch und unternehmerisch denkenden Fachmann eine prozentuale Beteiligung sowie seine Mitarbeit in unserem Betrieb anzubieten. Eine spätere Gesamtübernahme unseres Unternehmens stellen wir in Aussicht. Keine Sanierung. Wir sind finanziell gesund.
Anfragen unter P 5874 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Mittelständ. Kosmetikunternehmen (Naturkosmetik), vergibt für versch. PLZ-Gebiete der BRD Alleinvertriebsrecht. Kapitaleinsatz DM 30 000,-. Ang. u. A 5774 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Exklusive oder ausgefallene **Produkte** für Versandhandel gesucht.
Angebote an: S & W, Postfach 54 02 32, 2000 Hamburg 54

Spezialist
f. schwierige Kurieraufträge u. andere Problemaufgaben im In- u. Ausland, nur anspruchsv. Einsätze erwünscht, die entspr. professionelles Vorgehen erfordern. Zuschriften unter K 5641 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Gebietsvertretungen für Top-Artikel in Versandhandel
Unser Produkt wurde seit 1. 1. 1984 in der BRD eingeführt und hat sich sehr gut bewährt. Wir suchen bundesweit noch Großhändler für den Vertrieb.
Nähere Informationen bei
Haimex GmbH
Kleinstr. 27, 6361 Niddatal 2
Tel.: 0 60 34 / 30 13-16
Tlx. 4 102 068

Zu äußerst günstigen Bedingungen verkaufen wir ein von uns entwickeltes

Vakuumpumpenprogramm

Das Programm ist im Baukastensystem aufgebaut und ermöglicht die Produktion ein- und zweistufiger sowie trockenlaufender und ölgeschmierter Pumpen.
Das Angebot umfaßt die kompletten Konstruktionspläne, betriebsbereite Pumpen und ein umfangreiches Lager.
Interessenten sollten Fertigungsmöglichkeiten und ein bestehendes Vertriebsnetz besitzen.
Anfragen an die Geschäftsleitung der Firma:
ODENWÄLDER PRÄZISIONSWERK
Sauer & Sohn
Groß-Zimmerner-Straße 51

Kaufmann m. langjähr. Außendiensterfahrung sucht Handelsvertretung Großr. Bremen/Hamburg. Evtl. auch Kauf. Zuschriften unter E 5668 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junges Unternehmen mit
exkl. hochaktueller Kollektion
Dekor-Spiegel, -Flachglas, su. Handelsvertreter (CDH), die in Glas/Porzellan-, Wareneinrichtungshäusern, exkl. Baumärkte u. Geschenkboutiquen bestens eingef. sind. Ang. u. R 5875 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wir suchen Kontakt zu Firmen, die
1-Stunden-Fotoentwicklungslabors
liefern können und über entsprechende Betriebserfahrung verfügen.
FAB
30 rue des Bruyères
1274 Howald, Luxemburg

Expandierendes Exportunternehmen sucht
Kontaktperson
m. guten Geschäftsverbindungen zu den Golfstaaten und Saudi-Arabien.
Zuschr. u. D 5755 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Investitionsgüter Vertrieb/Marketing
Ich bin 50 Jahre alt, Dipl.-Ing. u. Vertriebsleiter (Prokurist) eines namh. Unternehmens der Investitionsgüter-Industrie. Ich habe langj. erfolgr. Praxis in Marketing, Vertrieb u. Service erklärungsbed. Investitionsgüter (Anlagen u. Seriengeräte) einschl. Reorgan. u. Führung nationaler und internationaler Organisationen. Ich arbeite kosten- u. ergebnisorientiert, bin mit Konzern-Controlling- u. Führungsprinzipien vertraut, initiativ und belastbar. Meine Stärke liegt im Aufspüren profitabler Marktnischen u. systemat. Realisieren vorh. Absatzchancen. Ich spreche fließend Englisch und gut Französisch.
Ich suche die herausfordernde neue Aufgabe als Marketing-/Vertriebsleiter oder Bereichsleiter/Geschäftsführer in einem größeren Unternehmen.
Interessiert? Dann schreiben Sie mir bitte unter T 5767 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Kaufmann
45 Jahre, verh., z. Z. Controller, ungek.
Grundlage: Langj. Auslandserfahrung als Fin.-Controller und interner Management-Berater multinat. Konzerne in Finanz- und Rechnungswesen, (US-)Reporting, Unternehmensplanung, Organisation inkl. Mikro-EDV, Marketing, Fertigungssteuerung, Materialwirtschaft, sehr gutes Englisch sowie verhandlungssicheres Französisch.
Gesucht: Verantwortungsvoller Aufgabenbereich im In- oder Ausland als Leiter des Finanz- und Rechnungswesens bzw. als Mitglied der Geschäftsführung.
Zuschriften erbeten unter G 5661 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

BRASILIEN
Kaufm. Geschäftsführer
Industrie, Export/Import, Handel, 40 Jahre, gründliche kaufm. und technische Ausbildung.
- 15 J. erfolgreiche Tätigkeit im Aufbau und in der Führung mittelst. Unternehmen
- umfangr. Erfahrung in Rationalisierung, überbetriebl. Kooperation, Unternehmensfinanzierung/Sanierung
- Auslandserfahrung in England, Argentinien, z. Z. in Brasilien tätig
- fließend Englisch, Spanisch und Portugiesisch

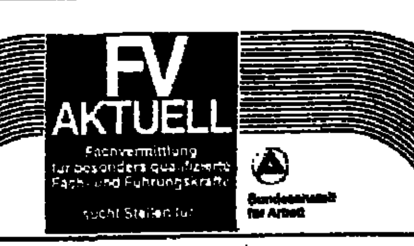
sucht neue Führungsaufgabe.
Zuschr. unter E 5778 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erfolgreicher Hotel-Kaufmann
stellv. Direktor, 43, Verhandlungsgeschick, Organisationstalent, sucht nach langjähriger Position in First-Class-Hotel
neue Aufgaben im Hotel-Management
Zuschriften erbeten unter R 5743 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Nat. Verkaufs-Direktor Markenartikel
Industrie-Kaufmann mit klassischer Laufbahn im Verkauf, der mit einer 100-Mann-Organisation plus Key Account Management und einer Spez.-Org. für bekannte Markenartikel-Unternehmen im Food-Bereich tätig ist, sucht kurzfristig neue Aufgaben als Mitglied der G. F.
Gute Führungseigenschaften gegenüber der Mannschaft, aber auch ausgeprägte Stärke in der direkten Verhandlung mit den Kunden sowie beste persönliche Kontakte im Handel sind nachweisbar. Strategisches Denken und Handeln schaffen die Basis für eine gute Kooperation mit dem Marketing. Jetziges Eink. 180 000,–. Standort unabhängig. Allerbeste Referenzen.
Zuschriften erbeten unter N 5873 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Unternehmerisch denkender Maschinenfachmann
(allg. Anlagenbau, auch Baumaschinen) übernimmt Aufbau od. Leitung entsprechender Abteilung. Engl.-arabisch-sprechend, erfahren in Baustelleneinrichtung und Personalführung. Nur außereurop. Ausland, vorzugsweise arabische Länder. Angebote unter U 5627 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bauingenieur
47 Jahre alt, mit langjähriger Erfahrung im Management großer Auslandsbaustellen, sucht Tätigkeit im Raum Hamburg.
Spezielle Kenntnisse:
1 – Erstellen von Tendern, Contract- und Sub-Contract-Dokumenten sowie deren Auswertung und Verhandlung.
2 – Contract Administration.
3 – Erstellen und Kontrolle von Interim Valuations und Final Acounts.
4 – Erstellen und Abwickeln von Claims.
Ang. u. G 5351 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen



Wirtschaftsingenieur für Seeverkehr
46, Erfahrung in Logistik, Planung, Statistik, Organisation, im internationalen Reederei-, Maklergeschäft, Stauberatung. Besichtigung von Schäden; sucht neuen Aufgabenbereich.
Auskünfte erteilt: Frau Rave
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16
2000 Hamburg 1, ☎ 040/24844-2392, FS 2163213

Diplom-Volkswirt
31, Uni Göttingen, Dipl. 5/80, Berufserf. im Bereich volkswirtschaftlicher Analysen, Statistik, Unternehmensberichterstattung; sucht neues Tätigkeitsfeld im volks- oder betriebsw. Bereich.
Auskünfte erteilt: Herr Langer
Fachvermittlungsdienst Hannover, Hanomagstraße 9
3000 Hannover 91, ☎ 0511/4737-482, FS 921428

Vertriebs-Ingenieur
42, verh., Wohnsitz Nähe Hannover. In den letzten Jahren für renommierte amerikanische Firmen auf dem biomedizinischen Gerätesektor tätig. Management- und verkaufspsychologische Schulungen, verhandlungsgewandt, durchsetzungsfähig. Erfahrung in kaufmännischen Bereichen und im Aufbau von Vertriebsorganisationen; sucht Position als Gebiets- oder Vertriebsleiter, Medizintechnik.
Auskünfte erteilt: Herr Pein
Fachvermittlungsdienst Hannover, Hanomagstraße 9
3000 Hannover 91, ☎ 0511/4737-209, FS 921428

Diplom-Chemiker, Dr.
42, Fachr. physik. Chemie, Kenntn. in techn. Chemie, 3 J. Berufserfahrung in der Entwicklung und Herstellung von Arzneimitteln, Lebensmitteln, Kosmetika und Reinigungsmitteln; sucht Stellung in der chem. Industrie.
Auskünfte erteilt: Herr Vogel, **Fachvermittlungsdienst Kiel**
Muhliusstraße 38, 2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-342, FS 292673

Diplom-Übersetzer
33, Englisch, Spanisch, Niederländisch; Schwerpunkt Technik und Wirtschaft mit Erfahrung im Bereich Elektrotechnik, Elektronik, Nachrichtentechnik, (Kern-), Energietechnik; sucht neues Betätigungsfeld.
Auskünfte erteilt: Herr Vossen
Fachvermittlungsdienst Köln, Luxemburger Straße 117
5000 Köln 41, ☎ 0221/475-2702, FS 8 881127

Vertriebs- und Consulting-Bauing. (grad.) Agraring. und Verfahrenstechnik
Mittelamerikaner, 37 Jahre, verh., ortsungebunden, sucht verantwortungsvollen Wirkungskreis im Vertrieb: Außen- mit Innendienst. Arbeitserlaubnis unbeschränkt und Aufenthaltserlaubnis unbefristet.
Ausbildung: Abitur, Ing. (grad.), Studium in der BRD. Agraring. USA-Anerkennung. Schwerpunkt Korntechnik (Aufbearbeitung, Lagerung und Verarbeitung). Autodidaktstudium Verfahrenstechnik (chemische, Futter- und Lebensmittelindustrie).
Sprachen: Spanisch (Muttersprache), verhandlungssicheres USA-Englisch und Deutsch. Grundkenntnisse BASIC.
Tätigkeit: 3 Jahre Bauing. in der BRD. 9jährige Erfahrung als Geschäftsleiter in Übersee (Vertrieb- und Consulting von Investitionsgütern: Landtechnik und schlüsselfertige Anlagen). Ausführung von Im- und Exportgeschäften mit sehr gutem Erfolg.
Kenntnisse: Marketing, Betriebswirtschaft, gute Allg.-Bildung.
Eigenschaften: Kontaktfähig, gewandt, flexibel u. zuverlässig. Fähigkeit zur Teamarbeit, Führungsvermögen, verkäuferisches Talent. Zielstrebig und kaufmännisch orientiert.
Angebote erbeten unter C 5776 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

Dynamische Persönlichkeiten mit Berufspraxis für Führungsaufgaben und Lehrtätigkeit im Hotel- und Gaststättenwesen mit der Qualifikation
Dipl.-Hdl. oder Dipl.-Kfm.
oder
Küchen- und Serviermeister
gesucht. Interessante Aufgabe und leistungsbezogene Dotierung.
Aussagekräftige Bewerbungen mit Nachweisen unter S 5647 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wir suchen zum baldmöglichen Eintritt
3 attraktive Damen
die unsere Produkte per Telefon verkaufen und auf Messen als Propagandistinnen für uns tätig sind.
Sollten Sie Interesse haben, in der Videobranche zu arbeiten, senden Sie uns bitte Ihre Bewerbungsunterlagen mit Lichtbild. Branchenkenntnisse sind erwünscht, jedoch nicht Bedingung.
Mike Hunter Video GmbH
Hohe Pforte 4–6
5000 Köln 1

Hotel- und Gaststättenfachmann
34 Jahre, verh., 2 Kinder, gel. Kellner, Hotelfachschule Heidelberg, AEVO, langjährige Erfahrung in Tagungs- und Seminarbereich, Administration, Betriebsleitung sucht neue Aufgabe zum 1. Mai 1984 oder nach Vereinbarung.
Angebote erbeten unter W 5726 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Direktvertrieb
Führungskraft, mit langjährigen, praktischen Erfahrungen und nachweisbaren Erfolgen sucht neuen Wirkungskreis. Interessantes Vertriebskonzept zwecks Diversifikation kann eingebracht werden. Zuschriften unter X 5771 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. Elektrotechnik (FH)
42 Jahre, deutscher Staatsbürger, arabische Abstammung (Bagdad/Irak), Erfahrung: Planung der gesamten elektrischen Anlagen der Gebäudetechnik, Koordination der Technik und Hochbau, Bauleitung und Kalkulation.
Zuschr. u. U 5878 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

Projektmanagement – Verfahrenstechnik
Produktion – Betriebstechnik
Ingenieur, 36 Jahre, umfangreiche Erfahrung in 8jähriger Tätigkeit in nationalen und internationalen Unternehmen, sucht verantwortungsvolle Aufgabe im
Technischen Management
Besondere Erfahrungen:
- Optimierung von betrieblichen Abläufen
- Planung, Projektierung und Kontrolle von Investitionen
- Kostenorientierte Betriebsführung
- Leitung von Projektgruppen, national und international
- Leitung von Produktionsprozessen
- Einsatz und Führung von Mitarbeitern

Kontaktaufnahme erbeten unter D 5614 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Maschinenbau-Ingenieur
55 Jahre, verheiratet, gelernter Maschinenschlosser

sucht: Aufgabe als
Leiter Arbeitsvorbereitung
in wirtschaftlich gesundem, modernen Unternehmen

war bisher:	
Konstrukteur	2 Jahre
Leiter der Fertigungssteuerung	9 Jahre
Produktionsleiter	2 Jahre
Leiter der Arbeitsvorbereitung	14 Jahre

bietet: gründliche, praxisnahe Ausbildung, intensive Weiterbildung, REFA, MTM, EDV, Erfahrungen in Rationalisierung, Kostensenkung, Arbeitsplatzgestaltung und -bewertung, EDV-Einsatz im Präzisionsmaschinenbau, Klimatechnik und Elektrotechnik, spangebende, spanlose Fertigung, Kunststoffverarbeitung, Leichtmetalldruckguß

ist: Praktiker, führungserfahren, bereit und in der Lage, auch schwierige Reorganisationen durchzuführen, regional ungebunden, frei zum 1. 10. 84

Zuschriften erbeten unter V 5725 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

23jähr. Kraftfahrer
Kl. II, sucht gut bezahlte Stellung im Ausland, z. B. Saudi usw. (nicht unbedingt als Kraftfahrer).
Tel. 0 71 30 / 17 86

Marketing/Produktmanager
Dipl.-Betriebswirt (34), 4 J. Hdl., 10 J. Produktmanagement/Marketing Elektro-Hausgeräte-/DIY-Markt, sucht neue Aufgabe, die Engagement erfordert. Kontakt u. X 5630 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kfm., 36 J., sucht neue Herausforderung als
Kfm. Leiter/Geschäftsführer
Schwerpunkte: Vertrieb und Personal
in mittelständ. Unternehmen, mögl. Raum HH. Nachweisb. Erfolge in „Problembranche" durch unkonventionelle Vertriebsstrat. und Profit-Center-Organisation, mehrj. Erf. im Personalwesen eines hervorragend organis. Großbetriebes.
Kontaktaufnahme erbeten unter P 5764 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sekretärin
28 J., ungek., sucht z. 01. 10 84 neuen Wirkungskreis (zwischenzeitl. 3monatiger Sprachschulaufenthalt in England), gern Touristik/Verlagsbranche.
Ang. u. V 5628 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Technischer Einkäufer
42 J., umfassende Erfahrung im Industrieanlagenbau u. -zubehör, Transportabwicklung u. Materialwirtschaft, verhandlungs- u. abschlußsicher. Abgeschlossene gewerbliche u. technische Ausbildung, in langj. ungek. Anstellung, sucht neuen Wirkungskreis im Raum Hamburg.
Zuschriften erbeten unter S 5876 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Z. Zt. im Homecomputersektor selbständiger
Groß- und Außenhandelskaufmann
32 Jahre, verh., mit guten Englischkenntnissen sucht verantwortungsvolle Position im Sektor Microcomputer. Unternehmerisches Denken, Handeln und Arbeiten dürfen Sie als selbstverständlich voraussetzen.
Ang. u. D 5656 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bauingenieur
30 J., verh., in ungek. Stellung, sucht neuen Wirkungskreis, Schwerpunkte EDV-Bauwesen, Erfahrung in Bearbeitung von Flächentragwerken mittels FEM-Programmen, Erstellen von Steuer-, Konstruktions- und Zeichenprogrammen (CAD), Datenbanken.
Angeb. erbeten unter F 5660 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Tropenholzkaufmann
Rund-/Schnittholz aus SO-Asien, Afrika, Südam.; Franz./Engl.; langj. Praxis in Lieferantenländern; sucht neuen interess. Wirkungskreis.
Zuschr. erbeten unter H 5662 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Großhandelskaufm.
29 J., sucht per sofort Anstellung. Erfahrungen: Innendienst, Assistent d. VL – BRD – Markenartikel. Außendienst Markenartikel Ni I. BRD + Benelux, Kunststoff-Befestigungen. Suche verantwortungsvollen Wirkungskreis.
Angeb. erb. u. P 5720 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Reisebegleiterin
Sehr hübsche, kultivierte Dame, mehrsprachig, sucht Anstellung.
Angeb. u. PK 47658 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Dipl.-Wirt.-Ing. (FH) Produktionstechnik
27 J., led., ungekündigt, Studium: Produktionstechnik und betriebswirtsch. Aufbaustudium. Studienschwerpunkte: Arbeitsorganisation, Kunststoff- u. Metallverarb., Datenverarb., Kosten- u. Wirtschaftlichkeitsrechnung. Tätigkeit: 2¼ J. Spritzgußverarb., Oberflächenbearb., Projektierung, Qualitätssicherung.
Suche: Tätigkeit in der Kunststoff- o. Metallverarb. in den Bereichen AV, Fertigungssteuerung, -planung, Qualitätswesen, evtl. Kostenwesen. Raum: NRW, Niedersa., Nordhessen, HH.
Zuschr. erb. u. K 5663 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

– Diplom-Volkswirt, Dr. jur. –
Anf. 40, z. Zt. Ltr. d. Wirtschaftsreferats eines Bundesverbandes, sucht Position, mögl. in weltwirtschaftsbezog. Unternehmen od. Organsiation, z. B. Bank, Industrie, Presse/Publizistik. Langjähr. fundierte Kenntnisse u. prakt. Erfahrungen in wichtigen volkswirtschaftl., weltwirtschaftl. u. verkehrswirtschaftl. Fragen, vielseitig. Sprachkenntn.
Angeb. erb. u. PM 47907 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Chemieingenieur (Dipl.-Ing/FH)
43 J., verh., ungekündigt, Leiter eines chemisch-anwendungstechn. Labors in der stahlverarbeitenden Industrie, sucht vergleichbare oder auch andere Tätigkeit. Vorhanden sind langjährige Erfahrungen auf u. a. folgenden Gebieten: Verfahrensschmierung zur Kaltumformung (Rohrziehen und -Schweißen), Schutzgasglühung, Rostschutz, Überwachung von dir. Betriebswässern und Bearbeitung von Kundenproblemen, die Stahloberfläche betreffend. Dazu kommen Erfahrungen in der anwendungstechn. Kunststoffproduktentwicklung (Klebstoffe, PVC-Plastisole, Schaumstoffbeschichtungen). Bevorzugt Raum NRW, aber nicht Bed.
Zuschriften erbeten unter V 5769 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirt
35 J., techn. Verständnis, außergewöhnliche Allround-
Führungspersönlichkeit
sucht Herausforderung als Geschäftsführer oder Leiter einer Niederlassung. Zur Zeit in mittelständischem Unternehmen verantwortlich für Marketing und Vertrieb, Personal, Organisation, Controlling, EDV.
Zuschr. erb. unter W 5770 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer
Vertrieb und Technik
Dr.-Ing., Maschinenbau, 48 J., Führungskraft. Langjährige Erfahrung des Vertriebs und der Technik mit Innen- und Außendienst, Investitionsgüter. Fließend Engl., Sprachk. Franz. u. Ital., sucht aus ungekündigter Stellung neuen Wirkungskreis zum 1. 7. 84.
Zuschr. u. W 5629 an WELT-Verlag Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Versicherungs-Kfm.
31 J., 10 J. Berufserf., ausgeb. in Sach, LV, KV, sucht neuen Wirkungskreis als Generalagent (nicht unter 200 000,- Bestand) im Raum 6250 Limburg.
Angeb. erb. u. S 5744 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt grad., 38 J., sucht neue Tätigkeit i. mittl. Bauunternehmen. Schwerpunkt Kostenrechnung. Zuschriften unter E - 5756 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bauingenieurin
26, gelernte Techn. Zeichnerin, z. Z. in ungekündigter Stellung, sucht interessanten Aufgabenbereich (keine Werbetätigkeit).
Tel. 0 40 / 87 17 34

EXPORTKAUFMANN
40, 16 J. Auslandserf. bei deutscher Handelsfirma in Thailand, Malaysia, Singapore, Indonesien u. Hongkong, Verkaufspraxis u. Fachkenntnisse für Verpackungs-, Kunststoff- u. Blechemballagen-Maschinen, fl. Engl., sucht interessante Aufgabe mit Verantwortung im In- oder Ausland.
Zuschr. erb. u. S 5766 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Gelernter Koch
seit zehn Jahren im arabischen Baustellengeschäft tätig, kaufmännisch versiert, Erfahrungen im DDR-Geschäft, sucht Tätigkeit als Catering-Manager, Camp-Manager oder Küchenchef auf internationaler Ebene.
Freundl. Angeb. u. R 5765 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Staatl. geprüfter
Tiefbautechniker u. Brunnenbaumeister
27. J., Außendiensterfahrung, sucht Stellung i. Brunnenbau, Baugrundaufschlußbohrungen od. dergleichen.
Zuschr. u. A 5752 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ingenieurpersönlichkeit
erfahrener Betriebspraktiker, techn. Werksleiter, Hbv., 48 J., Dipl.-Ing. FH Masch.-Bau, engl. Spr., eines blechverarbeitenden Großbetriebes, 180 Mill. Ums., mit intern. Kenntnissen des mod. Managements, EDV, Produktion, Konstruktion, Entwicklung, Kundenberatung, sucht aus pers. Gründen neuen Wirkungskreis als techn. Gesamtleit., Dir., Geschäftsführer od. Unternehmensübernahme auf Rentenbas.
Ang. erb. u. V 5879 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter, Investitionsgüter/Fördertechnik, Anfang 40, verh., ungek., Engl., sucht leitende Tätigkeit, auch Niederlassung, Raum Hannover.
Zuschriften erb. unter L 5642 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wegen der Arbeitsruhe am Karfreitag fehlt uns wichtige Zeit bei der Vorbereitung unserer Wochenendausgabe vom 21. April.

Wir bitten deshalb unsere Inserenten:

Schicken Sie Anzeigenaufträge für die Samstag-Ausgabe vom 21. April möglichst frühzeitig an uns ab

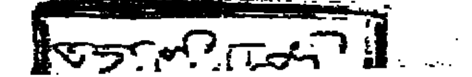
Sie helfen uns damit, Ihre Aufträge mit üblicher Sorgfalt ausführen zu können.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

4300 Essen 18/Kettwig
Im Teelbruch 100
Telefon (0 20 54) 10 11
Telex 08-579 104

1 Berlin 61, Kochstraße 50
Telefon (0 30) 2 59 11
Telex 01-84 611

2 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1
Telefon (0 40) 34 71
Telex 02-17 001 777



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Terror schon vergessen

„Özal läßt Vorwürfe über Folter untersuchen": WELT vom 3. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

die sozialdemokratische SODEP-Partei erhielt bei den Kommunalwahlen am 25. März 23,3 Prozent der Stimmen und nicht wie angegeben 30 Prozent.

Die konservativen Parteien haben zusammen 67 Prozent der Stimmen erhalten. Keine dieser Parteien hat eine positive Andeutung über eine Amnestie gemacht. Wie Ministerpräsident Özal schon erklärt hat, ist „die Zeit noch nicht reif". Für eine Amnestie kommt ohnehin nur ein gewisser Prozentsatz in Frage, für den einige Voraussetzungen für die Resozialisierung geschaffen werden müssen.

Der Nährboden des Terrorismus ist noch sehr fruchtbar. Letzte Woche wurden 22 Terroristen samt Arsenal gefaßt, die im Ausland ihre Ausbildung erhielten. Solange der Nährboden im In- und Ausland noch existiert, wird kein konservativer Politiker eine Amnestie verantworten können.

In der deutschen Öffentlichkeit einschließlich des Bundestages wird von 25 000 politischen Häftlingen gesprochen. Mit Ausnahme von einigen CDU-Abgeordneten erwähnt niemand die 2000 Terroropfer, die im Jahr der Machtergreifung der Militärs zu beklagen waren, von den Opfern der Vorjahre ganz zu schweigen.

Der Tod von Günter von Drenkmann, Jürgen Ponto, Hanns Martin Schleyer u. a. m. scheint im Bundestag vergessen zu sein. Die deutschen Politiker sollten ihre Augen vor der Tatsache nicht schließen, daß der Nährboden des Terrorismus in Deutschland und in der Türkei der Gleiche ist. Der Terrorismus kann nur in Zusammenarbeit bekämpft werden und nicht, indem man einen Bündnispartner unter Druck setzt. Dieser Druck kann in der sehr jungen Regierung zu Fehlern führen, welche man jetzt nur ahnen kann. Man kann nur hoffen, daß den Fehlern der siebziger Jahre die Lehren daraus folgen werden.

Hochachtungsvoll
Suat Bakir,
Berlin 65

Vokabeln als Tarnung

„Griff nach den Begriffen": WELT vom 30. März

Ich pflichte Enno v. Loewenstern ausdrücklich bei. Seit den Jahren, in denen aus der Einheitsschule die „Gesamtschule" wurde, aus Nötigung die „Demonstration", aus Sachbeschädigung die unverfängliche „Gewalt gegen Sachen", aus dem blindwütigen Fanatiker der bemitleidete „Verzweiflungstäter" (um nur diese Beispiele zu nennen), seit dieser Zeit hat die Linke an der semantischen Front Sieg auf Sieg errungen.

Ganz aktuell ist die 35-Stunden-Woche „mit vollem Lohnausgleich". Ausgleich klingt so friedlich-freundlich. Er bedeutet in diesem Fall aber knallhart eine Lohnerhöhung um mindestens 10 bis 12 Prozent, die von der Wirtschaft aufzubringen ist.

Also nicht Lohnausgleich, sondern Lohnerhöhung! Warum lassen sich die Regierung und die Arbeitgeber die Terminologie der Gewerkschaften aufdrängen? Es muß deutlich werden, daß DGB und SPD Lohnsteigerung von nie gekanntem Ausmaß erzwingen wollen. Und das in einem Land, in dem nicht Not und Elend herrscht, sondern dessen Löhne ohnehin in der Welt weit an der Spitze liegen.

Man sollte endlich damit aufhören, dem DGB Verantwortungsbewußtsein zu attestieren. Erhard hat seine segensreiche Wirtschaftspolitik nur gegen den wütenden Widerstand der Gewerkschaften – nicht der Arbeiter – durchsetzen können.

Hoffentlich zeigen Regierung und Arbeitgeber heute gleiches Standvermögen und schielen nicht insgeheim schon nach dem „Ausgleich".

Mit freundlichen Grüßen
K.-U. Hagelberg,
Bonn 2

Offene Fragen

„Dies ist für uns beide keine einfache Stunde": WELT vom 28. März

R. Moniac ist für seinen sachlichen Bericht in der WELT über die Verabschiedung des Generals Kießling zu danken. Er steht – wohltuend – im Gegensatz zu manchen polemischen, abwertenden und Unkenntnis demonstrierenden Berichten anderer Tageszeitungen.

General Kießling ist durch den Minister mit militärischen Ehren verabschiedet worden – das war gut so! Wenn allerdings der Oppositionsführer das kritisiert und lieber gesehen hätte, daß der Generalinspekteur den Zapfenstreich „gegeben" hätte, zeugt das von Unkenntnis – hier war der Minister gefragt! Wäre anderseits Wörner nicht anwesend gewesen, hätte Vogel (mit Recht) weit massivere Kritik geäußert, weil der ausgesprochenen Rehabilitierung der „sichtbare" Ausdruck gefehlt hätte. Was will Herr Vogel wirklich?

Ebenso unaufrichtig sind die Beschuldigungen im Zusammenhang mit der Vernehmung des Schweizers Ziegler. Hätte Wörner ihn nicht persönlich angehört, wäre ihm vorgeworfen worden, nicht glaubwürdig um die Klärung der Angelegenheit bemüht zu sein und seinen Pflichten als Disziplinarvorgesetzter zu verletzen.

Unbefriedigend bleibt auch das Verhalten von zwei Generalen, die nach Presseberichten ihren Minister bei der Kommandeurtagung coram publico attackierten. Wenn ein General eine politische Entscheidung nicht mittragen kann oder will, steht ihm frei, um seinen Abschied zu bitten. Einige haben es in der Vergangenheit getan – jene beiden haben versäumt, glaubwürdig zu wirken und statt dessen die Verpflichtung zur Loyalität in Frage gestellt.

Abschließend stellt sich zum Gesamtkomplex eine Frage: Wer (und wann) gibt nun die fällige Ehrenerklärung für den Minister ab? – Der Untersuchungsausschuß könnte es tun, nur werden es die SPD-Mitglieder ablehnen. Dabei hätten sie doch allen Grund dazu: War nicht ein Fehlverhalten des MAD der letzte Anstoß für den Rücktritt des Ministers Leber (SPD)? Was tat sein Nachfolger Apel, um eine derartige Wiederholung zu verhindern? Offenbar nichts – der Fall Kießling beweist es.

Hoffen wir, daß Minister Wörner nach einigen Jahren sein Haus besser bestellt verläßt.

W. G. Kloevenkorn,
Weinheim

Wort des Tages

„ Unsere größte Aufgabe ist es, die Hoffnung der Welt dadurch zu erfüllen, daß wir sie selbst in uns verwirklichen. Diese Aufgabe muß daheim beginnen. Denn wenn wir unsere eigenen Ideale nicht selbst verwirklichen, können wir nicht hoffen, daß andere sie annehmen. "

John F. Kennedy; am. Politiker (1925–1963)

Skandal für EG

„Italiens Firmen drücken sich vor der Steuer": WELT vom 2. März

Sehr geehrte Herren,

mit großem Interesse habe ich den Bericht über die Steuerhinterziehung in Italien gelesen. Wenn führende Politiker Italiens dies selbst als „nationale Schande" bezeichnen, möchte ich hinzufügen, daß dies ein europäischer Skandal ist. Während es der Staat in unserem Partnerland zuläßt, daß er durch solche Betrügereien Millionen an Schaden erleidet, schämt er sich andererseits nicht, diese aus der EG Kasse wieder herauszuholen. Durch die Schlamperei bei der Finanzverwaltung in Italien werden deutsche Steuerzahler indirekt gezwungen, mehr Steuern zu bezahlen, um den Haushalt der EG auszugleichen. Ich finde, daß unsere deutschen Politiker und unsere Vertreter im Europäischen Parlament darauf dringen müssen, daß in allen Ländern eine bessere Steuermoral und gleichmäßige Steuerbelastung eingeführt wird.

Ich befürchte, daß sonst es die Deutschen langsam satt bekommen, für die Schulden anderer Länder immer als Zahler einspringen zu müssen.

Freundliche Grüße
Ludwig Zettl,
Großheppach

Spannungen zwischen China und Vietnam

AFP, Peking

Die Spannungen an der Grenze zwischen China und Vietnam halten an. Peking veröffentlichte gestern eine „Bilanz" der seit einer Woche dauernden Auseinandersetzungen zwischen den Armeen beider Staaten. Es heißt, 43 vietnamesische Soldaten seien bei dem Versuch getötet worden, in die chinesische Provinz Yunnan einzudringen. Auf chinesischer Seite habe es keine Verluste gegeben.

Hanoi dagegen warf den chinesischen Truppen vor, auf vietnamesisches Staatsgebiet vorgedrungen zu sein. Zugleich habe die chinesische Artillerie insgesamt 18 Ziele in vier der sechs vietnamesischen Grenzprovinzen beschossen. Es habe „Menschen- und Materialverluste" gegeben. Die Angreifer seien jedoch jedesmal erfolgreich zurückgeschlagen worden. Die Spannungen zwischen den beiden kommunistischen Nachbarn gehen praktisch jedes Jahr mit der Intensivierung der Kämpfe der vietnamesischen Besatzungstruppen gegen den kambodschanischen Widerstand während der Trockenzeit einher.

Das Schicksal einer „DDR"-Bewohnerin

SAD, London

In ihrer regelmäßig erscheinenden Kolumne über politische Gefangene in aller Welt hat sich die angesehene Londoner „Times" gestern mit dem Schicksal einer 21jährigen Bewohnerin der „DDR" beschäftigt. Gabriele Wieland, eine ehemalige Angestellte in der Finanzbuchhaltung einer Leipziger Firma, war im Januar 1983 unter der Anklage verhaftet worden, „zum Schaden der Interessen der DDR" Kontakte zu Ausländern aufgenommen zu haben. Die junge Frau, die vergeblich um eine Ausreisegenehmigung zum Besuch ihres in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Verlobten ersucht hatte, wurde wegen „landesverräterischer Agententätigkeit" zu zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die „Times" lenkt seit längerer Zeit die Aufmerksamkeit auf Häftlinge in aller Welt, die nach ihrer Ansicht aus politischen Motiven hinter Gitter gekommen sind.

Parlamentarier behält Immunität

AP, Straßburg

Das Europäische Parlament in Straßburg hat es abgelehnt, die Immunität des CDU-Abgeordneten Erik Blumenfeld aufzuheben. Die Hamburger Staatsanwaltschaft wirft dem Abgeordneten Steuerhinterziehung zugunsten seiner Partei durch die Gründung einer Scheinfirma vor. Diese Firma mit dem Namen „Hansa" war zwischen 1974 und 1978 von Blumenfeld geleitet worden. Mit der Verweigerung der Aufhebung der Immunität folgte das Straßburger Parlament dem Grundsatz, den Schutz nicht aufzuheben, wenn die angeblichen Vergehen direkt oder indirekt mit politischen Handlungen in Zusammenhang stehen. Insgesamt genießen die Europa-Parlamentarier den gleichen Schutz wie die Abgeordneten in den Parlamenten der zehn Mitgliedsstaaten. Das Prinzip des Straßburger Parlaments, in diesen Fällen die Immunität nicht aufzuheben, ist nicht unumstritten. Gegner argumentieren, auf diese Weise könnten sich auch Terroristen hinter der Immunität verbergen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Syrien will Einfluß in Libanon festigen

Vor dem Besuch Amin Gemayels in Damaskus

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die Situation in Nahost steht möglicherweise vor größeren Veränderungen, die mit der internen Lage und dem Machtkampf in Syrien zusammenhängen. So deuten politische Beobachter in Beirut jedenfalls die zögerliche Haltung der Regierung in Damaskus, den libanesischen Präsidenten Gemayel zu dem bereits öfter angesagten Besuch zu empfangen.

Gemayel hat alle Bedingungen erfüllt, die Präsident Assad ihm als Voraussetzungen für ein zweites Treffen in Damaskus auferlegt hatte. Er hat nach dem ersten Treffen vor einigen Wochen das israelisch-libanesische Abkommen aufgekündigt und eine zweite Versöhnungskonferenz in Lausanne einberufen. Zu den Bedingungen gehört auch das Entflechtungsabkommen, das die verschiedenen Parteien und Milizen in der Nacht zum Dienstag unterzeichnet haben. Demnach soll eine Einheit aus libanesischer Gendarmerie und ehemaligen Armeeoffizieren eine Pufferfunktion an der Front in Beirut übernehmen und die jeweiligen Milizen sollen sich um einige Dutzend Meter von ihren jetzigen Stellungen zurückziehen.

Ob dadurch die dauerhafte Waffenruhe gesichert werden kann, die Assad forderte, ist freilich fraglich. Denn gerade Syrien ist entscheidend mitverantwortlich für die ständigen Verletzungen der Waffenstillstandsvereinbarungen. Die sporadischen Artilleriebeschüsse christlicher Wohnviertel gehen zum Teil auch von syrisch kontrollierten Gebieten aus. Als sicher kann gelten, daß die prosyrischen Milizen in Libanon keine größeren Kampfhandlungen ohne Erlaubnis aus Damaskus beginnen.

In Beirut und Jerusalem ist außerdem nicht unbemerkt geblieben, daß Damaskus versucht, sowohl Drusen als auch Schiiten noch gefügiger zu machen, indem es zunehmend PLO-Kämpfer in die Gebiete einsickern läßt, die von den Milizen des Drusenfürsten Dschumblats oder des Schiitenchefs Berri kontrolliert werden. Ihre Zahl soll zwischen drei- und viertausend Kämpfern liegen. Dabei handelt es sich vorwiegend um prosyrische PLO-Einheiten des Arafat-Feindes Abu Mussa.

Auch die Sowjetunion versucht, ihren Einfluß bei Drusen und Schiiten zu erweitern. Aber auch die Geheimgespräche des sowjetischen Politbüro-Mitglieds Alijew, der in Beiruter Kreisen als künftiger Außenminister Moskaus gehandelt wird, mit dem libanesischen Präsidenten Gemayel sollen für beide Seiten zufriedenstellend verlaufen sein. Alijew soll am Wochenende über Bukarest wieder nach Moskau zurückgekehrt sein. Nun wird vermutet, daß Damaskus vor einer Begegnung Assad-Gemayel erst einmal über die Gespräche in Beirut informiert werden will.

Von der neuen Begegnung Gemayels mit Assad erhoffen sich westliche Diplomaten in Beirut keine konkreten Ergebnisse. Gemayel wird mit Empfehlungen für eine Regierungsumbildung heimkehren, heißt es in Beirut. In der neuen Regierung sollen dann auch Dschumblat und Berri direkt oder indirekt vertreten sein. An der Lage auf dem Gefechtsfeld würde sich aber auch unter einer neuen Regierung nichts ändern.

Die Sicherheit für christliche Zivilisten außerhalb der von den Forces Libanaises kontrollierten Zone würde sich ebensowenig verbessern. Erst am Sonntag noch wurde eine christliche Familie in West-Beirut von bewaffneten Milizen erschossen, die in die Wohnung eingedrungen waren. Opfer waren der Vater, die Großmutter und vier Töchter in Alter zwischen 14 und 19 Jahren. In West-Beirut sind etwa 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung Christen, vorwiegend griechisch-orthodoxe.

Linke Gewerkschaften verlieren an Boden

Schwache Beteiligung beim Streik in Belgien

BODO RADKE, Brüssel

Zum zweiten Mal in diesem Monat hatten die Bewohner des gemeinsamen Königreichs der Flamen und Wallonen gestern unter den Auswirkungen des Versuches der in die Opposition verdrängten Sozialisten und ihrer Gewerkschaften zu leiden, das rigorose Sparprogramm der Mitte-Rechts-Regierung und damit die Koalition von Christdemokraten und Liberalkonservativen zu Fall zu bringen.

Wie schon für den 3. April war auch diesmal von den sozialistischen Gewerkschaften zu einem 24-stündigen Streik in allen Sektoren des öffentlichen Dienstes und der Wirtschaftsbetriebe aufgerufen worden. Aus der Sicht der belgischen Sozialisten – ihre Parteien in Flandern und Wallonien unterstützten die Aktion in vollem Umfang – will die Regierung die „Reichen" schonen und alle Opfer den „kleinen Leuten" aufbürden.

Diese Behauptung scheint indes in der Bevölkerung immer weniger Glauben zu finden. Einen Beweis dafür lieferte die Beteiligung an den gestrigen Arbeitsniederlegungen. Sogar im wallonischen Industrierevier um Lüttich und Charleroi, dem traditionellen Zentrum sozialer Unruhen in Belgien, war sie geringer als eine Woche zuvor.

Und im Hauptquartier der christlichen Gewerkschaften, deren Einfluß auf die belgische Innenpolitik etwa eben so stark ist wie die der sozialistischen Arbeitnehmer-Organisationen, konnte man aufatmen. Am 3. April hatten sich noch viele Mitglieder der christlichen Gewerkschaften über den Aufruf ihres Vorsitzenden Jef Houthuys hinweggesetzt, nicht an dem Streik teilzunehmen. Gestern nun beschränkte sich das auf einige Einzelfälle.

Jet Houthuys ist mit seiner gemäßigten Haltung inzwischen zur Zielscheibe heftiger Angriffe von sozialistischer Seite geworden. Man beschimpft ihn als „Verräter der Arbeiterklasse" und als „Handlanger der von den Liberal-Konservativen als Vertreter der Kapitalisteninteressen dominierten Regierung". Houthuys läßt sich von solchen Vorwürfen nicht beeindrucken. Er verweist darauf, daß es den christlichen Gewerkschaften vor der endgültigen Verabschiedung des Sparprogramms in Verhandlungen mit Premier Martens und seinen Fachministern gelungen sei, noch eine ganze Reihe von Veränderungen zugunsten der Arbeitnehmer durchzusetzen.

Das Kernstück der Sanierungsmaßnahmen ist eine Änderung des umstrittenen, aber seit über einem Jahrzehnt als politisches Tabu behandelten Indexierungssystems. Zwar bleibt es dabei, daß sich im Prinzip die Löhne und Gehälter je nach der Entwicklung des Lebenshaltungsindex zu bestimmten Zeitpunkten automatisch erhöhen. Für 1984 bis 1986 aber soll jeweils eine fällige Anhebung nicht den Arbeitnehmern zufließen, sondern den ausgetrockneten Fonds der Sozialversicherung, wodurch die üblichen Zuschüsse aus der Staatskasse erheblich verringert werden können.

Personalien

GEBURTSTAGE

Dr. Heinrich Freiherr von Siegler, der Begründer und Herausgeber des „Archiv der Gegenwart", feiert heute seinen 85. Geburtstag. Mitten in der Weltwirtschaftskrise rief er 1931 in Wien – einer Anregung des holländischen Publizisten **Keesing** folgend – den wöchentlich erscheinenden Informationsdienst „Archiv der Gegenwart" ins Leben. Seit über 50 Jahren berichtet dieser Dienst regelmäßig – nur kurze Zeit im Frühsommer 1945 durch die Kriegswirren unterbrochen – über das Weltgeschehen in Politik und Wirtschaft. Er hat sich als eine unerschöpfliche Informationsquelle für Politiker, Journalisten, Wissenschaftler, Wirtschaftsfachleute und viele andere erwiesen. Die besondere Attraktion: Der Dienst ist vom Gründungsjahr 1931 an bis heute lückenlos lieferbar, eine Dokumentation von nahezu 35 000 Text- und 3500 Registerseiten; ein faszinierendes Spiegelbild einer bewegten Epoche.

*

Als Unternehmer war **Heinz Mohr**, der heute seinen 75. Geburtstag feiert, ebenso erfolgreich wie in seinen Ehrenämtern originell und konstruktiv. Über drei Jahrzehnte engagierte er sich für Berlin, die Wirtschaft und die Modebranche. Mohr ist Mitbegründer des Verbandes der Damen-Oberbekleidungsindustrie in Berlin, deren Ehrenvorsitzender er ist, und des Deutschen Modeinstituts. Seit 18 Jahren repräsentiert er außerdem als Präsident den Verein Berliner Kaufleute und Industrieller. Der gebürtige Berliner gehört zu der Generation, die nach 1945 Wirtschaft und Unternehmen in der Stadt wieder aufbaute.

EHRUNG

Der Nestor der Mittellateinischen Philologie Deutschlands, Professor Dr. **Karl Langosch**, erhielt aus der Hand des Hessischen Kultusministers **Hans Krollmann** das Verdienstkreuz I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Der heute vor 81 Jahren in Berlin Geborene promovierte in Germanistik 1931 und habilitierte sich in mittellateinischer Philologie 1941 in Berlin. Zwischen 1929 und 1945 war er an der Preußischen Akademie der Wissenschaften und der Universität Berlin tätig. Von 1948 bis 1958 wirkte er als Dozent und Professor am Pädagogischen Institut in Darmstadt in Jungenheim und übernahm 1958 den ersten Mittellateinischen Lehrstuhl an der Universität Köln. Aufgrund seiner wissenschaftlichen Untersuchungen im Bereich der deutschen und lateinischen Literatur und Sprache des Mittelalters hat sich Langosch hohes Ansehen erworben.

VERANSTALTUNG

„Hoppe hoppe Fröschle" riefen früher die Fotografen, wenn sie in der Ära der Großen Koalition in Bonn ein attraktives Foto suchten. „Fröschle", damals ein kleines blondes Mädchen namens **Christina**, war die erste Enkelin des damaligen Bundeskanzlers **Kurt Georg Kiesinger**. Und zwischen Bonn und Washington, wo Christina aufwuchs, ließ sich Großvater Kurt Georg am liebsten mit dem kleinen Mädchen ablichten. Den schwäbischen Kosenamen „Fröschle" ist Christina, die heute eine junge Dame von 19 Jahren ist und in Boston zur Universität geht, nicht mehr los geworden. Ihre Mutter **Viola**, Kiesingers einzige Tochter, hatte den Journalisten **Volkmar Kurt Wentzel** geheiratet, mit dem sie in der amerikanischen Hauptstadt lebt. Zum 80. Geburtstag des früheren Kanzlers und Ehrenvorsitzenden der CDU reisten die Wentzels nach Bonn. Bundeskanzler **Helmut Kohl** hatte die Familie in das Konrad-Adenauer-Haus zum Geburtstagsdefileé eingeladen.



„Fröschle" wieder in Bonn. Christina Wentzel, die Enkeltochter von Kurt-Georg Kiesinger FOTO: KEIL

ERNENNUNGEN

Zum neuen Präsidenten ihres Kirchenamtes hat die Kirchenleitung der Nordelbischen Evangelischen Kirche ihren bisherigen Haushaltsdezernenten, den Kirchenjuristen Dr. **Klaus Blaschke**, berufen. Er wird sein Amt am 1. Mai antreten und ist Nachfolger des Kirchenamtspräsidenten **Horst Göldner**, der im vorigen Monat verstorben ist.

*

Professor Dr. **Manfred Grosse**, Ordinarius für Allgemeine Trainings- und Bewegungslehre der Deutschen Sporthochschule Köln, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Bewegungs- und Trainingslehre der Technischen Universität München erhalten.

*

Professor der Sportwissenschaften an der Technischen Universität Braunschweig, Dr. **Karl-Heinz Leist**, ist auf den Lehrstuhl für Sportpädagogik der Technischen Universität München berufen worden.

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Bendzko

bezugsfreie Wohnungen in BERLIN

STUDENTEN-ELTERN!

Das ist die wichtigste Studienhilfe, die Sie Ihren Kindern ermöglichen können – Grundlage für ein erfolgreiches Studium: Sofort beziehbare Eigentumswohnungen. Bei uns jetzt vorteilhafter als mieten.

1. Der Wert von Wohnungseigentum ist bisher jedes Jahr gestiegen. Alles spricht dafür, daß diese Entwicklung anhält.
2. Steuern sparen durch 7b-Abschreibung, soweit noch nicht ausgenutzt.
3. Jederzeit Wiederverkäuflichkeit.
4. Keine Maklerprovision, da Eigentümerverkauf.
5. Erwerb auch ohne Eigengeld möglich.



Altbauwohnung in Spandau, Zeppelinstraße. Wohnfläche ca. 58 m²; 2 Zimmer, Küche, Bad/WC, Balkon und kleiner Garten. Bar erforderlich DM 9000,–. Kaufpreis nur DM 69 000,–. Sofortbezug. Sonntagsauskunft 0 30 / 88 99 - 2 49

Wedding, Nähe U-Bahn	1 Zi., Kü., Bad; ca. 38 m², **Kaufpreis nur DM**	**59 900,–**
City Wilmersdorf, Altbau	2 Zi., Kü., Bad; ca. 61 m², **Kaufpreis nur DM**	**98 500,–**
City Neukölln, Altbau	3 Zi., Kü., Bad; ca. 95 m², **Kaufpreis nur DM**	**149 000,–**

Vier Beispiele aus unserem umfassenden Angebot bezugsfreier Eigentumswohnungen in Berlin! Wir bieten Ihnen Eigentumswohnungen jeder Größe in allen Berliner Stadtteilen an. Schon mit 10 % Eigenkapital können Sie Ihren Kindern diese wichtige Studienhilfe bieten!

Bitte rufen Sie uns unverbindlich an: 0 30 / 88 99 - 1. **Auch sonntags!**

Bendzko Immobilien · Kurfürstendamm 16 · 1000 Berlin 15

RDM ☎ (030) 8899-1

Ferienwohnsitze in Südafrika

Südafrika hat ein angenehmes Klima, viel Sonne, herrl. Sandstrände, aber auch (subtropische) Wälder, Berge und afrikanischen Busch m. weltberühmten Wildreservaten. Das Land am Cap der Guten Hoffnung, das trotz aller Unkenrufe auch weiterhin wirtschaftl. prosperieren und politisch stabil bleiben wird, bietet Möglichkeiten zur Großwildjagd, z. Fischen, vor allem aber geruhsame Erholung von europäischer Hektik in einer oft noch paradiesisch anmutenden Landschaft. – Günstige Ferienhäuser u. Wildfarmen ab DM 200 000,- vermittelt:

African Art & Skins, Box 856, 1900 Vanderbijlpark, Südafrika

BADEN-BADEN

Das Weltbad im Schwarzwald

In **Zentrumsnähe**, nur wenige Gehminuten zur Fußgängerzone und zum Kurpark, haben wir eine in sich geschlossene, architektonisch anspruchsvolle Wohnanlage erstellt.
Wir bieten Ihnen hier **grundsolides Wohnungseigentum.**

3½ Zimmer: ca. 100 qm Wohnfl.

Festpreis einschl. Stellplatz in der TG ab **DM 385 000,–**
Kapitalanlegern garantieren wir eine marktorientierte Anfangsmiete mit Steigerungen auf der Basis der Staffelmietverträge.
Fordern Sie unsere Unterlagen an oder vereinbaren Sie mit uns einen Besichtigungstermin.

Wir bauen–Sie wohnen

AROB GMBH+CO. AREAL+OBJEKT KG
7570 Baden-Baden
Balzenbergstraße 63 · Tel. 07221/62078

SCHWEIZ
LAUSANNE / GSTAAD

SIE können stolzer Besitzer einer großen 2- bis 4-Zimmer-Qualitätswohnung zum Preis von nur **sfr 2300 pro Quadratmeter** sein. Nur 25 Minuten von Lausanne und Gstaad entfernt. Ideale Situation, schöne Aussicht über das Greyerzerland und die Alpen. Ausgezeichnete Finanzierungsmöglichkeit mit nur 6,5 % Zins. **Einmalige Gelegenheit. Kaufen Sie, bevor die Gesetze für Kaufbewilligungen der Ausländer ändern werden.**
Auch Wohnungen am Genfer See und in bekannten Bergkurorten zur Verfügung.
Verlangen Sie jetzt Informationen:
GLOBE PLAN SA, Av. Mon-Repos 24, CH-1005 Lausanne, Schweiz, Tel. (21) 22 35 12, Telex 25 185 melis ch.

NELDEL
DIE GUTE IMMOBILIE

Neldel GmbH & Co. KG · Wohnungsbauunternehmen
Rühmkorffstr. 1 · 3000 Hannover · 0511/39020



Göttingen Studenten-Appartements

Investieren Sie im Zentrum des neuen Göttinger Universitätsviertels, Ginsterweg.



Möblierte 1- und 2-Zimmer-Wohnungen von 16 m²-52 m² mit Dusche, Bad, integriertem Küchenblock und teilweise Balkon. Z. B.: 1-Zi-Whg. 18,09 m² mit Balkon, DM 67.837,–. 3-geschossige Bauweise.

Vermietungssicherheit. Fertigstellung zum Herbst 1984.

Top-Kapitalanlage mit Mehrwertsteuererstattung. Auch für Eigennutzer geeignet!

Kaufphase	
Kaufpreis	DM 67.837,–
Finanzierung 5,75 % Zins, 90 % Auszahlung, keine Tilgung, 4 Jahre fest	
Fremdmittel	60.263,–
Steuererstattung	
1) aus Werbungskosten bei 56% Steuerprogression	DM 7.007,–
2) MwSt-Erstattung	DM 8.331,–
Steuererstattung gesamt	DM 15.338,–
Effektives Eigengeld	DM 2.071,–

Hier sind Notarkosten, Bauzeitzinsen und Grunderwerbsteuer berücksichtigt.

Mietphase	
Ausgaben AfA und Jahreszinsen	DM 6.067,–
– Mieteinnahme	DM 2.075,–
Verlust aus Vermietung und Verpachtung	DM 3.992,–
Steuererstattung bei 56 % Progression	DM 2.235,–
Wirtschaftliches Ergebnis	
Zinsen und Instandhaltungsrücklage	DM 3.501,–
-/- Mieteinnahme	DM 2.075,–
Unterdeckung	DM 1.426,–
Steuererstattung	DM 2.235,–
Überschuß jährlich für die Zeit der Zinsfestschreibung	DM 809,–

Hinterzarten

In zentraler Lage mit traumhaftem Schwarzwald-Panorama exklusive

5-Zimmer-Maisonette-Eigentumswohnung

144 m² Wohnfläche
DM 652 000,–
Direkt vom Bauträger.
Rufen Sie einfach an und informieren Sie sich:
PROBAU GmbH
7803 Gundelfingen-Wildtal · Tel. 07 61 / 55 10 26-27

MOBILHEIM

Ihr Freizeithaus im Chalet- oder Bungalowstil aus ausgewähltem Holz, Red Cedar/Kiefer usw., rundum isoliert, m. einger. Küche. Bad/Toilette und Wasseranschluß, Betten, Matratzen, evtl. Sitzmöbel, Preise und Lieferung ab Werk, z. B. Chalet, 3,4 × 8 m, DM 24 125,– einschl. 14% MwSt.

Über 100 Jahre Erfahrung im Holzbau

Fa. Overbos B. V. - Barneveld/Holland
Industriegebiet Harselaar-West
Tel. 00 31 / 34 29–27 90, 7 Tage durchg. erreichbar

---

100 % in 3 Jahren!

Grundbuchl. Direktbeteiligung in Texas/USA

Unter der Maxime „Europäer investieren gemeinsam mit Amerikanern zu gleichen Bedingungen und Rechten" hat sich eine kleine, finanzstarke Gruppe von europäischen Anlegern gemeinsam mit den Initiatoren im südwestlichen Texas mit ungewöhnlichem Erfolg an produzierenden Gasquellen beteiligt.
Bitte überzeugen Sie sich selbst, daß die Rückführung Ihres eingesetzten Kapitals (pay out) in 2½ b. 3 Jahren im Öl- und Gasgeschäft in Amerika bei Direktbeteiligung nichts Ungewöhnliches ist. Geringe Vorkosten, keine kostspieligen Zwischenstationen! Sie investieren, wie die Amerikaner, direkt in die Quellen und werden sofort mit Ihrem prozentuellen Anteil grundbuchlich eingetragen.
Die bankgeprüften Investitionen lassen etwa den 3fachen Rückfluß Ihres eingesetzten Geldes in 10 b. 12 Jahren erwarten.
Vertrauen Sie uns – werden auch Sie Mitglied in unserem erfolgreichen Direktbeteiligungs-Klub!
Anfragen an:
Europarepräsentanz Intertransfinanz AG
CH-6454 Flüelen, Dorfstraße 33
Unsere Kontaktadresse in Deutschland:
BVB, Georg-Gröning-Str. 16, 28 Bremen 1, Tel. 04 21 / 3 49 88 46

Australien

Deutsche Investorengruppe

erschließt seit 1982 ein Minengebiet in New South Wales.
Nach sehr positivem Abschluß der geologischen Untersuchungen (Silber, Zinn) werden jetzt zur Finanzierung der Produktionsaufnahme max. 30 % der Gesamtanlage zur Beteiligung angeboten.
Mindestanlage DM 15 000,–.
Im Einzelfall ist tätige Beteiligung (Geologe/Mineningenieur) möglich.
Anleger, die wie wir bereit sind, bei überdurchschnittlichen Chancen auch entsprechendes Risiko zu tragen, wenden sich bitte unter V 5703 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Partnerschaftsinvestitionen

mit amerikanischen Bauunternehmen vermitteln wir
Eine faire und gewinnorientierte
Immobilieninvestition.
Laufzeit ca. 18–36 Monate.
Dr. Gorbahn GmbH, Hauptstr. 102
2806 Oyten, Tel.: 0 42 07 / 8 58
Telex: 2 45 845 fiweg d
Partner für Kapitalanlagen seit 1976

MOULINS - Montlucon

Im Herzen der Bourbonnais wurde auf einem 9342 m² Grundstück diese Villa 1978 mit Komfortausstattung fertiggestellt. 185 m² Wohnfläche zzgl. Billardzimmer, 2 Garagen und üblichen Nebenräumen. Kaufpreis DM 600 000,–. Seenplatte, größter Eichenholzwald Frankreichs, Golfplatz und Reitzentrum in unmittelbarer Nähe.
GbR Liesegang/Hüskes
Auf der Schanze 9
4048 Grevenbroich 1
Tel. 0 21 81 / 50 05

Bad Kissingen

Attraktive Eigentumswohnungen in einem kleinen neu erbauten Mehrfamilienhaus in Bestlage zwischen Salinenstr. und Salinenpromenade. Idealer Altersruhesitz: Wohnungen von 70 bis 83 m². Unterlagen von: Fa. BFT/Abt. Immobilien, Ludwigstr. 1 b, 8700 Würzburg, Tel. 0931-55577

Ostsee/Harrislee

Baureife Grundstücke an der Flensburger Förde – einmalige Strandlage – voll erschlossen für Wohn- und Reihenhausbauten, 2898 m², Kaufpreis DM 475 000,- und 4033 m² mit unverbaubarem Blick für DM 1,15 Mio.
Verwaltungsgesellschaft Katharinenhof mbH
Große Bergstraße 174
2000 Hamburg 50
Tel.: 0 40 / 38 43 86–88

SCHWEIZ

Nähe Montreux u. Top-Skigebieten verk wir: 3-Zi.-Appts. ab Fr. 138 650,–.
H. SEBOLD-SA, Tour-Grise 6
CH-1007 Lausanne
(00 41 21) 25 26 11

Côte d'Azur

viele neue u. reizvolle Angebote.
ALLFRANCE, Gereonshof 11
5000 Köln 1, Tel. 02 21/13 58 75

ELLMAU (Tirol)

2-Zi.-Appt., 60 m², Berghof, Südl., DM 100 000,–. Groenhuizen, Vliestroomlaan 26, Den-Helder (Holland).

Nähe Nimes

zu verk., sehr schönes Haus im provenzal. Baustil. Nahe Meer, Flughafen, Golfplatz. Zuschrift. Havas Nimes. Nr. 50.810, 33000 Nimes, F-

Grand Bahama Steuerparadies

nur noch 3 Häuser frei im German-Holiday-Park, mit Bootsanleger und Tennisplatz. Absolut sichere Kapitalanlage im Dollarraum! Finanzierung möglich. Deutsche Verwaltung. Besichtigungsflüge wöchentlich ab Düsseld. Ffm. Informationen über: Ramm KG, PF 1230, 2984 Hage, Tel. 0 49 36 / 3 21 + 4 60 von 9–17 Uhr, samstags bis 12 Uhr.

Toskana (Italien

Bauernhs. m. Weingut zu verk. Weitere Objekte auf Anfrage.
Tel. 0 71 56 / 3 45 96

Musikproduktion bietet Beteiligung

ab 100 000,–, 18 % p. a. fest.

Zuschriften unter Z 5751 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kassenschlager

In der Reihe erfolgreicher Filmproduktionen entsteht ein bemerkenswertes Werk mit internationalem Niveau. Die überdurchschnittliche Erfolgserwartung begründet sich in der weltweiten Themen-Brisanz, seiner breitgefächerten, sozial betroffenen Struktur und der leidenschaftlichen Umsetzung durch international renommierte Schauspieler. Kurz gesagt – ein Film, der jeden angeht. Das Projekt findet die Unterstützung der Kirchen und wurde bereits begonnen. Es bietet Interessenten eine Beteiligungsmöglichkeit ab DM 100 000,– mit steuerlichen Vorteilen. Da das Beteiligungsangebot nur auf ⅓ des Gesamtvolumens beschränkt ist, werden Zeichnungen nur in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.

Schreiben Sie bitte unter Y 5565 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Für Anzeigen von **Gewerblichen Maklern und Wohnungsvermittlern** gebräuchliche Abkürzungen



Hsm.	Hausmakler
Mkl.	Makler
RDM	Ring Deutscher Makler
VDM	Verband Deutscher Makler
VHH	Verein. Hambg. Hausmakler von 1897 e. V.

Schimmelpfeng Informations-broker

NEU!



Ihr Zugriff zu über 1000 Datenbanken und Archiven in aller Welt. Wir beschaffen Ihnen kurzfristig den aktuellen Wissensstand zu beinahe jedem Fachgebiet. Für neue Techniken, Vorstoß in neue Märkte, wissenschaftliche Probleme.

Geben Sie Ihre Informationsbeschaffung außer Haus!

- ☐ Ich bitte um weiteres Informationsmaterial
- ☐ Bitte rufen Sie mich an

Name

Firma/Adresse

Telefon Datum

Schimmelpfeng GmbH
Abt. Informationsbroker · Postfach 16720
6000 Frankfurt/M. 1 · Tel. 0611/2685-1

Alle Informationen aus einer Hand

SCHWEIZ LAAX

Flims Graubünden

der weltbekannte Sommer- und Winterkurort in einer unvergleichlich schönen Landschaft von Bergen, Seen und herrlichen Wäldern, auf einer Sonnenterrasse im Vorderrheintal auf 1200 m ü. M. Nebelfrei. Exzellente Sport- und Unterhaltungsmöglichkeiten, Sommer und Winter. Eines der schönsten Skigebiete Europas (Weisse Arena). 1½ Std. von Zürich.

Sicherheit · Wertzuwachs

In der Chesa Brünella und Primula verkaufen wir einige wenige

exklusive 2½- bis 4½-Zimmerwohnungen

Besichtigen Sie unsere Musterwohnung, bevor es zu spät ist und Sie einer verpassten Chance nachtrauern...
Preis ab SFr. 275 000.–, 70% 1. Hypothek. Zins 5¼%, 100% Ausz. Kleines Ausländer-Kontingent
Einzug: Zwei Wochen nach Vertragsabschluss.

Atlas Consulting AG
Postfach 142, 6301 Zug,
Tel. 0041 (42) 21 45 40, auch ausserhalb Geschäftszeit.

Südschwarzwald, Nähe Schweizer Grenze Lörrach komfortabler

Winkelbungalow

Wohnfläche 260 m², davon 80 m² Einliegerwohnung, ca. 900 m² Grundstück in Südwesthanglage. Erstbezug 1979, von privat zu verkaufen.
Anfragen bzw. Baubeschreibung unter 7850 Lörrach, Postfach 4 – Tel. 0 76 21 / 5 11 19

Noordwyk – Holland

Luxus-3-Zi.-Appt., dir. am Meer, Parkinghaus, Schwimmbad/Sauna. hfl. 265 000,–. Tel. 00 31 - 17 51.1 39 01

SCHWEIZ

zu verkaufen
Wohnungen – Chalets
in verschiedenen Walliser Kurorten.
Unterlagen und Auskünfte gratis:
J.-L. LARGEY,
Tel. 00 41.27 / 22 07 67,
20 Av. de la Gare, CH- 1951 Sion.

2-Zi.-Ferienwohnung am Bodensee

Nahe Meersburg, ruhige Ortsrandlage, s. gepflegt, in 4-Fam.-Haus, Bj. 82, Kü., Bd./WC, großer Blk., Abstellr., Pkw-Stellpl., kompl. einger. inkl. Einbaukü.
nur 198 500,–
BAU + BODEN, Tel. 0 71 81 / 6 61 11

Bombenexistenz

Schnellreinigung, Top-Lage Costa Brava, mit erstklassiger Rendite, Personal und langfristigem Mietvertrag zu verkaufen. Seriöse Interessenten mit Sicherheiten melden sich bitte unter:
Tel. 0 21 36 / 3 42 89 oder 3 08 84

HOLLAND-FRIESLAND

reizendes **Bauernhaus**, freist., in schönem Naturgebiet, auf 2240 m² an Fischwasser. Tjeukersee und Jachthafen, 3 km, Autobahn, Altstadt Lemmer und Ysselmeer auf 5 Min. VB DM 138 000,–.
D. Bake, Postf. 1 02 68, Amsterdam NL, T. 00 31 / 20.25 12 57.

Tessin
Orselina – Locarno

In wunderschöner, ruhiger Aussichtslage verkaufen wir 3 Einfamilienhäuser mit Wohnz., Eßz., Wohnküche, Vorratskammer, gedeckter Portico, Cheminée, 3 bis 4 Schlafz., Doppelbad, kleine Studiowohnung, Keller, Garten, 2 Parkpl., in der Tiefgarage, Luft. Ausländerbewilligung vorhanden. Hyptheken mögl.
Preis ab SFr. 540 000,–.
Auskunft: Immobiliare Maeder, Via Vallemaggia 4, 6600 Locarno, Tel. 0 93 / 31 31 22.

Feriendorf „L'Adrech de la Grand Bastide"

„L'Adrech de la Grand Bastide" liegt in der Provence, Südfrankreich. Über die beiden Autobahn-Routen San Gottardo – Italien oder Rhônetal in wenigen Autostunden, mit der Bahn oder dem Flugzeug, leicht und bequem aus dem Norden erreichbar. Hier entsteht ein Ferienparadies besonderer Art, südlich der Alpen mit dem besonderen Mittelmeerklima (über 300 Sonnentage im Jahr) und mit den grünen Hängen und Wäldern der Provence. Ebenfalls finden Sie hier alle Sportmöglichkeiten wie Tennis, Minigolf, Gartenschach, Schwimmen und Sonnenbaden im eigenen Park und die Möglichkeit zum Reiten + Golfspiel in der näheren Umgebung. Auf einem Gelände von über 400 000 m² entsteht eine großzügige Parkanlage mit altem Baumbestand, umgeben von einer lockeren Bebauung mit Gruppen von provencalen Ferienhäusern. Es stehen 5 verschiedene Haustypen zur Auswahl, teilweise kann mit der Fertigstellung noch im Sommer '84 gerechnet werden. Preisbeispiel: Appartements ab DM 139 000,-, Häuser ab DM 174 000,-, inkl. Notargebühren, Grunderwerbsteuer, Swimming-Pool-Anteil und Strom- und Wasseranschluß.

Nähere Informationen:
MSV GmbH, Postfach 4444, 7024 Filderstadt 4, Tel. 07 11/77 74 11



Langjähriger Geschäftsführer u. selbständ. Unternehmer mit Schwerpunkten Betriebswirtschaft – Organisation – EDV – Finanzen – Vertrieb – Logistik – Personal sucht

tätige Beteiligung oder Übernahme

in Industrie, Handel od. Dienstleistung. Norddeutschl. bevorzugt. Zur Verfügung stehender Betrag DM 600 000,–

Angeb. u. H 5552 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Paris, Nähe Oper

Sehr elegante Wohnanlage, 1- bis 3-/4-Zi.-Appartements sofort bezugsfertig

MIETKAUF

Reservieren und beziehen Sie Ihr Appartement mit nur 10% und zahlen Sie den Restbetrag zwei Jahre später.
Tel. 0033.1/245.70.97 (nur frz.) täglich von 15–19 Uhr, außer Dienstag und Sonntag

Lago Maggiore

Von Priv. zu verk. ETW in herrl. gelegenem Wohnhaus m. Park und Pförtner (ca. 30 km südl. von Locarno), mit traumh. Blick auf Stresa mit Inseln und zum Monte Rosa. 175 m² Wohnfl., geschmackvoll und kompl. eingerichtet (Z.H., 4 Zi., 2 Bä., 3 Dielen, 3 Balkone, Tel., TV-Color, 2 Abstellräume, Garage).
Zuschr. erb. u. F 5737 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

HOLLAND LANGWEER

Prov. Friesl. freist. Bungalow mit Schuppen. Grundst. 270 m², 25 m Ufer in eigenem Hafen. Eint.: Küche, Wohnzi., 3 Schlafzi., Du, 2 Sonnenterrassen m. Windschirm.
DM 170 000,– zzgl. Kosten.
T. 00 31 / 83 80.1 46 29 / 51 38.94 68.

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Ihr Büro in Nürnberg

- Neubauten 70–5.000 m²
- Eigen- u. Fremdobjekte
- Verkehrsgünstige Lagen
- Kurz- und langfristig

Vermietet provisionsfrei

KiB Gesellsch. f. Kommunal- u. Industriebauten mbH
Fürther Str. 2, 85 Nürnberg 80
Telefon 0911 - 26 89 06

Holland (Haarlem)

Doppelwohnhaus m. Gart. u. Sonnenterr., schön gel. am Wasser, Tulpenfeldernähe, 15 Min. v. Zandvoort u. sonst. Nordsee-Badeorten. H. Vyfhuizen, Gasthuissingel 46, NL-2012 DR Haarlem, 00 31 – 23 32 58 80

Holland / Sommerhaus

an Fahr- u. Fischwasser auf Eigengr., 15 km v. Alkmaar. Wohnzi., Kü., WC/Du., 2 Schlafzi., Schuppen, kpl. einger., DM 98 000,–, frei auf Namen.
Tel. 00 31 / 29 68 / 48 72

Lago Maggiore (IT)

Vollerschlossene Baugrundstücke mit Seeblick, ab DM 78 500,–. Info.: Olivag SA, CH 6932 Breganzona, Vicolo Chioso 17, Tel. 00 41 / 91 56 36 86 (auch abends).

Ingrid Maria Wahle · Vermögensberatung · Zuschriften unter S 5214 an WELT-Verlag, Postfach 100864, 4300 Essen

Nähe NIMES

Zu verk.: Sehr schönes Haus im provenzal. Baustil, nahe Meer, Flughafen, Golfplatz.
Zuschrift. HAVAS NIMES N° 50.810, FRANKREICH, 33000 NIMES.

Gewerbeanwesen

Nähe Autobahndreieck Stuttgart, Stahlbeton-Halle, Hochregal-Lager, Verwaltungsgebäude (Neubau) inkl. Penthouse-Whg., evtl. teilbar, VB DM 3,75 Mio.
Stuttgarter Hausverwaltungs-GmbH
Fritz-Elsas-Str. 50, Pf. 801
7000 Stuttgart 1
Tel. 07 11 / 22 60 55

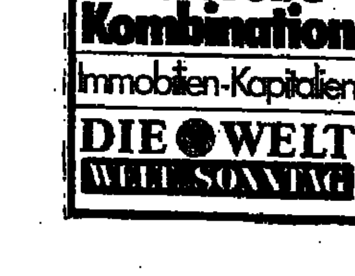
Ladenlokale

in sehr guten Lagen in Duisburg, Oberhausen, Dortmund und Hamm – maklerfrei – sofort zu vermieten.
Tel. 0 21 36 / 3 42 89 oder 3 08 84

Immobilien- und Kapitalien-Anzeigen erscheinen in der Samstag-Ausgabe der WELT **und** in WELT am SONNTAG.

Anzeigenaufträge und Druckunterlagen dafür schicken Sie bitte an:

DIE WELT/WELT am SONNTAG
Anzeigenexpedition
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1
Tel. (02054) 101-511, -513
FS 08-579 104



EUROPACUP

Englands große Klubs auf dem Vormarsch

dpa/sid, London/Düsseldorf

Vor 18 Jahren, als Englands Nationalmannschaft Weltmeister wurde, standen schon einmal alle sechs gestarteten britischen Klubs im Halbfinale der drei Europacup-Wettbewerbe. Doch während damals nur dem FC Liverpool der Vorstoß in das Pokalsieger-Endspiel gelang, das dann mit der Niederlage gegen Borussia Dortmund endete, rechnen die englischen Fußball-Optimisten diesmal mit der Final-Teilnahme aller sechs Mannschaften.

Während die einst erfolgsgewohnte Bundesliga dem britischen Europacup-Alleingang zuschauen muß, kann nur noch der italienische Meister AS Rom und Pokalsieger Juventus Turin den totalen britischen Triumph verhindern. Und Italien will den „großmäuligen Briten eine Lektion erteilen". Schon im Vorfeld der besonders spannungsgeladenen Partien Dundee United gegen AS Rom und Manchester United gegen Juventus Turin brach zwischen Briten und Italienern eine Art „Fußball-Krieg" aus. Vorwürfe aus Manchester, Juventus habe den holländischen Schiedsrichter Jan Keizer zu bestechen versucht, lösten in Turin ein schrilles Echo aus. „Gemeine Lügen! Alles Verleumdung!", hieß es bei Juventus. Die Turiner Zeitung „Tutto Sport" stellte fest, alle Briten seien „geborene Lügner".

Das Old Trafford-Stadion in Manchester ist längst ausverkauft. Die Rekordeinnahme von rund einer Million Mark ist bereits in der Kasse. Nach dem Triumph von Manchester über den FC Barcelona herrscht im Verein absolute Hochstimmung. Ein volles Haus kann auch Dundee United mit 22 000 Zuschauern und einer Einnahme von etwa 480 000 Mark verzeichnen. Bei den anderen britischen Fußballklubs, bei FC Liverpool, FC Aberdeen, Tottenham Hotspur und Nottingham Forest ist die Stimmung etwas gelassener. In einer Sondersendung ab 22.10 Uhr berichtet das Zweite Deutsche Fernsehen heute abend von den Halbfinal-Hinspielen des Fußball-Europapokals. Insgesamt finden folgende sechs Halbfinal-Hinspiele statt: Pokal der Landesmeister:

Dundee United – AS Rom, FC Liverpool – Dinamo Bukarest

Pokal der Pokalsieger:

Manchester United – Juventus Turin, FC Porto – FC Aberdeen

UEFA-Pokal:

Hajduk Split – Tottenham Hotspur London, Nottingham Forest – RSC Anderlecht

Die Rückspiele werden am 25. April ausgetragen.

SCHACH / Kasparow ist nun der Herausforderer von Weltmeister Anatolij Karpow – Auch Smyslow war ohne Chance

Jetzt ein Jahrhundert-Kampf, wie zwischen Aljechin und Capablanca

Von LUDEK PACHMAN

In einer Hinsicht war es mit Sicherheit das ungewöhnlichste Kandidatenfinale aller Zeiten: ein 64jähriger Schachveteran – Weltmeister der Jahre 1957/58 – kämpfte gegen den jüngsten erst 21jährigen früheren Junioren-Weltmeister: Ein Altersunterschied von 43 Jahren wäre in anderen Sportarten undenkbar!

Aber auch im Schachspiel ist so ein Handicap kaum zu überwinden. Die einzige, winzig kleine Chance für den Veteranen lag darin, mit noch frischen Kräften gleich am Start einen deutlichen Vorsprung zu erreichen, um ihn dann zu verteidigen. Smyslow verpaßte einen möglichen Sieg in der zweiten Partie, und eigentlich war es schon das Ende aller seiner Hoffnungen.

Smyslow begann bereits in seiner Vorbereitung einen Fehler: Er wählte gegenwärtig aktuelle moderne Eröffnungssysteme. Kasparows Sekundanten-Team gilt jedoch allgemein als das beste der Welt und in sogenannten modernen Eröffnungen war für Smyslow wenig zu holen. Erst in der elften Partie wählte er eine renommierte Verteidigung aus dem vergangenen Jahrhundert – die übrigens vom ersten russischen Großmeister Tschigorin stammt. Plötzlich mußte Kasparow, obwohl mit den weißen Steinen spielend, mit großer Erfindungskraft seine Rettung suchen.

Kasparows Überlegenheit im ganzen Kandidatenwettbewerb wird am besten dann deutlich, wenn wir uns daran erinnern, daß er gegen Beljawski, Kortschnoi und Smyslow (bei den Resultaten 5,5:3,5; 7:4; 8,5:4,5) nie die volle Zahl der Partien gebraucht hat. Dafür gibt es nur eine Analogie: Bobby Fischers Siege im Kandidatenwettbewerb 1971!

Garri Kasparow hat gegenwärtig die allerhöchste „ELO-Zahl", das ist die mathematisch berechnete Leistungsbewertung im Welt-Schach. Kasparow weist 2710 Punkte gegenüber den 2700 des amtierenden Weltmeisters Anatoli Karpow auf. Nun wird er schätzungsweise weitere zehn Punkte dazugewonnen haben.

Ist er deshalb Favorit im Titelkampf, zu dem es wahrscheinlich im September kommen wird? Es wäre wohl vorschnell, bereits jetzt Karpow abzuschreiben. Denn die Taktik des Matchspiels ist von der Turniertaktik verschieden, und Karpow hat in seinen insgesamt vier Auseinandersetzungen mit Viktor Kortschnoi auf diesem Gebiete bereits große Erfahrungen gesammelt.

Ein Wettkampf gegen Karpow verlangt, schon wegen seines trockenen, positionellen Stils, von seinem Gegner viel Geduld.

In normalen Turnieren ist Kasparow gegenwärtig dem Weltmeister hoch überlegen. Wie es jedoch im Matchspiel steht, wird sich erst noch zeigen. Wahrscheinlich wird es ein ausgeglichener, spannender Kampf. In bestimmter Hinsicht kann es eine Neuauflage des Titelkampfes Aljechin gegen Capablanco aus dem Jahre 1927 geben. Eine genaue Analyse des Spiels beider Gegner zeigt, daß ihr Stil haargenau diesen großen Vorbildern entspricht: Karpow ist ein ganz eindeutiger Nachfolger von Aljechin, Karpow aber von Capablanca.

Trotz seiner großen Überlegenheit hatte Kasparow eigentlich Glück, daß er nun Herausforderer des Weltmeisters ist. Er war nämlich schon aus dem Kandidatenwettbewerb ausgeschieden, nachdem ihn die sowjetische Schachföderation im Sommer des vergangenen Jahres verboten hatte, den Wettkampf gegen Kortschnoi wie vorgesehen in Pasadena aufzutragen. Nicht zu Unrecht wurde damals vermutet, daß man in Moskau den amtierenden Weltmeister aus anderen als nur sportlichen Gründen vor einem Gegner wie Kasparow schützen wollte.

Aber dann geschah etwas Unerwartetes: Im Moskauer Politbüro gab es einen echten Aufstand, denn das Schachspiel regt in der UdSSR auch Politiker auf. Die nicht-russischen Mitglieder des Politbüros unter der Führung des mächtigen Alijew regten sich und plötzlich waren die Sowjets wider ihren Gewohnheiten bereit, sich zu entschuldigen und für die Verwirklichung des Wettkampfes einen politischen Preis zu zahlen. Die Beendigung des gegen Kortschnoi gerichteten Boykotts wurde versprochen und nach den letzten Erfahrungen halten die Sowjets sogar ihr Wort.



Der Mann auf dem Fahrrad, Garri Kasparow, gilt in Schachkreisen schon heute fast als Jahrhundert-Talent. Der Spieler mit dem russischen Namen Kasparow stammt aus Baku, ist also Armenier. Bis zu seinem 15. Lebensjahr hieß er noch Weinstein. Wie sein verstorbener jüdischer Vater. Nachdem er Schülermeister seines Landes geworden war, wurde er nur noch unter dem Namen Kasparow geführt. Auf Druck der sowjetischen Schachbehörde, die wie ein Staatsgeheimnis hütet, daß alle Weltmeister nach dem Kriege bis auf Karpow jüdischer Abstammung sind. Übrigens: Kasparows Mutter heißt auf gut armenisch Kasparjan. FOTO: CAMERA PRESS

LEICHTATHLETIK / Heftige Reaktionen auf die Einbürgerung der Südafrikanerin Budd in England

Der Londoner „Daily Express" schrieb: „Zola go home!"

K. Bl., Bonn

„Meines Wissens hat Zola Budd bisher nicht den Wunsch geäußert, Großbritannien bei den diesjährigen Olympischen Spielen zu repräsentieren. Weder sie noch ihre Familie hat bislang Verbindung zu den zuständigen Stellen aufgenommen. Falls sie einen entsprechenden Wunsch rechtzeitig äußert, werden die Selektoren, wenn sie im Juni zusammentreten, diesen sicher wohlwollend prüfen. Mein persönlicher Eindruck ist: Eine Reihe britischer Sportler wären zwar gegen Zolas Teilnahme, die Zahl derjenigen, die für ihre Teilnahme sind, überwiegt aber bei weitem."

Diese Aussage des Vorsitzenden des Englischen Leichtathletik-Verbandes, Nigel Cooper, zeigt die Problematik auf, die um die südafrikanische Weltrekordläuferin Zola Budd in England entstanden ist. Zola Budd hält sich auf Einladung der Londoner Zeitung „Daily Mail" seit geraumer Zeit an einem geheimen Ort in England auf. Sie erhielt am vorigen Wochenende wegen ihrer englischen Vorfahren die britische Staatsbürgerschaft und wäre damit formal zur Teilnahme an den Olympischen Spielen im Sommer in Los Angeles berechtigt.

Doch die Stimmung in England ist nicht ausschließlich Budd-freundlich. Der „Daily Express" erschreckte jetzt seine Leser sogar mit der Schlagzeile „Zola go home!". Unter diesem Titel werden jene englischen Sportlerinnen zitiert, die durch Zola Budds Olympiateilnahme kaum mehr eine Chance auf einen Platz im britischen Team hätten. Die 23jährige Mittelstreckenläuferin Jane Furniss, die vor sechs Monaten ihren Job als Zahnarzt-Assistentin aufgab, um mehr Zeit zum Training zu haben und seitdem von der Arbeitslosenunterstützung lebt, erklärte im „Daily Express": „Was mich anbetrifft, ist Zola hier bei uns nicht willkommen. Mir



In Bedrängnis: Zola Budd

wäre es durchaus recht, wenn sie mit der nächsten Maschine nach Südafrika zurückfliegen würde." Jane Furniss weiter: „Es gibt etwa acht Engländerinnen, die bereits die für die Olympia-Qualifikation nötige Zeit gelaufen sind. Wir haben alle während der letzten vier Jahre hart trainiert und an nichts anderes als an die Olympischen Spiele gedacht. Wenn Zola für England laufen soll, hätte das längst geregelt werden müssen."

Die 800-m-Spezialistin Christine Boxer sagt zum Fall Zola Budd: „Es wäre schade, wenn Sportlerinnen, die lang und hart trainiert haben, um einen Platz im olympischen Team zu erhalten, für jemanden zurückstehen müßten, der von außen hereingebracht worden ist." Und so meinte denn auch Verbandschef Nigel Cooper im Gespräch mit dem Londoner „Sunday Mirror": „Es kann leicht sein, daß Zola Budd bei der Olympia-Nominierung am 24. Juni nicht berücksichtigt wird."

Doch nicht genug damit. Die „Times" vermutet sogar, daß es verschiedenen englischen Gruppierungen gar nicht darum geht, einer 17jährigen südafrikanischen Weltrekordlerin zu helfen, sondern vielmehr um den eigenen Profit. Die Zeitung verweist auf den Vertrag zwischen der Familie Budd und dem Londoner Blatt „Daily Mail" und vermutet auch, daß die Redaktion jener Zeitung intensiv mit der amerikanischen Werbeagentur McCormick zusammenarbeiten würde. Die „Daily Mail" hat inzwischen dementiert.

Auch in Südafrika gibt es heftige Kritik an der Verhaltensweise Zola Budds. Der Präsident des Südafrikanischen Leichtathletik-Verbandes, Prof. Charles Nieuwoudt, bedauert, daß Zola und ihr Eltern, nicht „mit offenen Karten" gespielt hätten und kritisiert: „Wir sind nicht sehr glücklich über die Art und Weise, in der diese Geschichte gehandhabt wurde."

Ohne die Spanier

Düsseldorf (sid) – Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall nominierte für das Länderspiel am kommenden Mittwoch in Straßburg gegen Frankfreich bis auf den Münchner Klaus Augenthaler, der seinen Rücktritt erklärte, und den verletzten Stuttgarter Torhüter Helmut Roleder sämtliche Kandidaten, die am mühsamen 2:1-Sieg über die UdSSR beteiligt waren. Das 17er Aufgebot für Straßburg ergänzen Karl-Heinz Rummenigge und Bernd Förster, die in Hannover absagen mußten.

Josef Hirtz gewählt

Aachen (dpa) – Alemannia Aachen hat einen neuen Präsidenten. Bei der Jahreshauptversammlung des Fußball-Zweitligisten wurde der bereits 73 Jahre alte Josef Hirtz, der von 1947 bis 1949 den Verein geführt hat, gewählt.

Aus für Steffi Graf

Hilton Head (UPI) – Beim 200 000-Dollar-Tennisturnier von Hilton Head Island in South Carolina schied die Heidelbergerin Steffi Graf nach 3:6, 1:6 gegen Benjamin (USA) aus.

Operation geglückt

Hannover (dpa) – Erfolgreich ist die Operation verlaufen, der sich der zweifache deutsche Ringer-Meister Andreas Anguilar in Hannover wegen eines erneuten Bruchs des linken Zahnbeins unterziehen mußte.

Fallak wiedergewählt

Frankfurt (dpa) – Heinz Fallak, der Vorsitzende des Bundesausschusses Leistungssport (BAL) im Deutschen Sportbund (DSB) ist auf der BAL-Vorstandssitzung in Frankfurt einstimmig für zwei weitere Jahre in seinem Amt bestätigt worden.

Neue Alpinen Ski-Trainer

München (sid) – Die Cheftrainer im Alpin-Ski Willi Lesch (Damen) und Klaus Mayr (Herren) bleiben, bei den Disziplintrainern gibt es einige Veränderungen. Der Deutsche Ski-Verband (DSV) bestellte Edi Reichhardt (Slalom) und Günther Hujara (Abfahrt) bei den Damen als Nachfolger der zurückgetretenen Sigbert Prestel und Sepp Ferstl. Reiner Gattermann betreut bei den Herren anstelle von Peter Endraß die Disziplinen Slalom und Riesenslalom.

Deutsche Tennis-Erfolge

Luxemburg (dpa) – Hans-Dieter Beutel (Hannover) und Boris Becker (Mannheim) qualifizierten sich beim 250 000-Dollar-Tennis-Turnier in Luxemburg für das Achtelfinale. Beutel besiegte Larry Stefanki (USA) mit 3:6, 6:1, 7:6. Becker behauptete sich in seinem Spiel gegen den Rumänen Florin Segaceanu mit 6:7, 6:3, 6:2.

STAND ● PUNKT / *Fehlpass*

Die Idee kam dem früheren Schalker und heutigen Dortmunder Profi-Fußballer Rolf Rüßmann spontan – und sie hat ein überwältigendes, ein geradezu rührendes Echo ausgelöst: Rüßmann hat für Ostermontag ein Benefizspiel in der Schalker Glückaufkampfbahn organisiert. Der Reinerlös soll den Hinterbliebenen der fünf Bergleute zugute kommen, die am 16. Februar im Untertagebetrieb der Gelsenkirchener Zeche „Consolidation" tödlich verunglückt sind. Für den guten Zweck wollen alle, und alle selbstverständlich ohne Gage, mitmachen: Schalker-Altstars natürlich.

Aber auch Jimmy Hartwig vom HSV und Lothar Matthäus von Mönchengladbach haben sich sofort bereit erklärt, mitzuhelfen. Sie wollen Autogrammstunden geben und Eintrittskarten verkaufen. Nur einer, den Rüßmann so gerne dabei gehabt hätte, sagte ab – weil er absagen mußte: Schiedsrichter Walter Eschweiler aus Euskirchen. Verbandsfunktionäre haben ihm untersagt, das Wohltätigkeitsspiel zu leiten. Für die Begegnung sei der Verband Westfalen zuständig, Eschweiler indes gehöre dem des Mittelrheins an. Es gibt sicherlich schon viele Beispiele für Kleinkariertheit im Deutschen Fußball-Bund, dies ist mit Sicherheit eines der schlimmsten. Da sollte DFB-Präsident Neuberger ein Machtwort zu sprechen...

BERND WEBER

GALOPP / Ein deutscher Reiter startet bei der ersten Hindernis-Weltmeisterschaft in England

Die erstaunliche Karriere des Amateurs Andreas Wöhler

K. GÖNTZSCHE, Cheltenham

Auf Englands bedeutendster Hindernis-Galopprennbahn in Cheltenham findet heute die erste Weltmeisterschaft der Hindernisspezialisten statt. Seit 1819 werden in Cheltenham Rennen ausgetragen, der Cheltenham Gold-Cup ist dort das wichtigste Rennen. Deutscher Teilnehmer unter den 12 Startern aus 12 Ländern ist Andreas Wöhler (22) aus Bremen, er ist zugleich auch der einzige Amateur im Feld. Aber Wöhler ist zugleich ein Amateur, der mehr von sich reden machte, als so mancher hochdotierte Berufs-Jockey.

Vier Rennen werden im Rahmen des Wettbewerbs gestartet, drei Hürden- und ein Jagdrennen. Die Pferde werden ausgelost. Der Sieger des Wettbewerbs erhält eine Prämie von rund 10 000 Mark.

Andreas Wöhler wurde 1983 zum ersten Mal deutscher Amateur-Champion. Er siegte in 38 Rennen, davon 31 mal über Hindernisse. Das ist mehr, als jeder Profi hierzulande in dieser Disziplin gewann. Eine der Grundlagen dieses Erfolges ist der Stall des Vaters, Adolf Wöhler (50), in Bremen. Von dort erhielt Andreas Wöhler jede nur mögliche Unterstützung. Als er allerdings in Hannover im Sattel des Wallachs Ortolan aus dem Stall des Hamburg-Holsteiner Vollblutclubs das erste Jagdrennen bestreiten sollte, ve.steckten Vater und Sohn das Rennprogramm vor der Mutter. Ihr waren Hindernisrennen zu gefährlich. Schließlich hatte sie ihren Ehemann in einem Krankenhaus in Dortmund kennengelernt. Sie arbeitete dort als Krankenschwester, er kurierte als Hindernisjockey (zweifacher Champion) mal wieder eine Sturzverletzung aus.

Aber der Sohn gewann bei seinem Hindernisdebut in Hannover. Inzwischen ist er durch eine Initiative des Amateur-Verbandes beim führenden englischen Hindernistrainer Michael Dickinson gewesen, gewissermaßen zu Studienzwecken.

Vom Tag des ersten Rennens, dem 26. März 1978 in Bremen, bis zum deutschen Teilnehmer an der Hindernis-WM vollbrachte er eine erstaunliche Karriere. Als am Ende der letzten Saison der Hindernisreiter des Jahres gewählt wurde, fielen die Stimmen sämtlicher 13 Journalisten auf Andreas Wöhler.

Favorit des Wettbewerbs ist der Engländer John Francome. Francome gewann über 1000 Rennen, noch in diesem Jahr wird er den Weltrekord von 1034 Siegen von Stan Mellor übertreffen. Für einen Sieg von Francome bieten die englischen Buchmacher einen Kurs von 30:10, für Andreas Wöhler einen Kurs von 90:10.

LEICHTATHLETIK

Sportfest in Baton Rouge/Louisiana: Männer, 400 m Hürden: 1. Harries (USA) 49,55 Sek. (Junioren-Weltrekord – bisher Schmid/Deutschland 49,61). – **Werfer-Meeting** in Phönix/Arizona: Männer, Kugelstoßen: 1. Carter 20,54 m. – Frauen, Kugelstoßen: 1. Losch (Deutschland) 19,34 m. – Diskus: 1. Denize (USA) 65,20 m (Landesrekord), 2. Manecke (Deutschland) 63,44.

GEWINNZAHLEN

Lotto: Klasse 1: 998 215,40, 2: 61 115,20, 3: 4791,40, 4: 92,60, 5: 8,40. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 47 585,60, 2: 1242,90, 3: 67,60. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 512 285,25, 2: 88 025,20, 3: 8427,90, 4: 100,70, 5: 7,20. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 229,40, 2: 83,50. – Rennen B: Klasse 1: 1181,80, 2: 251,40. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 295 259,80. (Ohne Gewähr).

Moskau verbessert Qualität der Rüstung

● Fortsetzung von Seite 1

weiter an Laser- und Teilchenstrahlenwaffen zur Verbesserung ihrer ASAT-(Antisatelliten) Kapazität.

Im Bereich der vorhandenen Rüstung vermeldet die US-Studie keine neuen Durchbrüche auf sowjetischer Seite, addiert aber die folgenden Schlaglichter:

Moskau steht kurz vor der Indienstnahme von Marschflugkörpern zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Die Systeme werden unter den westlichen Codenamen SS-NX-21, SSC-X-4 und AB-X-15 geführt. Interkontinentale Versionen sind geplant.

Zwei strategische Atom-U-Boote der neuen „Taifun"-Klasse sind fast einsatzbereit. Jedes dieser U-Boote führt 20 Interkontinentalraketen mit sich. Es übertrifft an Größe die Ausmaße des größten US-Atomraketen-U-Boots, der „Trident"-Klasse, um ein Drittel.

Die Sowjets verfügen bald über drei Klassen von strategischen Bombern: den neuen „Blackjack" (er hat die Test-Phase erreicht), den „Blackfire" und einer demnächst zu überarbeitenden Version des „Bear", gedacht vor allem zum Transport von luftgestützten Cruise Missiles (Marschflugkörper).

Modernisierung des festverbunkerten Arsenals an Interkontinentalraketen hat die vierte Generation erreicht. Moskau geht aber bereits einen Schritt weiter und beginnt die nächste Reihe zu testen, zwei neue ICBM-Systeme (Codenamen: SS-X-24 und SS-X-25, beide mit mobiler Option).

Der Ausbau der Marine schreitet augenfällig voran. Zwei neue Klassen von Angriffs-Atom-Unterseebooten wurden 1983 in die Produktion übernommen (im Westen unter dem Namen „Mike" und „Sierra" geführt). Die atomgetriebene U-Boot-Flotte umfaßt jetzt bereits an die 400 Einheiten. In Nikolajew am Schwarzen Meer entsteht der erste sowjetische atomgetriebene Flugzeugträger für nicht-senkrecht startende Flugzeuge.

Genscher: WEU für Stärkung des Bündnisses besser nutzen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die von Bonner Politikern seit jüngstem häufig benutzte Formel, der europäische Pfeiler der NATO müsse gestärkt werden, gewinnt allmählich konkrete Gestalt. Erstmals verdeutlichte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in einer Rede vor der Bremer Carl-Schurz-Gesellschaft, welche politischen Institutionen dazu vor allem geeignet sind. Der Minister sagte, für eine vertiefte sicherheitspolitische Zusammenarbeit in Europa stehe ein „Rahmen" zur Verfügung, die Westeuropäische Union, in der sich Frankreich und die Benelux-Staaten zuerst mit Großbritannien und 1954 auch mit Italien und der Bundesrepublik Deutschland zusammengeschlossen haben.

Diesen Zusammenschluß zur gemeinsamen Verteidigung gilt es nach Genschers Worten wiederzubeleben, „um das Bewußtsein von den gemeinsamen sicherheitspolitischen Belangen und bündnispolitischen Leistungen der Europäer im Rahmen der NATO zu schärfen und zu verbreitern". Er forderte die Europäer in der NATO auf, gemeinsam ihre Sicherheitsinteressen zu definieren und mit einer Stimme zu sprechen. Europa solle „auch bei der Verteidigung" näher zusammenrücken und seine eigene Sicherheit stärker „durch eigene Anstrengungen" garantieren. Genscher warnte allerdings davor, diesen anvisierten europäischen Einigungsprozeß in der Sicherheitspolitik als Hebel für mehr Distanz zu den USA zu nutzen.

In diesem Zusammenhang appellierte der deutsche Außenminister auch an die USA, nicht in „falschen Alternativen" zu denken nach dem Motto „hier Europa, hier Pazifik". Die tatsächliche Entwicklung dieser Epoche sei vielmehr durch das Entstehen eines neuen weltpolitischen Dreiecks zwischen Europa, den USA und Japan geprägt. Nicht nur wirtschaftlich wüchsen die Verflechtungen zwischen diesen Regionen, sondern auch politisch.

Schlechtes Wahlergebnis zeigt Kritik an Vogel

PETER PHILIPPS, Bonn

Mit einem schlechteren Ergebnis als vor einem Jahr ist Hans-Jochen Vogel zum Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion wiedergewählt worden. Vogel, der keinen Gegenkandidaten hatte, erhielt gestern 150 von 162 abgegebenen Stimmen. Sieben Abgeordnete stimmten gegen ihn, fünf enthielten sich der Stimme.

Bei seiner ersten Wahl vor einem Jahr hatte Vogel 177 von 181 abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen können. Als Stellvertreter Vogels wurden bei der turnusmässigen Neuwahl Ehmke (104 Stimmen), Schmude (150), Roth (98), Fuchs (124), Apel (144), Emmerlich (102), Hauff (95) und Däubler-Gmelin (87) wiedergewählt. 40 Abgeordnete der insgesamt 202 mitgliederstarken Fraktion nahmen nicht an der Abstimmung teil.

Personaldiskussionen und Kampfabstimmungen hatte es um die weiteren Vorstandsposten gegeben. Der alte Fraktionsvorstand hatte als seine Kandidaten – neben den wiederantretenden – Purps, de With und Klose nominiert, nachdem Matthöfer, Schulte (Unna) und Zeitler nicht wieder kandidierten. Klose war allerdings nur deshalb mit aufs Ticket gerutscht, weil der IG Chemie-Vorsitzende Rappe seine Kandidatur nicht aufrecht erhielt. Die ehemalige FDP-Abgeordnete Matthäus-Maier, für die sich Vogel stark gemacht hatte, fand im Vorstand keine Mehrheit.

Vogel hatte bereits viel Kontroverses aus der Debatte in der Fraktion herausgenommen und für eine freundliche Grundstimmung gesorgt: Am 28. März konnten die „interessierten Mitglieder" der Fraktion in einer kleinen Runde mit ihm ihren angestauten Unmut über Mißstände in der Fraktionsarbeit abreagieren und sich auch mit Vogels Amtsführung auseinandersetzen. Am Ende erntete er fast euphorische Zustimmung, nachdem sich allerdings Stellvertreter Ehmke „ganz in meinem Sinne" (Vogel) geäußert hatte, daß der Oppositionsführer nicht automatisch weiter Kanzlerkandidat sei.

Washington gerät wegen Minen unter starken Druck

TH. KIELINGER, Washington

Die Minen, die die amerikanische Regierung heimlich in zwei nicaraguanischen Häfen legen hat lassen, als Teil der Kampagne gegen das Sandinisten-Regime, verursachen jetzt eine Serie von politischen Explosionen in Washington. Sowohl von der Opposition wie aus den Reihen der eigenen Partei wird das Weiße Haus für die CIA-gesteuerten Praktiken heftig angegriffen.

Die Kritik hat an Schärfe gewonnen, seit sich die Administration entschlossen hat, für die nächsten zwei Jahre die Urteile des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag bezüglich Streitfragen in der westlichen Hemisphäre nicht anzuerkennen. Mit dieser Entscheidung versuchte Washington einer Klage Nicaraguas wegen der Verminung seiner Häfen zuvorzukommen. Nicaragua legte seine Beschwerde Anfang der Woche in Den Haag offiziell vor.

Washington sieht sich in dem Streit zwei Fronten ausgesetzt. Zum einen muß es den juristischen Schachzug verteidigen, als Unterzeichnerstaat der UNO, der auch die Gültigkeit der Den Haager Behörde immer anerkannt hat, plötzlich die Zuständigkeit des Gerichtshofes bestritten zu haben. Vor vier Jahren ließ Washington im Fall der iranischen Geiselkrise gerade im Haager Gerichtshof seine Beschwerde öffentlich absichern und verbriefen. Sein jetziges Ausscheren erhält so einen opportunistischen Anstrich.

Zudem steht die moralische Frage des amerikanischen Vorgehens in Nicaragua wieder im Vordergrund. Im Kongreß sind mehrere Resolutionen als Protest gegen die Politik des Weißen Hauses eingebracht worden. Dabei scheint sich die Reagan-Administration besonders geschadet zu haben, indem sie nicht einmal die Führungsspitzen der eigenen Partei ausreichend informiert hat. In großer Gefahr schwebt jetzt die bereits vom Senat gebilligte 21 Millionen-Dollar-Hilfe für die in Nicaragua operierenden „Contras".

Kirche in der „DDR" dringt auf mehr Reisemöglichkeiten

Gespräch mit führenden SED-Funktionären / „Eine Frage des Vertrauens"

hrk./epd/AP, Potsdam

Maßgebliche Vertreter der mitteldeutschen Kirchen haben mit führenden SED-Politikern die Chancen für erweiterte Reisemöglichkeiten von *„DDR"-Bewohnern in den Westen* anscheinend auch im Detail erörtert. Dabei seien von kirchlicher Seite „Bitten und Fragen" vorgetragen worden. Das gab der höchste Kirchenbeamte der Ost-Region der Kirche Berlin-Brandenburg, Manfred Stolpe, auf der Synode in Potsdam-Hermannswerder bekannt. Er äußerte zugleich die Hoffnung und gedämpfte Zuversicht, daß bald eine „gerechte und verläßliche Regelung" des deutsch-deutschen Reiseverkehrs in Kraft treten könne. Mögliche Schritte in dieser Richtung werden offenbar im Vorfeld der Honecker-Reise in die Bundesrepublik erwogen.

Wie die WELT berichtete, hatte Stolpe als stellvertretender Vorsitzender des „DDR"-Kirchenbundes kürzlich vor dem Politischen Club der Evangelischen Akademie Tutzing ausführlich zu diesem Thema Stellung bezogen. Damals äußerte er als allgemeine Einschätzung der Kirchen, daß eine „Lockerung der Reisemöglichkeiten" viele innenpolitische Probleme beseitigen könnte: „Ich bin ganz sicher, dann hätten wir kaum noch Ausreiseanträge."

Stolpe erwähnte eine grundsätzliche Bereitschaft der SED-Führung zu *einem derartigen Schritt.* „Das wäre schon passiert, wenn es so einfach wäre. Denn auch die Genossen des Politbüros und des MdI (Ministerium des Innern, d. Red.) werden wissen, daß Reisen die Heimat liebgewinnen läßt und Direktumgang mit 'gefährlichen Einflüssen' besser immunisiert als theoretische Belehrungen." Das Politbüro könne jedoch nicht „plötzlich zum 1. Mai entscheiden", daß „alle DDR-Bürger über 45 Jahre, die nicht mehr der Wehrpflicht unterliegen, ein mehrmaliges Aus- und Einreise-Visum bekommen", sagte Stolpe wörtlich.

Stolpe reagierte auf kritische Anfragen mehrerer Synodaler, die sich in der Aussprache über den Kirchenleitungsbericht dagegen wandten, lediglich die Ausreise von sechs Pastoren und ihrer Familien aus Berlin-Brandenburg zu bedauern. Mit der staatlichen Seite sollte auch über die Gründe von Ausreiseanträgen geredet werden.

Unter den sechs Pastoren, die noch vor Weihnachten die „DDR" verließen, befand sich mit Dietmar Linke einer der bekanntesten „Friedens-Pfarrer" Ost-Berlins. Er war an der Kerzen-Demonstration vor der amerikanischen und sowjetischen Botschaft am 1. September beteiligt und hatte Anfang November gemeinsam mit vielen Anhängern von Friedensgruppen vergeblich versucht, Petitionen in beiden Botschaften zu überreichen.

In der Aussprache der Synodalen wandte sich am Montag der Ostberliner Generalsuperintendant Günter Krusche gegen das Vorgehen der Sicherheitsorgane bei Protesten junger Menschen, „die in ihrem Friedens- und Umweltengagment eigene Wege gehen und dabei auch mit dem Gesetz in Konflikt geraten".

Die WELT durfte nicht direkt über den Verlauf der Synode berichten, weil das Außenministerium in Ost-Berlin einen entsprechenden Akkreditierungsantrag unter Hinweis auf die „fehlende korrekte Staatsbezeichnung der DDR" ablehnte. Während des Luther-Jahres 1983 hatte dagegen einer Berichterstattung von den Kirchentagen und der Bundessynode im Herbst 1983 nichts im Wege gestanden.

Baum: FDP soll neue Anstöße geben

WELT-Gespräch: „Sorgen in der Bevölkerung erahnen" / Wieder Kritik an Hamm-Brücher

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die FDP muß nach den Worten ihres stellvertretenden Vorsitzenden Gerhart Rudolf Baum wieder stärker ihre „Avantgarde-Funktion" herausstellen und sich Problemen annehmen, die noch keine „Mehrheitsthemen" sind.

In einem WELT-Gespräch meinte er, die FDP müsse „schneller als die großen Volksparteien erahnen, welche Sorgen in der Bevölkerung neu heraufziehen und diese Felder besetzen". Diese „Empfindsamkeit und Nachdenklichkeit" müsse die FDP jetzt aufbringen. Sie dürfe sich zum Beispiel nicht allein auf das gegenwärtig im Vordergrund stehende liberale Thema der Wirtschaftspolitik beschränken, so wichtig das auch sei. Vielmehr müsse sie einer vom „Umbruch und Wertewandel" gekennzeichneten Entwicklung Rechnung tragen, wozu FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher schon 1981 Anstöße gegeben habe. Die Liberalen müßten „eine Politik mit neuer Humanität" machen. Dieses müsse parallel zu dem Bemühen geschehen, den Haushalt zu sanieren und eine Wirtschaftspolitik zu gestalten, die auch eine aktive Sozialpolitik ermögliche. Es sei „höchst bedauerlich", daß sich die klassischen Parteien den Herausforderungen des Wertewandels bisher nicht in der erforderlichen Weise angenommen hätten.

Baum, der nach dem FDP-Parteitag in Münster Anfang Juni die Leitung der Programmkommission der Liberalen übernehmen soll, hat unter dem Titel „Die Zukunft der Liberalen" dazu ein 14-Punkte-Papier erarbeitet. Sein Inhalt soll nach Beratungen mit den Landesverbänden in die Parteidiskussion eingehen. Nach Ansicht von Baum muß sich die Programmarbeit der FDP auf die Lösung von schon sichtbaren Problemen mit dem Blick auf „die Perspektiven einer Gesellschaft von morgen" konzentrieren. Vermieden werden müsse eine „Kurzatmigkeit" aus der gegenwärtigen Situation heraus.

Als wichtigstes Thema bezeichnete er gegenüber der WELT die „Bewältigung der Technologiedebatte". Es gehe schon jetzt darum, Antworten auf die Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts zu finden.

Innerhalb der FDP-Bundestagsfraktion ist erneut massive Kritik an der Abgeordneten Hildegard Hamm-Brücher geübt worden. Mehrere Parlamentarier der Freien Demokraten distanzierten sich gestern eindeutig auf einer turnusmäßigen Sitzung im Berliner Reichstag von jüngsten von ihrer Kollegin gegen FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher gerichtete Vorwürfe. Gleichzeitig lehnten sie ausdrücklich eine Personaldebatte ab.

Bereits vor den vorbereitenden Beratungen der Fraktionsführung am Montag hatte sich Fraktionschef Wolfgaang Mischnick dagegen ausgesprochen, auf der Sitzung der Bundestagsabgeordneten in einer Art Neuauflage noch einmal über die insbesondere auf dem hessischen Parteitag von dem Bezirksvorsitzenden Alfred Schmidt, aber auch die von dem stellvertretenden baden-württembergischen FDP-Chef Hinrich Enderlein an Genscher geübte Kritik zu diskutieren. In diesem Sinne hatten sich auch andere Führungsmitglieder der Fraktion geäußert.

Dennoch griff gleich zu Beginn der gestrigen Sitzung Detlef Kleinert dieses Thema empört auf. Er bezeichnete Äußerungen von Hildegard Hamm-Brücher als „skandalös". Sie hatte am Vortag in einem Interview unter anderem Genscher vorgehalten, er lasse jüngeren Politikern zu wenig Raum zur Profilierung.

Mehr Kontrolle bei Tiefflügen

rmc. Bonn

Künftig will die deutsche Luftwaffe intensiver darauf achten, daß die Regeln für militärische Tiefflüge über dem Bundesgebiet eingehalten werden. Dazu hat sie zwei Radargeräte vom Typ „Skyguard" in Betrieb genommen, die auf große Entfernungen feststellen können, ob ein Flugzeugführer die vorgeschriebene Mindestflughöhe von rund 150 Meter unterschreitet.

Bundesverteidigungsminister Wörner sagte bei der Indienststellung der Geräte, die Luftwaffe nehme die Probleme sehr ernst, die der Bevölkerung aufgrund der unabdingbaren Tiefflugübungen zugemutet würden. Der Luftraum solle künftig gleichmäßiger genutzt, und Regelverstöße „streng geahndet" werden.

SPD einigt sich mit Geißler

dpa, Bonn

Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden in Zukunft bei Auftritten von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler nicht mehr Parlaments- und Ausschußsitzungen verlassen. Diese Empfehlung gab gestern der Fraktionsvorstand nach Angaben von Fraktionschef Hans-Jochen Vogel.

Grund für das bisherige Verhalten der SPD-Fraktion war der Vorwurf von Geißler, die SPD entwickle sich „zur Fünften Kolonne der anderen Seite". In einem Briefwechsel zwischen Geißler und SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz bekräftigten beide Politiker jetzt ihren Willen, die politische Auseinandersetzung fair zu führen. Geißler hätte zudem versichert, er habe nie unterstellt, „daß die SPD was mit Kommunisten gemein hat".

Startbahn West: Gleise zersägt

DW. Frankfurt

Zwei Tage vor der Inbetriebnahme der Startbahn West des Frankfurter Flughafens haben gestern Unbekannte die Gleise einer Bahnlinie zwischen dem Bahnhof Mörfelden und US-Militärflughafen Frankfurt aufgesägt und Gleise nach oben verbogen.

Der Anschlag war rechtzeitig entdeckt worden, weil Polizeibeamten ein Transparent an einer Brücke in der Nähe der Stelle mit der Aufschrift „Keine Startbahn West" aufgefallen war. Es trug die Initialen MLA mit einem roten Stern, die nach Polizeiangaben von einer Gruppe mit dem Namen „Mönchhof Liberation Armee" bereits verwendet wurden. An mehreren Stellen der Gleise waren auch Schrauben gelöst und etwa 200 Meter weiter mit Beton übergossen auf das Gegengleis gelegt worden.

Debatte um Kölner Auslandssender

Fusion oder Kooperation? / Hennig (CDU) als Intendant genannt

GERNOT FACIUS, Bonn

In der FDP gibt es starke Tendenzen, aktuelle Fragen der Medienpolitik – darunter auch Struktur- und Personalfragen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten – zum Thema von Koalitionsgesprächen zu machen. Vor diesem Hintergrund muß auch die derzeitige Diskussion um eine mögliche Zusammenlegung der beiden „Rundfunkanstalten nach Bundesrecht", Deutschlandfunk und Deutsche Welle, beide mit Sitz in Köln, gesehen werden.

Unter dem Zwang zum Sparen, von den Haushaltspolitikern des Bundestages verstärkt ausgeübt, wird gegenwärtig zumindest über eine weitgehende Kooperation zwischen den beiden Sendern mit unterschiedlicher Aufgabenstellung diskutiert. Gestern abend trafen sich in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Bonn maßgebliche Medienpolitiker der Unionsparteien, um dieses Uralt-Thema zu debattieren. Vor allem vom Verwaltungsratsvorsitzenden der Deutschen Welle, dem früheren Bundesminister Bruno Heck, ist bekannt, daß er einer Fusion von DLF und DW das Wort redet. „Heck strebt eine ganz weitgehende Lösung an", hieß es gestern aus Unionskreisen. Möglicherweise wird noch in dieser Woche ein Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der Freien Demokraten im Bundestag, Wolfgang Mischnick, stattfinden. Mischnick leitet den Rundfunkrat des Deutschlandfunks.

Innerhalb der Unionsparteien bestehen allerdings starke Zweifel, ob eine solche Fusion des für Deutschland und das europäische Ausland sendenden Deutschlandfunks und des Kurzwellensenders Deutsche Welle politisch auf Anhieb durchzusetzen sei. Es müßte das Gesetz über die Errichtung der beiden Anstalten, um das es vor Jahrzehnten heftige politische Auseinandersetzungen gegeben hatte, geändert werden. Wie es heißt, verspürt insbesondere Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) wenig Neigung, sich in dieser Frage zur Zielscheibe der Kritik machen zu lassen. Sein Parlamentarischer Staatssekretär Carl-Dietrich Spranger forciert allerdings das Thema Kooperation beziehungsweise Fusion.

Ottfried Hennig, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und neues Mitglied im Verwaltungsrat des DLF, bestätigte öffentlich, daß es „innerhalb der DW derzeit Bestrebungen gibt, eine Fusion mit dem DLF herbeizuführen". Er selbst, so sagte Hennig dem in Bielefeld erscheinenden „Westfalen Blatt", sei dabei „innerhalb des Senders als möglicher Intendant im Gespräch". Der CDU-Politiker, früher einmal Rundfunkreferent in der Bonner Parteizentrale, fügte einen Seitenhieb auf DLF-Intendant Richard Becker (SPD) hinzu. Der Deutschlandfunk, der unter Hörerschwund leide, sei wohl kaum auf Dauer in der Lage, unter dem Intendanten Becker „weiterzumachen". Bei einer Zusammenlegung beider Rundfunkanstalten würde im übrigen auf Grund der parteipolitischen Verhältnisse in den Aufsichtsgremien „wohl auch der derzeitige Intendant der Deutschen Welle, Klaus Schütz, seinen Platz räumen müssen".

Schütz, so wird vermutet, will sich ohnehin nicht mehr zur Wahl stellen. Die Amtszeit Beckers endet 1988. Im Deutschlandfunk halten sich Gerüchte, daß der Chef des Hauses vorzeitig seinen Abschied nimmt. Er war unter anderem wegen seiner, bei seiner Berufung nicht angegebenen, Mitgliedschaft in der Waffen-SS öffentlich kritisiert worden.

Experten unter sich

Wb. – Eigentlich ist das Vorhaben sehr zu begrüßen: Mikroelektronik zum Anfassen, hautnah präsentiert und mit zahlreichen mehr oder minder verständlichen Referaten auch theoretisch schon ein wenig untermauert – so wollte die Hannover-Messe ganz speziell dem wirtschaftlichen Mittelstand ein Revier zugänglich machen, bei dem gerade diese Zielgruppe immer noch deutliche Schwellenangst zeigt.

Zwar war das „Innovationszentrum microtronic" im zweiten Anlauf – der erste Versuch ging schon 1983 daneben – formal verbessert, signalkräftiger und einheitlicher gestaltet, hatte sich auch die Zahl der Aussteller gegenüber dem Vorjahr auf 290 mehr als verdoppelt. Doch inhaltlich blieb – – alles beim alten. Wie schon im Vorjahr war die microtronic eine Veranstaltung von Experten für Experten.

Die Elite scheute kaum eine Mühe, unter sich zu bleiben. Daß der kleine Maschinenbauer, selbst der klassische Elektrotechniker, in Sachen Elektronik noch weitgehend Laie ist, mochte man offenbar nicht zur Kenntnis nehmen. Von irgendeiner didaktisch aufgebauten Veranstaltung blieben Gesamtkonzept (soweit sichtbar) wie auch Stände weit entfernt.

Dabei wäre es gar nicht so schwierig gewesen, ein paar Nachhilfestunden in Sachen zielgruppengerechter Aufbereitung zu nehmen: Ein paar hundert Meter weiter, im sogenannten Cebit-Forum , gelang die Ansprache hervorragend. Mag man sich auch gegen solche „Popularisierung" wehren – wer mit dem Mittelstand ins Geschäft kommen will, muß sich schon ein wenig von seinem hohen Pferdchen herunterbemühen. Die Computer-Kollegen haben das auch einsehen müssen.

Schuldenerlaß

cd. – Den überschuldeten Ländern sollte dadurch auf die Sprünge geholfen werden, daß ihnen Banken und andere Kreditgeber einen Teil der Schulden erlassen. Dieser Vorschlag kommt immer wieder einmal hoch, so jetzt von Präsident Reagans Wirtschaftsexperten Stockman. Aber ein solches Entgegenkommen der Gläubiger wäre geradezu eine Aufforderung auch an jene Schuldner, denen das Wasser noch nicht bis zum Halse steht, einen Teil-Schuldenerlaß anzustreben. Aber welche Bank wäre bei einer derartigen Schuldnermoral noch willens, überhaupt Geld gerade an jene Länder zu verleihen, die ohne ausländische Kredite ins totale Chaos stürzen würden? Die Verantwortlichen in den am Tropf westlicher Kredithilfe hängenden Ländern scheinen sich – bis jetzt jedenfalls – dieser Konsequenzen zum Glück bewußt. Von ihnen können die großen Denker in den weltfernen Schreibstuben noch einiges lernen.

STEUERREFORM / Der BDI wendet sich gegen die Entlastung in zwei Etappen

Eine Finanzierung durch Erhöhung anderer Steuern wird strikt abgelehnt

HEINZ HECK, Bonn

Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) wendet sich gegen eine Steuerreform in zwei Etappen. Bei der Aufteilung in Verbesserung des Familienlastenausgleichs und Tarifkorrektur, wie von Finanzminister Gerhard Stoltenberg vorgeschlagen, sieht BDI-Hauptgeschäftsführer Siegfried Mann die Gefahr, daß „sich die Entlastungswirkung verflüchtigt", wie er in einem Gespräch mit der WELT erklärte.

Aber auch bei Inkrafttreten der Reform in einem Schritt will Mann keine Steuererhöhungen, vor allem keine Mehrwertsteuererhöhung als Kompensation akzeptieren. Sie sei nicht nur mittelstandsfeindlich. Wenn sie nicht überwälzt werden könne, werde sie zu einer zusätzlichen ertragsunabhängigen Besteuerung und führe damit zu Substanzverzehr.

Ungeachtet dessen muß nach Meinung des BDI an der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte festgehalten werden. Mann erinnert an die Koalitionsvereinbarung vom März 1983 und die Regierungserklärung des Kanzlers vom 4. Mai: „Tarifreform erst nach Gesundung der öffentlichen Finanzen und nur bei günstiger gesamtwirtschaftlicher Lage." Vor allem in Kreisen des größeren Koalitionspartners registriert die Industrie bedrohliche Anzeichen für eine Aufweichung dieser Position. Von der skeptischen Diagnose wird insbesondere Stoltenberg ausdrücklich ausgenommen.

Der BDI sieht zwar „bemerkenswerte Fortschritte" bei der Haushaltskonsolidierung. Das strukturelle Haushaltsdefizit sei jedoch noch nicht weit genug abgebaut – vor allem wenn man die Bundesbankgewinne, die zumindest in dieser Höhe nicht ständig anfielen, außer acht lasse.

Der BDI bezweifelt, daß die Reform des Steuertarifs, so wie sie sich jetzt abzeichne, auch zu einer Stärkung der Angebotsseite führen werde. Denn die Tarifreform soll vor allem untere und mittlere Einkommen entlasten. Davon sei keine durchgreifende Verbesserung der Ertrags- und Eigenkapitalsituation zu erwarten, wenn man von Kleinstbetrieben absieht.

Mann stellt klar: „Auch die Industrie sieht eine ausgewogene Tarifreform als unbedingt nötig an. Sie sieht darin ein Mittel, um die Bürger zu mehr Leistung zu mobilisieren." Doch sollte die Reform „unter dem richtigen Etikett" und nicht als die ebenfalls von Bonn zugesagte Entlastung der Unternehmen verkauft werden. Nach Meinung des BDI sollte die Korrektur des Einkommensteuertarifs im Sinne der Leistungsbezogenheit nicht nur untere, sondern auch mittlere und höhere Einkommen entlasten.

Darüber hinaus ist für die Industrie eine Reform des Systems der Unternehmensbesteuerung „gleichermaßen dringlich". Die Unternehmensbesteuerung in der Bundesrepublik ist nach Einschätzung des BDI, die zumindest in einigen Bonner Ressorts geteilt wird, im internationalen Vergleich „außerordentlich hoch" und hat durch den hohen Anteil ertragsunabhängiger Komponenten „auch eine schlechte Struktur".

Dabei wird durchaus anerkannt, daß die jetzige Bundesregierung durch die Halbierung der Hinzurechnung von Dauerschulden und Dauerschuldzinsen bei der Gewerbesteuer und Entlastungen im Rahmen der Vermögenssteuer „durchaus richtige und zukunftsweisende Maßnahmen verwirklicht hat". Dennoch sieht Mann mittel- und langfristig bei beiden Steuern „zwingenden Handlungsbedarf".

Dieser werde nicht dadurch geringer, daß die Bundesregierung aus politischen Erwägungen Tarifreform und Familienentlastung vorziehe, so daß – mangels Masse – für wachstumsorientierte Strukturverbesserungen im Sinne dauerhafter Entlastung der Unternehmen in dieser Legislaturperiode kein Platz mehr sei. Gerade deshalb aber erwartet der Verbandschef Aussagen der Regierung darüber, „ob und in welcher Form" sie sich dieses Problems annehmen wolle. Die Ausführungen im Jahreswirtschaftsbericht zur Neuordnung der Gemeindefinanzen bemängelt er als „zu wenig konkret".

EG-MINISTERRAT

Wirksamere Mittel gegen unlautere Handelspraktiken

WILHELM HADLER, Luxemburg

Gegen die Stimmen der Bundesrepublik, Dänemarks und der Niederlande hat sich der EG-Ministerrat auf die Grundzüge einer Verordnung geeinigt, die es der Europäischen Gemeinschaft ermögichen soll, künftig wirksamer auf unlautere Handelspraktiken von Drittländern zu reagieren.

Das „neue handelspolitische Instrument" soll das Antidumping- und Antisubventionsverfahren der Gemeinschaft ergänzen. Es erlaubt der EG, künftig unter bestimmten Voraussetzungen Handelszugeständnisse zurückzunehmen, Zollsätze zu erhöhen oder mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen zu verhängen. Als unerlaubte Handelspraktiken gelten dabei solche, die mit den Regeln des Völkerrechts oder den „allgemein anerkannten Regeln" (zum Beispiel des Gatt) unvereinbar sind.

Jede natürliche oder juristische Person und jede Mitgliedsregierung kann bei der EG-Kommission die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens beantragen. Sie muß allerdings genügend Beweismittel haben und die Schädigung eines Wirtschaftszweiges nachweisen.

Die Kommission nimmt daraufhin Konsultationen mit den betroffenen Parteien und den Mitgliedsregierungen auf, über deren Ergebnis sie einen schriftlichen Bericht unterbreitet. Über die Einleitung eines internationalen Schiedsverfahrens oder eventueller handelspolitischer Gegenmaßnahmen muß der Ministerrat jeweils mit qualifizierter Mehrheit beschließen.

In den langwierigen Beratungen über die Vorlage hatten einige Mitgliedstaaten die Notwendigkeit des „neuen handelspolitischen Instruments" in Frage gestellt, vor allem jedoch durchgesetzt, daß das ursprünglich vorgesehene Beschlußfassungsverfahren verändert wurde. Die Kommission hatte für sich das Recht beansprucht, im Falle einer Beschlußunfähigkeit des Rates selbst Entscheidungen zu treffen. Dem hatte vor allem die Bundesregierung wiedersprochen, da sie fürchtete, daß die Kommission allzu leicht dem politischen Druck aus Ländern mit protektionistischen Ambitionen nachgeben könnte.

Obwohl die Bonner Delegation auch in einigen anderen strittigen Fragen ihren Standpunkt durchsetzen konnte – so fallen auch Selbstbeschränkungsabkommen nicht in den Entscheidungsbereich der Kommission –, wollte sie der Verordnung in der vorliegenden Form nicht zustimmen. Sie erwog sogar ein „vitales Interesse" geltend zu machen, also Widerspruch gegen eine Mehrheitsabstimmung anzumelden. Schließlich beugte sich die Bundesregierung jedoch dem Mehrheitsvotum. Sie erhofft sich dadurch auch die Verabschiedung eines Bündels von technischen Harmonisierungsrichtlinien, die bisher von Frankreich blockiert worden sind.

Hannover als Wendemarke

Von DOMINIK SCHMIDT

Wenn heute abend der Schlußstrich unter das achttägige Spektakel in Hannover gezogen wird, werden nicht nur die Veranstalter und die beteiligte Wirtschaft allen Grund zur Zufriedenheit haben. Auch den Politikern und Konjunkturforschern hat die weltgrößte Investitionsgüterschau zusätzliche Bewertungskriterien an die Hand gegeben. In wichtigen Bereichen sind die ohnehin optimistischen Erwartungen noch übertroffen worden. Die Feststellung von Bundeswirtschatsminister Graf Lambsdorff zu Beginn der Messe, in der Bundesrepublik werde der „sich selbst tragende Aufschwung" sichtbar, kann nach der Messe unterschrieben werden.

Insofern bestätigt sich wieder einmal das Wort, wonach Messen keine Konjunktur machen, wohl aber ein Mittel der Standortbestimmung sind. Bislang waren sich die Auguren nicht sicher, ob die Aufwärtsentwicklung auch die Investitionsgüterindustrie bereits erfaßt hat. Alles spricht dafür, daß der Funke nun doch übergesprungen ist. Den positiven Erklärungen der chemischen Industrie sind weitere Branchen gefolgt. Dies gilt in besonderem Maße für die Elektroindustrie, die mit der Büro- und Informationstechnik, mit der Kommunikations- und Nachrichtentechnik einen „Aufschwung nach Maß" erlebt.

Auch im Maschinenbau mehren sich die positiven Stimmen. Die lang anhaltende Talfahrt ist beendet; die Impulse, die in Hannover sichtbar wurden, könnten die Trendwende beschleunigen. Selbst die Stahlindustrie erkennt nach den schwierigen vergangenen Jahren wieder einige Hoffnungsschimmer. Nicht nur das verbesserte Preisniveau hat diesen Stimmungswandel bewirkt. Vor allem die steigenden Produktionszahlen bringen mehr Zuversicht.

Besserungstendenzen beginnen sich auch auf einem der problemreichsten Bereiche, der Arbeitlosigkeit, abzuzeichnen. Dies überrascht mehr noch als die Aussicht, daß das Bruttoinlandsprodukt real stärker als die im Jahreswirtschaftsbericht genannten 2,5 Prozent zunehmen wird. Wenn sich bestätigt, daß noch im Verlauf dieses Jahres die Zahl der Neueinstellungen die Abgänge übertrifft, dann wäre viel gewonnen. Entsprechende Ankündigungen auf der Messe erregten beträchtliches Aufsehen.

Getrübt wurde die Stimmung auf der Messe durch die anhaltenden Auseinandersetzungen um die Einführung der 35-Stunden-Woche. Die geringe Flexibilität auf beiden Seiten läßt befürchten, daß es zu Kampfmaßnahmen kommt. Dies wiederum würde nicht ohne Auswirkungen auf die eben in Fahrt kommende Konjunktur bleiben.

Als „Messe der Rekorde" wird die Mammutschau in die Annalen des Veranstalters eingehen. Sowohl gemessen an der Ausstellerzahl wie an der der Besucher wird nach neuen Superlativen gesucht. Zwar stehen die endgültigen Ergebnisse noch aus. Als sicher gilt indes, daß der Besucherrekord des Vorjahres (660 000) erneut übertroffen wird. Der ungewöhnlich hohe Anteil des Fachpublikums und das verstärkte Interesse aus dem Ausland bestimmen nachhaltig die Beurteilungskriterien der insgesamt gut 6400 Direktaussteller.

Befragt nach den Geschäftserfolgen schwelgen viele Aussteller in Superlativen. Zweistellige Zuwachsraten beim Auftragseingang sind keine Seltenheit. Dies kommt um so überraschender, als die „Messe der Messen" nicht eben als der Ort gilt, an dem Abschlüsse direkt getätigt werden. Der Hinweis vieler Unternehmen auf die hohe Qualität, die fachliche Kompetenz der Besucher auf den Messeständen läßt denn auch den Schluß zu, daß in den Wochen und Monaten nach der Messe das eigentliche Geschäft erst richtig in Gang kommt.

Ihrem Anspruch als „Pulsfühler des technischen Fortschritts" ist die Hannover-Messe '84 in vollem Umfang gerecht geworden. Dabei hat sich gezeigt, daß die deutschen Unternehmen im Konzert der hochtechnisierten Länder ihren Part durchaus zu spielen wissen. Selbst auf dem Gebiet der Mikroelektronik ist der Nachholbedarf gegenüber den USA und Japan nur teilweise erkennbar. Auf dem Gebiet der Systemanwendung sind Lücken ohnehin nicht vorhanden. Die noch vor zwei Jahren gerade in Hannover beobachtete „Technik-Feindlichkeit" in der Bevölkerung war auf dem Messegelände nirgends spürbar. Ganz offensichtlich sind Ressentiments dieser Art, so es welche gibt, überwunden worden.

AUF EIN WORT

„Wir sind uns alle bewußt, daß die Lohnrunde ein beträchtliches Konjunkturrisiko darstellt. Hier ist schon heute viel Porzellan zerschlagen worden, und wenn die Vernunft nicht doch noch siegt, könnte uns ein Arbeitskampf erheblich zurückwerfen, auch im internationalen Wettbewerb und damit in der Beschäftigung."

Dr. Wilfried Guth, Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank AG, Frankfurt FOTO: JUPP DARCHINGER

Warnung vor neuen Ausgabenwünschen

AP, Köln

Die Steuerreform im Blick hat der Bundesverband deutscher Banken vor neuen Ausgabenwünschen gewarnt. Dafür bestehe schon wegen der für die Europäische Gemeinschaft zusätzlich notwendigen Mittel kein Spielraum. Trotz des erfreulichen Konjunkturverlaufs seien ausreichende Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen keineswegs gesichert. Bei der geplanten Steuerreform müßten die Sanierung der Staatsfinanzen, der Abbau von Leistungshemmnissen und die Verbesserung der Investitionsbedingungen im Vordergrund stehen.

VERSCHULDUNGSKRISE

OECD: Aufschwung bessert Situation der Dritten Welt

dpa/VWD, Paris

Durch die Verschuldung der Dritten Welt wird die Weltwirtschaft weiterhin verwundbar bleiben, obwohl das Schlimmste bislang vermieden werden konnte. Zu diesem Schluß kommt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in einer jetzt veröffentlichten Studie über die „Außenverschuldung der Entwicklungsländer" 1983.

Die OECD-Experten rufen die Gläubiger- und Nehmerländer, die internationalen Finanzorganisationen und die Banken zu enger Zusammenarbeit auf. Sie sei eine „Garantie" für die Unterstützung der weltwirtschaftlichen Erholung und für Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern als Voraussetzung für deren Fähigkeit, die Schulden zurückzahlen zu können.

Nach den OECD-Schätzungen wird die Verschuldungslage der Entwicklungsländer mit einer im Vergleich zu den Vorjahren etwas stabileren Zinslast und einer gewissen Erholung der Weltwirtschaft in diesem Jahr etwas gelindert.

Die laufende Zinslast wird nach dem Bericht 1984 fünf bis sechs Mrd. Dollar (13 bis 15,6 Mrd. DM) betragen, nachdem sie 1983 bereits aufgrund sinkender Zinssätze in den USA um neun Mrd. Dollar gesunken war. Zwischen 1978 und 1982 hatte sich ihre Zinslast auf mittel- und langfristige Darlehen durch eine Steigerung der Zinssätze und ein damit verbundenes Anwachsen der Kreditaufnahmen auf 50 Mrd. Dollar verdoppelt.

Von den 157 in der Studie untersuchten Ländern hätten im letzten Jahr 35 Länder Umschuldungsverhandlungen geführt.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Im laufenden Etat fehlen rund sechs Milliarden Mark

WILHELM HADLER, Luxemburg

Das Loch im EG-Haushalt wird immer größer. Wie der Präsident der Brüsseler Kommission Gaston Thorn gestern dem Ministerrat in Luxemburg eröffnete, muß sich die Gemeinschaft im laufenden Jahr auf ungedeckte Ausgabenverpflichtungen von 5,6 bis 6 Mrd. Mark einstellen.

Grund für die Mehrausgaben, die vor allem im landwirtschaftlichen Bereich anfallen, sind nach seinen Angaben die verspäteten Beschlüsse über die Agrarreform sowie unvorhergesehene Konzessionen im Rahmen des diesjährigen „Agrar-Preispakets". Außerdem fließen die Einnahmen aus Zöllen und Abschöpfungen weniger üppig als geplant. Dadurch entstehen Mindereinnahmen in der Größenordnung von 1,1 Mrd. Mark.

Als Ausweg aus der finanziellen Misere deutet Thorn drei Möglichkeiten an. Die „Nachforderung" nationaler Finanzbeiträge nach einem noch zu vereinbarenden Schlüssel, eine Ermächtigung der EG zur Aufnahme von Anleihen auf den internationalen Kapitalmärkten oder ein Verzicht der Mitgliedsregierungen auf die Erstattung der Kosten, die bei der Erhebung der Zölle und Abschöpfungen entstehen. Diese Vergütung entspricht etwa zehn Prozent der eigenen Einnahmen der Gemeinschaft. Wenn sie nicht abgerufen würden, flössen rund 2,9 Mrd. Mark mehr in Brüsseler Kassen.

Die Kommission will am 17. April die Finanzlage beraten und Regierungen und Straßburger Parlament Vorschläge unterbreiten. Der Einnahmefonds bei der Mehrwertsteuer ist voll ausgeschöpft. Kredite zum Ausgleich des Haushalts darf die EG-Behörde nicht aufnehmen.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Dollinger: Seeverkehr hat Schlüsselfunktion

Bonn (DW.) – Die Zunahme des Außenhandels werde positive Auswirkungen auf Reeder und Seehäfen haben, auch wenn die Lage ernst bleibe, erklärte Bundesverkehrsminister Werner Dollinger vor dem Niedersächsischen Hafentag 1984 . Dollinger lehnte ab, eine politische Entscheidung darüber zu treffen, „wieviel Schiffahrt" in der Bundesrepublik erhalten bleiben müsse. Bei einer Handelsflotte von rund zehn Mill. Bruttoregistertonnen (BRT) unter deutscher Disposition liege der Anteil fremdflaggiger Schiffe heute bei etwa 37 Prozent. Die hochproduktive Containerschiffstonnage habe sich zwischen 1978 und 1983 aber auf 1,8 Mill. BRT mehr als verdoppelt. Der Bundesverkehrsminister wies darauf hin, daß bei den finanziellen Hilfen, den steuerlichen Erleichterungen und bei der Schiffsbesetzung die gesetzten Ziele überwiegend erreicht seien.

Emission der Weltbank

Frankfurt (AP) – Die Weltbank und ihr deutsches Emissionskonsortium unter der Federführung der Deutschen Bank haben einen Vertrag für eine 300-Millionen-Mark-Anleihe unterzeichnet, teilte die Deutsche Bank mit. Die Emission mit einer Laufzeit von acht Jahren wird zu einem Zinssatz von 7,75 Prozent und einem Kurs von hundert Prozent zum öffentlichen Verkauf angeboten. Sie soll zur amtlichen Notierung an allen deutschen Börsen eingeführt werden.

Erholung im Handwerk

Neuss (AP) – Die wirtschaftliche Lage der deutschen Handwerksunternehmen ist in diesem Frühjahr von einer Erholungsphase gekennzeichnet, deren Intensität jedoch unterschiedlich ist. Zu diesem Ergebnis kommt eine Befragung von rund 3700 deutschen Handwerksunternehmen durch die Kreditschutzorganisation „Creditreform". Wie unterschiedlich sich die Konjunktur in den einzelnen Handwerkssparten immer noch zeigt, wird nach Angaben des Unternehmens vor allem an den geplanten Neueinstellungen deutlich. In diesem Punkt führen vor allem Baufirmen. Besonderen Anlaß zur Klage bietet die Zahlungsmoral vieler Kunden von Handwerksfirmen.

200-Millionen-Anleihe

London (VWD) – Eine Anleihe über 200 Mill. Dollar in zwei gleichen Tranchen begibt die europäische Investitionsbank über ein Konsortium unter Führung der Deutschen Bank. Die erste Tranche mit sechs Jahren Laufzeit ist mit einem Kupon von 12½ Prozent ausgestattet und kommt mit einem Ausgabekurs von 99½ Prozent auf den Markt. Die Brutto-Kommission beträgt 1⅞ Prozentpunkt. Die zweite Tranche mit zehn Jahren Laufzeit wird mit 12¾ Prozent verzinst, der Ausgabekurs wurde ebenfalls auf 99½ Prozent festgesetzt. Hier beläuft sich die Gesamtkommission auf zwei Punkte. Beide Tranchen sind nicht vorzeitig kündbar. Die Zeichnungsfrist für die Titel endet am 13. April, Zahlungsdatum ist der 25. April.

Verbraucher kritischer

Nürnberg (dpa/VWD) – Die Verbraucher in der Bundesrepublik werden nach Feststellungen der GFK-Nürnberg kritischer. So habe eine Repräsentativumfrage ergeben, daß die Gruppe der „kritischen Konsumenten" derzeit rund 36 Prozent ausmacht. In einer Untersuchung vor elf Jahren waren es erst 21 Prozent. Kritischer geworden ist auch die Einstellung zur Werbung.

Importzahlungen erweitert

Hamburg (VWD) – Die argentinische Zentralbank hat die Grenze, bis zu der fällige Importverpflichtungen beglichen werden, erneut heraufgesetzt. Nachdem vor kurzem die Zahlung überfälliger Importverbindlichkeiten bis zu einem Wert von bis zu 150 000 US-Dollar freigegeben worden war, wurde nach Angaben der deutsch-südamerikanischen Bank AG (Hamburg) die Regulierung aller im Oktober, November und Dezember 1993 fällig gewordenen Importzahlungen bis zu einer Höhe von 300 000 Dollar autorisiert. Die Zahlungen sollen zwischen dem 5. und 16. April 1984 vorgenommen werden.

Steuerrückstände gestiegen

Bonn (AP) – Die Rücksicht der Finanzämter auf die angespannte Lage am Arbeitsmarkt hat im letzten Jahr offensichtlich mit zu einem leichten Anstieg der Steuerrückstände geführt. Wie aus einem Bericht des Bundespresseamtes hervorgeht, liefen bis zum 1. Dezember 1983 insgesamt 16,3 Mrd. DM Außenstände in den wichtigsten Bundes- und Landessteuern auf; 5,9 Prozent mehr als 1982. Der Anteil der Rückstände am Kassensoll (Rückstandsquote) erhöhte sich von 5,62 Prozent auf 5,69 Prozent. In der Statistik werden die Besitz- und Verkehrssteuern erfaßt, darunter auch Lohn-, Einkommen-, Körperschaft- und Mehrwertsteuer. Von der Gesamtsumme der Außenstände sind lediglich 9,5 Milliarden Mark oder 58,1 Prozent „echte" Steuerrückstände, die ohne Zustimmung des Finanzamtes nicht rechtzeitig gezahlt wurden.

Interessen-Konflikt

Bonn (DW.) – Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der DIAG, Hanns Arnt Vogels, hat den Bundesminister für Wirtschaft, Graf Lambsdorff, gebeten, ihn von seinen Pflichten als Mitglied der Aufsichtsräte der DIAG und der DIAG-Tochter-Gesellschaft FWAR zu entbinden. Vogels hat sich zu diesem Schritt aufgrund der außerordentlichen Beanspruchungen veranlaßt gesehen, denen er als Vorsitzender der Geschäftsführung der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH. ausgesetzt ist. Außerdem hat sich gezeigt, daß die Absicht der Bundesregierung, die DIAG ganz oder teilweise in private Hände zu überführen, zu einem Interessenkonflikt zwischen seinen Funktionen bei der DIAG und bei MBB als möglichem Käufer.

EDV für Arbeitsämter

München (sz.) - Einen Auftrag von mehr als 150 Mill. DM hat die Siemens AG, Berlin/München, kürzlich von der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg erhalten. Nach Angaben des Unternehmens sieht der Rahmenvertrag, der der bisher größte Einzelauftrag für Siemens im EDV-Geschäft darstellt, vor, Arbeitsämter in der Bundesrepublik und Berlin bis 1987 mit Hard- und Software auszustatten. Die Anlagen sollen die Stellen- und Bewerbervermittlung beschleunigen und das „Leistungswesen", wie Arbeitslosengeld und -hilfe sowie Kindergeld wirtschaftlicher abwickeln.

GENOSSENSCHAFTSBANKEN

Unternehmen investieren wieder längerfristig

JAN BRECH, Hamburg

Das Jahr 1984 wird ein Jahr des sich selbst tragenden Aufschwungs werden. Diese Meinung vertrat der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Bernhard Schramm, anläßlich der 22. bankenwirtschaftlichen Tagung seiner Organisation in Travemünde. Die Konjunktur, die im vergangenen Jahr fast ausschließlich durch die Zunahme des privaten Verbrauchs in Fahrt gekommen sei, erhalte nun auch von anderen Seiten Schub, erklärte Schramm. Entscheidende Impulse seien vor allem von der Investitions- und Exportnachfrage zu erwarten. Das starke Wachstum der langfristigen Kredite in den ersten Monaten dieses Jahres mache deutlich, daß die Unternehmen erheblich stärker als noch vor einem Jahr längerfristig investierten.

Die Vereinbarung zwischen dem Finanzministerium und der Bundesbank, den Bundesbankgewinn von 11 Mrd. DM künftig in Raten abzuführen, bezeichnete Schramm als „Zeichen solider Finanzpolitik". Dadurch ließen sich Schwierigkeiten bei der geldpolitischen Steuerung und damit Zinsanspannungen am Geldmarkt vermeiden. Dem Finanzminister, der einen kurzfristigen Zinsnachteil zugunsten der Stabilität und geordneter Finanzmarktverhältnisse in Kauf nehme, attestierte Schramm ein hohes Maß an Verantwortung.

Zur Finanzpolitik erklärte Schramm, daß die ersten Erfolge der Konsolidierung nicht durch ein Nachlassen der Sparbemühungen aufs Spiel gesetzt werden dürften. Nur eine „Finanzpolitik mit Rückgrat" schaffe den Freiraum für die geplante Steuerreform.

PELZWIRTSCHAFT / Die Preise sollen um bis zu 20 Prozent steigen

Nachfrage hat sich deutlich belebt

INGE ADHAM, Frankfurt

Überaus komfortabel kommt die neue Pelzmode daher, weit und bequem. Bei den Fellen haben sich die Designer nicht festgelegt, nur möglichst weich muß alles sein. „Zum Angewöhnen" bieten die Kürschner „kleine Pelze", kesse Westen und Jacken, Fell kombiniert mit Leder und Gestricktem. Die modischen Gags haben handfeste wirtschaftliche Hintergründe: Die Preise auf den internationalen Rauchwarenversteigerungen haben deutlich angezogen. Mit gekonnten Kombinationen lassen sich Preisgrenzen halten. Denn noch ist offen, ob die Kunden die für den nächsten Winter angekündigten Verteuerungen von 15 bis 20 Prozent mitmachen werden.

Von heute an bis zum 15. April präsentiert sich Frankfurt mit der 36. Internationalen Pelzmesse als Mittelpunkt der Pelzwelt. Frankfurt gilt in der Branche als „Muß", denn keine der anderen sieben internationalen Pelzmessen zieht soviele Aussteller und Einkäufer an: Sie erreichen zusammengenommen nur die Hälfte. In Frankfurt sind es diesmal 548, davon 339 aus der Bundesrepublik, der Rest verteilt sich auf 31 Länder. Die Erwartungen sind hoch: Im vergangenen Jahr sorgten die knapp 25 000 Facheinkäufer aus 60 Ländern für rund eine Milliarde Mark Messeumsatz, obwohl 1983 noch ein relativ schwaches Jahr für die Branche war.

Inzwischen scheint die Konjunkturkälte für die Pelzwirtschaft überwunden; auf den Auktionen wurde weltweit wachsender Bedarf registriert. Auch in der Bundesrepublik ist die Phase des seit 1981 anhaltenden Lagerabbaus offenbar zu Ende gegangen. Bereits 1983 wurde mit 17 (i. V. 16,2) Millionen Stück für 630 Millionen Mark erstmals wieder eine steigende Zahl von Rohfellen eingeführt. Der Löwenanteil davon entfiel mit 5,5 Millionen Fellen für 330 Millionen Mark auf Nerz, während der immer noch beliebte Persianer vor allem im Gefolge der schlechten Ernten in Südwestafrika nochmals etwas zurückfiel. Insgesamt bearbeiteten die deutschen Pelzveredlungsbetriebe im vergangenen Jahr rund 21 Millionen Felle, sieben Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Das Kürschnerhandwerk, der Facheinzelhandel der Branche, verbuchte 1983 zwar real noch einen Rückgang um gut 6 Prozent auf 1,36 Milliarden Mark Umsatz; seit dem Winter hat sich aber die Nachfrage deutlich belebt. Ohnehin scheint das Handwerk gut durch die Pelzflaute gekommen zu sein; die Zahl der Betriebe sank seit 1981 nur um gut 2 Prozent auf 2070, die der Beschäftigten um 1,6 Prozent auf knapp 15 000. Härter traf es die Rauchwarenwirtschaft, wo 30 von 360 Unternehmen aufgeben mußten.

PAKISTAN / Wirtschaftliche Schwierigkeiten steigen

Weitere Kapitalhilfe nötig

AFP, Islamabad

Pakistan, das in großen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten steckt, wird sich nach offiziellen Angaben heute und morgen in Paris bemühen, die westlichen Kreditgeber zu einer Erhöhung der nichtprojektgebundenen Hilfe zu bewegen. Sie soll die für die Fortsetzung der Entwicklung notwendigen Reformen sicherstellen. Das Konsortium für die Pakistanhilfe, dem elf westliche Länder, die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank angehören, dürfte für das Haushaltsjahr 1984/85 1,64 Mrd. Dollar und damit zehn Prozent mehr als im vergangenen Steuerjahr zur Verfügung stellen. Andererseits ist vorgesehen, Islamabad zusätzlich 300 Mill. Dollar humanitäre Hilfe für in Pakistan lebende afghanische Flüchtlinge zu gewähren.

Die Höhe der vorgesehenen Unterstützung wird von der Militärregierung General Mohammad Ziaul Haqs, die als „guter Schuldenzaler" gilt, nachdrücklich begrüßt. Islamabad wünscht jedoch, daß der Anteil der für Projekte bereitgestellten Mittel, 85 Prozent der Gesamtsumme, zugunsten der nicht gebundenen Hilfe reduziert wird. Rund vier Mrd. Dollar, die das Konsortium Pakistan in den letzten Jahren zur Verfügung stellte, sind von den Geberländern noch immer blockiert. Sie werden erst freigegeben, wenn Islamabad die vorgesehenen Beträge in der Landeswährung zur Verfügung stellt, um die großen Entwicklungsprojekte in Angriff zu nehmen, für deren Realisierung diese Milliardenbeträge vorgesehen sind. Die Regierung hat jedoch immer größere Mühe, den vorgesehenen Eigenanteil bei der Finanzierung der Großinvestitionen aufzubringen.

Die schlechten wirtschaftlichen Ergebnisse des vergangenen Jahres haben die Investitionsmöglichkeiten noch weiter reduziert. Die geringe Baumwollernte, die um 50 Prozent unter den Plänen blieb, der starke Rückgang der Weizen- und Reisproduktion und das schwächere industrielle Wachstum führten zu einem starken Rückgang der Exporte, während die Einfuhren gleichzeitig stark erhöht werden mußten. Das Ende des „Wirtschafts-Booms" in den Golfstaaten, die zwei Mill. pakistanische Gastarbeiter beschäftigen, führte gleichzeitig zu einem starken Rückgang der Transferzahlungen, die für die nationale Wirtschaft von ganz erheblicher Bedeutung sind. Zudem wirkt sich die politische Unsicherheit auf die Investitionen privater und ausländischer Anleger negativ aus. Sie bremst auch die Durchführung der angestebten, strukturellen Reform.

Unter diesen Umständen dürfte 1984 bei einem heute erwarteten Wachstum von rund vier Prozent – statt der eingeplanten 6,4 Prozent – keines der Planziele erreicht werden. Die erneute Beschleunigung der Inflation, die 1984 voraussichtlich 14 Prozent erreicht, während sie 1983 nur sieben Prozent betrug, veranlaßt in- und ausländische Wirtschaftskreise zu einer abwartenden Haltung. Die pakistanische Regierung rechnet dennoch mit einer großzügigen Haltung der Industriestaaten, mit der sie die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme lösen helfen.

GROSSBRITANNIEN / Schatzkanzler: Spitze der Ölproduktion bald erreicht

Selbstversorger für zehn Jahre

WILHELM FURLER, London

So deutlich wie nie zuvor hat die britische Regierung die in letzter Zeit sehr häufig vertretene Ansicht zurückgewiesen, Großbritannien gehe angesichts des knapper werdenden Nordsee-Öls schwierigen Zeiten entgegen. Wie Schatzkanzler Nigel Lawson jetzt vor Ölexperten in Cambridge erklärte, würde der wahrscheinlich vom nächsten Jahr an zu erwartende Rückgang der britischen Ölproduktion auf keinen Fall ein „negatives Spiegelbild" des rapiden Aufbaus seit 1975 darstellen.

So werde die Verringerung der Ölproduktion aus der Nordsee deutlich langsamer vonstatten gehen als der Aufstieg vom Nichts im Jahre 1975 bis zur Marke der Selbstversorgung 1980 und zu einem Niveau schließlich im letzten Jahr, das um 60 Prozent über dem zur heimischen Versorgung Notwendigen lag.

Für das, wie Lawson sich ausdrückte, „nationale Übel der Düsterkeit" bezüglich eines vom Rückgang der Ölförderung gezeichneten Großbritannien bestehe überhaupt keine Veranlassung. Dem Schatzkanzler zufolge wird die Spitze der britischen Ölproduktion aus der Nordsee möglicherweise schon Ende diesen Jahres, wahrscheinlich aber erst im nächsten Jahr mit einer Jahresförderung von 110 bis 130 Millionen Tonnen erreicht. Doch 1988, also voraussichtlich im Jahr der nächsten Parlamentswahlen, dürfte die Jahresproduktion immer noch zwischen 80 und 115 Millionen Tonnen liegen. Die meisten Schätzungen gingen davon aus, daß Großbritannien mit seiner Ölproduktion auf jeden Fall noch während der nächsten zehn Jahre Selbstversorger sein werde.

Der rapide Aufbau britischer Investitionen im Ausland, nämlich von zehn Milliarden Pfund 1978 auf 40 Milliarden Pfund oder etwa 160 Milliarden Mark im Jahre 1982 würde erheblich dazu beitragen, den Rückgang der Ölverkäufe in der Leistungsbilanz auszugleichen. Allein die Zinsen und Gewinne aus britischen Anlageinvestitionen im Ausland seien bis heute auf mehr als 18 Milliarden Pfund (86 Milliarden Mark) pro Jahr gestiegen – mehr als die Hälfte der gesamten Steuereinnahmen der Regierung aus Nordsee-Öl.

Im übrigen hätten diese rund neun Milliarden Pfund Regierungseinnahmen aus Ölsteuern pro Jahr erheblich dazu beigetragen, die Staatsverschuldung zu reduzieren und die Inflatiosrate abzubauen. Dies würde den Anpassungsprozeß erleichtern, durch den die verarbeitende Industrie im Augenblick in Richtung auf eine wiedererstarkende Stellung geht.

Mit dem scharfen Ölpreisanstieg schließlich, der zu einem erheblichen Anstieg des Pfund-Sterling-Wechselkurses geführt und damit den strukturellen Abstieg der verarbeitenden Industrie des Landes zwar nicht verursacht, aber doch beschleunigt habe, sei es inzwischen vorbei. Doch ein Rückgang des Wechselkurses wird dem Schatzkanzler zufolge insofern wiederum nur graduell sein, als sich der Ölpreis im Gefolge einer schrumpfenden Ölproduktion mittel- bis langfristig festigen dürfte.

GROSS- UND AUSSENHANDEL / Stimmung positiv

„Preisanpassungen möglich"

J. BRECH, Hamburg

Im norddeutschen Groß- und Außenhandel hat sich die Stimmung ein wenig gebessert. Für dieses Jahr wird eine leichte Umsatzbelebung und eine Festigung der Ertragslage erwartet. Positiv werden auch die Durchsetzungsmöglichkeiten für notwendige Preisanpassungen beurteilt. Wie es in dem jetzt vorgelegten Bericht der Wirtschaftsvereinigung Groß- und Außenhandel, Hamburg, heißt, hätte die weltweit anziehende Konjunktur in einigen Bereichen wie Nahrungsmittelrohstoffe, Genußmittel und Papier zu ersten Verknappungstendenzen geführt.

Mit Sorge registrieren die Außenhändler demgegenüber, daß am steigenden Markt die Neuverhandlungswünsche der Lieferanten über bereits beschlossene Kontrakte stark zugenommen haben. Vor allem die Volksrepublik China verlange oft die Anhebung der Preise bei bereits fest abgeschlossenen Kontrakten. Diese Verhaltensweise sei um so verblüffender, heißt es, als bisher gerade die Volksrepublik als besonders vertragstreu galt. Die Außenhändler beobachten ferner eine wachsende Tendenz, Exportverbote und stark restriktive Preis- und Devisenkontrollen für Exportgüter einzuführen.

Während im Importhandel eine leichte Belebung bereits im Vorjahr eingesetzt hat, dürften die positiven Erwartungen im Exporthandel erst mit zeitlicher Verzögerung eintreten. Die starken Exportsteigerungen in den letzten Monaten konzentrierten sich auf wenige Industrieländer, allen voran die USA, heißt es bei der Wirtschaftsvereinigung. Der Übersee-Export mit den Entwicklungsländern stagniere dagegen noch immer. Es gebe jedoch positive Aspekte. Wichtige Absatzmärkte wie Mexiko, Saudi-Arabien, die Volksrepublik China, Iran und auch die Türkei hätten beträchtliche Fortschritte bei der Konsolidierung ihrer Wirtschaft erzielt.

Die insgesamt positiven Erwartungen beim Import, Export und auch beim Großhandel werden noch keinen Effekt auf die Beschäftigung haben. Das höhere Umsatzvolumen könne mit gleicher Anzahl der Beschäftigten abgewickelt werden, betonen die Außenhändler.

UNCTAD / Aufgabe bleibt Streitpunkt

USA drohen mit Austritt

IRENE ZÜCKER, Genf

Während der zweiwöchigen Beratungen der UNO-Handels- und Entwicklungskonferenz (Unctad) kristallisierten sich die unterschiedlichen Auffassungen der westlichen Industriestaaten und der Entwicklungsländern hinsichtlich die Funktion der Organisation als westliches Problem heraus. Die Industrieländer streben tiefgreifende Reformen innerhalb der Unctad an. Die Vereinigten Staaten gaben sogar zu erkennen, daß sie aus der Unctad austreten oder die Finanzen sperren würden, falls die Reformvorschläge nicht auf fruchtbaren Boden fielen.

Den Amerikanern geht es vor allem darum, Mißstände in der Unctad zu beheben wie den Abbau von Doppelspurigkeiten verschiedener internationaler Organisationen im Nord-Süd-Dialog, eine Straffung und Kanalisierung der Unctad-Aktivitäten, Transparenz der Arbeiten des Sekretariats und mehr Sorgfalt bei der Auswahl seiner Spitzenbeamten sowie ein Prüfungsorgan des Managements.

In einem Gegenmemorandum erklärte die Dritte Welt, daß die amerikanischen Vorschläge das Ende zahlreicher Unctad-Programme bedeute: die Arbeiten auf dem Gebiet der Finanzierung und Verschuldung, das integrierte Rohstoffprogramm, der Technologietransfers und der Versuchs, den Schiffbau weltweit neu zu verteilen.

Ob eine Unctad-Neuausrichtung zustande kommt, werden die kommenden Monate zeigen. Erste Indikationen werden die informellen Beratungen über die von der Gruppe 77 gewünschte Einberufung eines Unctad-Rates auf Ministerebene Ende 1985 geben. Der fehlgeleitete Unctad-Kurs hat vielschichtige Hintergründe. Dazu gehört die schwerfällige Verhandlungsstruktur mit Blockbildungen (Dritte Welt als Gruppe der 77, westliche Industrienationen als Gruppe B und der Ostblock ohne China als Gruppe D), was eine Polarisierung und eine Radikalisierung der Positionen begünstigt.

Cresson: Gute Aussichten

hg, Brühl

„Einen europäischen Binnenmarkt wird es erst bei einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik aller Partner geben." Edith Cresson, französischer Minister für Außenhandel und Touristik, zählt dazu vor allem eine einheitliche Währung, aber auch Abstimmung etwa in der Finanz- oder Industriepolitik. Hier gebe es bereits Ansätze, so mit dem Großraumflugzeug Airbus oder beim gemeinsamen EG-Forschungsprogramm Esprit, sagte Frau Cresson gestern während einer Veranstaltung der Deutschen Renault AG in Brühl.

„Ermutigend" findet sie die Aussichten für den deutsch-französischen Handel. In den ersten vier Monaten seien die französischen Exporte in die Bundesrepublik Deutschland um 29,7 Prozent auf 108,3 Mrd. Franc gestiegen, während umgekehrt die Importe lediglich um vier Prozent zunahmen. Dies sei „eine gute Basis für weitere Anstrengungen". Schließlich habe die Regierung in Paris sich zum Ziel gesetzt, „unseren Außenhandel nachhaltig anzukurbeln".

JAPAN / Lambsdorff eröffnet Deutsche Leistungsschau

Handel zentrales Thema

HEINZ HECK, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff wird am 23. April die Deutsche Leistungsschau Japan 1984 eröffnen, die bis zum 6. Mai auf dem zweitgrößten Markt der westlichen Welt Spitzenangebote der deutschen Industrie präsentiert. Es handelt sich um die größte Veranstaltung dieser Art, die jemals außerhalb der Bundesrepublik stattgefunden hat.

Lambsdorff fliegt heute zunächst nach Korea und nimmt am 13. und 14. April in Seoul an einer Konferenz von Wirtschafts- und Handelsministern teil, die sich mit Möglichkeiten eines verstärkten und freien Warenaustauschs zwischen den Staaten des pazifischen Raums und den westlichen Industrieländern beschäftigt. Lambsdorff führt auch Gespräche mit Staatspräsident Chun Doo-Hwan und Regierungsmitgliedern über bilaterale Wirtschaftsfragen.

Die Handelspolitik ist auch ein zentrales Thema seiner Japan-Reise. Die Bundesregierung drängt seit langem darauf, daß Japan seine Märkte noch stärker für die Erzeugnisse anderer Länder öffnet. Auf nur vier Industriezweige – Stahl, Automobile, elektrotechnische Güter und Maschinenbau – konzentrieren sich rund drei Viertel der japanischen Ausfuhr, während Fertigwaren nur mit knapp einem Viertel (1981) an der Gesamteinfuhr des Landes beteiligt sind (zum Vergleich: Bundesrepublik und USA 57, Großbritannien 67 und EG insgesamt 44 Prozent).

Die sehr unausgewogene Exportstruktur Japans und die Konzentration auf wenige Branchen verursachen im Welthandel Probleme und lassen den Ruf nach protektionistischen Maßnahmen immer lauter werden. Das Inselreich hat hierauf seit 1981 mit vier Maßnahmenpaketen zur Marktöffnung reagiert. Doch ist das Ausmaß hinter den Erwartungen der Partnerländer zurückgeblieben – nicht zuletzt deshalb, weil die zügige und konsequente Umsetzung der Maßnahmen in der japanischen Einfuhrpraxis immer noch auf sich warten läßt.

Schweden kündigt neue Schritte an

VWD, Stockholm

Noch in dieser Woche kündigt die schwedische Regierung „bestimmte Schritte" zur Stabilisierung der Lohn- und Preisentwicklung 1984 und zur Inflationskontrolle an. Wie Finanzminister Feldt mitteilte, werde das Ergebnis der dezentralisierten Lohnverhandlungen zu allgemeinen Lohnkostensteigerungen von 7,6 Prozent für das laufende Jahr führen, was das von der Regierung angestrebte Niveau um 1,6 Prozentpunkte übersteige. Diese Entwicklung berge die ernste Gefahr einer sich beschleunigenden Lohn-Preis-Spirale für 1985 in sich. Feldt machte keine Angaben, ob die Regierung einen Preisstopp oder ein größeres Paket wirtschaftlicher Maßnahmen erwägt.

Vor einem internationalen Investment-Seminar in Stockholm unterstrich Feldt gleichzeitig, daß die wirtschaftliche Erholung in Schweden schneller und kräftiger voranschreite als erwartet. Ernstzunehmende Analysen veranschlagten mittlerweile die Staatsverschuldung auf nur noch zehn Prozent des Brutto-Inlandsprodukt (BIP) nach elf Prozent des BIP bei den früheren Prognosen. Die Exporte dürften auch 1984 wachsen und ein weiterer Zinsrückgang sei ebenfalls nicht ausgeschlossen.

INVESTITIONEN / Großbritannien zieht Ausländer an

US-Firmen liegen vorn

WILHELM FURLER, London

Ausländiche Investitionen in Großbritannien nehmen deutlich zu. Zahlenmäßig erhöhten sie sich im letzten Jahr gegenüber 1982 umn 58 Prozent auf 210, die bisher höchste Zahl. Nach Angaben des staatlichen „Invest in Britain Bureau" hat der starke Zuwachs auch im ersten Quartal dieses Jahres angehalten.

Dabei dominieren Investitionen aus den USA. Auch im letzten Jahr stellten sie rund 60 Prozent der gesamten Investitionen aus dem Ausland. Unter anderem zählten dazu die Entscheidungen der Computerhersteller IBM, Digital und Motorola, in Großbritannien die Fertigung von Personal- und Heim-Computern für den europäischen Markt aufzubauen.

1983 stieg die Zahl der Investitionen von US-Firmen in Großbritannien auf 127, womit 10 828 Arbeitsplätze neu geschaffen werden und weitere 10 101 gesichert bleiben. Bereits auf Platz zwei folgte die Bundesrepublik mit 23 Investitionen und 353 neu geschaffenen sowie weiteren 3063 gesicherten Arbeitsplätzen. Japan lag auf Platz drei.

Nach Angaben von Staatsekretär Lamont im Ministerium für Handel und Industrie ist die Zahl der deutschen Investitionen gemessen an der der amerikanischen zwar relativ gering. Aber dabei müsse berücksichtigt werden, daß die USA in letzter Zeit stark auf den europischen Markt drängten und sich nicht zuletzt der Sprache wegen Großbritannien als Brückenkopf auswählten. Besonders erfreulich an den deutschen Investitionen sei die hohe Zahl zusätzlich gesicherter Arbeitsplätze (3063) in den Zulieferindustrien. Dies deute auf einen vergleichsweise sehr hohen Wert der deutschen Investitionen hin.

Im übrigen hat das „Invest in Britain Bureau" die Zustimmung der Regierung in London erhalten, die regionalen und örtlichen britischen Entwicklungs-Agenturen unter straffere Kontrolle zu bringen. Der unkoordinierte Wettbewerb untereinander hat häufig zu Konfusion und sogar zum Verlust potentieller Investitionen geführt.

Angestrebt wird, daß sich ausschließlich das „Invest in Britain Bureau" um Investitionen aus dem Ausland bemüht. Erst wenn Auslandsunternehmen eine Investitions-Entscheidung zugunsten Großbritanniens getroffen haben, soll es zum inländischen Wettbewerb unter den britischen Regionen um den endgültigen Zuschlag für diese Investition kommen.

CHINA / Zwischen Produktionsfortschritt und Energieversorgung klafft eine Lücke

Ehrgeizige Ziele sind in Frage gestellt

ERIC HALL, Peking

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Volksrepublik China wird nach Ansicht westlicher Beobachter gegen Ende dieses Jahrzehnts möglicherweise abrupt gebremst. Noch immer klafft den Beobachtern zufolge vielerorts eine große Lücke – nämlich zwischen wirtschaftlich ehrgeizigen Plänen auf der einen und Infrastruktur sowie Energieversorgung auf der anderen Seite. Insbesondere die Energieversorgung könnte denn auch gegen Ende der achtziger Jahre den derzeit erfolgreichen Kurs wirtschaftlicher Expansion abrupt beenden. Trotz zahlreicher Bemühungen klafft noch immer die Lücke zwischen Produktionsfortschritten und Energieversorgung.

Dieses Problem kann nach Ansicht der Beobachter nur durch beträchtliche Änderungen in der Wirtschaftspolitik gelöst werden. Andernfalls laufe die Volksrepublik Gefahr, ähnlich wie gegen Ende der siebziger Jahre, einen wirtschaftlichen Rückzug antreten zu müssen. Zu jener Zeit hatte die Pekinger Führung eine Reihe ehrgeiziger Großprojekte drastisch kürzen oder ganz aufgeben müssen. Sie hatten mit ausländischer Hilfe, auch mit der von Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland, verwirklicht werden sollen.

Ein Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik kann den Beobachtern zufolge in sehr enger Verbindung mit der eingeleiteten Zusammenarbeit mit ausländischen, beziehungsweise internationalen Firmen gesehen werden. Insbesondere in der gemeinsamen Ölsuche dürften dabei für China große Chancen liegen, wenn bislang durchgeführte Probebohrungen auch nicht den erhofften Erfolg gebracht hätten.

Die Pekinger Führung hat sich das Ziel gesetzt, bis zum Ende des Jahrhunderts die Erzeugung der Wirtschaft zu vervierfachen. Dies würde eine jährliche Wachstumsrate von über sieben Prozent erfordern. Nach vorläufigen Berechnungen wurde dieses Ziel jedoch 1983, zumindest bei der Energieerzeugung, nicht erreicht. Hier lag die Steigerung nur bei 5,1 Prozent. Die Möglichkeit, die Energieerzeugung Chinas auf kurze Sicht zu steigern, beurteilen westliche Diplomaten eher pessimistisch. Nach ihrer Ansicht bestehen kurzfristig weder Lösungsmöglichkeiten durch Einsparungen noch durch eine Expansion der Erzeugungskapazitäten. Am Export von derzeit rund 15 Mill. Tonnen Rohöl und fünf Mill. Tonnen Ölprodukte pro Jahr könne China kaum Abstriche machen. Schließlich würden damit rund 25 Prozent der Deviseneinnahmen verdient.

Die Diplomaten sehen China vor der Qual der Wahl zwischen der Beibehaltung der Ölexporte, weil die Devisen benötigt werden, oder einem schrittweisen Abbau dieser Ausfuhren, um die eingesparten Ölmengen dann zur Deckung des beträchtlichen Bedarfs bei der Realisierung ihrer wirtschaftlichen Ziele zu verwenden. Eine andere Möglichkeit eröffne sich nur dann, wenn die Prognosen einiger westlicher Ölgesellschaften sich bewahrheiten sollten, und sie tatsächlich die in ihren geologischen Studien angedeuteten großen Ölfelder aufschließen sollten. Bislang allerdings ist kein neues großes Feld nachgewiesen worden. (dpa/VWD)

ELLEN BETRIX / Guter Start in USA

Neuer Rekord beim Gewinn

INGE ADHAM, Frankfurt

Vor allem einen „richtigen Riecher" für Trends im Kosmetik- und Parfümeriegeschäft sieht Walter Farnsteiner, Geschäftsführer der Henry Maria Betrix GmbH & Co (Ellen Betrix), Dreieich, als Ursache für die überproportionale Umsatzsteigerung um knapp 12 Prozent auf 129,4 (116,8) Mill. DM. Damit lag Ellen Betrix im vergangenen Jahr deutlich über dem Marktwachstum (plus 5 Prozent) und hat seine Stellung als Marktführer im Depotkosmetik-Markt (Volumen rund 650 Mill. DM) weiter ausgebaut.

Auch im Ausland war das Familienunternehmen mit einem Umsatzplus von 7,5 Prozent auf 75,7 (70,4) Mill. DM (zu Jahresmittelkursen) erfolgreich. Mit rund 1 Mill. Dollar Umsatz zahlte sich auch der mit hohem Aufwand erkaufte erste Schritt in den US-Markt (mit den Parfums Laura Biagiotti) aus, mit „behutsamem und genau überlegtem Vorgehen" soll dieser Markt weiter ausgebaut werden. Ohnehin hat Ellen Betrix mit Parfums einen großen Sprung gemacht; ihr Anteil am Umsatz wuchs um 50 Prozent auf jetzt 11 Prozent und ist damit fast ebenso groß wie der Anteil der Herrenkosmetik.

Das Wachstum hat Betrix mit einer starken Steigerung der Werbeaufwendungen auf 14 Prozent vom Umsatz unterstützt, die Aufwendungen für Forschung blieben mit 5 Prozent vom Umsatz unverändert. Gleichwohl ist dem um seine Unabhängigkeit bemühten Familienunternehmen ein kräftiger Ertragssprung analog zur Umsatzentwicklung gelungen. Der traditionell nicht genannte Gewinn hat damit seinen absoluten Höchststand erreicht.

Investiert wurden 7,9 Mill. DM, für dieses Jahr sind 8,5 Mill. DM geplant. In der Bundesrepublik arbeiten 977 (969) der insgesamt 1365 Mitareiter; sie profitieren im Jahr des 50. Bestehens des Unternehmens mit einem Sonderbonus am guten Ergebnis 1983. Auch für dieses Jahr ist Betrix nach einem zweistelligen Umsatzplus im ersten Quartal optimistisch; Preiserhöhungen (im letzten Jahr plus 1,6 Prozent im Durchschnitt) sind vorerst *nicht* geplant.

HAUNI-WERKE KÖRBER / Anteil am Weltmarkt jetzt bei 50 Prozent

Weiteres Wachstum wahrscheinlich

JAN BRECH, Hamburg

Nach überdurchschnittlichem Umsatzwachstum in den vergangenen Jahren beginnt sich bei der Hauni-Werke Körber & Co. KG, Hamburg, die Entwicklung wieder zu normalisieren. Durch die von Wettbewerbern nicht erreichten Neuentwicklungen von Maschinen für die tabakverarbeitende Industrie habe Hauni in den letzten beiden Jahren den Weltmarktanteil auf rund 50 Prozent ausgebaut, betont der Vorsitzende der Geschäftsführung, Heinz Gretz. Dieses hohe Niveau gelte es nun zu verteidigen. Trotz stagnierenden Tabakverbrauchs in den Industrieländern und merklicher Investitionszurückhaltung der verarbeitenden Industrie erwarte Hauni für die kommenden Jahre weiteres, wenn auch abgeschwächtes Wachstum.

Mit dem großen vorhandenen Entwicklungs- und Forschungspotential werde sich Hauni verstärkt neuen Produkten und zukunftsweisenden Technologien zuwenden, erklärt Gretz. Vor allem gelte es, eine schnelle Umsetzung von neuen Erkenntnissen, in der Automation und Mikroelektronik für die eigene Produktionspalette zu gewährleisten. Bei den Anlagen und Maschinen für die tabakverarbeitende Industrie steht nicht wie in der Vergangenheit eine Erhöhung der Produktionsgeschwindigkeit im Mittelpunkt, sondern die Verbesserung von Qualität und Sicherheit für höbere Schadstoffreduktion, Lärmschutz und Staubreduzierung.

Bei einem Auftragsbestand von 330 Mill. DM, der die Beschäftigung der *Gruppe bis zum Jahresende* sichert, rechnet Gretz für dieses Jahr mit einer Umsatzstagnation. In Teilbereichen sei die Entwicklung allerdings sehr zufriedenstellend, heißt es. Bei Maschinen der Tabakvorbereitung dürfte der Umsatz dank großer Aufträge aus Fernost und den USA von 75 auf 105 Mill. DM steigen. Einen Umsatzsprung von 50 Prozent auf rund 55 Mill. DM erwartet Gretz ferner im Bereich Hauni-Blohm-Schleifmaschinen. Gute Fortschritte mache die im Juni 1983 erworbene Schaudt Maschinenbau, Stuttgart. Sie dürfte 1984 in eine Umsatzgröße von 70 (58) Mill. DM wachsen.

Für das Berichtsjahr weist die Körber-Gruppe einen Gesamtumsatz von 910 Mill. DM aus; nach dem gewaltigen Satz von 1981/82 entspricht das nochmals einem Zuwachs von fast 14 Prozent. Auf das Stammhaus, die Hauni-Werke in Hamburg-Bergedorf, entfielen davon 680 (610) Mill. DM. Fast 90 Prozent des Umsatzes wickelt Hauni im Ausland ab. Zur Gruppe mit insgesamt 5400 Mitarbeitern gehören neben dem Stammhaus 8 selbständige Gesellschaften im In- und Ausland in den Bereichen Papier-, Tabakaufbereitungs- und Tabakverarbeitungsanlagen sowie Schleifmaschinen.

Als gut bezeichnet Gretz für 1983 auch das finanzielle Ergebnis. An die Mitarbeiter werden 13,8 (10,4) Mill. DM in Form einer Erfolgsbeteiligung ausgeschüttet. Damit erhöht sich die Gesamtausschüttung seit 1970 auf einen Betrag von 91 Mill. DM. Da gemäß der Satzung rund 20 Prozent des Betriebergebnisses für die Ausschüttung zur Verfügung stehen sollen, dürfte Hauni 1983 ein Gesamtbetriebsergebnis von etwa 70 Mill. DM erwirtschaftet haben.

FRANKFURTER SPARKASSE VON 1822

Anlagepalette verbessert

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mit der Ausgabe börsengängiger Schuldverschreibungen will die Frankfurter Sparkasse von 1822 die Refinanzierungsbasis ihres langfristigen Festzins-Kreditgeschäfts stärken – die Hypothekennachfrage konzentriert sich fast ausschließlich auf Festsatzdarlehen – und gleichzeitig die Anlagepalette für institutionelle Kunden verbessern. Dank ihrer günstigen Eigenkapitalquote (4,3 nach 4,2 Prozent der Verbindlichkeiten) ist die 1822 nicht auf Krücken zur Kapitalbeschaffung von außen angewiesen; dennoch würde sie Genußscheine ausgeben, um ihren Kunden vermögenswirksame Sparanlagen zu bieten.

Zur weiteren Kapitalaufstockung auf fast 266 Mill. DM hat die Sparkasse ihren Jahresüberschuß von gut 24 Mill. DM verwendet, dessen 31,5prozentige Zunahme die Ertragssteigerung nicht einmal voll widerspiegelt. Für 1984 erwartet Vorstandsvorsitzender Wilhelm Moxter für die 1822, die mit ihrer um 6,3 Prozent auf 6,6 Mrd. DM gewachsenen Bilanzsumme auf Platz zehn, mit dem Ertragsüberschuß aber auf dem achten Platz unter den deutschen Sparkassen steht, nicht mehr ein so gutes Ergebnis, weil die 1983 von 2,75 auf 3,42 Prozent gestiegene Zinsspanne inzwischen auf 3,1 Prozent geschrumpft ist.

Wachstumsträger war das Kundenkreditgeschäft *mit* einer 4,2prozentigen Volumensteigerung auf 4,2 Mrd. DM. Enttäuschend war das bilanzwirksame Spargeschäft (12 nach 291 Mill. DM) mit Privatpersonen bei einem gesamten bilanzwirksamen Spargeldzugang von 208 Mill. DM. Es wurden aber mehr Fremdemissionen verkauft.

BEHRENS / Mit Befestigungsmitteln besser verdient

Für 1983 keine Dividende

VWD, Ahrensburg

Eine deutliche Wende zum Besseren brachte der Joh. Friedrich Behrens AG, Ahrensburg, Hersteller von Nagelapparaten und Befestigungsmitteln, das Geschäftsjahr 1983. Der vorläufige Jahresabschluß weist einen Überschuß von 1,54 Mill. DM *nach einem Verlust von 0,42 Mill. DM* (1982) aus.

Obwohl sich das Unternehmen nach den Worten von Vorstandsmitglied Karl Utz seit der „unglücklichen" Einführung der Behrens-Aktie in den geregelten Freiverkehr an der Hamburger Börse (Juli 1980) ein bißchen in der Schuld der Aktionäre fühle, habe man sich dafür entschieden, für 1983 keine Dividende auszuschütten und den Gewinn zu thesaurieren.

Utz begründete dies mit dem aus *1982/83 noch bestehenden* Verlustvortrag von gut 3 Mill. DM und Sonderabschreibungspotential (Zonenrandgebiet) von 4 Mill. DM. Für 1984 glaubt Utz jedoch eine Dividende bei gleichzeitiger Gewinnthesaurierung in Aussicht stellen zu können.

Zuletzt wurde für 1980 eine Dividende *von 3,50 (5,50) DM je 50 DM*-Aktie gezahlt. Der lebhafte Umsatz in Behrens-Aktien in jüngster Zeit sowie der Kursanstieg wird mit (nicht dementierten) Gerüchten um Aufkäufe durch die Firma Hilti AG (Liechtenstein) in Verbindung gebracht. Der Umsatz stieg 1983 um 13,2 Prozent auf 55,4 (48,9) Mill. DM einschließlich der 12 Auslandstöchter auf 105 (90) Mill. DM. 1984 plant Behrens ein Umsatzplus von 7,4 Prozent auf knapp 60 Mill. DM.

DBV + PARTNER VERSICHERUNGEN

Erfolg mit Arbeitsteilung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Als Erfolg ihrer 1971 begonnenen und seit 1983 mit gemeinsamer Vertriebsorganisation gekrönten Kooperation werten die DBV + Partner Versicherungen die 1983 erzielte Steigerung ihrer konsolidierten Beitragseinnahmen um 6,9 Prozent auf 1,36 Mrd. DM. Gemeinsam operieren die DBV-Gruppe, Wiesbaden, mit ihren drei Versicherern, Deutsche Beamten-Versicherung Öffentlich-rechtliche Lebens- und Renten-Versicherungsanstalt, Deutsche Beamten-Versicherungs-AG und APK *KrankenversicherungsAG* für den öffentlichen Dienst, sowie die Partner-Gruppe, Offenbach, mit gleichfalls je einem Lebens-, Kranken- und Schadenversicherer.

In Arbeitsteilung beackert die DBV-Gruppe den Markt der öffentlich Bediensteten und die Partner-Gruppe den „privatwirtschaftlichen Kundenkreis". Die so und auch mit wechselseitigen Mehrheitsbeteiligungen formierte Gruppe steigerte 1983 ihre Kapitalanlagen um 13,3 Prozent auf 5,1 Mrd. DM. Die Durchschnittsrendite der DBV-Leben mit 4,65 Mill. Versicherungsverträgen, auf die 82 Prozent dieser Kapitalanlagen entfallen, verbesserte sich auf 7,65 (7,41) Prozent.

„Kräftig" habe sich in der Gruppe 1983 das Lebensversicherungs-Neugeschäft auch mit einer Steigerung der *Beitragseinnahmen* um 7,4 Prozent auf 813 Mill. DM belebt. Noch stärker nahmen da die Leistungen um ein Viertel auf 593 Mill. DM zu, weil die 1971 mit steuerlicher Mindestlaufzeit von 12 Jahren abgeschlossenen Vermögensbildungsversicherungen zur Auszahlung kamen. *Günstig sei auch die Entwicklung* der Überschußanteile 1983 verlaufen, zumal die Kapitalerträge um 22 Prozent auf 389 Mill. DM stiegen.

Die beiden Krankenversicherer kombinierten einen Beitragsanstieg um 5,4 Prozent auf 378 Mill. DM mit einem Rückgang der Leistungen um 2 Prozent auf 230 Mill. DM. „Insgesamt zufriedenstellend" sei auch das Geschäft der beiden Schadenversicherer verlaufen, deren Beitragseinnahmen mit einem Plus von 7,9 Prozent auf 171 Mill. DM 1973 die höchste Zuwachsrate der Gruppe brachten.

Leonische Draht ist zufrieden

VWD, Nürnberg

Eine mit 10 DM je Aktie im Nennwert von 50 DM unveränderte Dividende schlägt die Verwaltung der Leonische Drahtwerke AG, Nürnberg, für das Geschäftsjhr 1983 vor. Wie im Vorjahr seien die Rücklagen in etwa in Höhe des Ausschüttungsbetrages von 2 Mill. DM dotiert worden, *heißt es in einer Mitteilung des* Unternehmens. Das Geschäftsjahr sei zufriedenstellend verlaufen. Die Umsätze konnten insgesamt auf 191 (170) Mill. DM gesteigert werden. Das um Kupferpreis- und sonstige Sondereinflüsse bereinigte Umsatzwachstum habe, wie es weiter heißt, 11 (11,7) Prozent betragen.

Unter Berücksichtigung der Rücklagendotierung und der um 8,7 (7) Prozent höheren Bilanzsumme belaufe sich die Eigenkapitalquote des Unternehmens nunmehr auf 36,2 (37,1) Prozent. Die Sachanlageinvestitionen lagen 1983 mit 14,9 (10,8) Mill. DM deutlich über dem langjährigen Durchschnittswert. Die Finanzierung der Sachanlagezugänge erfolgte zu 60 (80) Prozent aus Abschreibungen und Übertragungen nach Paragraph 6 b Einkommensteuergesetz. Im ersten Quartal des neuen Geschäftsjahres sei es gelungen, Umsatz und Auftragseingang erneut zu steigern (Hauptversammlung am 6. Juli).

NAMEN

Ulrich Gramatzki, übernimmt per 1. Mai die Position des Finanzdirektors und stellvertretenden Geschäftsführers der Gummiwerke Fulda GmbH, Fulda. Er ist Nachfolger von **René F. Kelsen**, der mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand tritt.

Gerhard Hurst, bisher Prokurist der Karlsruher Kongreß- und Ausstellung GmbH (KKA), ist zum Geschäftsführer bestellt worden. Er hat am 1. April die Nachfolge von **Josef Seidl** angetreten, der aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig ausgeschieden ist.

Dr. **Friedrich Schiefer**, bisher Mitglied des Shareholder Commitee und des Executive Commitee für McKinsey, wurde per 1. Juli zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart bestellt. Er ist Nachfolger von Dr. **Marcus Bierich**, der Mitte Juli aus dem Unternehmen ausscheiden wird.

Rudolf Thiels, Vorstandssprecher der MAN-Roland Druckmaschinen AG, Offenbach, vollendet am 12. April das 60. Lebensjahr.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Freie Aktien ins Ausland

Göteborg (dpa/VWD) – Der schwedische Auto- und Energiekonzern AB Volvo, Göteborg, will 10 Mill. freie Aktien zum Börsenwert von 5,8 Mrd. Kronen (1,9 Mrd. DM) im Ausland emittieren. Die Konzernleitung bestätigte, eine Genehmigung des Finanzministeriums werde beantragt. Ausländer würden *dann* 24 Prozent *von* Volvo kontrollieren. Bisher erlaubt das schwedische Aktiengesetz nur 20 Prozent. Volvo war 1983 mit einem Umsatz von 99,46 Mrd. Kronen und einem Gewinn von 3,78 Mrd. Kronen das größte und gewinnträchtigste Unternehmen Nordeuropas.

Regalteile von Thyssen

Hamburg (JB.) – Die Jungheinrich-Gruppe, Hamburg, plant die Fertigung von Regalteilen einzustellen. Die rund 100 betroffenen Mitarbeiter der Jungheinrich Lagertechnik GmbH & Co KG, Norderstedt, sollen soweit wie möglich in anderen Unternehmensbereichen beschäftigt werden. Nach Angaben des Unternehmens werden zur Zeit Verhandlungen mit der Thyssen Industrie AG, Geschäftsbereich Umformtechnik, geführt, von der Jungheinrich künftig die Regalteile beziehen will. Der Vertrieb werde wie bisher ausschließlich über die Jungheinrich Vertriebsgesellschaften im In- und Ausland und in unverändertem Wettbewerb zu dem von Thyssen vertriebenen Palettenregal-System laufen.

Berichtigungsaktien

Hannover (VWD) – Die Aktionäre der Mühle Rüningen AG, Braunschweig, sollen für das Geschäftsjahr 1983 eine Dividende in Höhe von 8 (10) Prozent je 50-DM-Aktie erhalten, außerdem schlägt der Vorstand der Hauptversammlung am 19. Juni die Ausgabe von Berichtigungsaktien im Verhältnis 20:1 mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1984 vor.

AHW erfolgreich

Hameln (dos) – Die Mitte 1982 gegründete Bausparkasse Allgemeines Heimstättenwerk (AHW), Hameln, Schwesterunternehmen des Beamtenheimstättenwerks, hat im ersten vollen Geschäftsjahr 7762 Verträge mit einer Bausparsumme von gut 312 Mill. DM abschließen können. Nach Angaben des Unternehmens belief sich die Bilanzsumme Ende 1983 auf 53,5 Mill. DM. Auch für das laufende Jahr rechnet der Vorstand mit einem kräftigen Wachstum.

Ein aufblühender Stahlzulieferant

J. G. Düsseldorf

Als Zulieferant der schon im zehnten Jahr krisengeplagten Stahlindustrie erzielt seine Firma alljährlich zweistellige Umsatz-Zuwachsraten. Dieses „Wunder" erklärt Hans Joachim Eitel, Gründer und Seniorchef der Metallurgica Gesellschaft für Hüttenwerkstechnik mbH u. Co. KG, Mülheim (0,3 Mill. DM Kapital), mit einer guten Produktidee: 1958 begann er sehr klein mit der Herstellung von selbst erfundenen Gießhilfsmitteln für die Stahlindustrie; 1963 war *er, wiederum mit eigenen Einfällen*, rechtzeitig dabei, ein Gießpulver für die vormarschierende Stranggießtechnik zu entwickeln.

Aus einst 0,5 Mill. DM Jahresumsatz seiner Firma wurden so bisher 25 Mill. DM mit 80 Prozent Exportanteil und 90 Beschäftigten. Den nächsten Schritt verkündet der Senior nun als Vollzug: eine Investition von 7 Mill. DM in eine nach neuem Verfahren arbeitende Produktionsanlage, die 12 zusätzliche Arbeitsplätze schafft und die Kapazität um die Hälfte erhöht. Die Landeshilfe dafür betrachtet Eitel nur als vorübergehend.

BAYERNWERK / Der Stromabsatz in Süddeutschland wird weiter zunehmen

Kernenergie sichert stabile Preise

DANKWARD SEITZ, München

Auch 1984 wird der Strompreis der Bayernwerk AG, München, stabil bleiben. Daran wird sich nichts ändern, so der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Jochen Holzer, wenn Anfang Mai der Steinkohlepreis in einem „bescheidenen" Rahmen steigen wird, nachdem sich die Kohle bereits Anfang des Jahres um etwa 3 Prozent verteuerte. Betroffen werde man auch nicht von dem kräftigen Preisanstieg bei schwerem Heizöl um 30 Prozent gegenüber 1983.

Die Preisstabilität wird ganz entscheidend durch den hohen Anteil der Kernenergie ermöglicht. Denn trotz höherer Strombeschaffung von 25,7 (22,8) Mrd. kWh im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) hatten Steinkohle sowie Öl und Gas daran nur noch einen Anteil von 6,7 und 1,8 Prozent. Hingegen *lieferten die zwei* Kernkraftwerke Isar 1 und Grafenrheinfeld mit 49,9 (23,9) Prozent fast die Hälfte des benötigten Stroms. Beide Anlagen übertrafen die geplante Nutzungsdauer von 6500 Stunden mit 7900 sowie 7700 Vollaststunden erheblich.

Für das Geschäftsjahr 1983/84 zeigte sich Holzer zuversichtlich, daß das Bayernwerk seinen Stromabsatz um mindestens 5 Prozent wird steigern können, zumal von September bis Ende März bereits ein Zuwachs von gut 9 Prozent verzeichnet wurde. Größte Bedeutung mißt Holzer vor diesem Hintergrund dem Urteil zu, daß das Kernkraftwerk Isar 2 weitergebaut werden kann. Denn 1983/84 werde der Stromabsatz des Bayernwerks zum zweiten Mal deutlich über der eigenen Kapazitätsplanung von 3,5 Prozent liegen.

Nicht ohne Auswirkungen bleib der kostengünstigere Kernenergie-Einsatz auf die Geschäftsentwickung 1982/83. Trotz der beachtlichen Absatzsteigerungen, die den Umsatz auf 2,8 (2,6) Mrd. DM wachsen ließ, konnte der Aufwand für die Strombeschaffung erstmals seit 20 Jahren reduziert werden, und zwar um 133 Mill. auf 1,43 Mrd. DM. Beim Rohertrag schlug sich dies in einem Plus von 40 Prozent auf 1,39 Mrd. DM nieder. Als Jahresüberschuß werden 85 (61) Mill. DM ausgewiesen, von denen 5 Mill. DM den freien Rücklagen zugeführt wurden. Auf das Grundkapital von 860 Mill. DM – inzwischen wurde es auf 931,65 Mill. DM aufgestockt – wird eine auf 9 (7) Prozent erhöhte Dividende ausgeschüttet.

Die Konzernbilanz weist einen Jahresüberschuß von 172,5 Mill. DM nach einem Verlust von 116,1 Mill. DM aus. Bei einer auf 32,2 (29,3) Mrd. kWh gestiegenen Stromabgabe erhöhte sich der Umsatz auf 4,6 (4,2) Mrd. DM. Durch die Erweiterung des Konsolidierungskreises um die Überlandwerke Unterfranken AG und die in der Energieversorgung Oberfranken AG aufgegangene Überlandwerk Oberfranken AG sind die Zahlen mit dem Vorjahr nicht vergleichbar.

Für die nächsten fünf Jahre sind beim Bayernwerk nach Angaben von Holzer Investitionen von gut 5 Mrd. DM vorgesehen. Davon sind etwa 2 Mrd. DM für das Kernkraftwerk Isar 2 sowie 600 Mill. DM für die Entschwefelung der Kohlekraftwerke veranschlagt. Diese Planungen würden jedoch keine weitere Kapitalerhöhung erfordern. 1982/83 investierte das Bayernwerk 366 (1017) Mill. DM bei Abschreibungen von 532 (787) Mill. DM.



WELT-Korrespondenten berichten von der Hannover-Messe

Datenverarbeitung – ANT – Krupp-Walther – Commodore – Rotaprint – Siemens



Die endgültige Bilanz der Hannover Messe '84 wird zwar erst heute abend gezogen; das Fazit indes kann vorweggenommen werden: die „Messe der Messen" hat die ohnehin optimistischen Erwartungen bei weitem übertroffen. Die ersten Schlußbetrachtungen der Aussteller und Wirtschaftsverbände sind fast schon euphoristisch geprägt. Die Bewertungsskala reicht von „gut" bis „ausgezeichnet". Auch die ausländischen Aussteller berichten von Abschlüssen, die die Auslastung der Kapazitäten über Monate hinweg sichern. So hat die UdSSR während der Messe Handelsabschlüsse mit deutschen Unternehmen im Wert von 130 Mill. DM getätigt. Die Verträge beziehen sich auf noch in diesem Jahr fällig werdende Lieferungen. Als außerordentlich „betriebsam und profitabel" bewerten die britischen Aussteller ihre Beteiligung. Und das Partnerland Indien sieht das wichtigste Ziel, andere Länder auf die eigene Industriekraft hinzuweisen, als erreicht an. (dos.)

Kaum noch Einwände gegen den Computer

Die Einstellung der Wirtschaft zum Computer hat sich gewandelt. Noch vor kurzer Zeit war eine gewisse Polarisierung der Meinungen festzustellen, gekennzeichnet von Zurückhaltung oder sogar Ablehnung auf der Anwender-, Euphorie dagegen auf der Herstellerseite. An ihre Stelle ist jedoch weitgehend eine eher nüchterne *Akzeptanz des neuen Organisationsmittels* getreten. Das gilt auch für die Führungsetagen in der Wirtschaft. „Wir haben noch nie so oft direkt mit den Vertriebschefs gesprochen, wie es jetzt der Fall ist", erklärte ein großer Computer-Anbieter.

Die Zeit, in der die elektronische Datenverarbeitung eine Art Geheimwissenschaft für nur wenige Eingeweihte war und daher nur der Leiter dieser spezifischen Abteilung als Gesprächspartner fungieren konnte, ist offensichtlich vorbei. Es gibt kaum noch ignorante Marketing-Manager, die auf die Überwachungs- und Steuerungsmöglichkeiten von Computer-*Systemen verzichten wollen.*

Der Erwartungshorizont der Wirtschaft ist im EDV-Bereich inzwischen allerdings sehr hoch gesteckt. Verlangt wird die fertige Lösung. Kein Computer-Hersteller, der direkt an den Endkunden liefert, kann es sich mehr leisten, nur Hardware plus Bedienungssoftware anzubieten, um dann seine Kunden mit der Anwender-Software allein zu lassen.

Die Entwicklung ausgereifter Branchen-Software erfordert jedoch erhebliche Investitionen in das Know-how der Branchen. Es ist also nicht allein das Leistungspotential von Mikroprozessoren für die Akzeptanz von EDV-Systemen ausschlaggebend, sondern immer mehr auch die entsprechende Software. Die einschlägigen Unternehmen werden damit mehr und mehr zu Dienstleistungsanbietern, ihre branchenbe*zogenen Vertriebsbereiche zu ausge*sprochenen Software-Fabriken.

Hier ist aber auch die Erklärung dafür zu finden, weshalb japanische Anbieter von Computer-Systemen auf dem deutschen und überhaupt auf dem europäischen Markt bisher kaum zum Zuge kamen, zumindest nicht im Alleingang. Computer sind eben nicht nur eine kaum erklärungsbedürftige Hardware wie Fotoapparate oder Videogeräte. Es genügt auch nicht, wie bei elektronischen Registrierkassen, beim Vertrieb auf den *Fachhandel zurückzugreifen oder wie* im Kfz-Bereich relativ schnell ein Service-Netz mit Hilfe heimischer Fachleute aufzuziehen.

Externe Softwarehäuser können auch nur wenig helfen, der EDV-Kunde von heute erwartet nämlich nicht nur schlüsselfertige Lösungen, sondern diese auch möglichst noch aus einer Hand. Kein Wunder also, daß in der EDV-Branche die fernöstliche Konkurrenz noch wenig gefürchtet ist.

Das Leistungspotential der Computer aber ist noch lange nicht ausgeschöpft, die Systeme wachsen in immer neue Dimensionen hinein. Die *Hannover-Messe erweist sich dabei* wieder einmal als das richtige Schaufenster, den derzeitigen Entwicklungsstand weltweit aufzuzeigen, ob es sich nun um multifunktionale Bürosysteme für die Be- und Verarbeitung von Daten, Text, Grafik oder Sprache handelt oder um fehlertolerante Informationssysteme, um sprachgesteuerte Dolmetscher-Syste*me oder um die neuesten Software-*Innovationen.

Auffällig ist jedoch, in welchem Umfang die Computertechnik bereits mit der Nachrichtentechnik zusammenwuchs. Die beginnende Verkabelung hierzulande, die nicht nur der so vordergründigen Mediennutzung dient, wird auch zum Transportmittel für Informationen. In ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung wird sie kaum hinter der des Eisenbahnbaus im vorigen Jahrhundert zurückstehen, die zukünftige Computerentwicklung wird von hier noch manche Impulse erhalten.

HEINZ HILDEBRANDT

Bei Nachrichtentechnik vorn

Der stetig steigende Bedarf an *Kommunikationsmitteln* eröffnet den im Bereich der Nachrichtentechnik tätigen Unternehmen gute Wachstumschancen. Die ANT Nachrichtentechnik GmbH, Backnang, dürfte an dieser Entwicklung in besonderem Maße partizipieren, erklärte ANT-Chef Herbert Weber. Bereits 1983 sei der Umsatz um 5 Prozent auf 853 Mill. DM gestiegen. Gleichzeitig habe der Auftragseingang erstmals die 1-Mrd.-DM-Grenze überschritten. Gesellschafter der ANT sind nach dem Ausscheiden von AEG-Telefunken die Firmen Bosch, Mannesmann und Allianz.

Weber begründet seine Zuversicht mit Fortschritten bei den Basistechnologien „integrierte Schaltkreise" und „Glasfasertechnik". Sie ermöglichten es, neuartige und leistungsfähigere Systeme und Geräte zu schaffen, die wiederum neue Anwendungsgebiete eröffneten. ANT habe an dieser Entwicklung entscheidenden Anteil. Bei der Glasfasertechnik könne dem Unternehmen Pionierarbeit attestiert werden. Zu den realisierten Projekten gehöre das erste europäische Glasfaser-Fernsehverteilnetz in Berlin und die weltweit erste Glasfaser-Luftkabelanlage, die dem Badenwerk Karlsruhe geliefert wurde. Vor wenigen Monaten übergab ANT der Deutschen Bundespost in Hannover und etwas später in Düsseldorf je eine komplette Bigfon-Anlage.

Ebenso stürmisch wie die leitungsgebundes Übertragungstechnik entwickele sich die Funktechnik; mit digitalen Richtfunkgeräten war ANT im 15-GHz-Bereich Erstlieferant der Bundespost. Weber verwies auf eine gemeinsame Ausschreibung der Bundespost und der französischen Postverwaltung über ein mobiles Funktelefonsystem. Dabei könne die Zahl der Teilnehmer gegenüber dem jetzigen Autotelefonsystem wesentlich er*höht werden* bei deutlich nierigeren Anschlußkosten. Im Konsortium mit Bosch und der französischen Matra habe ANT entsprechende Angebote abgegeben und sei für den deutschen Teil des Systems Federführer.

Auch in der Technik der Nachrichtensatelliten und ihrer Bodenstationen hat das Unternehmen langjährige Erfahrungen. Bisher war ANT am Bau von insgesamt 15 Satelliten beteiligt. Im Auftragsbestand stehen nach den Worten Webers Projektanteile von mehr als 2 Dutzend Satelliten. DOMINIK SCHMIDT

Mikroelektronik gefragt

Überaus zufrieden äußerten sich Sprecher der Siemens AG, München. Der Großteil der rund 350 000 Siemens-Besucher sei nicht nur an den Exponaten interessiert, sondern „von der Technik geradezu begeistert" gewesen. Die geschäftlichen Erfolge auf der Messe bestärken das Unternehmen bei seiner Zuversicht für die weitere Entwicklung im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.). Weltweit rechnet Siemens mit einem Auftragseingang in Höhe von 45 Mrd. DM und einem Umsatzzuwachs um 10 Prozent auf etwa 44 Mrd. DM.

Erneut registriert Siemens für die Produkte für Büro und Fertigung reges Interesse bei Besuchern von Großbetrieben. Aber auch kleinere Firmen würden verstärkt investieren. Die Möglichkeiten der Mikroelektronik und die vorteilhafte Anwendung in eigenen Büros und Betrieben standen im Mittelpunkt des Interesses. Fortgesetzt habe sich die starke Nachfrage im Bereich Bauelemente. Der Auftragseingang sei im bisherigen Verlauf des Jahre 1983/84 um 50 Prozent gestiegen.

Nochmals verbessert hat sich nach *Angaben des Sprechers der Besuch* in den Cebit-Hallen. Kommunikations-Systeme und Datenverarbeitung standen im Vordergrund des Interesses. Starke Nachfrage meldet Siemens für Personal-Computer. In der öffentlichen Vermittlungstechnik habe die intensive Nachfrage die Tendenz zu integrierten Systemen bestätigt. Vom volldigitalen Vermittlungssystem EWSD habe Siemens bisher Anlagen an 30 Betriebsgesellschaften in 15 Ländern mit über 3,5 *Millionen* Anschlußeinheiten verkauft. Auch für kommende optische Nachrichtennetze sei das Unternehmen – heute bereits zweitgrößter Hersteller von Glasfaserkabeln in der Welt – gut gerüstet. Das Unternehmen geht davon aus, daß das Kartellamt noch in diesem Monat darüber entscheidet, ob die geplante Glasfaserfabrik in Berlin (Siemens-Anteil: 30 Prozent) gebaut werden kann.

DOMINIK SCHMIDT

Itek Deutschland übernommen

Die Rotaprint GmbH, Berlin, hat von der Itek International Corp, Slough/Großbritannien, die Itek Deutschland, Düsseldorf, übernommen. Dies wurde von einem Sprecher der US-Gesellschaft Norfin, Seattle, mitgeteilt. Der Hersteller von Sortierern und Sortier-Systemen hatte Rotaprint erst im November 1983 übernommen. Itek Deutschland als Anbieter von Zubehör für die Offsetdruck-Industrie und Rotaprint als Hersteller von Druckmaschinen ergänzten sich hervorragend, hieß es.

Itek Deutschland hat seit fünf bis sechs Jahren Verluste gemacht. Auch Rotaprint habe 1983 „sehr rote" Zahlen geschrieben. Bereits 1984 wolle man aber zusammen mit Gewinn arbeiten. In Betrieb genommen werden soll wieder das Rotaprint-Werk in Wiesbaden. Im Berliner Werk sei eine Vergrößerung geplant, wenn die gesteckten Ziele erreicht würden. Bei Rotaprint und Itek Deutschland arbeiten zur Zeit zusammen 1100 Mitarbeitern. (VWD)

Explodierende Nachfrage

Die Commodore International Ltd., Nassau/Bahamas, die sich selbst noch als weltweiter Marktführer bei Mikrocomputern einstuft, will im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) ihren weltweiten Umsatz um fast die Hälfte auf mehr als 1 Mrd. Dollar steigern. 1982/83 hatte die Gruppe ihren Umsatz auf 681 (305) Mill. Dollar mehr als verdoppelt. Dabei war der Netto-Gewinn etwa im gleichen Tempo auf 88 (41) Mill. Dollar gestiegen.

Der Vorjahresumsatz war 1983/84 mit 641 (280) Mill. Dollar bereits nach sechs Monaten nahezu erreicht. Im dritten Quartal (per 31. 3.) hat sich das Wachstumstempo allerdings verlangsamt: Mit 320 (190) Mill. Dollar brachte es „nur" noch einen Zuwachs um 69 Prozent. Konzernpräsident Marshall F. Smith begründet die steile Kurve mit einer „explodierenden Nachfrage sowohl nach Heimrechnern wie auch nach professionellen Geräten".

Auch der deutsche Ableger Commodore Büromaschinen GmbH, Frankfurt, bekommt sein Teil vom warmen Regen. Nachdem bereits in den ersten drei Quartalen 1983/84 der Umsatz um 318 Prozent auf 290 (69) Mill. DM gestiegen ist, ist für das Gesamtjahr eine Zunahme um 240 Prozent auf „mindestens" 350 Mill. DM so gut wie gesichert. Im vergangenen Jahr ist der Umsatz um 58 Prozent auf 103 (65) Mill. DM gestiegen.

Auf das enorme Wachstum reagiert die Muttergesellschaft mit einer Aufstockung des GmbH-Kapitals auf 30 (2) Mill. DM. Auch ansonsten gilt es zu reagieren: „Regionale Lieferengpässe werden trotz aller Bemühungen auch künftig nicht zu vermeiden sein", erklärte Europa-Chef Harald Speyer in Hannover. In den vergangenen zwölf Monaten habe das US-Unternehmen seine Kapazitäten schon mehr als verdoppelt, doch gelte es noch, neue Produktionspotentiale zu schaffen. Im Weihnachtsgeschäft hatte Commodore erhebliche Lieferprobleme und – wegen der daraufhin beschleunigten Produktion – auch Qualitätsprobleme zu bewältigen.

JOACHIM WEBER

Konzertierte Aktion

Eine konzertierte Aktion aller für den Umweltschutz verantwortlichen Gruppen in der Bundesrepublik ist nach Ansicht von Hans J. Sautter, Vorstand der zum Krupp-Konzern gehörenden Walther und Cie. AG, dringend erforderlich. *Im Rahmen eines* Umwelttechnik-Forums erklärte Sautter, die Phase der pluralistischen Interessenvertretung auf dem Gebiet des Umweltschutzes sei vorüber. Nunmehr komme es darauf an, Gruppeninteressen zu Gunsten des Allgemeinwohls zurückzustellen. Bei der angestrebten konzertierten Aktion sollten die Politiker eine Führungs- und Koordinierungsaktion übernehmen.

Der Umweltpolitik sei der gewünschte Erfolg bislang versagt geblieben, weil in der Vergangenheit auf unterschiedlichen Ebenen diskutiert und kein gemeinsamer Nenner gefunden wurde. Statt dessen seien Konfrontationen, gegenseitige Skepsis und Mißverständnisse an der Tagesordnung gewesen. Sautter nannte die lange Zeit nicht vorhandenen ein*heitlichen Vorgaben* auf dem Gebiet der Luftreinhaltung, die dazu führten, daß bei den Kraftwerken Investitionen für den Umweltschutz nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Erhebliche Bedeutung, so Sautter, komme dem Abbau von Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der europäischen Grenzen zu. Die unterschiedlichen umweltpolitischen Auflagen machten nationale Initiativen etwa zur Luftreinhaltung zur Farce. Vor allem die Kraftwerke hätten unter der Vorreiterrolle der Bundesrepublik in diesem Bereich zu leiden.

DOMINIK SCHMIDT

Stiller Rentenmarkt

Befürchtungen, der Zinsanstieg in den USA würde empfindlich auf den deutschen Rentenmarkt durchschlagen, haben sich nicht bewahrheitet. Auch am Dienstag lagen die festverzinslichen Papiere stabil, wenn auch nur bei geringen Umsätzen. Dagegen wird der Markt für DM-Auslandsanleihen wegen der vielen Neuemissionen als verstopft bezeichnet. Selbst die neue Weltbankanleihe läßt sich nur schleppend absetzen. Hier fehlt es offensichtlich an ausländischen Käufern. Bei den Pfandbriefen blieben nennenswerte Bewegungen abermals aus.

Bundesanleihen

		10. 4.	9. 4.
F 5 Bund 78	5/84	99,95G	99,9G
6 dgl. 78 III	9/84	99,95	99,95
8¼ dgl. 78	9/84	100,8	100,8G
6 dgl. 78 IV	12/84	99,95	99,95
6¼ dgl. 79	1/85	100	99,95
8½ dgl. 73 I	3/85	101,95	101,95
7 dgl. 79	4/85	100,7	100,7
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,9G	100,9
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,55	101,55
8 dgl. 76 IV	10/85	101,75	101,75
5½ dgl. 78 II	3/86	98,15	98,15
5¼ dgl. 78	5/86	97,15	97,1
7¼ dgl. 76 I	12/86	100,5	100,45
6½ dgl. 79	1/87	98,6	98,5
7¼ dgl. 76 II	1/87	100,45	100,35
6¾ dgl. 77	4/87	99,05	99,05
6½ dgl. 77	7/87	98,05	97,95bG
6 dgl. 77	10/87	96,3	96,2
6 dgl. 78 I	1/88	95,85	95,85
6½ dgl. 78 I	9/88	97,25	97,15
6½ dgl. 78 II	12/88	96,96	96,9G
6¾ dgl. 79	1/89	97,4	97,35
7¼ dgl. 79 I	4/89	98,8	98,7
10 dgl. 81	4/89	108,55	108,55G
7½ dgl. 79 I	5/89	99,1G	99,1
8 dgl. 79 I	7/89	101,3	101,3
8 dgl. 79 II	8/89	101,2	101,2
7½ dgl. 79 II	9/89	99,1	99,1
7¾ dgl. 79 II	11/89	100	100
7¾ dgl. 80 I	1/90	100,05	100,05
10 dgl. 80	4/90	108,55	108,85
5¾ dgl. 78	5/90	92,25	92,05
8¼ dgl. 80 I	7/90	101,4	101,35
8¼ dgl. 80 II	11/80	101,4	101,3
7¾ dgl. 82	11/90	99,3	99,25
9 dgl. 81	2/91	104,56	104,45
10¼ dgl. 81	7/91	110,8G	110,8
10¾ dgl. 81	8/91	113,6	113,6

		10. 4.	9. 4.
F 6½ dgl. 79	2/85	100,15	100,15
8½ dgl. 73	3/85	101,5	101,55
7 dgl. 77	2/87	99,55	99,5
6 dgl. 77	9/87	96,15	96,05
6 dgl. 78 II	7/88	94,7	94,75
6¾ dgl. 77	5/88	95,65	95,65G
8 dgl. 79 I	7/88	101,05	101,05
6 dgl. 78 I	2/90	92,3	92,4
8 dgl. 80 II	7/90	100,55bG	100,5
9 dgl. 81	3/91	104,4	104,4
10½ dgl. 81	9/91	112,25	112,25
10¼ dgl. 81	11/1	111,25G	111,25G
8 dgl. 80 I	2/92	99,6	99,6
10 dgl. 82	2/92	110,15B	110,15
9½ dgl. 82	7/92	107,6	107,6
8 dgl. 82	11/92	99,45	99,45
7¾ dgl. 83	1/93	97,55bG	97,55
8¼ dgl. 83	10/93	100,4	100,35

Bundespost

		10. 4.	9. 4.
F 6½ Bdpost 68	6/88	98,9G	98,9G
8 dgl. 72 I	9/87	101,3	101,3G
10 dgl. 81	3/89	108,4	108,4
10¼ dgl. 81	6/89	109,2G	109,2
8 dgl. 80	3/90	100,6	100,5bG
7¾ dgl. 80	9/90	99,45	99,4
8¾ dgl. 80	12/90	104	103,9
10½ dgl. 81	10/91	112,25	112,25
9¾ dgl. 82	2/92	108,75G	108,75
8¾ dgl. 82	6/92	103,3	103,3
8½ dgl. 82	10/92	101,86	101,85
7¾ dgl. 83	2/93	97,5	97,45
8½ dgl. 83	9/93	101,85	101,8
8¼ dgl. 84	2/94	100,4	100,4

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

	10. 4.	9. 4.
M 5½ Bayer. Hvbs Pf 14	92,5TG	92,5TG
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6¾ dgl. Pf. 2	95,75G	95,75G
7 dgl. Pf 3	95,25bG	95,25bG
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	97,5G	97,5G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	125G	125G
5½ dgl. Pf 11	131G	131G
6 dgl. Pf 34	75bG	75bG

	10. 4.	9. 4.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	118G	118G
6 dgl. 14	90,6G	90,6G
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,4	94,4
8 dgl. Pf 73	101,3G	101,3G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 8 Hyp.f.Hbg. Pf 96	81,75G	81,75

	10. 4.	9. 4.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 85	78G	78G
7 dgl. Pf 100	100,4G	100,4G
D 8 WestLB Pf 350	101,4G	101,4G
6¾ dgl. Pf 403	97,75G	97,75G
9½ dgl. Pf 1007	106,2G	106,2G
8 dgl. Pf 1015	99,45G	99,45G
7 dgl. KO 556	100,45bG	100,45G
6¼ dgl. KS 430	96,25bG	96,25bG

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Aktien teilweise freundlich

Tarifabschluß im Bankgewerbe stabilisierte den Markt

DW.- Vorsichtige Anlagekäufe, denen die Hoffnung auf eine Einigung in den Tarifauseinandersetzungen zugrunde lag, haben auf dem Aktienmarkt die Kurse weitgehend stabilisiert. Etwas befestigt lagen die meisten Bankaktien. Andererseits herrschte Enttäuschung darüber, daß die „Gewinnexplosion" bei Bayer keinen spürbaren Einfluß auf die Kursentwicklung in der Großchemie hatte. Dies wird als ein Zeichen dafür gewertet, daß zur Zeit wirtschaftliche Faktoren auf die Kursbildung nur einen zweitrangigen Einfluß ausüben.

Mit einer gewissen Sorge sieht man dem 16. April entgegen, er ist der vierteljährliche Abrechnungstermin für Optionsgeschäfte. In einigen Papiere besteht die Gefahr, daß dann die Kurse aus technischen Gründen unter Druck geraten werden. Der Abschluß der Metallgesellschaft löste in den Aktien des Unternehmens einige Meinungskäufe aus. Spekulative Käufe waren wieder in den Aktien des Bremer Vulkans zu beobachten, ohne daß sich deren Kurs wesentlich veränderte. Sensationell ist aber der Preisanstieg der Bremer Vulkan-Bezugsrechte. Am ersten Notierungstag gingen sie mit 0,01 DM um, am vierten Tag wurden sie bereits mit 0,07 DM notiert. Ein Wertanstieg, wie er bisher bei Bezugsrechten in so kurzer Zeit noch niemals vorgekommen ist.

Düsseldorf: Bilfinger ermäßigten sich um 4 DM auf 185 DM, Heinrich Lehmann gaben um 5 DM auf 195 DM nach und Leffers fielen um 5 DM auf 465 DM. Conc. Chemie konnten sich um 20 DM auf 680 DM verbessern und Aachener Münchener Bet. schlossen mit einem Plus von 3 DM auf 950 DM ab.

Frankfurt: Das Bezugsrecht Bremer Vulkan wurde ohne rechnerischen Wert mit fünf Pfennigen gehandelt, bei einem Umsatz von 10 500 Bezugsrechten. Von Nebenwerten blieben Mainzer Aktienbier 350 DM minus 10 DM, Metallgesellschaft 239,50 DM plus 7,30 DM, Degussa 394,50 DM plus 6 DM, Tonwaren Wiesloch 785 DM plus 15 DM und Veith-Pirelli 180 DM plus 6 DM.

Hamburg: HEW wurden mit 96 DM minus 0,10 DM und NWK-Vz. mit 172 DM auf unveränderter Basis gehandelt. Phoenix Gummi konnten sich bei 141 DM plus 0,50 DM behaupten. Bremer Vulkan begannen mit 66,50 DM und lagen später bei 68 DM minus 0,50 DM. Triton gaben auf 130,50 DM minus 1 DM nach.

München: Agrob St. erhöhten sich um 2 DM auf 309 DM und Wanderer zogen um 5 DM auf 260 DM an. Deckel AG verminderten sich um 1,70 DM auf 128 DM, Dywidag gaben um 1 DM auf 188 DM nach und Hutschenreuther ermäßigten sich um 0,50 DM auf 260 DM.

Berlin: Concordia Chemie zogen um 20 DM und Bergmann um 6 DM. Schering erholten sich um 3 DM und DUB-Schultheiss um 2 DM. Detewe wurden um 4 DM niedriger taxiert. Berthold und Herlitz Vz. ermäßigten sich um je 2,50 DM.

Nachbörse: etwas freundlicher
WELT-Aktienindex vom 10.4.: 148,1 (148,0)
WELT-Umsatzindex vom 10.4.: 1745 (1615)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

Frankfurt: 10. 4. 84: 616 Optionen = 32 475 (35 800) Aktien, davon 179 Verkaufsoptionen = 9800 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-95/8, 7-100/4,5, 7-110/2,6, 10-90/16, 1-120/4,9, BASF 7-160/12, 7-180/3,9, Bayer 7-160/18,6, 7-170/10, 7-180/5, 7-190/2,9, 7-200/2,4, 10-170/14,6, 10-180/8,2, 10-190/5, 10-200/3,5, BHF 7-290/3,5, BMW 7-400/19,8, 7-410/10, 10-420/15, 10-430/10, Commerzbk. 7-170/11,4, 7-180/6,9, 10-170/15, 10-180/12, 10-200/3,9, 1-200/10, Conti 7-140/3,5, 7-150/2, 10-130/11, 10-140/7,4, Deutsche Bk. 7-380/16,5, 10-380/20, Dresdner Bk. 10-180/8,05, 10-190/5,15, GHH Vz. 10-140/10, Hoechst 10-200/4, Hoesch 7-110/9,9, 7-120/5,1, 10-120/7, 10-130/4,9, Karstadt 7-270/4,15, Klöckner 7-55/11,6, 7-65/5, 7-70/1,55, 10-55/12,4, 10-65/6,8, 1-65/10, Lufthansa Vz. 10-160/10, Mannesmann 7-140/9,8, 7-150/4,4, 10-140/14, 10-150/5,5, 10-160/5, 1-140/17,7, Siemens 7-400/18,5, 7-422/6,7, Thyssen 7-85/4, 7-90/2,5, 10-85/6,5, 10-90/4,7, 10-95/3,9, Veba 7-170/6,5, 10-180/4,5, 1-160/24, VW 7-210/10, 7-220/6, 10-210/18, 10-240/5, Alcan 10-90/7,4, Chrysler 7-80/1,85, 10-60/9,8, Elf 7-80/3, General Motors 10-180/5, Norsk Hydro 10-200/25, Philips 1-45/5, Royal Dutch 10-140/8,9, 1-140/12, Xerox 10-110/8,8. **Verkaufsoptionen:** AEG 7-90/2, 7-95/4, 10-85/2,2, 10-90/3,6, 1-90/4,9, 1-110/18, BASF 7-160/3, Bayer 7-170/4,5, 1-160/6,4, BMW 7-430/36, Commerzbk. 7-170/2,5, 7-180/6,4, Conti 7-140/9, 10-130/4,5, Deutsche Bk. 10-380/9,4, 1-380/18, Degussa 10-390/11, Dresdner Bk. 10-170/3,7, 10-180/11, Hoechst 7-170/2,6, 10-170/5,4, Hoesch 7-110/4, Kaufhof 10-230/7,5, Klöckner 7-65/3,5, 7-70/7, Lufthansa St. 1-160/9,4, Mercedes 7-550/60, Mannesmann 1-140/5,15, Siemens 7-380/2,7, 1-380/10,3, Thyssen 7-85/4,4, 10-90/9, Varta 10-170/4,1, Veba 7-170/3, 1-170/5, VW 7-210/7, 10-200/4,4, 10-210/11, 1-190/3,1, Chrysler 7-60/3,4, 7-65/4,1, 7-70/8, 7-75/13, 10-60/4, 10-65/4,5, IBM 7-290/8,5, Litton 7-160/7, Norsk Hydro 1-200/11,90, Philips 7-45/2,5, 10-40/1,45, 1-45/5. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 10. 4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10½–10¾	5⅞–5⅝	3¼–3½
3 Monate	10⅞–10⅞	5½–5¾	3⅝–3¾
6 Monate	11 –11⅛	5¾–6	3¾–4
12 Monate	11½–10¾	6⅛–6⅜	4⅛–4¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

Devisen und Sorten

Devisen

Die Devisenmärkte verharrten weiterhin in ihrer Lethargie, die Kursentwicklung des US-Dollars war nach oben gerichtet als neue Zinsvoraussagen von Henry Kaufmann den Markt beeinflußten, in New York wurde am 10. 4. bis 2,6330 gehandelt, in Europa zwischen 2,6325 und 2,6250, bei einer amtlichen Notiz von 2,6313 zu der die Bundesbank 11 Mill. Dollar an den Markt abgab. Kaufmann geht von einer Primerate in Höhe von 13 bis 13½ Prozent am Jahresende aus mit entsprechender Auswirkung auf die langfristigen Bondmärkte. Zur Zurückhaltung trug auch die weiterhin ungeklärte Situation um die 35-Stunden-Woche in Deutschland bei. Neben dem US-Dollar wurden besonders das englische Pfund mit 3,757, der kanadische Dollar mit 2,0563, und der Yen mit 1,1680 von den großen Währungen deutlicher höher bewertet. Nur 2 Währungen wiesen eine minimale Minuskorrektur aus. US-Dollar in: Amsterdam 2,9670; Brüssel 53,7450; 8,0805; Mailand 1629,00; Wien 18,5120; Zürich 2,1802 fr. Pfund/DM 3,062; Pfund/Dollar 1,4278; Pfund 3,757.

Ostmarkkurs am 10. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Ausschlaggebend für die Erweiterung der Dollar-Deports am Terminmarkt waren am 10. April leicht erhöhte Euro-Dollar-Zinssätze.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,23/1,13	3,39/3,29	6,70/6,50
Pfund/Dollar	0,25/0,27	0,72/0,75	1,43/1,47
Pfund/DM	1,70/0,30	3,60/2,20	6,40/5,50
FF/DM	28/12	71/55	141/125

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 10. 4.: Tagesgeld 5,55 Prozent; Monatsgeld 5,60–5,70 Prozent; Dreimonatsgeld 5,70–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 10. 4.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,35G–3,40B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 10. 4.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) **Finanzierungsschätze** des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,78. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,90, Rendite 7,80.

Warenpreise – Termine

Fester lagen am Dienstag die Notierungen für Gold, Silber und Kupfer an der New Yorker Comex kurz vor Sitzungsschluß. Schwächer zeigten sich Kaffee und Kakao.

Aktuelle Rohstoffpreise aus USA und Kanada können erst nach Einführung der Sommerzeit (22. 4.) wieder veröffentlicht werden.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	10. 4.	9. 4.
Mai	357,00	370,00
Juli	352,25	352,25
Sept.	354,50	353,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	10. 4.	9. 4.
St. Lawrence 1 CW	242,17	242,17
Amber Durum	241,82	214,15

Roggen Winnipeg (can. $/t)	10. 4.	9. 4.
Mai	137,50	137,40
Juli	140,80	141,40
Okt.	143,00	143,40

Hafer Winnipeg (can. $/t)	10. 4.	9. 4.
Mai	133,20	133,40
Juli	128,10	128,10
Okt.	121,30	121,30

Hafer Chicago (c/bush)	10. 4.	9. 4.
Mai	185,00	187,75
Juli	182,50	183,75
Sept.	178,00	178,50

Mais Chicago (c/bush)	10. 4.	9. 4.
Mai	358,50	360,50
Juli	355,75	356,75
Sept.	323,75	325,25

Gerste Winnipeg (can. $/t)	10. 4.	9. 4.
Mai	132,60	133,70
Juli	132,40	133,40
Okt.	126,00	127,10

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	10. 4.	9. 4.
Terminkontr. Mai	150,60	150,60
Juli	145,70	145,75
Sept.	141,75	141,50

Kakao New York ($/t)	10. 4.	9. 4.
Terminkontr. Mai	2435	2420
Juli	2464	2449
Sept.	2457	2440
Umsatz	–	2525

Zucker New York (c/lb)	10. 4.	9. 4.
Kontrakt Nr. 11 Mai	6,20	6,29
Juli	6,78	6,83
Sept.	7,22	7,26
Okt.	7,47	7,51
Jan.	8,15	8,20
Umsatz	–	8 585

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	10. 4.	9. 4.
	6,12	6,09

Kaffee London (£/t) Robusta-	10. 4.	9. 4.
Kontrakt Mai	2073–2075	2082–2083
Juli	2022–2023	2025–2026
Sept.	1980–1981	1980–1981
Umsatz	3308	2048

Kakao London (£/t)	10. 4.	9. 4.
Terminkontrakt Mai	1762–1764	1765–1766
Juli	1768–1769	1772–1773
Sept.	1782–1763	1761–1763
Umsatz	3231	1962

Zucker London ($/t), Nr. 6	10. 4.	9. 4.
Mai	165,80–166,50	167,80–168,00
Aug.	181,40–181,60	183,00–183,20
Okt.	193,20–193,40	194,60–194,80
Umsatz	2714	2370

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	10. 4.	9. 3.
schw. Sarawak spez.	325,50	325,50
weißer Sarawak	810,00	810,00
weißer Muntok	617,50	617,50

Orangensaft New York (c/lb)	10. 4.	9. 4.
Mai	181,40	182,70
Juli	179,10	180,25
Sept.	177,20	179,20
Nov.	174,00	176,15
Jan.	171,70	173,75
Umsatz	–	2500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	10. 4.	9. 4.
Südstaaten fob Werk	51,00	51,00

Maisöl New York (c/lb)	10. 4.	9. 4.
US-Mittelweststaaten fob Werk	30,00	30,25

Sojaöl	10. 4.	9. 4.
Chicago (c/lb) Mai	30,70	30,90
Juli	30,65	30,80
Aug	29,65	29,70
Sept.	28,85	28,80
Okt.	27,20	27,50
Dez.	26,40	26,50
Jan.	26,15	26,20

Baumwollsaatöl New York (c/lb)	10. 4.	9. 4.
Mississippi-Tal	30,25	30,25

Schmalz Chicago (c/lb)	10. 4.	9. 4.
loco lose	30,00	13,00
Choice white hog 4% fr. F.	19,25	19,25

Talg New York (c/lb)	10. 4.	9. 4.
top white	20,50	20,50
fancy	20,25	20,25
bleichfähig	18,50	18,50
yellow max. 10% fr. F.	17,00	17,00

Schweine Chicago (c/lb)	10. 4.	9. 4.
Apr.	49,25	49,50
Juni	56,15	56,95
Juli	58,90	59,55

Schweinebäuche Chicago (c/lb)	10. 4.	9. 4.
Mai	72,50	73,50
Juli	71,60	72,55
Aug.	70,25	71,25

Häute Chicago (c/lb)	10. 4.	9. 4.
Ochsen einh. schwere River Northern	61,00	61,00
Kühe einh. schwere River Northern	56,00	56,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)	10. 4.	9. 4.
Mai	795,00	803,00
Juli	804,50	813,00
Aug.	797,50	803,00
Sept.	758,50	764,00
Nov.	728,00	734,50
Jan.	738,50	746,50
März	751,00	758,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)	10. 4.	9. 4.
Mai	201,80	204,00
Juli	207,00	209,20
Aug.	208,00	210,70
Sept.	205,00	207,00
Okt.	198,50	201,00
Dez.	199,80	202,00
Jan.	201,50	202,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	10. 4.	9. 4.
Mai	357,00	357,50
Juli	362,60	363,50
Okt.	364,50	365,60

Kokosöl New York (c/lb)	10. 4.	9. 4.
Westküste fob Werk	48,00	48,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	10. 4.	9. 4.
jegl. Herk. cif	1155,00	1150,00

Leinöl Rotterdam ($/t)	10. 4.	9. 4.
jegl. Herk. ex Tank	505,00	500,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)	10. 4.	9. 4.
Sumatra cif	620,00	745,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)	10. 4.	9. 4.
roh Niederl. fob Werk	227,00	230,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)	10. 4.	9. 4.
Philippinen cif	1090,00	1115,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif	10. 4.	9. 4.
Rotterdam	295,00	298,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	10. 4.	9. 4.
Mai	80,65	80,50
Juli	80,05	80,19
Okt.	77,25	79,50
Dez.	75,30	77,44
März	–	75,41
Mai	–	76,60

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis	10. 4.	9. 4.
loco RSS–1	56,75	56,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	10. 4.	9. 4.
Mai	425–432	418–430
Aug.	450–452	444–448
Okt.	452–454	450–455
Umsatz	216	109

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	10. 4.	9. 4.
Mai	49,20	49,20
Juli	49,20	49,20
Okt.	50,10	50,10
Dez.	50,10	50,10
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	10. 4.	9. 4.
Mai	580,50–582,00	579,00–584,00
Juli	589,00–590,00	580,00–581,00
Okt.	573,50–574,00	589,00–590,00
Umsatz	51	14

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	10. 4.	9. 4.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	10. 4.	9. 4.
April	13 903	13 903
Mai	13 860	13 873

Kautschuk London (p/kg)	10. 4.	9. 4.
Nr. 1 RSS loco	78,00–80,00	78,00–81,00
Mai	77,00–80,50	77,00–81,00
Juni	78,00–81,00	78,00–81,50
Juli/Sept.	81,50–81,70	81,80–82,00
		Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	10. 4.	9. 4.
April	255,50–256,00	254,50–255,00
Mai	258,00–258,50	258,00–258,50
Nr. 2 RSS April	249,00–250,00	248,00–249,00
Nr. 3 RSS April	245,50–246,50	244,50–245,50
Nr. 4 RSS April	238,50–239,50	237,50–238,50
		Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	10. 4.	9. 3.
BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 FL – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	10. 4.	9. 4.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	128,92–129,29	132,67–132,86
drittfolg. Monat	129,48–129,57	132,67–132,86
Zink: Basis London		
laufend. Monat	252,16–252,54	259,71–259,90
drittfolg. Monat	258,78–258,96	257,64–257,83
Produz.-Preis	237,25	285,57
Reinzinn 99,9%	3640–3676	3654–3690

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	10. 4.	9. 4.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	407,83–409,71	413,39–415,27
Blei in Kabeln	136,75–137,75	140,50–141,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorzehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeistoller

Messingnotierungen

	10. 4.	9. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	392–398	394–402
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	435–437	438–440
MS 63	430–435	434–439

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	10. 4.	9. 4.
(Rmg./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	10. 4.	9. 3.
Leg. 225	456–473	456–473
Leg. 226	458–475	458–475
Leg. 231	488–505	488–505
Leg. 233	498–515	498–515

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	10. 4.	9. 3.
Platin (DM je g)	35,30	35,30
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	32 600	32 600
Rücknahmepr.	31 850	31 850
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	32 630	32 440
Rücknahmepr.	32 110	31 930
verarbeitet	34 240	34 050
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 395	32 220
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	787,80	785,70
Rücknahmepr.	772,00	769,80
verarbeitet	822,80	830,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	10. 4.	9. 4.
10.30	381,90	381,50
15.00	381,35	–
Zürich mittags	381,10–381,60	–
Paris (Fr/1-kg-Barren) mittags	99 100	98 300
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	641,35	641,55
3 Monate	654,85	655,55
6 Monate	668,70	669,30
12 Monate	696,70	699,25
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	273,05	273,50
Palladium (£-Feinunze) London 1 Händlerpr.	111,05	111,50

New Yorker Preise	10. 4.	9. 4.
Gold H & H Ankauf	381 35	[illegible]
Silber H & H Ankauf	927,50	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	388,00–389,00	388,00 [illegible]
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	159,00–160,00	159,00–160,00
Produz.-Preis	130,00	130,00

Silber (c/Feinunze)	10. 4.	9. 4.
April	920,00	[illegible]
Mai	935,50	939,00
Juli	952,00	[illegible]
Sept.	973,00	[illegible]
Dez.	1000,00	[illegible]
Jan.	–	[illegible]
März	–	[illegible]
Umsatz	–	25 000

New Yorker Metallbörse

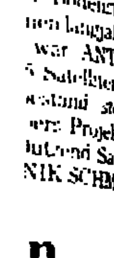
Kupfer (c/lb)	10. 4.	9. 4.
April	69,30	[illegible]
Mai	69,60	[illegible]
Juni	70,40	[illegible]
Juli	71,00	[illegible]
Sept.	72,45	[illegible]
Dez.	74,50	[illegible]
Jan.	75,15	74 [illegible]
Umsatz	–	12 000

Londoner Metallbörse

	10. 4.	9. 4.
Aluminium (£/t) Kasse	951,50–952,50	951,50–952,50
3 Monate	970,50–971,00	972,00–97[illegible]
Blei (£/t) Kasse	343,00–343,50	342,00–343,00
3 Monate	344,50–345,00	344,00–344,50
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1071,0–1071,5	1089,0–[illegible]
3 Monate	1086,0–1086,5	1103,5–1104,[illegible]
abends Kasse	1072,5–1073,0	1081,5–102[illegible]
3 Monate	1087,5–1088,0	1096,5–109[illegible]
(Kupfer-Standard) Kasse	1069,0–1071,0	1075,0–[illegible]
3 Monate	1080,0–1082,0	1087,0–[illegible]
Zink (£/t) Kasse	699,0–700,0	690,0–[illegible]
3 Monate	687,50–688,50	681,50–682,[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	8690–8697	8630–86[illegible]
3 Monate	8726–8727	8705–8706
Quecksilber ($/Fl.)	310–330	310–330
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	84–87	84–86





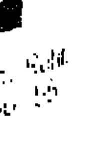
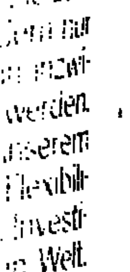












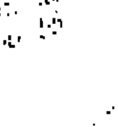












Katastrophen, unterhaltsam angerichtet: Die Regisseurin Heidi Genée

Wenn der Mann zum Pascha wird

Sie gehört zu den wenigen Frauen, die sich in einem Metier einen Namen machen konnten, dessen Bezeichnung vornehmlich Männern vorbehalten scheint: Heidi Genée, Regisseur(in). Angefangen hat sie beim „Jungen deutschen Film" der Stunde Null, d. h., nach dem Oberhausener Manifest des Jahres 1962. „Es", „Zur Sache, Schätzchen", „Berlinger" und „Nordsee ist Mordsee" sind nur einige der Werke, bei denen sie die Schere angesetzt hat. Den Platz am Schneidetisch vertauschte sie dann mit dem hinter der Kamera – eine Entscheidung, die ihr eine Reihe von Auszeichnungen eingebracht hat.

Zum Beispiel den Ernst-Lubitsch-Preis. Den erhielt sie für ihren 1979 entstandenen Film „1 + 1 = 3", der außerdem mit dem Filmband in Silber und Gold sowie mit dem Grand Prix des Internationalen Filmfestivals in Montreux preisgekrönt wurde. Er ist eine Hommage an ihre Mutter, „die 1938 in der gleichen Situation war wie die Adelheid in meinem Film. Sie bekommt ein Kind und will den Vater nicht heiraten, weil der reagiert, wie wohl viele Männer reagieren würden: 'Na gut, dann heiraten wir eben'."

Wegen dieses Films geriet sie übrigens ins Kreuzfeuer der Kritik einer Kölner Frauengruppe. „Die haben mich bei einer Diskussion regelrecht in der Luft zerrissen. Ich hätte die Probleme in rosarotem Licht verzeichnet, und das hätte ja alles gar nichts mit dem grauen Alltag zu tun; den sollte ich gefälligst erst mal selber kennenlernen, bevor ich solche Geschichten drehe."

Gerechtfertigt war der Vorwurf kaum, denn Heidi Genée kennt die Probleme, die sie im Film zur Sprache bringt, recht genau. Seit ihrer Scheidung vor neun Jahren kümmert sie sich allein um ihre drei Kinder. Wobei sie, dank ihrem Beruf, dennoch gewisse Vorteile gegenüber beispielsweise einer Sekretärin mit festen Dienstzeiten hat, wie sie ehrlich eingesteht. So kann sie die Kinder auch in ihre Arbeit miteinbeziehen, und in fast jedem ihrer Filme haben sie Rollen übernommen – „obwohl sie keine tollen Schauspieler sind. Aber ich finde es wichtig, daß sie meine Arbeit kennenlernen, daß sie mich nicht nur als 'Mutter' sehen."

Auch das hat sie den Frauengruppen gegenüber ein wenig distanziert: die Wende zur neuen Mütterlichkeit – „eine Haltung, mit der ich nicht viel anfangen kann. Dabei verdanke ich der Frauenbewegung viel. Durch Kontakte zu solchen Gruppen bin ich aus meinem Dornröschenschlaf erwacht. Ich war verheiratet, Mutter, wollte meinen Beruf allerdings auch nicht aufgeben, weil er mir viel Spaß macht. Daß der Ehemann in einer solchen Situation ein Partner im Sinne des Wortes sein soll und daß etwas nicht stimmt, wenn er bloß sagt, na sieh mal zu, wie du das alles unter einen Hut kriegst, das ist mir erst durch Diskussionen in Frauengruppen klar geworden."



Die Ideen zu ihren Filmen liefert ihr Leben: Heidi Genée
FOTO: DIETER KLAR/DPA

Das Ende ihrer Ehe mit dem Filmproduzenten Peter Genée ist das Thema des Films „Stachel im Fleisch". Ein Fernsehregisseur vergißt über den Erfolg die Familie. Der Urlaub auf Sardinien mit Frau und Kindern einschließlich Oma soll die Beziehung wieder ins Lot bringen. Aber

Stachel im Fleisch – ARD, 20.15 Uhr

die Streitereien gehen weiter, der Vater kann auch in den Ferien nicht abschalten, schaut sich andauernd Videofilme seiner TV-Produkte an, benimmt sich weiter wie ein Pascha und betrachtet Frau und Kinder als kostensparende Dienstboten.

Heidi Genée vermag private Katastrophen, die bei den Beteiligten manchen blauen Fleck auf der Seele hinterlassen, mit Schokolade zu überziehen und als unterhaltsame Geschichte zu präsentieren. Auch in dem Film „Kraftprobe" konnte sie einem eher deprimierenden Thema noch komödiantische Aspekte abgewinnen. Ein dreizehnjähriges Mädchen muß sich allein durchs Leben schlagen, als die Mutter, eine Alkolikerin, eine Entziehungskur macht. Mit trotzigem Witz versucht der Teenager, die Kraftprobe gegen Lehrer, Fürsorge und vorwitzige Nachbarn zu bestehen.

Erste Bekanntschaft mit dem Film hat die Regisseurin in der Jugendfilmproduktion ihres Vaters gemacht. Als Anlerning durchlief sie sämtliche Abteilungen. Die Arbeit am Schneidetisch hat sie am meisten interessiert; als ausgebildete Cutterin ging sie schließlich nach München.

„Abgesehen vom Kameramann – und natürlich dem Regisseur – kann man als Cutterin noch am besten eine eigenständige Persönlichkeit entwickeln. Beim Schneiden hat man weitgehend freie Hand, und das Schöne an der Arbeit ist eben, zu sehen, wie der Film unter den eigenen Händen endgültig fertig wird."

Ihre erste eigenständige Regiearbeit war die Fontane-Verfilmung „Grete Minde". Der Film erhielt das Prädikat „Besonders wertvoll" und brachte ihr den Bundesfilmpreis ein. Sie will diesen Film übrigens nicht als „Frauenfilm" verstanden wissen, sondern als die Geschichte einer Auflehnung. „In der letzten Klasse hatten wir den Stoff als Lektüre. Er hat mich sehr beeindruckt, weil sich hier endlich mal jemand zur Wehr setzte. Das hatte zu dem Zeitpunkt natürlich sehr persönliche Gründe: man war jahrelang auf die Schule gegangen, hatte stets in der „underdog"-Position gesteckt und die Nase gestrichen voll. Da fand ich jemanden wie die Grete Minde toll."

Ihre letzte Arbeit als Cutterin war der „Marlene"-Film von Maximilian Schell, und gerade hat sie als Regisseurin den Film „Flucht nach vorn" abgeschlossen, eine Art „road movie", der von zwei jungen Münchnerinnen und ihren Motorradfahrten erzählt. Im Herbst soll er in die Kinos kommen. Berufliche Pläne für die nahe Zukunft kochen auf Sparflamme. „Ich muß mich in der nächsten Zeit intensiver um meine Kinder kümmern. Der Daniel hat Schwierigkeiten in der Schule, das geht immer 'rauf und 'runter. Er hat wohl die Nase voll."

Genau wie die Mutter vor fast dreißig Jahren.

RAINER NOLDEN

KRITIK

Anbauen, was der Staat befiehlt

Ist Afrikas Hunger selbstgemacht? Albrecht Heise zeigte in einer umfassenden zweiteiligen Reportage **Wie Hunger gemacht wird (ZDF)** am Beispiel afrikanischer Länder das Hungerproblem in Entwicklungsländern auf.

Vielfältig sind die Ursachen des Hungers; die Trockenheit ist nur davon. Sie wird häufig durch falsche Landwirtschaftspolitik verursacht. Da werden tropische Wälder abgeholzt, um Monokulturen Platz zu machen. Afrikanische Bauern werden durch rigorosen Preisdruck der eigenen Regierungen zum Abwandern in die Städte gezwungen, da sie von ihrer Arbeit auf dem Land nicht mehr leben können. Die Folge: Wertvolle Kulturböden verrotten und versteppen. Auch die falsche Bewässerungspolitik ist ein wesentlicher Grund für den Hunger in Afrika.

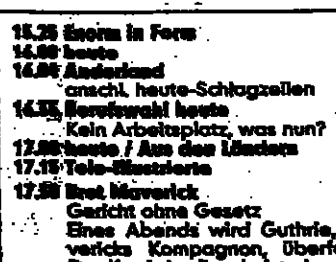
Heise verweist auf den Assuan-Staudamm. Jahrtausende lang düngte der Nilschlamm den Boden der Fellachen. Heute breitet sich Salzwüste aus, und Kunstdünger schädigt, statt zu helfen. Der Staat verordnet den Bauern zu niedrige Preise für ihre Produkte. Sie können nichts mehr verdienen und wandern in die Städte ab. Ähnlich ehrgeizige Projekte gibt es in Somalia am Djuba-Fluß und in Senegal. Die Folgen sind absehbar. Während die EG mit Milliarden beim Bau dieser Dämme hilft, zahlt die Weltbank keinen Pfennig.

Denn der Behördenapparat ist korrupt. In Niger fehlt es an Ackergeräten und an Vieh, obwohl fruchtbares Land vorhanden ist. In Kenia bestimmen Monokulturen wie Kaffee und Tabak den Landanbau. Der Staat verdirbt den Export. Tansania ist ein Beispiel für das Versagen des Sozialismus in Afrika. Für Nahrung muß die Bevölkerung selbst sorgen, aber wie, wenn die Menschen anbauen müssen, was der Staat fordert?

Viel Hunger wird in Afrika von den Regierenden gemacht, so Heise, von den Rechten wie den Linken. Politische Entscheidungen sind daher wichtig. Vielleicht hat der Autor da und dort überzeichnet. Aber er hat mit geschickter Kameraführung und persönlichem Engagement Denkanstöße gegeben. Wir können uns nicht durch Spenden davonstehlen, sagte er, und es ist Wert, darüber nachzudenken.

SIEGFRIED IHLE





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 WISO
10.35 Ein Mann namens Parvus
12.10 Panorama
Mit Peter Gatter
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

14.00 Tagesschau
14.10 Schaufenster der Welt
Hannover-Messe 1984
Vom Sensorbildschirm bis zur Weltraumfabrikation
Mit einer Bilanz nach acht Messetagen
16.55 Dirk van Haveskerke
Kampf um Flandern
Mit Hilfe eines mitleidigen französischen Kaufmanns kann Dirk seinen in einem französischen Hafen als Sträfling gefangengehaltenen Vater aufsuchen, aber die Rettung kommt zu spät.
17.40 Nudnik
Flops pflastern seinen Weg
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Stachel im Fleisch
Deutscher Spielfilm (1981)
Regie: Heidi Genée
21.45 Brennpunkt
Entspannung in Südafrika?
Die Sendung untersucht die Frage, ob sich nach dem jüngsten Nicht-Angriffsakt zwischen Südafrika und Mozambique die politische Landschaft im südlichen Afrika verändert hat. Die neue Situation der Frontstaaten bis hin zur Diskussion um den Truppenabzug der Kubaner aus Angola sowie die Lösung des Namibia-Konflikts sind weitere Elemente der Sendung.
Leitung: Emil Obermann
22.30 Tagesthemen
23.00 Nick Lewis, Chief Inspector
Der Schmuggler
23.45 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Anderland
anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Berufswahl heute
Kein Arbeitsplatz, was nun?
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Bret Maverick
Gericht ohne Gesetz
Eines Abends wird Guthrie, Mavericks Kompagnon, überfallen. Der Kopf der Bande ist eine Frau. Was zuerst nach einem normalen Raubüberfall aussieht, erweist sich später als ein gespenstisches, teuflisch ausgeklügeltes Gericht. Aber schließlich lüftet sich das Geheimnis dieser mysteriösen Begebenheit: Die Frau, die den Überfall leitete, Addie Burnett, hat dieses illegitime Gericht aus einer verständlichen menschlichen Regung zusammengebracht.
19.00 heute
19.30 Rennys Pop-Show
Ein tierisches Vergnügen
20.15 Kennzeichen D
„DDR"-Pilger in Rom / Dicke Luft aus Helmstedt? / Behandlungsfähig, aber nicht verhandlungsfähig? – Zwei Euthanasieärzte der NS-Zeit sollen seit 13 Jahren vor Gericht
Moderation: Joachim Jauer
21.00 Denver-Clan
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38
22.10 Fußball-Europapokal
Halbfinale, Hinspiele
23.10 Die 56. Oscar-Verleihung
Moderation: Johnny Carson
0.40 heute



Während des Urlaubs muß sich die Mutter (Barbara Lass) um den kranken Sohn Bousie (Daniel Genée) kümmern. (Stachel im Fleisch – ARD, 20.15 Uhr).
FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in [illegible]
21.45 off-off
Vorgesehen: Turbo-Diesel BMW, Citroen, Volvo / Leichtflugzeuge / Ausflugstip nach Luxemburg / Aktueller Trimm-dich-Tip
22.15 Kleine Fluchten
Schweizer Spielfilm (1979)
Regie: Yves Yersin
0.35 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Aus der Welt des Dschungelbuches
19.15 Miete zahlen oder Eigentum?
19.30 Rüben statt Erdöl
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
21.00 Die Weltwirtschaftskrise
USA: Wie es anfing
21.45 Duvidha
Indischer Spielfilm (1973)
23.10 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Die fabelhafte Familie Ka in der Zauberkiste
19.00 Hobbythek
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
20.45 Kinder haften für ihre Eltern
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Der Goldesel
Englischer TV-Film
22.50 Frankfurter Poetik-Vorlesung 1984

SÜDWEST

18.30 Telekolleg
Englisch
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Geschichte der Festivals auf Burg Waldeck
2. ... und wie sie zu Ende ging
20.15 Französische Maler des 19. Jahrhunderts
Edgar Degas (1834–1917)
21.00 Banditen am Scheideweg
Amerikanischer Spielfilm (1949)
Regie: Gordon Douglas
22.25 Aus dem Reisetagebuch des André Malraux

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '84
19.45 Nur ein Viertelstündchen
20.00 Klimbim
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Alcatraz (4)
Amerikanischer Fernsehfilm
22.35 Z. E. N.
22.40 Konjunktur im Untergrund
Die Schattenwirtschaft – Krebsschaden oder notwendiges Übel
23.25 Rundschau
23.30 News of the Week

Im 79. Lebensjahr verstarb am 5. 4. 1984 in Wolfenbüttel Herr

Dr.-Ing. Fritz Leithe

ehemaliger Vorsitzender der Geschäftsführung
der Salzgitter Industriebau GmbH

Mit Herrn Dr. Leithe verläßt uns eine Persönlichkeit, die durch hohe Führungsgaben, Fachwissen und große Menschlichkeit ausgezeichnet war. Ihm verdanken wir den jahrelangen Aufbau und Ausbau unserer Gesellschaft zu einem weltweit arbeitenden Unternehmen zum Bau von Industrieanlagen. Insbesondere ist die Aufnahme des Chemieanlagengeschäfts, das heute in unserem Hause breiten Raum einnimmt, auf seine Initiativen zurückzuführen. Er war es auch, der vor 25 Jahren die für uns ersten Verbindungen in die Länder des Ostblocks knüpfte, Verbindungen, die bis heute andauern. In unseren Kundenländern und bei unseren Geschäftspartnern war Herr Dr. Leithe als teurer Freund geachtet und respektiert. Wir verlieren in ihm ein Vorbild und einen väterlichen Freund.

Salzgitter Industriebau Gesellschaft mbH

Aufsichtsrat **Betriebsrat**
Geschäftsführung **Belegschaft**

Salzgitter, den 11. April 1984

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreise stattgefunden.

Wir trauern um Herrn

Rechtsanwalt

Gerhard Vetter

geb. 28. 2. 1932 gest. 4. 4. 1984

Ein kluger und hochgeschätzter Freund ist plötzlich und viel zu früh gestorben. Der Tod traf ihn mitten in seiner Arbeit.

Gerhard Vetter war unserem Hause seit mehr als 20 Jahren eng verbunden. Seine glänzenden Fähigkeiten und weitreichenden Kenntnisse stellte er als Berater und als Vorsitzender des Beirates unserer Unternehmensgruppe zur Verfügung. Sein wertvoller Rat und sein ausgewogenes Urteil wurden hoch geachtet. Loyalität und Verantwortungsgefühl bestimmten sein Handeln.

Analytischer Verstand, Ideenreichtum, Unbestechlichkeit und Besonnenheit zeichneten ihn aus. Er besaß Mut und Tatkraft, Toleranz und menschliche Wärme.

Gerhard Vetter war ein großzügiger Mensch und ein unvergeßlicher Freund.

Wir werden uns seiner stets in Dankbarkeit erinnern.

Gesellschafter,
Geschäftsführung
und Mitarbeiter der

Hünnebeck GmbH

Ratingen, den 6. April 1984

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 und Ergänzungsblatt 3 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Fischer

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Leninorden für Sardou

rr. – In Frankreich geht das Yves-Montand-Syndrom um. Seitdem der Schauspieler nicht nur im privaten Kreis, sondern sogar im französischen Fernsehen sein Unbehagen über die Doppelmoral der Kommunisten kundgetan hat, scheinen Frankreichs Intellektuelle plötzlich der ungewohnten Beschäftigung des Nachdenkens über den Kommunismus ausgesetzt zu sein. Die Ergebnisse sind für den Obergenossen Marchais wenig erfreulich, weil sich herumspricht, daß der Widerspruch zwischen kommunistischer Theorie und kommunistischer Praxis allenfalls von einem Zyniker als unerheblich abgetan werden kann.

Aber wer den Schaden schwindender Anhänger- und Mitgliederzahlen hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Inzwischen wird den Ohren der französischen Kommunisten ein politisch Lied zugemutet, das sie nur als garstig Lied empfinden können. Michel Sardou besingt darin Lenins neue Leiden. „Wladimir Iljitsch, Du, der in einem plombierten Waggon gereist bist, du hast recht, Dich krumm zu lachen, wenn Du Deinen Vetter aus Polen siehst – den Heiligen Vater, wie er im gepanzerten Wagen all seine Schäfchen segnet" heißt es da. Aber auch: „Du hattest die Gleichheit aller Menschen erträumt. Fällst Du nun in Deiner Ewigkeit nicht aus allen Wolken vor den vielen Greisen in Paradeuniformen und den Häusern des Volkes, in denen sie privat wohnen?"

Dieses Lied erfreut sich einer ungebrochenen Popularität. Es ist Nr. 1 in den Hitparaden. Zwischen Dünkirchen und Nizza wurde es mehr als eine halbe Million Mal verkauft. Und es soll Leute geben, die meinen, wenn Frankreichs Jugend heute wisse, wer Lenin sei, dann hätte man das nur Sardou zu verdanken. Trotzdem muß bezweifelt werden, daß er für diese Verdienste mit dem Leninorden geehrt wird.



Vorliebe für Familienstories: Robert Duvall (links) als bester männlicher Darsteller in dem Film „Tender Mercies"; Szene aus „Zeit der Zärtlichkeit" mit Shirley MacLaine und Jack Nicholson (Mitte); Ingmar Bergman als Regisseur des besten ausländischen Films, „Fanny und Alexander"
FOTOS: VERLEIH (2) / FRANZ HUG

Oscars 1984: Hollywood entdeckt die Zärtlichkeit wieder

Mit elf Nominierungen war er ins Rennen gegangen, fünf Oscars hat er immerhin auch erhalten: James L. Brooks' Erstlingsfilm „Zeit der Zärtlichkeit". Eine ganze Nation hat schon über ihm geweint. Und die 4.000 Mitglieder der „Academy of Motion Picture Arts and Science" haben die Tränen bei ihrer 56. Preisverleihung offiziell abgesegnet und dem Opus das Prädikat „Bester Film des Jahres '83" zuerkannt.

„Zeit der Zärtlichkeit", dieses Melodram um eine schwierige Mutter-Tochter-Beziehung, ist in der Tat aus jenem Stoff, aus dem die Oscar-Preisträger allzu gern geschneidert werden. „Time Magazin" nannte den Film „klug, elegisch, humorvoll und gefährlich empfindsam." Dabei immer an der Grenze zur Schnulze, muß man wohl hinzufügen. Daß er diese Grenze nicht überschreitet, ist einmal das Verdienst des 43jährigen Brooks – er wurde mit dem Oscar für Regie und adaptiertes Szenario ausgezeichnet –, mehr aber noch das Verdienst der Schauspieler, die allesamt vorzüglich sind.

Völlig zu recht gewann Shirley MacLaine für die Rolle der zunächst altjüngferlich-zickigen, dann aber in einer neuen Liebesbeziehung geradezu aufblühenden Mutter Aurora Greenway den Oscar als beste weibliche Hauptdarstellerin: ein später Triumph auf dem Weg der bald Fünfzigjährigen, die in den letzten dreißig Jahren bereits viermal nominiert, jedoch noch nie ausgezeichnet worden war. Die Masse der Kinogänger liebte sie freilich schon, seit sie sich 1963 unter Billy Wilders Regie als „Irma la Douce" in Millionen Herzen hineingespielt hatte. Mit ihrem Partner Jack Nicholson als rauhbauzigem, doch hochempfindsamem Astronauten Garrett Breedlove hat sie in „Zeit der Zärtlichkeit" einen neuen fulminanten Höhepunkt ihrer Laufbahn erreicht. Auch Nicholson erhielt einen Oscar, den für die beste männliche Nebenrolle. Seinen ersten hatte er 1975 für „Einer flog über das Kukkuksnest" bekommen.

Auffallend an der diesjährigen Oscar-Verleihung die Abwendung von politischen Problemfilmen wie etwa „Silkwood", die Hinwendung zu intimen menschlichen Beziehungen und zu Familiengeschichten. Ingmar Bergmans ungewöhnlich sinnenfreudige Familienchronik „Fanny und Alexander", welche die Leiden und Freuden des Lebens in der schwedischen Provinz durch die Augen eines zehnjährigen Jungen spiegelt, wurde bester ausländischer Film und gewann insgesamt vier Oscars (Regie, Sven Nykvists Kamera, künstlerische Gesamtleitung und Kostüme).

Und eine Familie ist es auch, die dem abgetakelten, trunksüchtigen Country-Sänger in „Tender Mercies" – für dessen Darstellung Robert Duvall zum besten männlichen Hauptdarsteller gekürt wurde – Hoffnung und neuen Lebensmut gibt. Horton Foote erhielt für diesen typisch amerikanischen Streifen den Preis für das beste Originaldrehbuch. In Europa konnte „Tender Mercies" sich nicht durchsetzen, bei den letztjährigen Filmfestspielen in Cannes ging er sang- und klanglos unter. Ebenso war es dort auch dem australischen Beitrag „Ein Jahr in der Hölle" ergangen; Hollywood ehrte das Werk jetzt durch die Verleihung eines Oscars an Linda Hunt für die beste weibliche Nebenrolle.

Ungewöhnlich auch die vier Oscars (Ton, Toneffekte, Schnitt und Originalmusik) für „Die Helden der Nation", eine Ballade über die ersten Astronauten Amerikas. Der Film ist an den Kinokassen ein Flop, wurde aber von der Kritik hochgerühmt. Die Auszeichnung zeigt, daß Hollywood keineswegs immer so populär entscheidet, wie das oft behauptet wird.

Zur allgemeinen Überraschung ging der ebenfalls sehr gelobte Barbra-Streisand-Film „Yentl" fast leer aus; er erhielt nur den Oscar für die beste Originalsong-Partitur. Auguren führen das auf die Zeitungskampagne zurück, die der Literatur-Nobelpreisträger Isaac B.Singer, nach dessen Erzählung das Werk gedreht wurde, in der „New York Times" gegen die „Verfälschung" seiner Intentionen durch die Streisand angestrengt hatte. Der Beifall für Streisand im Music Center von Angeles, wo die Preise verliehen wurden, war freilich demonstrativ. Und die „New York Times" hatte schon vorher einen Rückzieher gemacht, indem sie der Intervention von Singer eine furiose Ansammlung von Leserbriefen folgen ließ, die alle für die so hart attackierte Streisand eintraten.

DORIS BLUM

JOURNAL

ADAC hat wieder eine Großplastik Hajeks

dpa, München

In Anwesenheit von Otto Herbert Hajek wurde vor der Hauptverwaltung des ADAC in München erneut eine überdimensionale abstrakte Betonplastik errichtet. Die Plastik „Stadtmal" des Künstlers war vor über zwei Jahren aufgrund „eines Mißverständnisses", so ein ADAC-Sprecher, entfernt worden, was einen Rechtsstreit zwischen Hajek und dem ADAC ausgelöst hatte. Hajek hatte den Club verklagt, weil auf einem Teil des Kunstwerkes eine Bürofläche errichtet worden war. Hajek hatte 1973 die neue ADAC-Hauptverwaltung mit Strukturfeldern, Farbwegen, Malereien und meterhohen Plastiken ausgestattet. Nach den Umbaumaßnahmen wollte er gerichtlich sein Urheberrecht schützen lassen, was ihm aber nicht gelang. Das Landgericht München hatte im Dezember 1981 entschieden, daß der ADAC das Kunstwerk entweder in seiner Gesamtheit wieder herstellen oder vollständig beseitigen müsse.

Deutsche Bücherschau in Prag eröffnet

dpa, Prag

Der Börsenverein des deutschen Buchhandels eröffnete in Prag eine Ausstellung gegenwärtiger deutscher Buchproduktion. 1500 Titel von Kinderbüchern und Belletristik bis zur Fachliteratur repräsentieren die Tätigkeit der Verlage. Die Ausstellung findet im Prager Strahov-Kloster statt und wird im Mai auch in Brünn, im Juni dann in Preßburg gezeigt.

Niederländisches Architektur-Museum

SAD, Amsterdam

Nach 72 Jahren ergebnisloser Diskussionen sind die Pläne für ein repräsentatives Architektur-Museum in Holland nun in eine Phase der Verwirklichung getreten. Die Aufforderung des für kulturelle Angelegenheiten zuständigen niederländischen Ministers Brinkman an die Amsterdamer Stadtverwaltung, geeignete Räumlichkeiten zu benennen, hat diese mit dem Hinweis auf bisher nur ganz selten genutzten Säle in dem 1903 von Berlage gebauten Börsengebäude im Zentrum Amsterdams beantwortet. Sowohl das niederländische Dokumentationszentrum für die Baukunst als auch die Stiftung Architektur-Museum, deren Sammlungen bislang nur sehr primitiv untergebracht sind, haben dem Vorschlag bereits zugestimmt.

Anthologie deutscher Dichtung für China

dpa, Paderborn

Als erstes Projekt der deutsch-chinesischen Redaktionsgemeinschaft soll noch in diesem Jahr im Pekinger Volksliteraturverlag eine Anthologie mit rund 40 Beiträgen von Autoren aus der Bundesrepublik in einer Auflage von mindestens 50 000 Exemplaren in chinesischer Sprache veröffentlicht werden.

Neubau für Staatsgalerie moderner Kunst

dpa, München

Der bayerische Kultusminister Hans Maier strebt einen baldigen Neubau für die Staatsgalerie moderner Kunst in München an. Die Kunst des 20. Jahrhunderts, die bislang nur unzulänglich im Haus der Kunst untergebracht ist, sollte nach Maiers Plänen zusammen mit der Neuen Sammlung in einem neuen Museumsgebäude auf dem Gelände am Münchner Marstallplatz untergebracht werden.

Rossini in Venedig

Dada-Irrwitz läuft auf den Händen

Eine vielsprachige Menschenschlange wartete vor Venedigs Opernhaus „La Fenice" vergeblich auf ein Wunder: Auf zurückgegebene Karten für Rossinis „Italienerin in Algier" in der Inszenierung von Roberto de Simone und Bühnenbildern von Emanuele Luzzati. Die Kritik hatte von einem unwiderstehlichen Fest der Heiterkeit gesprochen. Das stimmt, obwohl der Dirigent Gianluigi Gelmetti die „komische Oper" kräftig mißverstand und sie mit raffiniertem Orchestertimbre zu einer Art Musikdrama aufmotzen wollte.

Der Regisseur aber hat die Ironie des Komponisten ganz ernstgenommen und die fast surrealistische Handlung als höheren Nonsense inszeniert. Das Libretto ist für ihn wie für Rossini jener Vorwand für Arien und Cavatinen, dessen närrische Konfusion von der Musik planvoll aufgegriffen wird und zu jenen irrwitzigen Ensembles führt, derentwegen diese Oper berühmt ist.

Hinter den Sängern, die wie in guten alten Opernzeiten ihre Arien unbeweglich am Bühnenrand abliefern, tobt das große Spektakel. Das gipfelt in dem Septett des zweiten Aktes nach den profunden Dada-Worten „Dindin", „Bumbum", „Krakra" und „Taktak". Da stürzen hinter ihnen Zwerge, rollen, kobolzen, laufen auf Händen Akrobaten über die Bühne.

Die hat Luzzati, Autor von Kinderbüchern, voller Märchenphantasie mit europäischen Halluzinationen vom Orient angefüllt. Da schweben als leichte Vorhänge Bögen und Minarette, Pfauen und Elefanten auf und ab. Die Kostüme und die riesigen Turbane sind eine einzige Flut von kostbaren Stoffen und gewagten Farben. Wie in alten Kinderbüchern werden Szenen aufgeklappt, in denen lebensgroße Papp-Pendants neben den lebenden Personen stehen.

Aber dieser Rahmen allein reichte nicht aus als Grund für den Jubel. Der lag an der Besetzung. Marilyn Horne singt die Isabella und jagt den Zuhörern mit jedem Ansatz ihres immer noch hinreißenden Mezzosoprans, erst recht mit ihren Koloraturen süße Schauer über den Rücken. Ihr ebenbürtig an vokaler Sicherheit und Beweglichkeit erweist sich der amerikanische Baß Samuel Ramey als Mustafa. Als Entdeckung einer neuen Rossini-Stimme erwies sich Adelina Scarabelli als verschmähte Elvira. Der neapolitanische Bariton Domenico Trimarchi lieh der schon fast heroischen Dummheit des Taddeo sein schönes Organ. Nur der Tenor Ernesto Palazio, eigentlich ein höchst versierter Rossini-Sänger, wurde mit dem Part von Isabellas Liebhaber Lindoro nicht ganz fertig. Im ganzen also dürfte es schwer sein, eine vollkommenere Stimmbesetzung für diese Oper zu finden.

MONIKA v. ZITZEWITZ

Wort für Wort klingt die Sprache göttlich: Die Royal Shakespeare Company startet in Berlin ihre Deutschland-Tournee

Eine Komödie, unter tanzenden Sternen geboren

Dem Programmheft der Royal Shakespeare Company liegt ein karger Danksagungszettel bei: Man habe für die große Europa-Tournee der Truppe nicht nur dem British Council, der englischen Kulturinstitution für das Ausland, zu danken, sondern auch dem Senat von Berlin, dann aber eben auch einer Reihe britischer und deutscher Banken, der Firma Siemens, der Rank Xerox, einem Oxforder Verlag und einer ganzen Latte englischer und deutscher Industrieunternehmen.

Das liest man gern. Industrie und Geldinstitute zweier Nationen stekken sich stolz die Feder eines großzügigen Kulturmäzenatentums an den Börsenhut. Solange nicht die Schauspieler, wie die Tenniscracks oder Fußballtreter, die Firmennamen auf ihren Kostümen tragen müssen, ist dagegen ja nichts einzuwenden. Ach, wär's nur oft so!

Die königliche Truppe aus London und Stratford macht zur Zeit triumphal in Berlin Station mit Shakespeares Komödie „Viel Lärm um nichts", mit dieser Inszenierung in der Bundesrepublik nur hier; – und mit Edward Bonds „Lear" (und mit der noch vom 20. bis 22. April in München und vom 25. bis 27. April in Hamburg); sehr sehenswert sind sie beide.

Ihre Shakespeare-Komödien lieben die Engländer eher lieblich und heiter. Keine weltanschaulichen Verdüsterungen. Keine Auslegungs-Verkrampfungen wie bei uns so oft. Sie belasten den Text nicht interpretatorisch, setzen ihm keine inszenatorische Besserwisserei auf. Sie befleißigen sich, mutig und durchweg gut gelaunt, des Wunders der reinen Komödie.

Sie lassen sie tanzen, lassen sie, wenn immer reine Albernheit auftaucht, freiweg und bedenkenlos albern wirken. Sie schalten souverän von reiner Drollerie und purem Jux auf der Stelle in die zärtlichste Poesie. Sie jonglieren bedenkenlos und mühelos von tiefster Schwermut direkt in die Burleske. Sie spenden schauspielerisch -sozusagen immer mit beiden Händen.

Am Ende ist man wie betrunken von Shakespeare. So (sicher auf komplizierte Weise) unkompliziert und freiweg hat man den „Vielen Lärm um nichts" kaum je erfahren. Terry Hands, der Regisseur dieser Wunderinszenierung und Mitdirektor der Royal Shakespeare Company, hat sich ein wunderbar einfaches, entzückend durchsichtiges Bühnenbild bauen lassen. Man spielt auf einer dunklen Spiegelfläche. Die hebt, was auf ihr Verwunderliches geschieht, ständig mühelos vom Boden der Realität. Kaum Requisiten. Keinerlei Umstände. Eine durchsichtige Wand hängt vor der Hinterbühne, auf der sind ein Baumgruppen angedeutet. Sonst nichts. Und so kann es losgehen:

Zwei Paare im dramatischen Mittelpunkt. Das eine will partout nicht zusammenkommen. Eine Kabbel-Liebe läuft ab. Zwei scheinbar Widerspenstige werden gezähmt. Derweil wird das andere Paar durch List und Kabale immer nur schmerzlich getrennt. Sogar ein Tod muß fingiert werden. Auch sie liegen sich am selig getanzten Ende in den Armen.

Hier wird Shakespeare endlich ganz ernst genommen, während ihn die Inszenierung (scheinbar) durchweg ganz leicht nimmt. Die Sprache klingt Wort für Wort göttlich. Das Ohr schwelgt dauernd. Die Auftritte erfolgen wie in einer durchkomponierten Choreographie. Jede Rolle ist prächtig (und prächtig schwerelos) besetzt.

Alle sind sie von der gleichen hurtigen Genauigkeit wie aufgedreht. Shakespeare, scheinbar, ganz leicht genommen, allen falschen Verdunkelungen ferngehalten. Was da tief und bedeutungsschwer ist, darf nur aus dem heiligen Text selber kommen. Man sieht ein präzis turbulentes Gastspiel, das, wie es einmal im Text heißt, wahrhaft wie „unter einem tanzenden Stern geboren" scheint. Am Ende bleibt im Schiller-Theater vor Glück am originalen Dichterwort, vor Bewunderung und poetischer Berührung dieses Spiels kaum ein Auge trocken. Glück mit Shakespeare.

Für Edward Bonds grausige Fassung des „Lear" sind die Shakespeare-Leute im tiefsten Kreuzberg-Land vor Anker gegangen. Man spielt das moderne Schauerstück in dem düsteren Schuppen, darin einst unsere „Schaubühne" ihren triumphalen Aufstieg nahm.

Bonds poetische Moritat von Gewalt, Blut, Eiter und jedweder menschlichen Grausamkeit wird hier beziehungsvoll unweit der Berliner Mauer dargetan. Mit einer Mauer beginnt es auch. Lear hat sich eingemauert, hat seine Macht eingekapselt. Erst wird er gestürzt. Seine perfiden Töchter stehen gegen ihn auf, jagen ihn in die Wüste, treiben den Greis ins extreme Elend, lassen ihn ausführlich blenden und des Augenlichts berauben.

Bonds „Lear" findet Unterschlupf bei den einfachsten Menschen. Aber auch die werden gebrandschatzt und getötet. Cordelia ist eine Revolutionärin. Sie will die Welt von Blut, Geifer und Tränen endlich reinigen; die aber wird in ihrer Hand nur immer noch grausiger und blutiger. Die Revolutionäre erledigen den blinden Lear, als er die Mauer, die er selber einst baute, endlich einzureißen versucht.

In Edward Bonds Welt ist nicht viel Hoffnung. Die Welt ist ein Schlachthaus. Der Mensch – ein reißendes Tier.

Das spielen die Engländer nun mit einer Art kaltem Sadismus. Pardon wird dem Zuschauer kaum je gegeben. Aber da sie Engländer sind, holen sie hin und wieder aus diesem Drama der absoluten Schrecknis doch Momente eines tiefdunklen Humors. Das schwarze Nachtstück wird streckenweise hell, wird sogar partiell komisch. Es wird immer wieder schön. Es gelingt der Truppe ein seltener Doppelgriff fürchterlichster Empfindsamkeit.

Bob Peck, von Abgrund zu Abgrund fallend, spielt den erst hoffärtigen, dann entsetzlich gejagten Greis Lear. Er torkelt belangvoll und mit erstaunlicher schauspielerischer Vitalität durch den poetisch blutbeladenen Text. Neben ihm eine Fülle prägnanter Schreckensgestalten der ausübenden oder der leidenden Gewalttätigkeit. Es ist am Ende ein qualvoll schöner Abend auch dies.

Die Gäste aus England haben in Berlin zwiefach gesiegt: wunderbar leichten Fußes unter der heiligen Flagge ihres Namengebers – und mit einer Blutspur und artistischer Besessenheit mit Edward Bond. Das Gastspiel lohnte zwiefach sehr.

FRIEDRICH LUFT

Der Schauspieler Paul Dahlke wird 80 Jahre alt

Berlin spielte Schicksal

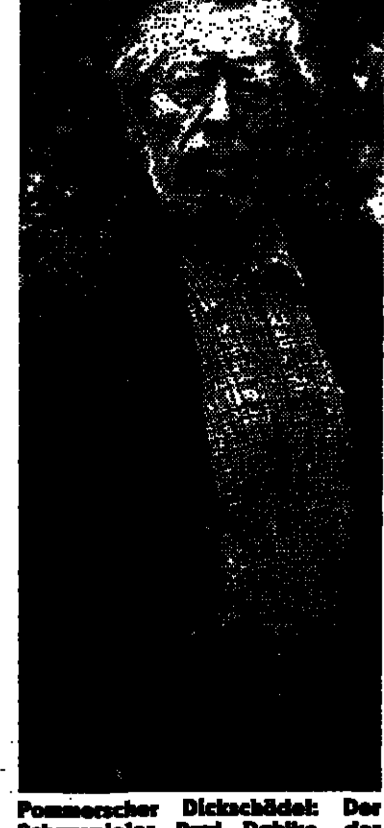
Man kann sich das gar nicht recht vorstellen: In der Zeche Dorstfeld ist Paul Dahlke einmal unter Tage herumgekraxelt. Schließlich wollte er Bergbauingenieur werden, und dazu studierte er erst an der Bergbauakademie in Clausthal-Zellerfeld, später an der Technischen Hochschule in Berlin. Diese Stadt, die nicht nur die Hauptstadt, sondern auch die kulturelle Metropole des Reiches war, wurde ihm zum Schicksal. Erst widmete er sich der Philosophie, der Germanistik und Theaterwissenschaft, dann ging er zum Praktischen über und besuchte Max Reinhardts Schauspielschule. Spielte auf kleinen Bühnen – und wurde von Heinz Hilpert entdeckt, der ihn erst an die Volksbühne, später ans Deutsche Theater in der Schumannstraße holte.

Wer ihn damals sah, weiß noch heute über den treuen Kent im „König Lear" zu berichten oder über den rauhbauzigen Diener Just in „Minna von Barnhelm", den er später auch im Film darstellte. Oder endlich vom Raoul in Schillers „Jungfrau von Orléans". Dahlke gab da keinen fanfarentönenden Schlachtbericht: Da erzählte einer, der eben mit Müh und Not dem Getümmel entkommen war.

Dahlke stammt aus Pommern, wo er vor achtzig Jahren, am 12. April 1904, in dem Nest Streitz bei Köslin zur Welt kam. Daß die Eltern später nach Dortmund zogen, änderte wenig an seiner pommerschen Dickschädeligkeit, die er etwa – in den Dritten Programmen gerade auf dem Bildschirm – als Bauernbursch' Ruprecht in dem Film „Der zerbrochene Krug" ausleben konnte. Doch es gibt nichts, was er nicht könnte. Gut kann er sein und böse, einen Bankier kann er ebenso spielen wie einen Ganoven, einen jovialen Direktor („Drei Männer im Schnee") und einen Kleinbürger („Romanze in Moll"). Einen furiosen „Teufels General" hat er verkörpert.

Dann verließ er die großen Häuser, spielte am Boulevard und auf Tourneen. 120 Filme hat er gemacht, im Fernsehen war er nicht nur als Kapitän in „MS Franziska" zu sehen. Elektronisch kommt Paul Dahlke gelegentlich zu uns, und dann grüßen ihn alle, die ihn kennen und mögen.

KATHRIN BERGMANN



Pommerscher Dickschädel: Der Schauspieler Paul Dahlke, der morgen 80 Jahre alt wird
FOTO: CORNELIA GUS / DPA

Die belebende Kunst des Alltags: Drei Jahrbücher über Werbegraphik

Im Widerspruch liegt der Humor

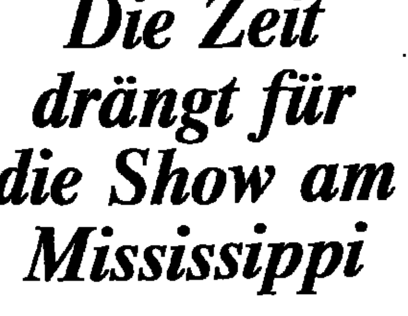
Warum haben die Werbeleute ein schlechtes Gewissen? Warum lassen sie sich einreden, daß das, was sie tun, suspekt sei? Werbung muß sein. Das lehren die Wirtschaftswissenschaftler. Außerdem ist sie ein belebendes Element in unserem Alltag. Die Werbespots im Fernsehen zeigen oft mehr Professionalität und mehr Witz als das restliche Programm. Und die Ideen der Werbegraphiker an den Plakatwänden oder in den Zeitschriften können sich durchaus mit den „freien Künsten" messen. Das führen drei Bände vor Augen, die eine Bilanz des Werbejahres 1983 / 84 ziehen: der photographischen Werbung von der Anzeige bis zum Kalender in „Photographis 83" (223 S., 580 Abb., 132 Mark), der gezeichneten Werbung vom Briefkopf bis zur Zeitschriftenillustration in „graphis annual 83 / 84" (256 S., 738 Abb., 138 Mark) und schließlich der besten Plakate in „graphis poster" (203 S., 563 Abb., 122 Mark), alle bei Graphis Press in Zürich erschienen.

Die Vielzahl der Werbeideen, die da ausgebreitet werden, auf einen Nenner zu bringen, ist nicht möglich. Denn Aufmerksamkeit weckt stets das Neue, das Überraschende, das Andersartige – selbst wenn es nur ein Rückgriff auf die Vergangenheit ist. Und die Werbeleute scheinen ihren Betrachtern eine Menge zuzutrauen. Denn sie spielen gern mit Bildideen der klassischen Malerei (nicht nur der Mona Lisa) oder mit verrückten Assoziationen. Da startet dann ein Vitamin-Getränk aus dem Kühlschrank wie eine Rakete, holt sich eine Katze die Maus zum Abendbrot aus einem Automaten oder sieht der erstaunte Autofahrer mitten auf der Stadtautobahn einen Löwen, der ein Zebra geschlagen hat. Das ist mal als Photo montiert, mal mit flottem Karikaturenstift gezeichnet oder auch mit der Pedanterie eines Superrealisten gemalt worden.

So viele Variablen fordern natürlich zu dem Versuch einer Systematisierung heraus. Massimo Vignelli, ein italienischer Architekt und Werbe-Designer, läßt sich im „graphis annual" darauf mit einer Tabelle ein, die die Ideen-Wechsel seit 1960 zu erfassen sucht. Für die sechziger Jahre, meint er, seien z. B. Objektivität, für die siebziger Sachbezogenheit und für die achtziger Subjektivität in der Werbung typisch. Von der Einfachheit habe man sich über die vielschichtige Einfachheit zur Vielschichtigkeit entwickelt, auch vom Anti-Ornament und dem Verzicht auf Symbolismus über die Struktur als Ornament und kontrollierte Symbolismen zum Ornament und einem expansiven Symbolismus. Während in den Sechzigern kein Humor, in den Siebzigern Überraschung als Humor zu finden war, würde gegenwärtig Widerspruch als Humor gepflegt.

Aus solchen Vereinfachungen entsteht ein Gerüst, das einen Zeitstil zu stützen vermag. Denn wenn es den Zeitgenossen auch oft so scheint, als ließe sich in der Vielfalt der Werbung kein gemeinsamer Nenner finden, belehrt schon ein Blick in die älteren Jahrbücher, daß es doch so etwas wie einen Zeitstil der Werbung gibt. In ein paar Jahren werden wir das erkennen. Die Graphis-Jahrbücher können dabei eine gute Hilfe sein. Und bis es so weit ist, kann man sie als Anregung und Augenvergnügen nutzen.

PETER DITTMAR



Noch ist die Wasserfront der Weltausstellung in New Orleans nur im Modell zu bewundern – in Wirklichkeit liegt eine Großbaustelle am Mississippi. FOTO: DIE WELT

Die Zeit drängt für die Show am Mississippi

Von GEORG BAUER

Der Lärm ist ohrenbetäubend. Das monotone Rattern der Preßlufthämmer, das Röhren der Motoren von dreckverkrusteten Sattelschleppern und das dumpfe Tuten der tiefgehenden Lastkähne, dringt durch Mark und Bein. New Orleans, Hafenstadt am Mississippi, swingt statt im altvertrauten Jazz in neuen, schnelleren Rhythmen. In wenigen Wochen, am 12. Mai, will die größte Hafenstadt der Vereinigten Staaten bereit sein, bereit, für rund elf Millionen Besucher, die zur Weltausstellung 1984 an den Ufern des lehmigen Stromes erwartet werden.

Im Moment allerdings ähneln große Teile der rund 60 000 Quadratmeter großen Ausstellungsfläche eher einem drittklassigen Fußballplatz nach einem verregneten Match. Solch kleinliche Terminsorgen aber wischt die adrette Werbe-Frau Jeanne P. Nathan, mit einer Handbewegung vom Tisch: „Wir schaffen es", befindet sie. „Wenn die Ausstellung im Mai mit großem Pomp eröffnet wird, stehen alle Bauten." Amerika will es mal wieder möglich machen.

So soll – pünktlich zum Tage X – das 5500 Plätze umfassende internationale Amphitheater seine Tore öffnen, in dem bis zum Schluß der Ausstellung Unterhaltung rund um die Uhr, aber nicht bis zum Überdruß, geboten werden soll. Angekündigt sind Auftritte internationaler Stars wie Bob Hope, Isaac Stern oder Linda Ronstadt. Und die Londoner Philharmonie wird sich ebenso einfinden wie berühmte Jünger des Jazz-Apostels Louis Armstrong und mehr als zwei Dutzend bekannter Artisten. Die Louisiana World Exposition (LWE) errechnete, daß während der Ausstellung, die bis zum 11. November dauert, mehr als 40 000 Stunden Unterhaltung geboten werden.

Das mehrmonatige Happening soll allerdings über dem Motto „Jubel, Trubel, Heiterkeit" hinausgehen. Als Edward Staag, Geschäftsmann aus der Hauptstadt Louisianas, Baton Rouge, und Mitglied des „Rates für ein besseres Louisiana", vor ungefähr zehn Jahren die Idee gebar, dachte er vor allem an die schwache Wirtschaftskraft des Südens, der traditionell dem Norden und mittlerweile auch dem Westen der Vereinigten Staaten hinterherhinkt. Der Gedanke fand schnell Freunde.

Das Ergebnis: 1977 wurde die Louisiana Exposition Authority gegründet und in New Orleans brach ein Bau-Boom aus. Kräne und Betonmischer bestimmten von nun an das Stadtbild. Straßen wurden aufgerissen, alte Lagerhäuser am Hafen renoviert und Hotels mit Dutzenden von Stockwerken gen Himmel getrieben. Mit 7000 neuen Hotelbetten wurde die Kapazität auf 25 000 Betten erhöht. Auch für die Ausstellung, die nach Schätzungen rund 350 Millionen Dollar kosten wird, gewann man private Sponsoren. „Der Staat", so ließ die LWE-Mitarbeiterin und deutschstämmige Amerikanerin Barbara Lachenmaier wissen, „tat kaum etwas". Er übernahm eine Bürgschaft in Höhe von fünf Millionen Dollar, die wieder zurückgezahlt werden muß.

Haupteinnahmequelle liegt für das LWE-Management daher im Verkauf von Karten und Konzessionen. 75 Konzessionen werden alleine an Restaurants vergeben und die gleiche Anzahl an Läden mit einer Verkaufsfläche von rund 30 000 Quadratmetern. Hinzu kommen einzelne US-Bundesstaaten und 14 Länder rund um den Globus, darunter Australien, Ägypten, China, Kanada, Israel, Mexiko und Süd-Korea. Sie demonstrieren Kultur und die hohe Kunst der heimischen Küche.

Die Bundesrepublik Deutschland steuert zur EG-Repräsentanz eine Bierhalle bei. Historischer geben sich da schon die Franzosen, die – mit einem eigenen Stand vertreten – zusammen mit den noch nach Vergangenheit dürstenden Amerikanern eine Ausstellung über den Sonnenkönig Louis XIV. organisierten – den ersten Kolonialherrn der neuen Welt.

Zum offiziellen Maskottchen der Ausstellung aber wurde ein Pelikan mit Regenschirm, der zur Zeit Parapluie bei Fuß steht. Für ihn gilt ebenso wie für die rund 4000 Arbeiter, die noch auf dem Gelände werkeln, der Spruch auf allen Ausstellungs-Plakaten: „Don't be late, the 12th may is the date."

Sondermarken zum Olympiajahr

Bei. Bonn

Bei der Post kommen die Frauen ganz groß raus. Fünf von sechs neuen Briefmarken, für die Zuschläge zugunsten der Deutschen Sporthilfe erhoben werden, zeigen Frauen-Sportarten. Gestern übergab Postminister Schwarz-Schilling (CDU) in Bonn die Marken an den für Sport zuständigen Innenminister Zimmermann (CSU), der sie dann an den Sporthilfe-Präsidenten Josef Neckermann weiterreichte. Der Erlös aus den Zuschlägen kommt direkt den von der Sporthilfe geförderten Sportlern zu. Wegen der bevorstehenden Olympischen Spiele wurden in diesem Jahr sechs statt der üblichen vier Marken, die bei Sammlern besonders beliebt sind, herausgegeben. Die Philatelisten aber liegen mit dem Postminister im Clinch, denn ihnen werden die Marken allmählich zu teuer. Denn der Zuschlagsatz beträgt unverändert 50 Prozent vom Markenwert. Der Minister hat ein Gespräch zugesagt, und die Sammler hoffen auf einen Kompromiß.

Aus für „Sprayer"

AP, Kiel

Nach Ausschöpfen aller Rechtsmittel in der Bundesrepublik Deutschland wird der „Sprayer von Zürich", der Schweizer Harald Naegli, an die Schweiz ausgeliefert. Der schleswig-holsteinische Justizminister hat eine entsprechende Verfügung erlassen. Der 43jährige Naegli selbst erklärte, er werde seine Strafe antreten.

Warnung vor Fischen

AP, Wiesbaden

Vor dem Verzehr von Fischen, die aus dem Main unterhalb von Frankfurt stammen, hat der hessiche Umweltminister Schneider gewarnt. Bei Fischen, die zwischen Frankfurter Osthafen und der Mündung des Mains in den Rhein gefangen wurden, seien krebserregende Substanzen entdeckt worden.

Absturz: 6 Tote

rtr, Metz

Beim Zusammenstoß von zwei Hubschraubern sind gestern morgen in Saint Pierre in Zentralfrankreich sechs Luftwaffenangehörige ums Leben gekommen.

Dem Tode entronnen

dpa, Bonn

Das Todesurteil gegen ein Liebespaar in dem Golfstaat Abu Dhabi wird, so der SPD-Politiker Hans-Jürgen Wischnewski, nicht vollstreckt. Die Regierung des Landes habe versichert, die beiden jungen Leute seien ausgewiesen worden. Es hatte international Aufsehen erregt, als ein Gericht eine 27jährige aus Sri Lanka und ihren indischen Freund wegen Ehebruchs zum Tode durch Steinigen verurteilte.

Chinesischer Astronaut

AP, Washington

Ein chinesischer Astronaut soll, so die US-Fachzeitschrift „Aviation Week" nach einem geplanten Technologieabkommen zwischen den USA und China an Bord einer US-Raumfähre ins All fliegen. Der Chinese solle als Nutzlastspezialist eingesetzt werden.

„Solar Max" ruht im Bauch von Challenger

Gestern Nachmittag wurde der defekte Satellit eingefangen

A. BÄRWOLF, Hamburg

Nach mehreren fehlgeschlagenen Versuchen, den um die Erde taumelnden Sonnensatelliten „Solar Max" mechanisch oder manuell zu stabilisieren, ist es den amerikanischen Astronauten an Bord des Raumflugzeugs „Challenger" gestern doch noch gelungen, den 240-Millionen-Dollar-Kunstmond einzufangen und mit dem Greifarm in der Ladeluke des Raumschiffes zu lagern. Der kostbare künstliche Himmelskörper, dessen Lagensteuerungs-Mechanismus nicht funktioniert, soll heute repariert und morgen wieder freigesetzt werden. Mit 24stündiger Verspätung soll der Shuttle dann am Freitag an der Startstelle in Florida landen.

Das Bergungsmanöver hatte bis gestern aufgeschoben werden müssen, weil der Astronaut George (Pinky) Nelson bei seinem verzweifelten Versuch, „Solar Max" von Hand zu stabilisieren, den Kunstmond in schon stärkere Taumelbewegungen versetzt hatte. Wegen dieser starken Rotation um mehrere Achsen war auch der Versuch gescheitert, den technisch lädierten Satelliten am Sonntag mit dem Greifarm zu erfassen. Daraufhin hatte das Kontrollzentrum entschieden, „Max" durch eine ungewöhnliche Technik wenigstens wieder in seine langsamere Rotationsgeschwindigkeit zu bringen, in der er seit vier Jahren mit einer Bewegung von 0,5 Grad in der Sekunde um seine Hochachse rotiert.

Das Goddard-Raumflugzentrum an der Ostküste der USA übermittelte „Max" neue Computerbefehle, und der Satellit reagierte prompt auf die „magnetische Stabilisierung". An Bord wurde ein Magnetfeld aufgebaut, das im Zusammenspiel mit dem Magnetfeld der Erde eine Orientierung von „Max" zur Sonne bewirkte. Als nun gestern nachmittag diese magnetische Stabilisierung ihre Wirkung gezeigt hatte, konnte Raumschiff-Kommandant Crippen „Challenger" wieder an das Ziel heransteuern. Während der 62. Runde um die Erde griff der Roboterarm, geführt von der Hand des Astronauten Terry Hart, zu. Mühelos setzte Hart den Satelliten dann auf einer Spezialvorrichtung in der offenen Ladeluke von „Challenger" ab.

Anklage gegen Pizza-Connection erhoben

AP, New York

Die New Yorker Staatsanwaltschaft hat gestern gegen 31 mutmaßliche Mafiosi Anklage wegen der Einfuhr von 748 Kilogramm Heroin im Verkaufswert von 4,3 Milliarden Mark erhoben. Justizminister William French Smith erklärte, es handele sich um den bedeutendsten Fall von Rauschgiftkriminalität in der Geschichte der USA. Der Rauschgifthändlerring habe von der italienischen Mafia bis zur New Yorker Cosa Nostra gereicht. 24 der 31 Angeklagten befanden sich am Montag in Haft, darunter der als „meistgesuchter Mann Italiens" bezeichnete Mafiaboß Gaetano Badalamenti und der mutmaßliche New Yorker Unterweltkönig Salvatore Catalano.

Badalamenti war am Sonntag in Madrid, Catalano am Montag in New York verhaftet worden. Für Catalano setzte der US-Bezirksrichter Milton Pollack eine Kaution von fünf Millionen Dollar fest. Der Anwalt des mutmaßlichen Gangsters zeigte sich darüber empört. Catalano sei ein Pizzabäcker, der wöchentlich an sechs Tagen jeweils zwölf Stunden lang vor dem Ofen stehe und nur einen Leihwagen fahre, sagte er.

Der Beschuldigte ist nicht der einzige Festgenommene, der im bürgerlichen Beruf als Pizzabäcker auftritt. In Anspielung auf den bis dato größten Fall von Rauschgiftschmuggel – die „French Connection" – sprach die Staatsanwaltschaft bereits von einer „Pizza Connection". Die regionalen Heroin-Vertriebsnetze in den USA seien von Verwandten der Hauptangeklagten geführt worden, die ihrerseits zumeist als Pizzabäcker aufträten, hieß es. Als Codewörter für ihre illegalen Geschäfte hätten die Gangster Worte wie „Ofen" (für ein Kilogramm Heroin) und „Mehllieferung" oder „Tische säubern" (für Rauschgiftgeschäfte) benutzt.

Mindestens fünf Jahre lang führte der Ring nach Angaben der Staatsanwaltschaft Rauschgift von Sizilien in die USA ein und brachte es in New York, Chicago, Philadelphia, Detroit und andernorts auf den Markt. Von 1980 bis 1982 soll die Bande mehr als 25 Millionen Dollar in Bargeld von New York in die Schweiz und auf die Bermudas transferiert haben.

Auf die Spur der „Pizza Connection" war die Polizei durch zwei Geheimpolizisten („Undercover Agents") der Bundespolizei FBI gekommen, denen es gelungen war, die Cosa-Nostra-Familie Bonanno zu infiltrieren. Die beiden Agenten waren bei Übergaben von Geld und Pizzaschachteln voll Rauschgift dabei.

Gericht sucht die Wahrheit in Südamerika

Fiebelkorn-Prozeß tritt seit Monaten auf der Stelle

H. H. KANNENBERG, Frankfurt

Im Frankfurter Rauschgiftprozeß gegen den ehemaligen Chef einer Söldnertruppe in Südamerika werden voraussichtlich zwei Richter der 4. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt zur Zeugenvernehmung nach Bolivien und Chile reisen. Diesen Beschluß faßte das Gericht am Montag. Der 37jährige Joachim Fiebelkorn aus Eppstein/Taununs ist angeklagt, 1980 in Bolivien als Söldnerchef Kokain-Transporte organisiert und bewacht zu haben.

Die Richter werden es in Südamerika nicht leicht haben, bei ihrem Versuch, Licht in diesen verworrenen Fall zu bringen, der sich seit fünf Monaten hinschleppt:

Die Anklage verläuft sich im politischen Dunkelfeld eines südamerikanischen Bananenstaates. Die Aussagen des Angeklagten klingen wie aus dem Drehbuch eines Action-Thrillers. Die Zeugen, die die beiden Juristen jetzt ausfindig machen wollen, verbergen sich im Dschungel der Kordilleren oder hinter waffenstarrenden Festungen des Kokain-Königs Roberto Suarez.

Bislang konnte sich das Gericht lediglich auf ein Rechtshilfe-Abkommen mit Bolivien stützen – ein aussichtsloses Unterfangen über eine Distanz von 10 000 Kilometern zu einem Land, für das Kokain längst zu einem Exportschlager geworden ist.

Als im Spätherbst '83 der Fiebelkorn-Prozeß vor dem Landgericht begann, sah es angesichts der Beweislage nach einem schnellen Verfahren aus, das man glaubte in fünf Tagen über die Bühne bringen zu können. Die Wende kam Mitte November, als der bis dahin schweigende Angeklagte sich entschloß auszupacken. Was dem Gericht nun zu Ohren kam, schien nach mitteleuropäischer Rechtsauffassung so phantastisch zu sein, daß eine komplizierte Beweisaufnahme unumgänglich wurde.

Fazit der Fiebelkorn'schen Erzählungen: Er habe in Südamerika zwar riesige Mengen Kokain gesammelt – von 2,2 Tonnen ist die Rede – doch nicht auf eigene Rechnung, sondern als bolivianischer Agent im Auftrag der Militärs, die mit den Koks-Dollar ihre Putsche finanzierten.

Seitdem ist der Fiebelkorn-Prozeß zu einem Verfahren zwischen Dichtung und Wahrheit geworden. Die schiere Unmöglichkeit, verläßliche Zeugen zu präsentieren, vergiftete die Atmosphäre vor allem zwischen Richtern und Staatsanwälten. Vermutlich nicht zuletzt dieser atmosphärischen Störungen wegen dürfte sich das Gericht zu der Dienstreise von zwei seiner Kollegen nach Südamerika entschlossen haben.

Bislang scheint nur soviel festzustehen: Fiebelkorn, ein waschechter Abenteurer, hielt ein knappes Jahr mit Gewalt und Drohungen eine achtköpfige, paramilitärische Söldnertruppe zusammen, die zumindest mit Billigung der Militärs und Großgrundbesitzern für den Kokain-König Suarez Rauschgift-Sammelstellen einrichtete und gegen rivalisierende Banden verteidigte. Die deutsche Justiz interessiert sich nur für diesen Part. In Italien freilich wird der schnauzbärtige Kfz-Spengler wegen mutmaßlichen Mordes in 85 Fällen als einer der Beteiligten am Bombenattentat im Bahnhof von Bologna gesucht. Der ehemalige Deserteur der Bundeswehr sieht seinem Schicksal immer noch mit Gelassenheit entgegen. Vor seiner Verhaftung in Deutschland hatte er nämlich wieder einmal die Fronten gewechselt und sich als begehrter Informant für das Bundeskriminalamt einen Namen als Rauschgift-Fachmann gemacht – und neue Freunde gewonnen.

Die Geschichte der Päpste im Dallas-Format

KLAUS RÜHLE, Rom

Eine neue „Geschichte der Päpste" ist in Vorbereitung. Diesmal als italienische Fernsehserie – etwa nach dem Vorbild von „Denver" und „Dallas". Es sollen mindestens dreißig Fortsetzungen werden, bei einem Erfolg sogar erheblich mehr. Die beiden Erfinder der Serie, der Journalist Alfredo Pieroni und der Drehbuchschreiber Ennio de Concini, sind überzeugt, mit ihrer Idee alle Voraussetzungen für einen Bestseller erfüllt zu haben und damit reißenden Absatz in allen Ländern der Erde zu finden: „Intrigen, Blut und Sex, jede Art von Theaterkunst, das ist alles drin, da braucht man nichts hinzuzudichten; denn die Geschichte der Päpste ist sowieso ein phantastischer Roman."

Das einzige Problem, so Pieroni, bestehe in der Beschränkung und Auswahl. Welche von den 264 Päpsten sollen in der Serie Berücksichtigung finden. Jedes Papstportrait soll einem namhaften Regisseur anvertraut werden. Fellini, Antonioni und Zeffirelli haben bereits zugesagt. Die Antworten von Scola, Rosi, Magni und Lizzani stehen noch aus. Liliana Cavani, besonders durch ihren Film „Der Nachportier" international bekannt geworden, steht gleichfalls auf der Wunschliste. Auch berühmte ausländische Filmemacher wie Bergman, Kubrik, Scorsese und Spielberg sind zur Teilnahme aufgefordert worden.

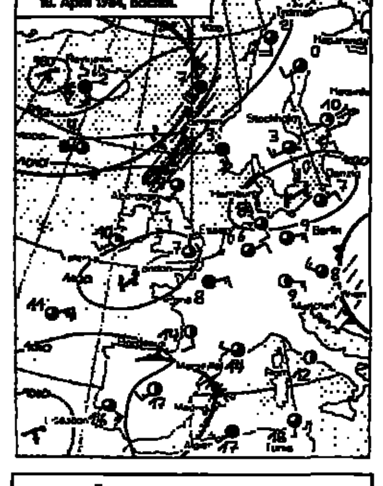
Zeffirelli und Antonioni haben sich schon für die von ihnen bevorzugte Papstgestalt entschieden. Zeffirelli wird den allerersten in der langen Reihe, Petrus, verfilmen. Antinioni liebäugelt mit der Figur des berühmten und berüchtigten Borgia-Papstes Alexander VI.

Um die Verwirklichung der Papst-Serie streiten sich das staatliche Fernsehen und der mächtigste Unternehmer der privaten Networks in Italien, Silvio Bernasconi. Der Kostenvoranschlag für dreißig Folgen erreicht fast 100 Millionen Mark. Ob der Vatikan sich an der Finanzierung beteiligen wird, steht noch offen, erscheint sehr unwahrscheinlich, da einige der Papstportraits recht kritischen Charakter haben dürften.

Die Fernseh-Papstgeschichte ist derzeit eines der zentralen Gesprächsthemen in Italien. Selbst in der hohen Politik macht man sich Gedanken über das, was da über die Mattscheibe flimmern soll. So äußerten sich bisher nicht nur Historiker und Theologen, sondern auch schon Außenminister Andreotti und Verteidigungsminister Spadolini öffentlich zu ihren „Lieblingspäpsten".

WETTER: Es wird wärmer

Wetterlage: Ein flaches Tief über Deutschland beeinflußt noch die Nordhälfte Deutschlands, während der Westen kurzfristig unter den Einfluß eines Zwischenhochs gelangt.





Vorhersage für Mittwoch:

Osten: Meist stark bewölkt und zeitweise Regen, Höchsttemperaturen 8, nachts um 3 Grad, schwachwindig.

Nordwesten und Westen: Nach Dunstauflösung vorübergehend heiter und trocken, im Tagesverlauf wieder Bewölkungsverstärkung und nachfolgend einsetzender Regen. Temperaturen bis 10 Grad ansteigend.

Südwesten: Nach Nebelauflösung heiter und trocken, Temperaturen nahe 12, nachts 4 bis 1 Grad.

Weitere Aussichten:

Im Norden kühles Schauerwetter, im Süden Aufheiterungen.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	9°	Kairo	22°
Bonn	7°	Kopenh.	9°
Dresden	3°	Las Palmas	22°
Essen	6°	London	7°
Frankfurt	9°	Madrid	17°
Hamburg	8°	Mailand	14°
List/Sylt	3°	Mallorca	12°
München	9°	Moskau	10°
Stuttgart	8°	Nizza	15°
Algier	17°	Oslo	4°
Amsterdam	6°	Paris	8°
Athen	13°	Prag	6°
Barcelona	13°	Rom	12°
Brüssel	6°	Stockholm	3°
Budapest	15°	Tel Aviv	20°
Bukarest	8°	Tunis	18°
Helsinki	10°	Wien	8°
Istanbul	13°	Zürich	7°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 6.33 Uhr, Untergang: 20.14 Uhr, **Mondaufgang:** 15.35 Uhr, Untergang: 5.43 Uhr.
*in MESZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Ärger mit der Kirche

Michael Jackson (25) hat Ärger mit seiner Kirche, den Zeugen Jehovas. Die Sektenführer sind empört darüber, daß der strenggläubige Sänger bei seinen Auftritten mit den Hüften wackelt und Make-up benutzt. Ein Freund des neuen Superstars aus Amerika: „Michael würde einen Verstoß aus der Kirche nicht überleben."

Junot macht mit

Bekommt Prinzessin **Caroline von Monaco** (26) ihr Baby doch noch mit dem Segen der Kirche? Ihr Ex-Mann, **Philippe Junot** (44), will einer Annullierung der Ehe jedenfalls nicht länger widersprechen. Auch er hat neue Heiratspläne. Die Auserwählte – wieder jemand aus dem Hochadel – Prinzessin **Sophie von Habsburg** (25).

ZU GUTER LETZT

„12 Todesopfer an Bord von Challenger" Überschrift der französischen Presseagentur AFP zu einer Meldung über während der Shuttle-Mission verendete Bienen.